

DAS ARGUMENT 133

Editorial	313
Aufruf der Eltern Deutschlands	316
Erich Fried: Das Unmaß aller Dinge	317
Fragen linker Politik	
Detlev Albers	
Strategische Probleme des Bruchs mit der Profitlogik	321
Pietro Ingrao	
Elemente einer neuen Logik linker Politik	327
Karl Hermann Tjaden	
Umweltpolitik in der Sicht der Arbeiterbewegung	334
Etienne Balibar	
Die Krise der Parteiform in der Arbeiterbewegung	347
Stephan Tiedtke	
Militärpolitik in der Sowjetunion	363
Mechthild Leutner	
China im Übergang	375
* * *	
Diskursanalyse. Woetzel/Geier interviewen Pêcheux/Gadet	386
<u>Friedensbibliographie (2): Atomkrieg (Rodejohann)</u>	400
<u>Kongreßberichte: Ideologieforschung (PIT), Poulantzas-Colloquium, Frauenpolitik (IMSF), Frauenwoche, Öko-Institut, Sozialdemokratie</u>	410
<u>Besprechungen: Erzählanalyse; Sprache und Politik; Arbeit und Arbeiter; Frau und Psychoanalyse; Frankreich; Jugend-Bewegungen</u>	423
Interventionen zu Noltes Militarismus-Aufsatz	408
Über die Autoren; Summaries; Zeitschriftenschau	474

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/West), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl-Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz, Nora Räthzel, Dr. Werner van Treeck

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien; Herstellung: Werner Jung

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Ritter, Joachim, und Karlfried Gründer(Hrsg.):</i> Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd.5 (<i>J.M. Ripalda</i>).....	423
<i>Totok, Wilhelm:</i> Handbuch der Geschichte der Philosophie, Bd.III: Renaissance (<i>J.M. Ripalda</i>).....	423
<i>Schwemmer, Oswald (Hrsg.):</i> Vernunft, Handlung und Erfahrung (<i>M. Weingarten</i>).....	424
<i>Holl, Jann:</i> Historische und systematische Untersuchungen zum Bedingungsverhältnis von Freiheit und Verantwortlichkeit (<i>L. Lütkehaus</i>).....	425
<i>Blumenberg, Hans:</i> Die Lesbarkeit der Welt (<i>M. Schneider</i>).....	425
<i>Greffrath, Krista R.:</i> Metaphorischer Materialismus (<i>R. Konersmann</i>).....	426
<i>Weigand, Karlheinz (Hrsg.):</i> Bloch-Almanach, 1. Folge (<i>M. Keppeler</i>).....	428

(Fortsetzung auf S. XIV)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1982 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preise: Einzelheft 12,— DM; für Schüler und Studenten 9,— DM; Jahresabonnement incl. Versandkosten 63,80 DM; für Schüler und Studenten 50,— DM. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1982. Alle Rechte, auch der Übersetzung, vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin A/C 721 47723 DL 7

Editorial

Die US-Regierung probte Anfang März den Dritten Weltkrieg. An dem geheimen Planspiel waren mehr als tausend hohe Beamte und Militärs beteiligt. Das Szenario unterstellt zunächst einen konventionellen Angriff der Sowjetunion auf US-Stützpunkte außerhalb der USA, vor allem in Westeuropa. »Der amerikanische Präsident ordnet daraufhin begrenzte nukleare Gegenschläge an. Dies führt zu einer Eskalation des Krieges.« (FAZ 31.3.82) Was von dem Szenario durchgesickert ist (über's »Wall Street Journal«) gleicht einem Text, in dem die wichtigsten Passagen gelöscht sind. Immerhin geht daraus hervor, daß der US-Präsident im atomaren Gegenfeuer der Sowjets umkommt, seine Position zunächst auf den Vizepräsidenten, gespielt vom ehemaligen CIA-Chef Helms, übergeht, schließlich weiterwandert auf zwei Kabinettsmitglieder in Kommandozentralen außerhalb von Washington. Die FAZ schließt ihre Meldung mit dem widersinnigen Satz: »Das Planspiel endet damit, daß die 'Nachfolger' des Präsidenten den Befehl zu Vergeltungsschlägen erteilen.« Widersinnig ist dieser Schlußsatz, weil er das Planspiel mit der Entfesselung des unbegrenzten atomaren Weltkriegs »enden« läßt. Zwischen den Zeilen, im Schweigen der FAZ, errät man, daß zu diesem Zeitpunkt Europa, nicht zuletzt die Bundesrepublik, im atomaren Feuer verbrannt ist.

Etwa zur selben Zeit gingen in der Bundesrepublik die Bilder durch die Presse, auf denen stählerne Tonnen zu sehen waren, eingelagert in stillgestellte Bergwerke, in denen auf Mikrofilm gebannte Dokumente unserer Kultur für eine unbestimmte Nachwelt aufbewahrt werden sollen.

Das grausige Spiel drückt die einschneidende Wende in der Militärpolitik der USA — und ihrer wie Lemminge mitlaufenden NATO-»Partner« — aus. Wenn es bislang geheißt hatte, die Atomrüstung diene der Abschreckung von Atomangriffen, sei also dazu da, zu verhindern, daß Atomwaffen je eingesetzt werden können, so will die US-Regierung jetzt atomkriegsfähig werden. Verdummend redet sie von sowjetischem Rüstungsvorsprung. Was sie will, ist Überlegenheit.

Wozu sie diese Überlegenheit anstrebt, ist nicht ganz klar. Vieles spricht dafür, daß es ihr darum geht, das »Gleichgewicht des Schreckens« aufzuheben, um in der Dritten Welt, vor allem in den ölreichen Ländern, eingreifen zu können.

Wie immer das strategische Kalkül der USA aussehen mag — von ihrem Griff nach militärischer Überlegenheit geht die Gefahr eines Dritten Weltkriegs vor allem aus. Das Kalkül rechnet mit uns Europäern schon in »Megatoten«. Aber auch für die USA selbst ist das Kalkül wahnsinnig.

Daß dies auch von den Rechenspezialisten so empfunden wird, zeigt eine Randbegebenheit in einem der Vorbereitungszentren des Dritten Weltkriegs. Zweihundert Computerfachleute und Militärs sind dort, in New Mexico, von der US-Armee dafür angestellt, an einem Großcomputer den Atomkrieg durchzurechnen. Wie das FBI jetzt herausgefunden hat, benahmen sie sich zunehmend wie Leute, welche die Zwecke ihrer Arbeit nicht nur als entfremdet, sondern als widersinnig erfahren. Sie fingen an, ihre Intelligenz mit den Kapazitäten der Anlage zu eigenen Zwecken zu kombinieren, machten Computergedichte, spielten elektronisches Tischtennis und erfanden rund zweihundertvierzig weitere selbstbestimmte Nutzungsmöglichkeiten des Computers. Die Rechnerkapazität soll schließlich damit soweit ausgelastet worden sein, »daß für den Atomkrieg und dessen Folgen nur noch wenig Rechenzeit übrigblieb« (FAZ, 17.3.82).

Kennan, McNamara und andere imperiale Strategen der USA haben den Griff nach atomarer Kriegsführungsfähigkeit als totale, also auch Selbst-Vernichtungsdrohung erkannt. In einer Antwort darauf entwirft der Militärstrategie der FAZ, Weinstein, eine Apologie der alten Abschreckungsstrategie, in der die Abwendung davon zugleich vorbereitet wird. Die atomare Drohung sei »beinahe eine mythische Macht. Die These von der unfehlbaren Wirkung der atomaren Drohung ist eine Hypothese, eine erdachte Vorstellung, eine konstruierte Idee. Niemand kann beweisen, daß sie vor der Wirklichkeit bestehen wird«. Nachdem er der Abschreckungsdoktrin so die Rationalität bestritten hat, wird die Folgerung — die Option für eine andere Strategie, für atomare Kriegsführungsfähigkeit — aber nicht gezogen. Statt dessen verteidigt er die Abschreckung mit Argumenten, die sich wie ein Vexierbild lesen lassen: als Plädoyer für Vernunft und für Unvernunft, für Politik mit Gefühl und für Politik mit Verstand, für verführerische und für beweisbare Gedanken: »Aber der Gedanke, daß man einen Gegner mit der nuklearen Drohung daran hindern kann, anzugreifen, hat Verführungskraft. Hier werden sowohl das Gefühl als auch der Verstand angesprochen. Atomstrategie ist deshalb so etwas wie die Dialektik zwischen dem Verstand und dem Irrationalen, ein Wettkampf zwischen Vernunft und Unvernunft, bei dem die Chance, vernünftig zu reagieren, groß ist.« (FAZ 20.4.82) Was ist Abschreckungspolitik demnach anderes als eine Art amerikanisches Roulette, mit dem Globus als Einsatz? Und was wird durch solch vernichtendes Lob nahegelegt, wenn nicht die Forderung nach einer »vernünftigeren«, »beweisbaren« Politik — nach dem »begrenzten Atomkrieg«? Aber das wird nicht ausgesprochen, es wird behandelt wie ein rohes Ei, denn noch ist die offizielle Doktrin die der Abschreckung, auch sie ist ein rohes Ei, das nicht zertreten werden darf. »Journalismus als Eiertanz«, so hat Enzensberger die FAZ einmal beschrieben. »Sie trat so scharf und so sicher zwischen die Eier hinein, bei den Eiern nieder, daß man jeden Augenblick dachte, sie müsse eines zertreten oder bei schnellen Wendungen das andere fortschleudern. Mit nichten! Sie berührte keines ..., beschädigte keines und stellte sich dazu, indem sie die Binde von den Augen nahm und ihr Kunststück mit einem Bücklinge endigte.« (Wilhelm Meisters Lehrjahre, II, 8)

Einen Überblick über Literatur zur atomaren Rüstung und zu den Folgen eines möglichen Atomkriegs gibt die *kommentierte Bibliographie* in diesem Heft.

Welche Folgen hat die neue US-Strategie für das östliche Bündnissystem? Das ist eine der Fragen, die *Stephan Tiedtke* in seinem Beitrag untersucht. Bisher bedrohte die amerikanische Militärstrategie die Warschauer Vertragsorganisation als ganzes; die Strategie des »begrenzten Atomkriegs« individualisiert die Bedrohung. Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten können damit auseinander treten; Tiedtke vermutet, daß die Verhängung des Kriegsrechts in Polen einer möglichen autonomen polnischen Friedenspolitik hatte vorbeugen sollen. Mit diesem Beitrag setzen wir die Veröffentlichung von Untersuchungen der Rüstung in West und Ost fort, die wir mit den Aufsätzen von Thompson, Williams, Harich und Nolte in den Heften 127 und 131 begonnen haben. Wie bei Thompson gab es auch auf den Artikel von Nolte einige sehr heftige Reaktionen von Lesern (vgl. die Interventionen in *Argument 130* und in diesem Heft). Zu erkennen, daß die Hauptkriegsgefahr von den USA ausgeht, kann für uns nicht heißen, Fragen wie die nach der Rolle des Militärs in der Sowjetunion auszuklammern. Der Verweis auf den Gegner, auf den atomaren Notstand, angesichts dessen solche Kontro-

versen zurückzustellen seien, läuft darauf hinaus, eine Handlungsfähigkeit abzubauen, die in einem Diskussionszusammenhang besteht, in dem argumentiert und erwidert werden kann und kein Thema tabu ist.

Die Texte von *Albers* und *Ingrao* sind Auszüge ihrer Referate zum 3. Otto-Bauer-Seminar, das wie in den Vorjahren (vgl. den Bericht in *Argument 120*) von der SPÖ-Jugend in Wien organisiert wurde. Die Materialien erscheinen demnächst im *spw*-Verlag, dem wir für die Vorveröffentlichungsrechte herzlich danken.

Das Interview über *Diskursanalyse in Frankreich* informiert über Entstehung und Entwicklung, politische Implikationen und neue Fragestellungen dieser Forschungsrichtung, die vor allem im Zusammenhang mit der Analyse des Ideologischen immer wichtiger wird (vgl. den Ideologiekongreßbericht in diesem Heft). In einem der nächsten Hefte wird eine Kritik der Diskursanalyse von Claudia Albert erscheinen.

Leider hat *Ute H.-Osterkamp* ihren im letzten Heft angekündigten Beitrag zur »Opfer-Täter-Debatte«, den sie auf einer IMSF-Tagung (siehe den Bericht in diesem Heft) vorgelesen hatte, zurückgezogen. Nachdem wir den Beginn der Diskussion um das Opfer-Täter-Theorem in SH 46 veröffentlicht haben, werden wir die derzeitige, z.T. sehr heftige Kontroverse in einem weiteren Studienheft versammeln, ergänzt um Repliken, die von den kritisierenden Organen nicht abgedruckt wurden.

Redaktion: Heinz-Harald Abholz kann die Redakteursfunktion wegen Überlastung nicht mehr wahrnehmen. Er ist dem Kreis der »Ständigen Mitarbeiter« beigetreten. An seiner Stelle ist ein anderes Mitglied der Medizin-Kommission, Dieter Borgers, in die Redaktion eingetreten. Er ist Mitarbeiter im Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes.

Verlagsmitteilungen

Neue soziale Bewegungen, vor allem die Frauenbewegung, ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung, neue Nationalismen und Populismen zwingen dazu, sozialistische Strategien zu überdenken und die marxistische Theorie permanent zu erneuern. *Argument*-Sonderband AS 78, *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, versammelt hierzu Beiträge eines internationalen Seminars in Mexiko (Ch. Buci-Glucksmann, E. Laclau, C. Mouffe u.a.). Um Schreibweisen, Gattungen und Institutionen der *Nachkriegsliteratur* geht es im neuesten Band der Reihe »Literatur im historischen Prozeß« (AS 83).

AS 81, *Literaturdidaktik* (= Gulliver 11) befaßt sich u.a. mit der Frage, was gegen die Verhinderung kritischer Lektüre durch Funktionalisierung von Literatur für den Spracherwerb getan werden kann.

Für Grundkurse und Examensvorbereitung erscheinen als *Argument*-Studienheft zwei weitere Einführungen: *Grundkurs Englisch. Einführung in die Amerikanistik* von Dieter Herms (SH 49) und, als dritte Folge in der Reihe »Einführung in die politische Soziologie«, *Staatstheorien* (SH 51) von Werner Goldschmidt.

Baber Johansens Untersuchung des Zusammenhangs von Imperialismus, Religion und Staat, ein Musterfall historisch-materialistischer Analyse im *Argument*, gibt es jetzt als *Argument*-Studienheft *Islam und Staat. Abhängige Entwicklung, Verwaltung des Elends und religiöser Antiimperialismus* (SH 54). Der Text ist erweitert um eine umfangreiche, systematisch gegliederte und kommentierte Bibliographie.

Aufruf der Eltern Deutschlands

Wir haben unsere Kinder wahrhaftig nicht zu dem Zweck gezeugt, geboren, geliebt und erzogen, damit sie dann durch die Installierung zahlloser Atomraketen eines anderen Staates, eines alliierter Staates, ausnahmslos zugrundegehen. Unter einem Verbündeten stellen wir uns etwas anderes vor als einen, der es für selbstverständlich hält, zwecks Vernichtung einer anderen Weltmacht, zwecks Rettung seiner eigenen Haut und zwecks Steigerung seiner eigenen Macht, die Bevölkerung seiner Bundesgenossen und deren zukünftige Generationen hinzuopfern.

Vielleicht sind diejenigen, die die Opferung der nächsten Generation und damit aller künftigen Geschlechter von uns erwarten, nur phantastisch phantasielos? Nein! Dieses »Nur« gilt nicht. Im Gegenteil:

Phantasielosigkeit ist die Bosheit von Heute.

Und Bosheit ist es, uns daran zu hindern, uns die Effekte ihres Handelns vorzustellen. Die uns an der Erkenntnis unserer Bedrohung hindern wollen, sind noch gefährlicher als die Hitler von gestern es gewesen sind.

Neulich kam, übertragen von allen Stationen der USA, aus dem Munde eines der prominentesten amerikanischen Politiker der Satz: »Die Vernichtung Europas wird noch nicht notwendigerweise die Vernichtung der ganzen Menschheit bedeuten.« Diese offenbar tröstlich und human gemeinten, sogar als christlich in Anspruch genommenen Worte sind in unseren Ohren, in den Ohren der Eltern in Deutschland, nein, in ganz Mitteleuropa, schlechthin unerträglich. Wir Millionen Mütter und Väter Mitteleuropas dürfen es nicht zulassen, daß das Schicksal unserer Kinder und Kindeskiner in den Händen von *Moralidioten* liegt, die es wagen und wagen *dürfen*, eine derartige Obszönität öffentlich auszusprechen.

Schon vor zwei Jahrzehnten haben wir und unsere Eltern auf unseren damaligen »Kampf dem Atomtod«-Veranstaltungen den Vers deklamiert:

Rampen für Raketen sind Untergangsmagneten.

Damit hatten wir gemeint: Gestapelte atomare Raketen ziehen automatisch die Waffen derer an, gegen die sie gerichtet sind und lösen damit unsere und unserer Kinder Vernichtung aus. Was damals gegolten hatte, das gilt heute umso mehr, da unterdessen die Zahl der in Mitteleuropa, besonders auf deutschem Boden, stationierten Raketen enorm gestiegen ist. Aus diesem Grunde verlangen wir die *sofortige Demontierung* und schließlich die *Vernichtung der Vernichtungswaffen*, in deren Umkreis zu leben wir gezwungen sind. Die Tatsache, daß wir diese Waffen nicht sehen und darum emotional für unwirklich halten, gehört mit zum Skandal, nein: krönt diesen. Aber im Notfall wird unser Verlangen nicht verbal bleiben, sich nicht nur auf Worte beschränken. Das sprechen wir aus im Interesse des Überlebens unserer Kinder und Kindeskiner.

Vor einigen Jahrzehnten haben unsere Eltern und Großeltern die von Goebbels gebrüllte Frage: »Wollt ihr den totalen Krieg?« hysterisch jubelnd mit »Ja!« beantwortet. Noch heute klingt uns dieses »Ja« in den Ohren; noch heute schämen wir uns dieses wüsten Gejubels, auch wenn wir es damals nicht miterlebt haben. Aber unsere Scham hat nun Früchte getragen: noch einmal »schalten« wir uns nicht »gleich«. Die Frage, die man uns Heutigen vorlegt — diese wird nicht gebrüllt, sondern von Planern und Machern dezent und bieder verschleiert präsentiert —, die heutige Frage »Wollt ihr den totalen Untergang?«, die beantworten wir ganz unhysterisch aber umso entschlossener mit einem *Nein!*

Und dies aus Liebe zu unseren Kindern.

Die Eltern Deutschlands.

Erstunterzeichner: Günther Anders, Philosoph; Dr. Dieter Borgers, Arzt; Hanns von Bosse, Bildungsreferent; Annelie Breer, Lehrerin; Wolfgang Doll, Pfarrer; Barbara Eiteneier, Pfarrerin; Werner Fuld, Publizist; Prof. D. Helmut Gollwitzer; Dr. Marianne Gronemeyer; Dr. Frigga Haug, Dozentin; Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug; Prof. Dr. Ernst Käsemann; Helga Karl; Hartmut Regenstein, Lehrer; Hermann Schulz, Verlagsleiter; Ursula Schulz, Stadtverordnete; Barbara Steinhart; Sabina Suhrmann; Roland Vogt; Gundhild Vogt, Lehrerin; Christoph Wahl, Bildungsreferent; Werner Weyers, Bildungsreferent.

Der Aufruf ist von Ken Coates von der Bertrand Russell Peace Foundation, London, unterzeichnet.

Weitere Unterschriften bitte an: Ingo Holzapfel/ Joachim Liß, Winchenbachstr. 49, 5600 Wuppertal 2.

Weitere Beiträge zur Deckung der Unkosten bitte auf das Konto:

Ingo Holzapfel, Stadtparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, Nr. 277 3687, Kennwort »Aufruf«.

Erich Fried

Das Unmaß aller Dinge*

Unmögliche Freiheit

Hilf mit, denn das ist nicht einfach ein Gedankengang, sondern ein Versuch, auszurechnen. Hilf die großen Definitionen auf jenen Schutthaufen werfen, auf den sonst nur die großen Definitionen die Menschen werfen. Ich meine jene weisen Definitionen, deren Weisheit sie nicht vor Besudelung gerettet hat.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit? Ja, so hieß es. Das sollte die Freiheit sein! Aber man hat dieselbe Definition für das Kopfsenken der Unterdrückten verwendet. Denn auch der Geknechtete erkennt die Notwendigkeit, zu Boden zu blicken.

Weg damit! Eine Freiheit, die zugleich ihr Gegenteil ist, ist nicht Einsicht in den Widerspruch im Wesen der Dinge, auch nicht Erkenntnis der Notwendigkeit, sondern ist elende Schurkendialektik, Verneinung all ihrer ursprünglichen Ansprüche. Eine Freiheit, die mir keine Freiheit mehr läßt, ist unmöglicher als die unmöglichste Freiheit, die nie glücken kann, aber die zum Glück wenigstens solche Definitionen nicht länger mehr duldet und die man endlich wieder lieben kann, obwohl oder gerade weil sie Unmögliches verlangt und weil sie es *für* uns und nicht *gegen* uns verlangt.

Ja, auch unmögliche Freiheit ist Freiheit, und gerade sie! Auch Glück, an dem schon an einer Kette das Unglück hängt, ist Glück oder wenigstens eine lebendige Ahnung von Glück, die schwerer wiegt um das Gewicht des noch über sie verhängten Unglücks. Und was heißt möglich oder unmöglich? Gewiß, etwas heißt es, denn was heißt Glück, das rundum Unglück erzeugt? Aber manchmal kommt das Unglück noch nicht heute und auch noch nicht heute nacht, sondern erst morgen, vielleicht erst am nächsten Abend oder irgendwann. Und manchmal kommt alles so selbstverständlich, so einfach, wie von jeher in einander gefügt, als könne das Chaos so gar nicht entstehen. Ist das Schicksal, erst das der anderen, dann das eigene? Gefahr ist um einen oder um eine oder um alle eine Gewitterwolke. Menschen können einander etwas antun. Sie haben die Macht dazu. Ja. Aber Menschen haben vielerlei Macht. Müssen sie sie auch immer ausüben? Und dürfen wir, wo uns die Macht, diese Welt zu verändern, so bitter fehlt oder *noch* fehlt, zum Ausgleich dafür alle Macht ausüben, die wir haben, um wir selbst zu sein? Was sind wir, wenn wir wir selbst sind, in einer Welt, die nicht ist, wie wir selbst sie wollen?

Auch die Freiheit, uns zu schütteln und dies und das abzuwerfen oder zu zerschlagen, ist Freiheit. Und vielleicht ist auch die Freiheit, gegen den Alltag die Allmacht der Allnacht zu setzen, Freiheit, die letzte Freiheit? Aber was für eine Freiheit ist das? Was zahlt man dafür, und wen macht man was dafür zahlen?

Auch vom Glauben, daß es verlässliche Antworten auf diese Fragen gibt,

* aus: Erich Fried: Das Unmaß aller Dinge. Fünfunddreißig Erzählungen. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Klaus Wagenbach, Berlin.

müssen wir uns freimachen. Und Freiheit ist zwar auch die Freiheit, nicht immer von ihr Gebrauch machen zu müssen, aber lange keinen Gebrauch von seiner Freiheit machen, das heißt in Wirklichkeit, auf sie verzichten. Das dürfen wir nicht.

Nicht Fisch, nicht Fleisch

Vor vielen Jahren, als die Sprache der Delphine noch nicht zum militärischen Geheimnis der Vereinigten Staaten erhoben oder herabgewürdigt worden war, erzählte mir ein befreundeter Delphin von einer uralten Überlieferung seiner Kommune.

Fast zweieinhalb Jahrtausende sei es her, da habe einer seiner Vorfahren mitten im Mittelmeer die letzten Worte des berühmten griechischen Sophisten Protagoras gehört, als dieser auf der Flucht von Athen nach Sizilien Schiffbruch erlitten hatte und ertrank. Wie seither aus Delphinenkreisen verlautet, rief der greise Denker — er war damals etwa siebzig Jahre alt — als er, von den Wogen wie ein Stück Treibholz hin und her geworfen, zum letzten Mal lebend an die Oberfläche kam, die Worte aus: »Das Unmaß aller Dinge!« Dann schlug ihm eine gischtgekrönte Woge in den Mund, und er sagte nichts mehr.

Obwohl diese Worte von dem alten Philosophen und berühmten Pädagogen sicher nicht ad usum Delphini gemeint waren, konnte jener in Rufweite vorbeischwimmende Delphin, von dem die Überlieferung ursprünglich herrührt, doch offenbar nicht umhin, sie zu hören und darüber sogleich in so tiefes Nachdenken zu verfallen, daß er augenblicklich einige andere Delphine herbeirief.

Die Gedanken, die von den eben gehörten Worten des alten Weisen ausgingen, ergriffen auch die neu hinzugeschwommenen Delphine und führten alsbald zu einem ebenso lebhaften wie tiefsinnigen Meinungsstreit unter ihnen. Natürlich wußten sie als Meeresbewohner der großgriechischen Gewässer alle ganz genau, daß Protagoras in Sizilien und in Athen verkündet hatte, der Mensch sei das Maß aller Dinge, der seienden, daß sie sind, der nichtseienden, daß sie nicht sind. Unter einigen Delphinen war deshalb sogar schon vor einiger Zeit ein heftiger Disput ausgebrochen, wie denn irgendwer, ob Mensch oder Delphin, das Maß der nichtseienden Dinge sein könne, so daß sie nicht seien. Sie hatten schließlich diesen Teil des Lehrsatzes als allzumenschlich dahinschwimmen lassen. Nun aber schien den Delphinen zwischen dem ganzen Lehrsatz und den allerneuesten Worten des Protagoras ein Abgrund zu klaffen, tiefer als der Abgrund des tobenden Meeres, der den greisen Philosophen soeben mehrmals verschlungen und wieder ausgespien hatte. Die Delphine, durch Belauschen der Gespräche seereisender Intellektueller und durch das Lesen von bei allerlei Schiffbrüchigen in ihr Reich verschlagenen Briefen und anderen Schriften gut informiert, neigten zuerst zu der Ansicht, Protagoras habe mit seinem Ausruf gegen die Höhe der Meeresflut protestieren wollen, die menschlichen Maßen wirklich nicht gemäß sei. Ein älterer, in der Philosophie besonders bewanderter, beziehungsweise beschwommener Delphin gab allerdings zu bedenken, daß es dem gescheiterten Denker in diesem Augenblick doch kaum um bloße Äußerlichkeiten gegangen sein könne, mochten diese

auch noch so verhängnisvoll gewesen sein. Er habe vielmehr mit seinem Stoßseufzer wahrscheinlich das Verhalten der Athener kritisieren wollen, die — ihrer Zeit wie in vielem anderen auch hierin weit voraus — eine kleine Bücherverbrennung veranstaltet hatten, die erste geschichtlich überlieferte, um des Protagoras' angeblich atheistische, in Wirklichkeit natürlich nur agnostische Schriften zu vernichten. Gerade diese Intoleranz der athenischen Scharfmacher habe ja den unglücklichen Weisen zu seiner Flucht gezwungen, die ihm nun durch den — zugegebenermaßen ebenfalls unmäßigen — Seesturm zum Verhängnis geworden sei.

»Kann es nicht sein«, prustete ein junger Delphin heraus, »daß dieser Mensch, auf das Eindrücklichste konfrontiert von den übermächtigen Elementen, zuletzt doch noch eingesehen hat, daß der Mensch nicht das Maß aller Dinge sei, eine Funktion, die doch viel eher uns Delphinen zusteht?« Er fand aber nicht viel Zustimmung, erstens weil nach Erfahrungen der Delphine Menschen, wenn sie erst einmal zu ihrer vollen Länge ausgewachsen seien, durch Erfahrung nicht mehr belehrbar seien, zweitens aber wurde dem jungen Delphin auch seine delphinozentrische Auffassung vom Maß aller Dinge verübelt. Er tue sogar dem Protagoras Unrecht, denn dieser habe nie gemeint, daß wirklich alle Dinge nach dem Maßstab des Menschen geformt seien, sondern einzig und allein, daß der Mensch sie nur nach seinem eigenen Maß begreifen könne. Schon deshalb könne das Ungestüm der Elemente den Protagoras keinesfalls zu einem Widerruf veranlaßt haben.

»Vielleicht meinte er nur, daß das feindliche Verhalten der Athener in maßlosem Widerspruch zu den Ehrungen steht, die ihm früher in Athen und in Sizilien zuteil wurden«, fragte ein Delphin, und ein anderer pflichtete ihm bei. »Schließlich hat ihn doch einmal der große Perikles persönlich mit dem ehrenvollen Auftrag nach Thurií geschickt, dort für die Stadt Gesetze festzulegen und niederschreiben zu lassen.« —

»Nur den Anfeindungen des Sokrates, der ihn, unterstützt von Plato, als Gottesleugner anschwärzte, hatte Protagoras seine Schwierigkeiten in Athen zu verdanken«, meinte ein alter, nachdenklicher Delphin. »Nun, wir werden sehen, ob Sokrates dafür Dank ernten wird. Vielleicht benehmen sich diese unbeständigen fliegenden Fische von Athenern zu ihm eines Tages noch gerade-so!«

Allgemeinen Beifall erntete ein Delphin, der darauf aufmerksam machte, »Das Unmaß aller Dinge« sei gar kein vollkommener Satz gewesen, sondern nur ein Fragment. Der erste Teil des Satzes sei vielleicht durch das Auspeien von Wasser unhörbar geworden, der letzte Teil durch die Woge, die Protagoras ins Gesicht geklatscht sei. Man könne also aus diesem Fragment entweder gar keine oder aber beliebig viele Schlüsse ziehen, und es sei vielleicht praktischer, jetzt doch den Protagoras selbst auf den Rücken zu nehmen und aus der Flut, auf der er treibe, zu erretten, was doch nicht mit Unrecht zu den besten Traditionen der Delphinität gezählt werde. Dann könne man ja ihn selber nach des Rätsels Lösung fragen. Alle stimmten zu. Als sie aber den Protagoras umschwammen, stellte sich heraus, daß dieser mittlerweile schon ertrunken war. Natürlich machten sich die Delphine schwere Vorwürfe, über ihrem Philoso-

phieren die Zeit zum Handeln versäumt und dadurch nicht nur den Philosophen seinem Schicksal überlassen, sondern auch sich selbst des in diesem Fall einzig beschwimmbaren Weges zur Erkenntnis der Wahrheit beraubt zu haben.

Alle gaben dem ersten Delphin die Schuld, der die letzten Worte des Protagoras gehört und sie eilends herbeigerufen hatte. Er hätte den Unglücksmenschen retten und sie erst dann herbeirufen müssen, meinten sie. Andere allerdings wendeten ein, daß er, um ihn zu retten, der Hilfe mehrerer Delphine bedürft hätte, um den alten Mann auf seinen Rücken zu heben und vor den heranrollenden Wogen zu schützen. Es sei ein wahres Unmaß der Dinge, jetzt dem aufmerksamen Delphin, der sie doch sogleich an den Ort des Unglücks gerufen habe, die alleinige Schuld aufbürden zu wollen. Schließlich hielten sie eine Beratung ab, was sie anstelle ihrer philosophischen Diskussion hätten tun müssen. Sie übten dann zwar Selbstkritik, fanden aber ihren Fehler leicht verständlich, daher auch verzeihlich: Es sei eben so gewesen, daß die von den letzten Worten des Protagoras in ihnen ausgelösten Gedanken sich auf Grund ihrer wirklichen Wichtigkeit ihrer aller mit solcher Gewalt und Heftigkeit bemächtigt hatten, daß sie dadurch vorübergehend zum Verzicht auf praktische Betätigung verleitet worden seien. Der Ansturm von Protagoras' ausgelösten Gedanken sei es gewesen, der sie gehindert habe, ihn rechtzeitig vor dem Ansturm der durch den Meeressturm ausgelösten Fluten zu retten. Dies sei die dem Falle innewohnende Tragik, und dies sei umso leichter verständlich, als die geringe Widerstandskraft der Menschen gegenüber den Meeresfluten ihnen zwar bekannt, aber doch nicht so in Fleisch und Blut übergegangen sei, daß der Anblick eines im Wasser treibenden Menschen augenblicklich eine Reflexreaktion in ihnen ausgelöst hätte. Im Grunde sei ihnen eben doch nur der Delphin das Maß aller Dinge.

Traurig stimmten alle zu und begnügten sich damit, den zwei oder drei Hai-fischen, die sich mittlerweile ebenfalls eingefunden hatten und nun mit blutigen Mäulern davonschwammen, ihre ernstliche Mißbilligung ob ihrer pietätlosen Gefräßigkeit nachzurufen.

NEUERSCHEINUNG

Literatur im historischen Prozeß, Neue Folge 3

Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-49

Schreibweisen, Gattungen, Institutionen

W. Lange: Die Schaubühne als politische Umerziehungsanstalt / K. R. Scherpe: Reportageliteratur der Nachkriegszeit / J. Hermand: Westdeutsche Utopien nach 1945 / J. Pelzer: Das politische Kabarett in Westzonen / F. Kröll: Literaturpreise nach 1945 / H. Peitsch: Materialien zu den Literaturverhältnissen in den Westzonen
16,80 DM (f. Stud. 13,80), AS 83: ISBN 3-88619-083-8

Die Reihe »Literatur im historischen Prozeß« kann abonniert werden: 3 Bände pro Jahr kosten dann 44,40 DM (f. Stud. 38,40) jeweils inkl. Versand. Dieses Abo berechtigt zum Bezug aller anderen Argument-Sonderbände zum Abo-Preis.

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Detlev Albers

Zentrale strategische Probleme des Bruchs mit der Profitlogik in den kapitalistischen Metropolen

Wiener Thesen*

1. These: Der Bruch in den Zentren verlangt weltrevolutionären Prozeß

Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den verschiedenen Teilen des internationalen kapitalistischen Systems ist inzwischen so groß, die Widersprüche in seinen einzelnen Bestandteilen und zwischen ihnen sind derart zugespitzt, die Gefährdung der ökologischen Grundbedingungen des Planeten schreitet derart rasch voran, daß ein definitiver Bruch mit der Logik des Profits nur noch im Zusammenhang, als Kernelement eines Prozesses der Weltrevolution denkbar ist. Die Wahrscheinlichkeit, daß es in den vor uns liegenden Jahrzehnten zu der hierfür unabdingbaren, weltweiten Verschärfung des auf dem kapitalistischen System als Ganzem lastenden Problemdrucks kommt, ist größer als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Ob es den progressiven Kräften gelingt, eine solche Krise revolutionär zu nutzen, oder ob daraus eine erneute Phase kapitalistischer Stabilisierung und Prosperität hervorgeht, ist gegenwärtig sicher nicht zu entscheiden. Daß die zuletzt genannte Lösung aber nicht ohne schwere Einbußen auf Seiten der arbeitenden Bevölkerung, und zwar in allen Teilen, von der ersten bis zur dritten oder vierten Welt, erreichbar sein wird, ja, daß sie gegebenenfalls unwiederbringliche Elemente des gemeinsamen ökologischen Erbes der Menschheit preisgibt, dürfte bereits heute außer Frage stehen. (...)

2. These: Die Aufgabe eines erneuerten Marxismus bei der Krisenbewältigung

Die Fähigkeit, zu einer produktiven Verarbeitung der den Kapitalismus heute weltweit erschütternden Widersprüche zu gelangen, wird auch in Zukunft am ehesten von einer sozialistischen Position zu erwarten sein, die sich in ihren grundlegenden Annahmen auf das Gedankengut des Marxismus stützt. An der potentiellen Überlegenheit des marxistischen Erklärungsansatzes festzuhalten, verlangt aber zugleich auch einzugestehen, daß die bisherige Bilanz der sich hierauf berufenden gesellschaftlichen Kräfte keinesfalls uneingeschränkt positiv zu nennen ist. Die Unterschätzung der Wandlungs- und Überlebensfähigkeit des Kapitalismus, die unkritische Verschmelzung mit der Staatsdoktrin in den bisher existierenden sozialistischen Ländern und immer wieder zu beobachtende Verspätungen, neue Probleme der politischen Theorie und Praxis aufzugreifen, nötigen zu dem Eingeständnis, daß gegenwärtig in mehr als einer Hinsicht auch von einer Krise des Marxismus und seiner unterschiedlichen Auslegungen zu sprechen ist. In gleicher Weise ist jedoch festzustellen, daß ein sich erneuernder Marxismus, der zweifellos auf Beiträge verschiedener Her-

* Gekürzte Fassung des Referats auf dem 3. Otto-Bauer-Symposium, Wien, 4.-7.3.1982. Das vollständige Referat erscheint zusammen mit den anderen Beiträgen des Seminars in einem Sammelband des *spw*-Verlags, Berlin/West, im Herbst 1982.

kunft angewiesen ist, nicht nur an Ausstrahlung in den Reihen der westlichen Arbeiterbewegung zurückzugewinnen, Verbündete und Ansprechpartner unter den Anhängern anderer Weltanschauungen finden kann; ihm wird auch eine von niemandem sonst zu erfüllende Orientierungsaufgabe im Vorantreiben revolutionärer Veränderungsprozesse in den kapitalistischen Metropolen zufallen. (...)

3. These: Systemkonkurrenz und Kampf für den Frieden

Die Existenz des Blockgegensatzes und die menscheitsbedrohenden Gefahren eines in beiden Lagern mit allen Mitteln zu bekämpfenden thermo-nuklearen Weltkrieges stellen eine der militärisch-politischen Determinanten dar, die für absehbare Zeit von allen politischen Kräften in den kapitalistischen Metropolen zugrunde zu legen sind. Je deutlicher die westliche Linke die Eigenständigkeit ihrer langfristigen sozialistischen Zielvorstellungen herauszuarbeiten vermag, umso erfolgreicher wird sie die Triebkräfte, Zusammenhänge und Absichten der gegenwärtig hauptsächlich von den USA unter Reagan verfolgten Aufrüstungs- und Hochspannungspolitik durchschaubar machen und zurückdrängen können. Je mehr sie bereit ist, spannungsverschärfende Entwicklungen in der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten ihrer tatsächlichen Bedeutung nach zurückzuweisen, umso mehr wird sie deren Instrumentalisierung zugunsten von Konkurrenz- und Vorherrschaftsstrategien der führenden westlichen Blockmacht verhindern können. Erst in einem solchen Zusammenhang wird es gelingen, die ganze Tragweite ihres eigenen Kampfes für Frieden und Abrüstung verständlich zu machen, nämlich Ansatz zu alternativer Wirtschaftspolitik im Innern, Beitrag zur Solidarität mit der 3. Welt und zum Abbau lebenszerstörender Potentiale zugleich zu sein. (...)

Es gibt keinen Zweifel mehr daran, daß sich die Regierungen der USA mit wachsendem Risikoeinsatz darum bemühen, weltweit auftretende Konflikte zu Auswirkungen der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West zu erklären und damit dem Zugriff ihrer eigenen Großmachtspolitik zu öffnen. (...) Auf der Gegenseite ist nicht zu übersehen, daß auch in der Sowjetunion Großmachtpolitik und Blockdenken zu strategischen Kategorien geworden sind, die andere, fortschrittliche Traditionen verdrängt haben. (...)

Die Aushöhlung des Entspannungsprozesses und das beschleunigte Wettrüsten haben bisher in Westeuropa und selbst in der westlichen Linken zu unterschiedlichen Einschätzungen geführt. Einige Länder, wie besonders die Bundesrepublik, halten sowohl ihre Lage am Schnittpunkt der beiden Militärpakte als auch die wichtigsten Lehren ihrer Geschichte dazu an, daß 'von deutschem Boden (und auf ihm) nie wieder Krieg ausgehen' darf. In anderen Ländern, vor allem in Frankreich, macht sich die Linke den Konsens zu eigen, daß erst die Verfügung über die modernsten, auch nuklearen Waffensysteme die Souveränität der Nation gewährleisten könne; dementsprechend scheint es vielen wichtiger, in der Waffentechnologie mitzuhalten, als einen beiderseitigen Abrüstungsprozeß in Gang zu bringen. Dennoch müßte Einigkeit darüber zu erzielen sein (auch wenn dies in beiden Ländern noch schwere politische Konflikte bedingt), daß jede Form der Einbindung in die amerikanische Überlegen-

heitsstrategie und sozialistische Perspektiven sich gegenseitig ausschließen. Hier wie dort müßte der Kampf der Linken eine seiner wichtigsten Triebfedern einbüßen, wenn er das Eintreten für eine neue ökonomische Logik im eigenen Land, die Unterstützung für die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung oder selbst die Solidarität mit den Reformbestrebungen in den osteuropäischen Ländern aus taktischen Rücksichten von ebenso unverzichtbaren Initiativen zur Abrüstung und zur Sicherung des Friedens abtrennen ließe.

4. These: Die Abhängigkeit der ersten von der dritten Welt

Jeder wirkliche Bruch mit der Logik des Profits in den kapitalistischen Zentren ist illusorisch, wenn er nicht die Gesamtheit ihrer Beziehungen mit der sogenannten 3. Welt auf eine neue Grundlage stellt. Die Arbeiterbewegung des Westens verlöre den Kern ihrer Identität, wenn sie die eigene soziale Befreiung auf der fortbestehenden Ausbeutung der dortigen Völker aufbauen wollte. Darüber hinaus büßte sie unersetzbare Verbündete ein, wenn sie die Macht der Kapitalverhältnisse allein in deren Hochburgen niederzuringen hätte. Sozialistische Strategien in den Metropolen des Kapitalismus werden deshalb immer stärker daran zu messen sein, welche Wege der Entwicklung sie zumindest perspektivisch für die Nationen in der 3. Welt einschließen und wie sie ihren Anhängern das Erfordernis von dazu nötigen eigenen Opfern vermitteln. Ein Schlüsselement wird dafür die Bereitschaft sein, jedem dieser Länder wirksame Schutzmöglichkeiten zur Planung einer selbständigen Entwicklung gegenüber den Mechanismen des Freihandels und der internationalen Konkurrenz einzuräumen. Ausgearbeitete Konzepte zur gemeinsamen Entmachtung der multinationalen Konzerne müssen hierzu ebenso gehören wie die Stärkung auf gleichberechtigter Kooperation beruhender internationaler Institutionen und die kontinuierliche Ausweitung ihrer finanziellen Ressourcen. Zusammengekommen muß sich aus allen diesen Maßnahmen eine glaubwürdige Anstrengung der westlichen Linken ergeben, den notwendigen Beitrag des »Nordens« für den Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung aufzubringen und dazu insbesondere mit der »Bewegung der Blockfreien« als wichtigstem politischen Repräsentanten des »Südens« umfassend zusammenzuarbeiten. (...)

Die westlichen Industrieländer (neuerdings vielleicht mit Ausnahme Frankreichs) und sogar die Empfehlungen der Brandt-Kommission halten unbeirrt an der Doktrin fest, daß sich die Entwicklung des Südens allein auf der Basis einer unbeschränkten Weltmarktöffnung dieser Länder vollziehen könne und dürfe. Bestenfalls spricht man sich umgekehrt (mehr verbal denn real) für den Abbau protektionistischer Barrieren gegenüber Fertigwaren aus der 3. Welt aus. Dabei kann keinem der Verantwortlichen verborgen bleiben, daß unter solchen Bedingungen scheinbarer Gleichheit (wobei selbst diese noch oft genug von Seiten des Stärkeren durchbrochen wird) nichts außer einer weiteren Verschlechterung der ökonomischen Kräfteverhältnisse zu Lasten des Südens herauskommen kann. (...) Ohne den Durchbruch zu einer neuen ökonomischen Logik, deren eines Kernelement im Aufbau von Grundlagen für gleichberechtigte Austauschbeziehungen zwischen Nord und Süd besteht, werden immer

größere Teile der 3. Welt in die soziale Katastrophe getrieben. Die Arbeiterbewegung des Westens wird deshalb zuallererst dort, wo sie direkte politische Verantwortung trägt, der Solidarität mit der 3. Welt in einem bisher unbekanntem Maße Vorrang einzuräumen haben. Das muß beispielsweise die Bereitschaft zu weitgehenden materiellen Zugeständnissen einschließen, wo sich revolutionäre Bewegungen in der 3. Welt anschicken, das heruntergewirtschaftete Erbe, das sie vorfinden, gegen äußere Kapitaleinflüsse abzuschirmen, gleichzeitig aber privilegierte Absatzbedingungen für landwirtschaftliche oder industrielle Produkte auf den Märkten des »Nordens« benötigen. So erst kann ein Ressourcentransfer eingeleitet werden, der auf größere Autonomie im Süden, statt auf seine vertiefte Abhängigkeit von morgen abzielt. Die Formel »Nationalisieren, statt multinationalisiert zu werden« enthält nicht nur eine der wirkksamsten Parolen der französischen Linken, um die Stoßrichtung ihres Kampfes für eine neue ökonomische Logik im eigenen Land zu erklären. Mit dem gleichen Problem — nur ungleich brutaler — sind die allermeisten der Entwicklungsländer konfrontiert. Ohne eine systematische Aufklärungsarbeit von Seiten der westlichen Linken wird es ihnen jedoch noch sehr viel schwerer fallen, die Berechtigung, ja vielfach Notwendigkeit entsprechender Handlungen international zu begründen und durchzuhalten. Schließlich werden die Arbeitnehmerorganisationen des Nordens, Parteien wie Gewerkschaften, in den eigenen Reihen, in der nationalen Öffentlichkeit und auf internationaler Ebene immer wieder darauf hinwirken müssen, daß sie die Mechanismen zur Verelendung der 3. Welt auch um den Preis von Einbußen des eigenen Lebensstandards bekämpfen, um dadurch reale Fortschritte auf Seiten der Völker des Südens zu gewährleisten. Das alles wird diesen Völkern weder die Hauptlast des Befreiungskampfes abnehmen, noch eine schlagartige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bewirken. Je mehr es aber der Arbeiterbewegung in den Metropolen gelingt, die korporativen Schranken ihres gesellschaftlichen Kampfes zu durchbrechen, die sich im heutigen Kapitalismus immer stärker international vermitteln, umso weniger wird sich ihr Vordringen zur politischen Macht verhindern lassen.

5. These: Ökologische Krise und neue ökonomische Logik

Die Entwicklung der menschlichen Produktiv- und Destruktivkräfte hat im Laufe dieses Jahrhunderts ein solches Ausmaß angenommen, daß ohne eine völlig neue Qualität ihrer gesellschaftlichen Planung und Kontrolle erstmals die Lebensfähigkeit der Welt als Ganzes auf dem Spiel steht. Rücksichtsloses Beherrschenwollen und Eingriffe in die Natur, blind gegenüber deren Zweit- und Drittwirkungen, bilden ein weithin dominierendes Merkmal aller bisher verfolgten Typen von Industrialisierung, technologischen Fortschritts und darauf orientierter gesellschaftlicher Entwicklung. Die Feststellung, daß die Grundmuster solcher Industrialisierung auch nach der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln noch fortwirken oder sogar aus Gründen der Konkurrenz bewußt fortgeführt werden, rechtfertigt jedoch nicht (wie dies vielfach in der ökologischen Bewegung geschieht), seinen Frieden mit dem Kapital zu machen; ebensowenig läßt sie zu, sich im Kampf um seine Entmach-

tung für neutral oder uninteressiert zu erklären. Im Gegenteil. Infolge ihres technologischen Vorsprungs und ihrer ökonomischen Stärke gibt es gerade in den kapitalistischen Zentren eine jedermann einschließende, besondere Verantwortung, ökologische Gefahren frühzeitig zu erkunden, aufzuklären und zu verändern. Da sich herausstellt, daß solche Maßnahmen auf Schritt und Tritt mit der Logik des Profits kollidieren, jedenfalls aber nach einer dieser fremden Abwägung humaner und natürlicher Bedürfnisse verlangen, erweist sich der Verwertungszwang des Kapitals als ein prinzipieller Gegner des Versuchs, lebenswerte Verhältnisse der Menschen und die Entwicklungsprinzipien der Natur miteinander vereinbar zu machen. Ziele der Kampf der Sozialisten dagegen letztlich seit jeher auf die Befreiung der gegenwärtigen lebendigen Arbeit von den Fesseln der toten, dann ist es nur folgerichtig, wenn er jetzt, auf dem erreichten Stand der menschlichen Fähigkeiten zur Naturbeherrschung, die Sicherung von Lebensbedürfnissen der künftigen Generationen und ihrer Arbeitsmöglichkeiten als konstitutives, durch die Ökologie vermitteltes Prinzip mit in sich aufnimmt. Die Verschmelzung beider Gesichtspunkte in den Anforderungen für eine neue ökonomische Logik ist schließlich nirgendwo vordringlicher als in den Hochburgen des Kapitalismus, weil erst dadurch Raum für deren Anerkennung auch in den übrigen »Welten« geschaffen wird. (...)

6. These: Nationale Annäherungen an die neue ökonomische Logik

So wichtig die Aneignung und massenhafte Verbreitung des Bewußtseins der internationalen, in einem neuen Sinne globalen Dimensionen der Krise sind, denen sich der Kapitalismus gegenübersteht, so bedeutsam die Einsicht ist, daß eine Beseitigung aller ihr zugrundeliegenden Momente weit über die Kräfte eines einzelnen Landes, und sei es des größten, hinausgeht, so wenig erübrigen sich deshalb nationale Anstrengungen, zu einer neuen Grundausrichtung von Ökonomie und Gesellschaft zu gelangen. Den Anstoß hierzu wird immer wieder der Kampf gegen die unmittelbaren Auswirkungen der Krise bilden, die ihrerseits wieder von Land zu Land unterschiedlich kombiniert in Erscheinung treten. In den westlichen Industriestaaten wird überall das Ringen um wirksame Gegenmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt rücken; aber schon die Stoßrichtung der kurzfristigen Alternativforderungen von Gewerkschaften und linken Parteien wird nicht wenig voneinander abweichen. Auch wenn der Zusammenhang zwischen solchen Maßnahmen, wie beispielsweise der Arbeitszeitverkürzung, und weitergehenden Eingriffen in die ökonomischen Entscheidungsstrukturen zunehmend deutlich wird, bleiben die Voraussetzungen hierfür, etwa im Bereich der bereits vorhandenen staatlichen Planungsinstrumente, um deren qualitativ ins Gewicht fallenden Ausbau es geht, höchst verschieden. In den Ländern der 3. Welt wird der Kampf um die Sicherung elementarer Grundlagen für eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung ohnehin eine Vielzahl unterschiedlicher Anknüpfungspunkte benötigen, von der Kontrolle über die im eigenen Land geförderten Rohstoffe bis zur Herstellung gerechter Austauschbeziehungen mit dem »industriellen Norden«.

Alle diese Differenzen und Ungleichzeitigkeiten ändern allerdings nichts an der grundlegenden Alternative: Entweder man wirkt aktiv oder passiv am Ver-

längern der bestehenden Mechanismen der internationalen kapitalistischen Konkurrenz mit; dann werden selbst Teilerfolge, die man im nationalen Rahmen erreicht, nur dazu beitragen, die Lasten der Krisenbewältigung verschärft auf die schwächsten Länder in der internationalen Arbeitsteilung abzuwälzen und damit langfristig den Problemdruck weiter zu erhöhen, der auf dem System als Ganzem lastet. Oder aber es gelingt, den Krisenwiderstand zunächst einmal in einzelnen Ländern auf die Kernfragen einer alternativen ökonomischen Machtverteilung zu orientieren. Gerade dann wird es jedoch darauf ankommen, die so ermöglichte Annäherung an die neue ökonomische Logik in einer Richtung voranzutreiben, die sich konsequent in die internationale Perspektive der Entspannungspolitik, der Solidarität mit den Völkern der 3. Welt und die Überwindung der ökologischen Krise einfügt. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß sich die Zukunft der Linken an der Fähigkeit entscheidet, unter den besonderen Bedingungen ihres Landes diesen zuletzt genannten Weg einzuschlagen. (...)

Es bleibt ein historisches Verdienst der Sozialisten und der gesamten Arbeiterbewegung in Frankreich, daß sie seit dem 10. Mai 1981 daran gehen, den gesellschaftlichen Einfluß auf die »Kommandohöhen der Wirtschaft« (wie dies Otto Bauer formulierte) entscheidend zu vergrößern. Erstmals unternimmt es damit ein essentieller Teil der westeuropäischen Linken zu beweisen, daß es möglich ist, offensiv den wichtigsten Teil der ökonomischen Machtzentren im eigenen Land zu nationalisieren und damit zum Kern einer auf die Prinzipien der neuen ökonomischen Logik verpflichteten Wirtschaftsordnung werden zu lassen. Dennoch ist unübersehbar: Noch dieser große historische Vorstoß kann aufgefangen und von den Mechanismen des internationalen Kapitalismus absorbiert werden, wenn es nicht gelingt, den Prozeß der Gesellschaftsveränderung in Frankreich unwiderruflich mit dem Kampf für die Überwindung der weltweiten Systemwidersprüche zu verbinden. Die Erfolge ihrer bisherigen Arbeit nötigen die französische Linke zu einer beispiellosen Anstrengung, um die nationalen und internationalen Prinzipien der neuen ökonomischen Logik in einer Strategie zusammenzufassen, die sich den Anforderungen an einen Vorposten der »Revolution im Westen« gewachsen zeigt. Ihr Vorankommen ebenso wie die Überwindung unvermeidlicher Rückschläge wird aber nicht zuletzt davon abhängen, ob und inwieweit die gesamte Eurolinke ihren Beitrag in die Lösung dieser Probleme einzubringen versteht.

NEUERSCHEINUNG

ARGUMENT-STUDIENHEFT SH 51

Werner Goldschmidt

Staatstheorien

Klassische Theorien über den bürgerlichen Staat

Aus der Reihe: Einführung in die Politische Soziologie, Band 3

7,00 DM, 96 Seiten, SH 51: ISBN 3-88619-751-4

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Pietro Ingrao

Elemente einer neuen Logik linker Politik*

Vorbemerkung des Übersetzers: Im folgenden bringen wir einen Auszug aus dem Referat und der Schlußbemerkung von Pietro Ingrao beim diesjährigen Otto-Bauer-Seminar in Wien. Der Vortrag gab einen umfassenden Überblick über die neuen Aufgaben und Widersprüche, denen sich die sozialistischen Bewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern gegenübersehen. Zunächst geht Ingrao die unterschiedlichen Interpretationen der Krise des »Wohlfahrts-« oder »Sozialstaats« durch. Dabei versucht er, den spontanen Eurozentrismus sowohl der Sozialstaatsverfahren als auch der Interpretationen ihrer Krise aufzudecken und zurückzudrängen. Die Logik der um die beiden Supermächte angeordneten Blöcke und die ökonomische Logik des Kapitals werden daraufhin untersucht, wie sie die Formen der demokratischen und sozialen Inanspruchnahme von Staatsfunktionen überlagern und durchdringen. Einen Ausgangspunkt bildet die neuartige Entkoppelung des Zusammenhangs von technischer Entwicklung und Wohlstandsentwicklung.

Wir haben im folgenden einige Passagen ausgewählt, in denen sich der Versuch, eine neue Politik der Gesellschaftsveränderung zu denken, konzentriert. Die Denkmuster und die Begrifflichkeit, die sich dabei manifestieren, sollten denen zu denken geben, die Anstrengungen theoretischer Erneuerung des Marxismus allzuoft als unannehmbare Zumutung und »modisches Zeug, das keiner versteht«, abwehren. Es geht nicht um Randfragen, sondern um die Logik des Politikmachens.

W.F.H.

Die gegenwärtige Entwicklung und vor allem die Methoden der Arbeitsorganisation, die Formen der Dezentralisierung der Produktion, die Ausbildungssysteme, die Artikulation der Erkenntnisse und der Kompetenzen, die Instrumente der Organisation des politischen und sozialen Konsenses haben zu einer Komplikation der sozialen Figuren und zu Phänomenen akuter korporativer Fragmentierung geführt. Die Entwicklung scheint nicht mehr als aggregierende Kraft zu wirken. (...)

Diese Interpretation der Krise des Sozialstaats ist insofern ungenügend, als die Krise und ihre Phänomene als »objektives« Ergebnis erscheinen. Der Rahmen des Sozialstaats selbst erscheint als etwas Festes, gleichsam als ein Projekt, das sich »natürlich« erschöpft. Die Spannung und der Konflikt in seinem Innern bleiben unsichtbar. So werden die konfligierenden Kräfte und Subjekte nicht gefaßt. Man riskiert, die Dynamik der Krise zu verkennen und vor allem den Zusammenstoß, der sich um die bewegliche Grenze zwischen Politik und Ökonomie ergeben hat, die Entwicklung von Staat und Markt, die konkreten (und fluktuierenden) Gehalte des Kompromisses der grundlegenden gesellschaftlichen Kräfte. Es ist nicht zufällig, daß einige Autoren, die dieser Kriseninterpretation zuneigen, einen Ausweg vorschlagen, in dem der Sozialstaat seine Zielsetzungen modifiziert und erweitert über das Umverteilungsfeld hinaus, zugleich aber die Grenze zur Welt des Marktes als solchen, gesteuert durch dessen spezifische Logiken, unverändert festhält. Diese Sichtweise läßt zu sehr im Dunkeln die umwälzenden Restrukturierungen, die sich weltweit herausgebil-

* Gekürzte Fassung des Referats auf dem 3. Otto-Bauer-Symposium, Wien, 4.-7.3.1982. Das vollständige Referat erscheint zusammen mit den anderen Beiträgen des Seminars in einem Sammelband des *spw*-Verlages, Berlin/West, im Herbst 1982. — Aus dem Italienischen übersetzt von W.F. Haug.

det haben, sei es im System der Unternehmen und der Organisation der Produktion, sei es in den Systemen der gesellschaftlichen Reproduktion. Ich erinnere an die Prozesse transnationaler Konzentration und Vertikalisierung in den Schlüsselbereichen der Industrie; an die neuen Formen der Eingliederung der Wissenschaft in den Produktionsprozeß; an die Modifikation des Systems der Unternehmen, ihre Anordnung um »Nervenzentren«, die in die Metropolen verlagert sind und Formen der produktiven Dezentralisierung und der Marktkontrolle auf planetarischer Stufenleiter steuern; die Revolutionierung des ganzen Systems der Massenkommunikation und Bildung durch die Entwicklung der Informatik und Telematik. Diese Modifikationen haben sich nicht abseits vom Handlungs- und Kontrollbereich des »Sozialstaats« zugetragen, sondern sind tief in diesen eingedrungen. Sie haben nicht nur in die internationale Arbeitsteilung eingeschnitten, sondern auch in die Organisierung des kollektiven wissenschaftlichen Intellekts und daher in die Artikulation der einzelnen Wissensformationen (dei saperi, »der Wissen« im Plural; W.F.H.), in die Daseinsweise der großen öffentlichen Apparate, in die soziale Zusammensetzung (composizioni) der einzelnen Länder. (...) Vor allem die führende Macht der kapitalistischen Welt, die USA, hat darauf geantwortet, indem sie ihre transnationale Dimension erweiterte, ihre Beweglichkeit und Kapazität der Artikulation auf interkontinentaler Stufenleiter, indem sie ihre Monopolstellungen auf dem Feld fortgeschrittener Technologie verstärkte, ferner durch Invasion und Vermarktung der Systeme der Kommunikation, der Information und der Ausbildung des kollektiven Imaginären. Auf diese Weise sind typische Felder des Sozialstaats besetzt oder umgangen worden: die nationale Währungskontrolle, Kontrolle und Orientierung der Nationalkulturen, die Bildungs- und Kommunikationssysteme und daher die Kanäle der Ausarbeitung politischer Erfahrung. Neue Gebiete ungleicher Entwicklung und Abhängigkeit haben sich so etabliert. (...)

Die Prozesse der Militarisierung der Politik, die sich so dramatisch vor unseren Augen abspielen, sind nicht nur dem Gewicht spezifischer Apparate zuzuschreiben, den immer engeren Verbindungen zwischen Industrie und Rüstungspolitik, zwischen einem bestimmten Typus wissenschaftlicher Forschung und der militärischen Anwendung, sondern auch der politischen Unsteuerbarkeit von Ländern, in denen die Transformationen und Modernisierungen zersetzend gewirkt haben, ohne neu zusammzusetzen (*disaggregato senza riaggregare*). (...)

Es gibt daher fundamentale Gründe, die Zielsetzung des Friedens und die Antwort auf die Entwicklungskrise eng miteinander zu verbinden. Wir brauchen aber ein klares Bewußtsein davon, daß diese Verbindung nicht spontan aus den Fakten entstehen wird. Sondern aus den Restrukturierungsprozessen und Konflikten der Krise wird es zu einer gleichzeitigen, aber *oft getrennten und widersprüchlichen* Aktualisierung einer Reihe von Bedürfnissen kommen. (...)

Die Krise verschärft die Trennung zwischen den Momenten der Arbeit, ihrer Planung (*ideazione*), Organisation und Ausführung. Auf erweiterter Stufenleiter werden sich Phänomene der Dequalifizierung von Arbeitskraft reproduzie-

ren, zusammen mit Schüben einer neuen Mobilität, daher Formen von prekärer, »nicht garantierter« oder Teilzeitarbeit. Daher wird unter den Arbeitern die Tendenz stärker, sich auf jeden Fall einen Arbeitsplatz, ein Einkommen zu sichern, aber das Gefühl der Frustration, der Entfremdung in der Arbeit wird nicht verschwinden, sondern sich im Gegenteil verschärfen.

Das Wirken der Denationalisierung, der »amerikanischen« Durchdringung in den verschiedenen Ländern, der Vermarktung der Masseninformatik und des kollektiven Imaginären wird seinen Weg durch die großen internationalen Kanäle der Telematik nehmen, aber dies wird Bedürfnisse nach nationaler und lokaler Identität provozieren, Verlangen nach Werten, was sich in verzerrten, zurückgebliebenen Formen auszudrücken droht. Das diffuse Verlangen nach Frieden wird gegen das Gewicht der großen Militärapparate stoßen, der Herrschaftsmaschinerien, der übernationalen Konditionierungen, mit der Gefahr, sich auf ewigen aber ohnmächtigen Protest zu reduzieren. Die Frage der Rekomposition der Emanzipationsbedürfnisse und das Problem der Dimension, in der eine solche Rekomposition sich verwirklichen muß, sind daher die entscheidende Frage einer Antwort auf die Krise, auch was die Stellung (*collocazione*) und das Schicksal Europas betrifft. Aus der Erfahrung der letzten Jahre wissen wir, daß die Entwicklung nicht von sich aus die Homogenisierung und Vereinfachung der Kräfte hervorbringt, daß sie also keine objektive Basis des Zusammenschlusses (*aggregazione*) »bereitstellt«, worauf eine Hegemonie der Arbeiterklasse gegründet werden könnte. Nicht daß sich das Feld der Bedürfnisse, Ansprüche, Anstöße, die der Herrschaft des modernen kapitalistischen Großunternehmens widersprechen, verkleinert hätte. Im Gegenteil hat es sich in gewisser Hinsicht erweitert. Emanzipationsbedürfnisse kommen heute aus neuen Quellen und manifestieren sich auf neuen Gebieten, die jenseits der Erfahrung und der Eingliederung (*collocazione*) im Arbeitsprozeß liegen. Aber die Harmonisierung dieser vielfältigen Anstöße geht nicht auf dem Weg einer bloßen »Aufnahme« neuer Ansprüche in den traditionellen Block der Arbeiterforderungen, außerhalb eines kohärenten Projekts gesellschaftlicher Transformation. (...) Es dreht sich auch nicht nur darum, das Feld der »Verbündeten« der Arbeiterklasse zu erweitern, z.B. sich auf die Frauen, die Jugend usw. zu beziehen.

Die Notwendigkeit, die Gehalte und Subjekte der sozialen Transformation neu zu denken, hängt in Wirklichkeit direkt mit den Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus zusammen, genauer, mit den Formen, in denen sich heute die Herrschaft der kapitalistischen Oligopole verwirklicht. Diese Veränderungen ändern auch die Forderungskataloge der Massen (gleichsam die »cahiers de doléance« von heute) und verlangen eine Modifikation der politischen Subjektivität.

Z.B. ändert sich die Frage der Intellektuellen: Sie kann weder als Einsammeln von Bündnispartnern, »Weggefährten«, Trägern »technischer« Kompetenzen, welche die politischen Kräfte in ihren Plänen nutzen, gesehen werden, noch vielleicht weiterhin in den Begriffen Gramscis der Bildung eines »kollektiven Intellektuellen«, der in der politischen Arbeiterpartei zusammengefaßt ist. Die Entwicklung, der Sinn, die Rolle des kollektiven Intellekts, des Reichs

der Kultur (patrimonio culturale), werden für den Widerstand gegen die Abhängigkeit wesentlich, um eine Autonomie wiederzufinden, um Antworten auszuarbeiten, die auf der Höhe der großen produktiven Reorganisationen und auch der neuen Befreiungsthemen sind, die aus der Gesellschaft auftauchen. Das Thema der Arbeiterbeteiligung selbst verbindet sich notwendig mit der Konstruktion eines Systems von Erkenntnissen, dem es künftig gelingen muß, weit über den Horizont der Fabrik hinauszublicken, und das bis zu den großen modernen Apparaten reichen muß, in denen sich die Artikulation der Wissensformationen organisiert, die Beziehungen mit der Produktion, die Systeme der Information und Kommunikation. Die Frage der Entfremdung in der Arbeit, der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, findet also eine Bestärkung, jedoch zugleich eine Verlagerung ihrer Gebiete und Gehalte des Kampfs und der Antwort.

Zugleich machen die Entwicklungen der Massengesellschaft und die neuen Unterdrückungs- und Entfremdungsformen es notwendig, daß die egalitäre Stoßrichtung der Arbeiterbewegung sich voll am Thema der »Differenzen« mißt, der Verschiedenheit, der individuellen Spezifik. Die Laisierung und »Säkularisierung« dieses Jahrhunderts hat alte Institute der Autorität abgebaut, hat die Familien erreicht, die Zweierbeziehungen, die Schule, hat präskriptive Kerne und Wertsysteme historisiert, hat damit enorme Räume für einen laizistischen Begriff des Individuums eröffnet, für die individuelle Subjektivität. Zugleich hat die wachsende Ausdehnung der Vergesellschaftungsprozesse dieses »säkularisierte« Individuum immer mehr in ein System von Beziehungen gestellt, das den ganzen Planeten umfaßt und das fortwährend die Frage der kollektiven Konditionierungen neu aufwirft, der sozialen Maschinerien, der Konflikte zwischen Individuum und Mächten (im Plural!). Diese Themen, die von den modernen Bürokratisierungs- und Entfremdungsprozessen immer zwingender gemacht werden, dürfen nicht einer »privatistischen« Revanche der Rechten oder neuen reaktionären Ideologien überlassen werden. (...)

Viele dieser Probleme tauchen außerhalb des Arbeitsprozesses auf ... Man muß es sagen, denn das heißt Verspätungen, Fehler, Verständnislosigkeiten vonseiten der Arbeiterbewegung anzuerkennen. Zugleich heißt es, das dürre Schema zu überwinden, das im wesentlichen in der »ökonomischen« Antwort (manchmal war sie ökonomistisch) das Heil der Gesellschaft sah.

Die neuen Bedürfnisse lassen die Arbeiterklasse nicht unberührt. Sie entwickeln sich im Leben der Arbeiterin und des Arbeiters selbst ... Sie komplizieren sein Leben und bereichern es zugleich. Sie treffen gewisse ganz »produktivistische« Lesarten des Kampfes der Arbeiter, gleichzeitig lassen sie uns die Potenzen der modernen Arbeitersituation verstehen. (...)

Für die Zwecke einer Strategie des »Dritten Weges« zum Sozialismus ist es nützlich, die *Felder der Transformation* oder die Knotenpunkte gesellschaftlicher Transformation von heute neu zu denken. (...) Ich verweise vor allem auf das Thema des *Staates*. Vielleicht müssen wir eine Sichtweise verlassen, die die Innovations- und Transformationskapazität des Staates an der Quantität industrieller Abteilungen und produktiver Sektoren bemißt, die dieser unmittelbar kontrolliert. Man denke an die Krise bestimmter Instrumente des National-

staats. Diese Krise überläßt der Invasion imperialer Mächte und der multinationalen Konzentration Bereiche, die lebenswichtig sind, sei es für die Bestimmung eines neuen Entwicklungstyps, sei es für die Antwort auf das Verlangen nach einer anderen Lebens- oder Arbeitsqualität. Die transformatorische Kraft des Staates muß sich stützen können auf Verhältnisse der Autonomie und Kreativität im Bereich der Wissenschaft, der Forschung, des kollektiven nationalen Intellekts; auf die entscheidende Frage der Energiepolitik; auf Orientierung und Organisation der großen Informationssysteme; auf den Umweltschutz; auf das lebenswichtige Thema der Sicherheit.

Das sind Fragen, in denen sich die wirkliche Unabhängigkeit von Ländern entscheidet, das Schicksal nationaler Kulturen, die Stellung Europas in der Welt. Eine Innovations- und Entscheidungsfähigkeit der öffentlichen Gewalt in Bezug auf diese Knotenpunkte festzulegen, die für diese Ziele erforderlichen internationalen Dimensionen zu verwirklichen, produktive und kulturelle Kräfte zu stimulieren und darauf zu orientieren, daß sie sich an den vom Wettbewerb erreichten Ebenen und Gehalten messen: all das scheint mir die Erörterung über den Staat von einem quantitativen Gebiet und auch von der bekannten Kontroverse über die Grenzen zwischen Staat und Markt wegzuverlagern. Es führt wieder dazu, sich mit dem Staat als Ort und Quelle gesellschaftlicher und nationaler »Aggregation« (Vereinigung, Zusammenfügung) in Bezug auf große Problemlagen zu befassen. (...)

Wir wären weg vom Schema der totalen Verstaatlichung sowjetischen Typs, die sich aller Aufgaben annimmt und es nicht schafft, Wettbewerb, Kreativität, Austausch hervorzubringen. Aber wir wären auch weg von Visionen, die aus den Umverteilungsgrenzen des Sozialstaats herauszukommen hoffen, indem sie die Sphäre des Marktes durch einen Staatssektor flankieren, der autonom bestimmte Güter (z.B. Vollbeschäftigung) garantieren soll, und durch einen keimförmigen dritten Sektor, in dem das Pflänzchen der Selbstverwaltung gedeihen soll. Ich glaube nicht an diese Lösung: die Welt des Marktes bleibt nicht bei sich, beiseite. Die modernen Oligopole dringen in Staat und Gesellschaft ein.

Ein zweites Feld der Transformation kann die gesamte Thematik der Arbeiterkontrolle betreffen. Wir müssen offen sagen, daß wir uns hier Niederlagen gegenübersehen. Dieses Thema, von der Revolution von 1917 — wenn auch in großartig utopischen Formen — aufgeworfen, hat man in den Ländern des Ostens schuldhaft sterben lassen; und einer der schwersten Fehler in den polnischen Wirren ist es vielleicht gewesen, die Anstöße in dieser Richtung, die, sei es auch konfus, im polnischen Arbeiterprotest enthalten waren, nicht aufzunehmen. Angesichts der Restrukturierungen grundlegender Produktionssektoren scheint es mir jedoch klar, daß die Mitbestimmung über einige »Stücke« des industriellen Apparats von wirklichem Einfluß weit entfernt bleibt, selbst von bloßer Information über die großen Weichenstellungen. Auch die Erfahrungen der italienischen Arbeiterräte erscheinen heute zu eng, sowohl als Basis wie als Instrumente. Ich glaube stattdessen noch immer, daß der Vorschlag der italienischen Gewerkschaft CGIL eines Systems von Unternehmensplänen, die den Arbeitermassen zur Kenntnis gebracht und zum Gegenstand von Ausein-

andersetzungen gemacht werden — sei es auf betrieblicher Ebene oder der von Produktionssektoren, sei es auf Regierungsebene —, einen neuen und positiven Strang industrieller Beziehungen öffnet sowie Anhaltspunkte für eine Entwicklungspolitik. Dieser Strang annulliert nicht die Autonomie der verschiedenen Subjekte, sondern institutionalisiert Punkte und Formen der Auseinandersetzung und des möglichen Konflikts. Er definiert einen Rahmen, in dem der Staat mit seinen Weichenstellungen eingreifen kann und in dem sich die Absichten und die Kräfteverhältnisse messen können. Vor allem wird damit ein Gebiet eingerichtet, auf dem eine moderne Massenkultur im wesentlichen Bereich der Arbeiterwelt, der unabhängigen Arbeit, der Techniker, der wissenschaftlichen Intellektuellen sich entwickeln kann. (...)

»Dritter Weg« als Vergesellschaftung der Macht

(aus dem Schlußwort zur Diskussion)

Unsere Diskussion über eine neue ökonomische Logik hat uns nicht auf eine ökonomistische Antwort gestoßen, das heißt, auf eine Antwort, die im Gebiet ökonomischer Mechanismen eingeschlossen bleibt. Die Diskussion hat den Akzent stattdessen stark ... auf die Rolle der Massen gelegt, auf die Formen, die diese Rolle in der Vergangenheit angenommen hat, auf die Erfahrungen, die gemacht worden sind, auf die aktuellen Bedürfnisse. Mir scheint daher, daß ein Wesensmerkmal des Dritten Weges vor allem in den Formen bestehen muß, in denen sich eine neue Macht der Massen verwirklicht, in denen die Macht der Massen aus dem beschränkten Feld der Löhne und sozialen Dienstleistungen herauskommt und fähig wird, sich in der Organisation der Produktion zur Geltung zu bringen, in der Strukturierung der Arbeit, in den produktiven Rekonversionen, aber auch in den großen neuen Themen der Umwelt, der Lebensqualität, der zwischenmenschlichen Beziehungen, der Erringung des Friedens.

Man könnte sagen, daß der Dritte Weg sich mißt und konkretisiert vor allem an der *Vergesellschaftung der Macht*. Da man uns oft nach einer Formel fragt, möchte ich mir diese Formel zueigen machen. Dritter Weg will vor allem besagen: Massen, die zählen. Massen, die bei den fundamentalen Entscheidungen zählen, mögen sie die Produktion oder das gesellschaftliche Leben betreffen. Dies bedeutet mithin die Konstruktion wirklicher Entscheidungsinstrumente der großen Massen in der Epoche der großen multinationalen Konzerne, der Telematik und der Informatik und angesichts alarmierender Formen einer wachsenden Militarisierung der Politik.

Dritter Weg bedeutet also nicht, auf halbem Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus haltzumachen, auf den Sozialismus zu verzichten. Sondern er bedeutet, den Kampf für den Sozialismus mit mehr Kraft wieder voranzubringen. Es ist nicht wahr, daß wir unsere roten Fahnen zusammenfalten, wir kämpfen darum, sie höher zu heben, sie mit mehr Kraft inmitten neuer Massen vorwärtszutragen. Gewiß, unser Wortschatz ist im Begriff, sich auszuweiten. In den vergangenen Jahren hatten wir nur einige Begriffe angenommen: Staat, Parteien, Gewerkschaft, Entwicklung. Heute nehmen wir viel mehr und andere Begriffe an: Arbeiterkontrolle, Selbstverwaltung, Kreativität der Ar-

beit, Verteidigung der Natur, Frauenbefreiung, Überwindung der Blöcke, Frieden. Diese Begriffe drücken konkrete Bedürfnisse großer Massen aus. Und wenn ich von großen Massen spreche, bekräftige ich, daß dieser neue Wortschatz auf die eine oder andere Weise heute auch im Haus lebt, in der Arbeiterfamilie. Es sind nur zu schwierige Ziele, aber ohne diese Ziele können wir heute weder eine Klasseneinheit neu zusammenfügen (wörtlich: rekomponieren, W.F.H.), noch einen Block verändernder Kräfte. Ohne diese Ziele verschlimmert sich ein ganzer Satz von Übeln, die Entfremdung des Arbeiters, die Vereinsamung der Mitbürger, die Verzweiflung so vieler Jugendlicher. Ohne diese Losungen siegt nicht nur der Kapitalismus, sondern mit diesem die Droge, die Gewalt, die Verzweiflung, die politische Apathie. Ohne diese Zielsetzungen vervielfachen sich die Atomarsenale, verschwindet das Grün von unserem Planeten, mutiert diese menschliche Natur, die mit der Arbeit von Jahrhunderten gewachsen ist. Ohne diesen Kampf haben wir heute nicht einmal mehr die Gewißheit der Beschäftigung. Gestern konnten die herrschenden Klassen den Massen sagen: Gebt euch mit dem Brot zufrieden, laßt machen, mischt euch nicht ein. Heute dagegen können wir weder die kapitalistischen Multis machen lassen, noch die regierenden Bürger, noch die Bürokraten einer totalitären Einheitspartei. Wir können weder die US-Generale des Pentagon machen lassen, noch den General Jaruzelsky in Polen. Wir müssen nicht nur eingreifen, sondern kennen (auch einander kennen), diskutieren und gemeinsame Kämpfe konstruieren. Es muß uns gelingen, gemeinsame Kämpfe zu schaffen und gleichzeitig zuwebringen, daß diese kollektiven Kämpfe eine neue Kreativität des Individuums auszudrücken vermögen. Wir müssen voll die Autonomie jeder unserer Kräfte verteidigen, aber auch lernen, die Fragmentierung zu überwinden, lernen, die Kräfte der Linken zu koordinieren. Vor allem aber müssen wir die neuartigen Kräfte entdecken, annähern und ansprechen lernen, die auf die Szene treten, auch wenn sie sich von unserer Geschichte und unserer Tradition unterscheiden. (...) Mancher möchte uns voneinander getrennt und fern halten, jeden von uns antreiben, sich in seine kleine Parole einzuschließen. Dagegen müssen wir nicht nur die Fenster und Türen aufmachen und miteinander reden, sondern die Wiederöffnung (riapertura) zwischen den großen Massen, den Jugendlichen, den Frauen muß uns immer mehr gelingen, und wir müssen Brücken schlagen und Durchgänge brechen zu den Milliarden menschlicher Wesen in Bewegung und Kampf in der Dritten Welt; annähern, artikulieren, wiederzusammensetzen die Forderungen, die diese Bewegungen vorantragen.

NEUERSCHEINUNG

ARGUMENT-STUDIENHEFT SH 49

Grundkurs EnglischEine Einführung in die Amerikanistik
von Dieter Herms

9,80 DM, 144 Seiten, SH 49: ISBN 3-88619-749-2

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Karl Hermann Tjaden

Umweltpolitik in der Sicht der Arbeiterbewegung*

Schwerpunkte und Perspektiven in den achtziger Jahren

Eine einheitliche Stellungnahme zu den anstehenden umweltpolitischen Aufgaben aus der Sicht der Arbeiterbewegung unseres Landes gibt es bekanntlich nicht. Die »Sicht der Arbeiterbewegung«, die ich gleichwohl als eine Art idealer Minimalkonsens zu formulieren wage, kann nur aus den praktischen und theoretischen Stellungnahmen der Organisationen der Arbeiterbewegung¹ zu Umweltproblemen gefolgert werden. Dabei geht es allerdings ohne persönliche Interpretationen nicht ab.

1. Grundinteressen der Arbeitnehmer und menschen- und umweltgerechte Strukturpolitik im Arbeitnehmerinteresse

Es schiene durchaus gerechtfertigt, zur Einleitung in unser Thema auf umweltwissenschaftliche und umweltpolitische Verdienste der Arbeiterbewegung hinzuweisen. Das finge bei Friedrich Engels' Untersuchungen zur »Lage der arbeitenden Klasse in England« (1845) und zur »Dialektik der Natur« (ab 1873)² an und hörte beim Wahlkampf der SPD für einen blauen Himmel an der Ruhr (1961)³, beim ersten Umweltprogramm der DKP (1971)⁴, beim IG-Metall-Kongreß über die »Qualität des Lebens« (1972)⁵ und beim Umweltprogramm des DGB (1974)⁶ noch lange nicht auf: Die theoretischen Bemühungen von Sozialdemokraten wie Erhard Eppler um die Bewältigung der ökologischen Probleme⁷, die praktischen Anstrengungen von Kommunisten bei der Aufdeckung von Umweltskandalen⁸, die zunehmende Beachtung stofflich-energetischer Fragen in verschiedenen politischen und wissenschaftlichen Gruppen und Zeitschriften der Linken⁹ und vor allem der tag-tägliche Kampf der Einzelgewerkschaften und des DGB um menschenwürdige und umweltgemäße Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeitnehmer¹⁰ — das sind nur einige Stichworte aus der Fülle dessen, was hier zu nennen wäre.

Aber die Darstellung dieser Verdienste, denen freilich auch vielfältige Fehler und Versäumnisse gegenübergestellt werden müßten, führte uns in der Grundfrage, um die es hier geht, nicht weiter.¹¹ Ich meine die Frage nach den Möglichkeiten des Verhaltens von Arbeitnehmern gegenüber den »ökologischen« Problemen einer kapitalistischen Ökonomie, die sich aus ihrer gesellschaftlichen Rolle ergeben, was zugleich die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit einer richtigen Stellungnahme aus Arbeitnehmersicht ist. Bedingung aller möglichen Stellungnahmen von Arbeitnehmern zu den stofflich-energetischen Problemen kapitalistischer Produktion ist die widersprüchliche Rolle

* Vortrag für die Fachtagung Umweltwissenschaft — Umweltpolitik des Bundes demokratischer Wissenschaftler 18.-20. November 1981 in Marburg. — Vgl. als theoretischen Rahmen der folgenden Überlegungen meinen Beitrag: Geschichte als gesetzmäßige Entwicklung? Bemerkungen aus gesellschaftswissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Sicht, in: Manfred Hahn, Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), Gesellschaftliche Bewegung und Naturprozeß, Köln 1981, S.27-42.

lohn- und gehaltsabhängiger Arbeitskräfte, ebenso Verkäufer von Arbeitskraft zwecks abstrakter Arbeit wie Träger der Verausgabung und Wiederherstellung dieser Arbeitskraft unter konkreten Bedingungen zu sein, zu denen die Naturgrundlagen von »Arbeit« und »Leben« gehören. Hieraus ergibt sich sowohl das grundlegende Interesse an der Erhaltung des Arbeitsplatzes und der Verbesserung des Arbeitseinkommens als auch das grundlegende Interesse an der Abwehr jedweder Verschlechterung und an einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, darunter auch der Arbeits- und Lebensumwelt — auch, wenn beide Grundinteressen im Gegensatz zueinander stehen. Auf dieser gesellschaftlichen Grundlage lassen sich eine (mutmaßliche) Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung mittels abstrakter Wertschöpfung und eine (drohende) Verschlechterung der konkreten Arbeits- und Lebensumstände anscheinend leicht gegeneinander ausspielen. Auf dieser Grundlage besteht aber auch die Möglichkeit, eine arbeitsorientierte¹² Politik zu entwerfen, welche dem Interesse am erfolgreichen Verkauf der Arbeitskraft und dem Interesse an einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen Rechnung trägt, weil der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wertschöpfung und schädlichen Arbeits- und Lebensumständen der Arbeitnehmer erkannt wird. Um es mit den Worten von Heinz Oskar Vetter auszudrücken: »Für uns ist der Umweltschutz ein gesellschaftliches Problem, das ohne die Gretchenfrage nach den Bedingungen privatwirtschaftlicher Produktion und privater Macht gar nicht gelöst werden kann.«¹³

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seine Forderungen zur Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung und zur Herstellung menschenwürdiger und umweltgemäßer Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeitnehmer in seinem neuen Grundsatzprogramm ausführlich dargelegt.¹⁴ Die in unserem Zusammenhang wichtigsten Punkte sind meines Erachtens die folgenden: Angestrebt wird eine nicht nur profit-, sondern auch sozialorientierte Wirtschaftsordnung, in der die Arbeitnehmer durch wirtschaftliche Mitbestimmung an der »Gestaltung der Wirtschaft beteiligt« werden, wobei außer der Befriedigung grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Interessen der Arbeitnehmer auch die Wiederherstellung und Erhaltung eines »ökologischen Gleichgewichts« verwirklicht werden soll. Wesentliche Bedingung hierfür ist der Übergang zu einem »qualitativen« Wirtschaftswachstum, »das der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung und der Hebung des gesellschaftlichen Wohlstands dient«. Eine entsprechende Politik »muß auf die volle Entfaltung und Nutzung aller produktiven Kräfte gerichtet sein«, jedoch auch auf die soziale Beherrschung des Produktivitätsfortschritts; sie muß mittels einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung auf Region-, Landes- und Bundesebene erfolgen, »Fehlleitungen von Kapital und Arbeitskraft« durch investitionslenkende Maßnahmen verhindern und dabei vor allem eine planvolle Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsschutzpolitik, aber auch eine vorsorgliche Umweltschutz- und Energiesparpolitik verwirklichen; all dies nicht zuletzt durch eine »beschäftigungssichernde Forschungs-, Technologie- und Umweltpolitik, deren Schwergewicht auf der Förderung arbeitsplatzschaffender, roh-

stoff- und energiesparender Technologien sowie auf der Humanisierung der Arbeit und der Erhaltung der natürlichen Umwelt liegt«.

Die Formeln der Mitbestimmten Wirtschaftsordnung, des Qualitativen Wachstums und des Sozial beherrschten Produktivitätsfortschritts werden manchmal als bloße Formelkompromisse empfunden. Weiter würde es meines Erachtens führen, wenn man sie als Versuch einer Antwort auf den erwähnten Widerspruch deutet, in dem sich Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft befinden. Jene Formeln scheinen mir der mögliche Ansatz zu einer Form zu sein, in der das entsprechende widersprüchliche Interesse am erfolgreichen Verkauf der Arbeitskraft wie an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sinnvoll in Politik umgesetzt werden kann.

Dazu ist davon auszugehen, daß wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Produktivkraftentwicklung in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht dasselbe sind. Während das Wirtschaftswachstum, das Produktions- und Produktivitätswachstum der kapitalistischen Wirtschaft, letztlich das Größenwachstum der gesellschaftlich erzeugten Werte zum Inhalt hat, entspringt die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft und Naturbeherrschung der Betätigung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, welches die Substanz jener Werte ist.¹⁵ Dabei beruht eine rasche Entwicklung der Wertproduktion zum Zweck des einzelwirtschaftlichen Erfolgs keineswegs auf einer entsprechenden Entwicklung der gesellschaftlichen Wirkungsfähigkeit der Menschen gegenüber der Natur. Im Gegenteil: sie schließt geradezu eine Unterentwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens ein, dessen Träger, die Arbeitskräfte und Produktionsmittel, als bloße Mittel jenes Zwecks dienen. Das sieht man heute besonders deutlich an der beinahe schon chronischen Unterauslastung der vorhandenen Arbeitskräfte und Produktionsanlagen, an den geringen gesamtssystemaren Wirkungsgraden der Arbeitsverfahren in stofflicher und energetischer Hinsicht und am schlechten Gebrauchswert der Gesamtmasse der Arbeiterzeugnisse, bezogen auf das Erfordernis der Erneuerung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und seiner Naturgrundlagen, dem die Erzeugung vor allem der Rüstungsgüter vollständig entgegensteht. Die Kritik des wirtschaftlichen Wachstums und der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung kann daher heute in einer kapitalistischen Gesellschaft nur zu der Forderung kommen, das privatwirtschaftlich angetriebene Wachstum abstrakter Werte einzuschränken und eine gesellschaftlich sinnvolle Entfaltung des konkreten Arbeitsvermögens voranzutreiben, um zu einem Zustand zu gelangen, in dem menschenwürdigere und umweltgemäßere Arbeits- und Lebensbedingungen herrschen und der gesellschaftliche Austausch zwischen Mensch und Natur weniger gestört ist als heute.

An diese Überlegungen kann eine Politik anknüpfen, die auf eine menschenwürdige und umweltgerechte Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Interesse der Arbeitnehmer hinwirken will und dabei der Notwendigkeit der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung voll Rechnung trägt. Eine solche Politik kann nur darauf abzielen, das gesellschaftliche Arbeitsvermögen entgegen dem Kapitalverwertungszweck schrittweise auszubauen und umzugestalten, um die tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden

Bevölkerung zu verbessern, die Naturressourcen und die Umweltmedien zu schonen, zu schützen bzw. zu erneuern und durch dies alles Arbeitskräfte und Produktionsmittel nützlich zu beschäftigen und Werte zu schaffen. Das Ziel einer Mitbestimmten Wirtschaftsordnung läßt sich dann als ein Zustand begreifen, in dem die Gesamtlast gesellschaftlicher Arbeit im Sinne eines »ökologisch-ökonomischen Gesamtkonzepts« sozial gesteuert wird.¹⁶ Qualitatives Wirtschaftswachstum kennzeichnet den entsprechenden Entwicklungspfad einer schrittweise verbesserten Nutzungsplanung in Bezug auf das gesellschaftliche Arbeitsvermögen.¹⁷ Sozial beherrschter Produktivitätsfortschritt erfolgt durch gezielte Umwidmungen von Trägern dieses Arbeitsvermögens im Sinne des genannten Entwicklungspfads und Zielzustands.¹⁸ Die Aufgabe der Durchsetzung menschen- und umweltgerechterer Arbeits- und Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung und der Entkrampfung unseres gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur ist somit durch eine arbeitnehmerorientierte Strukturpolitik anzugehen, aber in dem erweiterten Sinne einer Strukturpolitik, welche sich aller verfügbaren wirtschafts-, sozial-, umwelt- und technologiepolitischen Mittel und Wege bedient sowie die diesbezüglichen Möglichkeiten der Mitbestimmung und der Tarifpolitik ausschöpft und erweitert.¹⁹

2. Schwerpunkte einer menschen- und umweltgerechten Strukturpolitik im Arbeitnehmerinteresse in den achtziger Jahren

Die ökonomisch-sozialen wie stofflich-energetischen Mißverhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise und die darin enthaltene Vergeudung von Naturressourcen und Überfrachtung von Umweltmedien haben zu vielfältigen Belastungen der Menschen und der Natur geführt, die sich vielfach in Schädigungen der organischen bzw. der natürlichen Wirkungszusammenhänge umsetzen.²⁰ Arbeitnehmer sind hiervon aufgrund von starken Belastungshäufungen in der Regel besonders betroffen.²¹ Das grundlegendste und dringlichste Problem dieser Art ergibt sich aus der Hochrüstung. Ich klammere dieses Problem nur deshalb aus, weil es auf dieser Tagung zweifellos gegenwärtig ist und weiter gegenwärtig bleiben wird. Ansonsten sind aus den Mißverhältnissen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unseres Landes meines Erachtens vor allem drei reale Probleme²² erwachsen, welche gegenwärtig die Tages- wie die Zukunftsinteressen der arbeitenden Menschen besonders betreffen, deren vielfältige Belastungswirkungen sich häufig überschneiden und deren Wurzeln im Wachstumswahn der kapitalistischen Privateigentumsverfassung und in der monopolistischen Ausplünderung und Verschleuderung natürlicher Reichtumsquellen liegen. Das sind das Verkehrsproblem, das Heizungsproblem und das Chemieproblem. Alle drei Probleme eignen sich nur sehr begrenzt für theoretischen Streit und haben ein umso größeres praktisches Gewicht. Alle drei Probleme brennen besonders den Arbeitnehmern auf den Nägeln und erzeugen in den höheren Etagen der Gesellschaft und Politik erheblichen Handlungsbedarf. Alle drei Probleme sind nur durch Ausbau und Umgestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zu lösen, um die mit ihnen verbundenen Ressourcenvergeudungen, Medienschäden, stofflich-energetischen Ineffizienzen sowie physischen, psychischen, ökonomischen und sozialen Belastungen der arbei-

tenden Bevölkerung abzubauen. Alle drei Probleme können nur im Gegensatz zu den beschränkten Verwertungszielen der betroffenen Kapitale und nur durch aktive Interessenvertretung der Arbeitnehmer angegangen und bewältigt werden.

Am anschaulichsten ist das Verkehrsproblem, dessen Ursachen, Bedeutung und Lösung kaum umstritten sind.²³ Es besteht in der Überentwicklung des Individual- und Güterkraftverkehrs und der Unterentwicklung des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs. Kern des Problems sind zunächst die Vergeudung von Erdölzerzeugnissen, die Zerstörung der Landschaft und die Schadstoffabgabe an die Luft, sodann die Verkehrsunfälle, der Verkehrslärm, der Verkehrsstoß und die Benzinkosten.²⁴ Der beachtliche Anteil des Benzin- und Dieselkraftstoffverbrauchs am Endenergie- und vor allem am Erdölverbrauch in der BRD (bei äußerst geringem Wirkungsgrad der Umwandlung in Antriebsenergie) kennzeichnen zumal in der längerfristigen Perspektive der Ressourcenerschöpfung das gesamtgesellschaftliche Gewicht des Verkehrsproblems. Für Arbeitnehmer ist es nicht nur wegen der bekannten physischen und psychischen Belastungen von Bedeutung, sondern auch und vor allem wegen des immer tieferen Griffs in den Geldbeutel, den vor allem die Erdölverteilungskonzerne bei den auf das Auto angewiesenen Familien sowohl auf dem platten Land als auch in der Großstadt tun. Die Gewerkschaften — vor allem die ÖTV und die GdED — und der DGB fordern so schon seit langem ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept mit vorrangigem Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel des Nah- und Fernverkehrs innerhalb aufgabenteiliger Gesamtverkehrssysteme in Abstimmung mit Stadtentwicklungsmaßnahmen.²⁵ Eine Reihe von weiterweisenden kleineren Forderungen und Maßnahmen — beispielsweise die steuerliche Begünstigung von Fahrgemeinschaften, die bessere Gestaltung von Fahrplänen oder der Bau von Radwegenetzen — sind von Nutzen, können aber das Problem nicht lösen. Sie müssen in der Tat Teil eines Gesamtkonzepts werden, das letztlich »aktive« Maßnahmen (zur Entwicklung der Transportsysteme) und »passive« Maßnahmen (zur Beschränkung des Verkehrsbedarfs) systematisch miteinander verbindet.²⁶ Das bedeutet die Entwicklung und den Ausbau menschen- und umweltgerechter flexibler Personen- und Güterverkehrssysteme in öffentlicher Trägerschaft im Rahmen aufgabenteiliger lokaler, regionaler und gesamtstaatlicher Verkehrskonzeptionen, ferner die Verringerung des notwendigen und gewünschten Verkehrsaufkommens und der Verkehrsleistung durch nachhaltigen Abbau verkehrserzeugender Faktoren, insbesondere durch Steuerung der privatwirtschaftlichen Standortwahl, der Siedlungsweise und der großräumlichen Entwicklung. Beides erfordert eine wechselseitige Abstimmung von Verkehrsplanung auf der einen und Stadt- und Raumplanung auf der anderen Seite im Rahmen einer lokalen und regionalen Gesamtentwicklungsplanung²⁷ sowie eines Landes- bzw. Bundesentwicklungsplans, die wesentlich durch die Arbeitnehmer mitzubestimmen sind. Dies alles läßt sich nicht verwirklichen, wenn nicht Teile der privaten Verkehrswirtschaft mittelfristig in kommunales oder staatliches Eigentum überführt und in demokratisch gesteuerte öffentliche Verkehrsbetriebe eingebracht werden und wenn nicht eine wirksame und umfassende räumliche Investitionslen-

kung betrieben wird. — Ein zweites strategisches Problem ist das der Wärmeversorgung, besonders der Raumheizung.²⁸ Es besteht in der übermäßigen Verfeuerung fossiler Brennstoffe und in der unzureichenden Verringerung des Wärmebedarfs. Kern des Problems sind vorab die Brennstoff-, insbesondere die Heizölvergeudung, die Luftverschmutzung und CO₂-Belastung der Atmosphäre, aber auch die steigenden Kosten der Heizöl-, der Gas- und der Kohleverfeuerung für die Haushalte.²⁹ Ähnlich wie beim Verkehrsproblem liegt die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Heizungsproblems im großen Anteil der Raumheizung am Energieverbrauch und besonders am Ölverbrauch in der BRD sowie in den umfassenden Abwärmeverlusten. Für Arbeitnehmer stellt es sich in erster Linie als ein Anschwellen der Heizkosten (für Öl wie für andere Brennstoffe) dar, das sich besonders in ländlichen Gebieten zu einer gewaltigen Belastung auswächst. Die Gewerkschaften haben mit der Energiepolitischen Erklärung des DGB vom November 1980 und im neuen DGB-Grundsatzprogramm gefordert, alle Möglichkeiten zur rationellen Verwendung und Einsparung von Energie auszuschöpfen, regenerative Energiequellen verstärkt zu entwickeln und heimische Energieträger vorrangig zu nutzen, wobei die Kernenergie in lediglich »unumgänglichem Ausmaß« ausgebaut werden soll, also als Restgröße erscheint. Dabei wurde den Möglichkeiten der rationellen Energieverwendung mittels Kraft-Wärme-Kopplung und Wärmedämmung besondere Beachtung geschenkt und dem Ziel der Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum eine besondere energiepolitische Bedeutung zugemessen.³⁰ Mittel- und langfristig ist die Wärmeversorgung entsprechend diesen Grundsätzen nicht durch — wenn auch massenhafte — nützliche Einzelmaßnahmen, etwa durch Installation von Isolierfenstern, Wärmepumpen oder Solarkollektoren — zu optimieren, sondern nur durch systematische Ausnutzung aller Möglichkeiten der rationellen Energieverwendung auf diesem Gebiet. Hierzu gehören sowohl alle (»aktiven«) Maßnahmen zum Bau und Ausbau menschen- und umweltgerechter Energieversorgungssysteme als auch alle (»passiven«) Maßnahmen zur Verringerung des Niedertemperaturwärmebedarfs. Das bedeutet in erster Linie — neben dem flächenhaften Ausbau der Ferngasversorgung sowie der Erschließung regenerativer Energiequellen — die Nutzung der gewaltigen Abwärmemengen der vorhandenen großen Wärmekraftwerke durch Fernwärmeversorgung in den hierfür geeigneten Verdichtungsgebieten³¹, vor allem aber die gemeinschaftliche Wärmeversorgung durch kleine Blockheizkraftwerke bzw. die Nutzung aller vorhandenen kleinräumlichen Wärmequellen in der übrigen Siedlungsfläche des Bundesgebiets; ferner die umfassende Anwendung der Grundsätze des klima- und energiegerechten Planens und Bauens, vor allem aber die breite Verwirklichung der Wärmedämmung im Zuge der Stadterneuerung.³² Das erfordert die Erstellung integrierter lokaler und regionaler Energieversorgungskonzepte in wechselseitiger Abstimmung mit der Stadterweiterungs- und Modernisierungsplanung³³ innerhalb einer Stadt- bzw. Regionalentwicklungsplanung, die im Arbeitnehmerinteresse gesteuert wird. Eine solche Abstimmung setzt in der Regel eine integrierte lokale bzw. regionale Energieversorgung durch kommunale Querverbundunternehmen und damit die Beschneidung der

Interessen der regionalen und überregionalen Spartenunternehmen der Energiewirtschaft voraus, insbesondere die Aufhebung der Gebietsmonopole zumal in der Elektrizitätswirtschaft; erforderlich ist ferner, dafür zu sorgen, daß die notwendigen Stadterneuerungsmaßnahmen entsprechend den Interessen der Mieter und kleinen Hauseigentümer und zu Lasten des großen Haus- und Grundbesitzes bzw. der Allgemeinheit durchgeführt werden.

Das dritte wichtige Problem ist die chemieindustrielle Gefährdung der Arbeits- und Lebensumwelt.³⁴ Das Chemieproblem besteht vor allem in der Existenz einer »Zeitbombe der chemischen Verseuchung« und gesteigerter Störfallbedrohung sowie in einem Entwicklungsrückstand der staatlichen und unternehmerischen Gefahrenabwehr.³⁵ Kern des Problems ist zunächst die Zunahme der gefährlichen Arbeitsstoffe, der Umweltchemikalien und der Störfallrisiken in den chemischen, chemieverarbeitenden und chemieverwendenden Industrien und Gewerben, sodann das Anwachsen schädigender bis giftiger Wirkungen chemischer Substanzen auf die Menschen, insbesondere die rasche Zunahme krebserregender Schadstoffe sowohl in der Arbeitsplatzumgebung als auch in der Wohnumwelt, sowie die Zunahme der hiermit verbundenen Leiden und Kosten.³⁶ Das gesamtgesellschaftliche Gewicht des Chemieproblems ergibt sich aus aktuellen wie latenten und in der Regel kumulativen oder synergetischen Wirkungen schädlicher Stoffe in den Umweltmedien Wasser, Luft und Boden. Arbeitnehmer sind hiervon doppelt, nämlich sowohl in der Arbeits- wie in der Wohnumwelt, betroffen³⁷, was in besonderem Maße für die industriellen Ballungsgebiete und hier wieder für die sogenannten Chemiegebiete gilt. Die Gewerkschaften, insbesondere die IGCPK, haben, abgesehen von den tagtäglichen Anstrengungen um Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz, vor allem, zusammen mit dem DGB, auf arbeitnehmergerechte Regelungen in den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen zum Schutz vor chemieindustriellen Risiken³⁸ hingewirkt, wobei der Belastung von Arbeitsplätzen und Wohnumwelt durch gefährliche, insbesondere durch krebserzeugende Stoffe zunehmend Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Darüber hinaus fordert die IGCPK, daß langfristig in Vollzug des Vermeidungsprinzips »umweltzerstörende und sozial belastende Produktionsverfahren und Produkte systematisch begrenzt oder verboten werden und stattdessen alternative umweltschonende Verfahren und Produkte gefördert werden«.³⁹ Die Bewältigung des Chemieproblems erfordert demnach — wenn sie über unmittelbar nützliche Verbesserungen etwa von Schutzvorrichtungen oder Informationsrechten für die Arbeitnehmerseite hinausgehen soll — aufeinander abzustimmende (»aktive«) Maßnahmen zur Verbesserung der Produktionssysteme wie (»passive«) Maßnahmen zur Beschränkung der Schadensauswirkungen. Dabei geht es einerseits um die umfassende Erforschung, Entwicklung und Einführung umwelt- und menschengerechter Produktionsverfahren und Produkte auf der Grundlage des genannten Prinzips der Vermeidung gefährlicher Verfahren und Produkte (Beispiel: Asbest). Hierbei kommt es, der IGCPK zufolge, insbesondere auf eine Einführung ökologischer Kriterien und Verträglichkeitsprüfungen in die industrielle Produktionsplanung, auf den breiten Übergang zur Wiederverwertungsproduktion und auf die Entwicklung benutzer- und umwelt-

freundlicher Gebrauchsgüter an⁴⁰, was nach Edgar Gärtner vor allem die Entwicklung und Anwendung biotechnischer Verfahren und eine Annäherung an Kreislaufprozesse verlangt.⁴¹ Erforderlich ist auf der anderen Seite eine umfassende Beschränkung der Schadenswirkungen durch wirksamere und umgreifende Störfallabwehr-, Prüf- und Schutzmaßnahmen. Hierbei geht es, wiederum im Sinne der IGCPK, vor allem um umfassendere und wirksamere Toxizitätsprüfungen, um die Umsetzung von Sicherheits- und Störfallanalysen in verbesserte Arbeitsschutz- und Umweltschutzmaßnahmen sowie um die Verwirklichung eines medienübergreifenden Umweltschutzes sowie Katastrophenschutzes, zumal in Bezug auf besonders belastete oder bedrohte Regionen. Beide Maßnahmenbündel sind mit dem Ziel einer »längst überfälligen, notwendigen ökologischen Umstrukturierung des Industriesystems«⁴² aufeinander abzustimmen, was unter anderem »eine verstärkte Lenkung von Investitionen in die Bereiche umweltschonender, energie- und rohstoffsparender Produktionsverfahren« erfordert.⁴³ Dies geht — schon wegen des Subventionsbedarfs der erforderlichen Entwicklungs-, Umstellungs- und Sicherheitsmaßnahmen und ihrer Bedeutung für die Arbeitsorganisation, aber auch wegen der notwendigen Verzahnung von betrieblichen und außerbetrieblichen Planungen — nicht ohne eine Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und wohl auch nicht ohne die Überführung von Unternehmen dieser Schlüsselindustrie in Gemeineigentum ab.

Die skizzierten Mittel und Wege zur Lösung des Verkehrs-, des Heizungs- und des Chemieproblems scheinen mir an strategischen Punkten einer arbeitnehmerorientierten Politik zur Herstellung menschen- und umweltgerechterer Arbeits- und Lebensverhältnisse angesiedelt zu sein. Dem widerspricht nicht, daß es gerade in den genannten Politikbereichen gewerkschaftliche Stellungnahmen gibt, die wegen ihrer bedingten oder unbedingten Zustimmung zu ökologisch falschen und ökonomisch-sozial streitigen Projekten der Großtechnologie nicht in diese Perspektive passen.⁴⁴ Wenn derartige Projekte den Interessen der Arbeitnehmer an menschenwürdigen und umweltgerechten Arbeits- und Lebensverhältnissen nicht entsprechen, ist es Aufgabe der Mitglieder der Gewerkschaften selbst, zu versuchen, diesen Standpunkt in ihrer Organisation zur Geltung zu bringen. Dies setzt freilich voraus, daß an die Stelle dessen Planungs- und Maßnahmevorschläge gesetzt werden, die sich ersichtlich besser in den Zusammenhang arbeitnehmerorientierter Forderungen einfügen. Eine Politik, die als — im erweiterten Sinne — arbeitnehmerorientierte Strukturpolitik ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen will, wird in den Organisationen der Arbeiterbewegung nur dann vermittelt, getragen und verfolgt werden können, wenn sie durchsichtig und umfassend auf die gegebenen Bedarfsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land zugeschnitten ist und wenn sie alle daran anknüpfenden Planungs- und Maßnahmenforderungen sachlich, räumlich und zeitlich abstimmt und bündelt. Erforderlich sind hierzu systematische Gesamtbelastungsbeschreibungen in Bezug auf tatsächliche Verhältnisse — wie sie inzwischen in einer ganzen Reihe von DGB-Kreisen, z.B. hier in Marburg in Zusammenarbeit von DGB und Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, zumindest ansatzweise geleistet worden sind.⁴⁵

Erforderlich ist die Erarbeitung praktikabler Instrumente und Modelle, die für eine zumindest näherungsweise umgreifende Überprüfung von Gegebenheiten, Planungen und Maßnahmen hinsichtlich ihrer Sozial- und Umweltverträglichkeit taugen und welche die Vorzüge einer integrierten Gegenplanung im Arbeitnehmerinteresse verdeutlichen können.⁴⁶ Erforderlich ist schließlich ein integrierter Gesamtentwurf des mittelfristig anzustrebenden Zustands der Arbeits- und Lebensverhältnisse, des hierhin führenden Weges sowie der Mittel, die zur Änderung der gegebenen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer vor Ort, im jeweiligen Gebiet und im ganzen Land erforderlich sind.⁴⁷

Schlußbemerkung

Abschließend möchte ich hervorheben, daß die Entwicklung einer arbeitsorientierten Politik zur Herstellung menschen- und umweltgerechterer Verhältnisse dringend der Zuarbeit durch demokratische Wissenschaftler bedarf.⁴⁸ Wichtig ist die weitere Vertiefung des Nachweises, daß menschen- und umweltgerechte Planungen und Maßnahmen insgesamt mehr Arbeitsplätze schaffen können, als wegfallen mögen, und dies auch im kleinräumlichen Maßstab.⁴⁹ Wichtig ist der noch genauere Nachweis der arbeitsplatzschaffenden und umweltverbessernden Wirkungen von Umstellungen der Rüstungs- auf Friedensproduktion, und dies wiederum auch in Bezug auf die unmittelbare Arbeits- und Lebenswelt.⁵⁰ Wichtig ist vor allem die wissenschaftliche Stützung von Gesamtentwürfen einer solchen Politik durch die Erarbeitung von Belastungsbeschreibungen, Verträglichkeitsprüfungen und Maßnahmenpaketen mit lokalem, regionalem oder gesamtgesellschaftlichem Bezug. Hier scheint mir ein breites Arbeitsfeld für Wissenschaftler nahezu aller Fachrichtungen zu liegen, das in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu beackern ist, wobei auch der Austausch mit Bürgerinitiativen für alle Beteiligten von Nutzen sein kann.

Anmerkungen

- 1 Mit Organisationen der Arbeiterbewegung sind hier die Gewerkschaften, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung gebildeten Parteien sowie die politischen und wissenschaftlichen Gruppierungen gemeint, die auch außerhalb der genannten Organisationen der Tradition der Arbeiterbewegung verpflichtet sind.
- 2 Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW 2, 225-506; ders.: Dialektik der Natur, MEW 20, 305-570.
- 3 Vgl.: Das Regierungsprogramm der SPD. In: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1960/61, 478ff., hier 483.
- 4 Vgl. Deutsche Kommunistische Partei: Entgiftet unsere Umwelt. Für wirksamen Umweltschutz. Auf Kosten der Konzerne. Düsseldorf (1971); inzwischen ist eine Neufassung herausgebracht worden: Für wirksamen Umweltschutz. Vorschläge der DKP, Düsseldorf 1980.
- 5 Vgl. Aufgabe Zukunft, Qualität des Lebens. Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen. 10 Bde. Frankfurt/M. 1973/74.
- 6 Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund: Umweltprogramm des DGB. Düsseldorf (1974).
- 7 Vgl. z.B. Erhard Eppler: Wege aus der Gefahr, Reinbek 1981.
- 8 Vgl. z.B. Deutsche Kommunistische Partei: Giftgas für die Bundeswehr. Die Hintergründe des Stolzenberg-Skandals. Eine Dokumentation der DKP, o.O. (1979).
- 9 Vgl. z.B. Umwelt, Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur, Heft 93 der Zeitschrift *Das Argument*, Berlin (West) 1975; Ökologie und Marxismus, Heft 34 der Zeitschrift Probleme des Klassenkampfes, Berlin (West) 1979; Herforder Thesen, Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Sonderheft 2 der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Berlin (West) 1980; Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz, 2.-4. Mai 1980 Kassel, Berlin (West) 1980; Michael Menard, Joachim Bischoff (Hrsg.): Ökologie und Ökonomie, Hamburg 1980; Harald Müller-Witt (Hrsg.): Arbeitsplätze contra Umwelt? Freiburg i.Br. 1980; Über die Aktualität des Sozialismus und die Krise der Arbeiterbewegung, Moderne Zeiten 7/81, Hannover 1981.

- 10 Als Beispiel sei die Arbeit der IG Chemie, Papier, Keramik (in bestimmten ganz besonders von Umweltproblemen betroffenen Industriezweigen) hervorgehoben, wie sie sich u.a. in der Funktionszeitschrift Gewerkschaftliche Umschau (Hannover) spiegelt.
- 11 Damit ist nicht, wie man wohl meinen möchte, das wechselseitige Verhältnis von Arbeiterbewegung und Ökologiebewegung gemeint; eine Ebene sozialer Beziehungen, auf der beispielsweise Wolfgang Fritz Haug's Einundzwanzig Thesen zu Ökologie und Sozialismus die Probleme unserer Epoche beichtigen, auf der sich jedoch die Aufgaben, die der Politik dieser Bewegungen im Gang der historischen Entwicklung materieller Verhältnisse erwachsen, nicht eigentlich darstellen dürften. Vgl. Alternative Umweltpolitik, *Argument-Sonderband 56*, Berlin (West) 1981, 15-22. Damit soll allerdings nicht bestritten werden, daß es dringend des Abbaus wechselseitiger Vorurteile in diesen Bewegungen bedarf. Das gilt zum Beispiel für die Fehleinschätzung von ökologischer Seite, daß die kurzfristigen Interessen der Lohnabhängigen »in einem tatsächlichen Widerspruch zu ihren langfristigen Interessen« ständen, eine Grundannahme, die die Elemente einer neuen Politik Rudolf Bahros (Berlin/West 1980, 125) kennzeichnet; oder für das Vorurteil auf marxistisch-leninistischer Seite, daß die »Ideologien« der ökologischen Bewegung »an den die Menschheit der Gegenwart bewegendenden Grundfragen vorbeireden«, wie es im Zuge von Manfred Buhrs und Robert Steigerwalds Verzicht auf Fortschritt, Geschichte, Erkenntnis und Wahrheit formuliert wurde (Frankfurt/M. 1981, 95).
- 12 Zum Begriff der Arbeitsorientierung vgl. Projektgruppe im WSI: Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre, Köln 1974, bes. 11, 15ff.
- 13 Heinz Oskar Vetter: Eröffnungsansprache zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industrieergewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen. In: Aufgabe Zukunft, Qualität des Lebens, Bd. 1, Qualität des Lebens, Frankfurt/M. 1972, 17-20, hier 18.
- 14 Deutscher Gewerkschaftsbund: Grundsatzprogramm, Düsseldorf 1981; vgl. für die folgende Wiedergabe hier wichtiger Punkte die Abschnitte 3-5, 7-12, 14 und 23.
- 15 Wesentliche Einsichten in die Grundlagen dieser Unterscheidung verdanken wir Peter Ruben und seinen verschiedenen Mitautoren: vgl. Peter Ruben: Dialektik und Arbeit der Philosophie, Köln 1978; Peter Ruben und Camilla Warnke: Arbeit — Telosrealisation oder Selbsterzeugung der menschlichen Gattung? Dt. Zeitschrift für Philosophie, 27, 1979, 20-30; Peter Ruben und Hans Wagner: Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch, ebenda, 28, 1980, 1218-1230; Peter Ruben und Gerda Schnauß: Zur Kritik neuerer Versuche, die Methode des »Kapitals« in der bürgerlichen Wissenschaftstheorie zu »rekonstruieren«, ebenda, 29, 1981, 54-62. — Vgl. ferner: Dieter Aßmann: Bestimmtheit und die Marx'sche Wertformanalyse, Diss.phil., FU Berlin, Berlin (West) 1981. Zum folgenden vgl. auch: Rolf Czeskleba-Dupont, Karl Hermann Tjaden: Probleme des Übergangs von der kapitalistischen Naturzerstörung zu vernünftigt-gesellschaftlicher Naturaneignung, in: Alternative Umweltpolitik, *Argument-Sonderband 56*, Berlin (West) 1981, 85-103.
- 16 Vgl.: Grundlagen für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept. Beschluß des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 3.-7.12.1979 Berlin, Antrag des UB Frankfurt/M. (Nr. 664). Vgl. ferner: Edgar Gärtner: Zur Diskussion über ein ökologisches Gesamtkonzept in der BRD, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3, Frankfurt/M. 1980, 26-42.
- 17 Die schrittweise Verfolgung eines Entwicklungspfades, der durch eine nicht dem Kapitalwertungsverzweck verpflichtete Entwicklungsweise gekennzeichnet ist, wird verschiedentlich gefordert, z.B. in: Herforder Thesen, Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, a.a.O., bes. 103ff. Als Beispiel einer systematischen Differenzierung von »unmittelbaren und kurzfristig wirksamen« und »weiterreichenden und längerfristig wirkenden Maßnahmen« vgl. Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik, Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland; zusammengestellt von Klaus Brake, Köln 1979. — Daß eine solche Nutzungsplanung erhebliche planungsmethodische Probleme aufwirft, muß hier jedenfalls erwähnt werden; vgl. in diesem Zusammenhang Arnim Bechmann: Nutzwertanalyse, Bewertungstheorie und Planung, Bern, Stuttgart 1978.
- 18 Dies schließt die verschiedentlich geforderte Ausdehnung und Veränderung des Arbeitsvermögens (oder der »produktiven Basis«) ein, ohne jedoch die Existenz einer insgesamt geplanten Ökonomie zu unterstellen; vgl. Sozialistische Studiengruppen: Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Programmatische Leitsätze der Linksozialisten in der BRD, Hamburg 1980, bes. 18ff., 29ff.; vgl. ferner: Göttinger Thesen II, Die kapitalistische Krise und ihre sozialistische Überwindung, Programmatische Positionen marxistischer Sozialdemokraten, Göttingen 1980, 119ff.
- 19 Vgl. hierzu: Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden: Einige Bemerkungen zu den Göttinger Thesen, in: Sozialist, Zeitung für sozialistische Politik in der SPD, 6.Jg., 1981, Nr. 4, 20-22 und Nr. 5, 24-26. — Vgl. zum Begriff der erweiterten Strukturpolitik und als Beispiel seiner ansatzweisen Anwendung: Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen, Forderungen für den Schwalm-Eder-Kreis, Grundlinien und Ansätze einer arbeitsorientierten Strukturpolitik für ein unterentwickeltes agrarisch-industrielles Gebiet, Kassel 1980. — In welchem Verhältnis eine arbeitsorientierte erweiterte Strukturpolitik zur wirtschaftspolitischen Konzeption der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (»Memorandum-Gruppe«) steht, hängt davon ab, wie die alternative Wirtschaftspolitik sich selbst begreift — ob wesentlich als Politik »konsequenter gesellschaftlicher Strukturformen« (die einer systematischen Ausarbeitung unter Beachtung der fertigungs- und versorgungstechnischen sowie güter-, material- und energiewirtschaftlichen Grundlagen bedürfte), wie im Memorandum '81 (Blätter f. dt. u. intern. Politik 26, 1981, 611-634, bes. 613) oder als beschäftigungs- und verteilungspolitisch ergänzte Politik der Förderung des »wirtschaftlichen Wachstums«, wie im Sondermemorandum '81 (ebenda, 1252-1274, hier 1263).

- 20 Vgl. als instruktive Bilanz: Gerd Michelsen, Uwe Rühling: Stand der Dinge, in: Ökologische Zwischenbilanz, Frankfurter Hefte extra 3, Frankfurt/M. 1981, 15-62.
- 21 Vgl. als Beispiel einer Darstellung der Häufung solcher (hier im wesentlichen: sozialer) Belastungen bei Arbeitnehmern: Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen: Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder-Kreis, Arbeits- und Lebensbedingungen in einem unterentwickelten Gebiet, 2 Bde., Marburg 1980, bes. Bd. I, 531-555, 557-563.
- 22 Innerhalb einer Vielzahl von an sich ebenfalls gravierenden Problemen, die sich beispielsweise im Forderungskatalog für ein Öko-Konzept in der BRD des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (Karlsruhe 1979) spiegeln.
- 23 Eine anschauliche Darstellung aus gewerkschaftlicher Sicht liegt in dem Buch Erzwungene Mobilität von Wolf Linder, Ulrich Maurer und Hubert Resch (Frankfurt/M., Köln 1975) seit langem vor.
- 24 Die Ursachen unseres Verkehrsproblems liegen im wesentlichen in der Ausweitung des Bedarfs an flexiblen Transportmethoden im forcierten Wirtschaftswachstum der 50er und 60er Jahre, der vor allem den Erfordernissen eines beschleunigten Kapitalumschlags und anschwellernder Pendlermassen entspringt, was seinerseits auf betriebliche und örtliche Ballungen privatwirtschaftlicher Investitionen, aber auch auf andere damit verbundene Entwicklungen der Infra-, Siedlungs- und Standortstruktur verweist. Die Mittel, die zur Befriedigung dieses Bedarfs gewählt wurden: die Aufblähung des Pkw- und Lkw-Verkehrs bei Abbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs, setzen neuen der Umsetzung einer Kleineigentümergeologie (Auto, Eigenheim) in der Wirtschafts-, Wohnungsbau-, Städtebau- und Verkehrspolitik eine gewaltige Verbrauchssteigerung bei Erdölprodukten und damit deren niedriges Preisniveau voraus. Ursachen und Erscheinungsformen des Verkehrsproblems sind am Beispiel eines ländlichen Raums untersucht von Werner Eicke, Kirsten Irle und Wolfgang Haase: Verkehrsverhältnisse im Schwalm-Eder-Kreis, 2 Bde., Kassel 1981 (Schwalm-Eder-Studie 9 und 10).
- 25 Vgl. insbesondere Entschließungen zur Verkehrspolitik des 10. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1975 (Antrag 87); auch: Entschließung zur Verkehrspolitik des 11. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1978 (Antrag 117).
- 26 Vgl. hierzu die Ansätze in: Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen: Forderungen für den Schwalm-Eder-Kreis, a.a.O., bes. 228ff.
- 27 Vgl. hierzu Heinrich Schoof: Stadtentwicklungsplanung und Verkehrsplanung, Probleme der Planungskoordination, in: Erich Ruppert (Hrsg.): Raumplanung und Verkehr, Dortmund 1978, 43-57 und andere Beiträge in diesem Sammelband.
- 28 Vgl. vor allem Frithjof Spreer: Grundsatzfragen örtlicher und regionaler Energieversorgungskonzepte, in: Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung und Institut für Städtebau: Örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte — Teil der Entwicklungs- und Bauleitplanung, Bonn, Berlin (West) 1981.
- 29 Ursache des Heizungsproblems sind vor allem Umfang und Art des — überwiegend staatlich gesteuerten — Wohnungsbaus mit beträchtlichem Eigenheimanteil in der Nachkriegszeit in Verbindung mit der Überschwemmung der Bundesrepublik mit Heizöl zu Dumping-Preisen, was seinerseits einmal auf eine bestimmte gesellschaftspolitische Strategie der Wachstumsförderung und -sicherung, zum anderen auf den Kampf insbesondere der Mineralölkonzerne um den westeuropäischen Erdölmarkt zurückverweist. Im Ergebnis führte das einerseits zur Vernachlässigung der Wärmedämmung und der Grundsätze klima- und energiebewußten Planens und zog andererseits die massenhafte Installation individueller Ölfeuerungsanlagen nach sich. Vgl. zum gesellschaftspolitischen Hintergrund des Problems Marlo Riege: Staatliche Wohnungsbaupolitik in der BRD, in: Hermann Korte (u.a.): Soziologie der Stadt, München 1972, 77-109.
- 30 Energiepolitische Erklärung des DGB, DGB-Nachrichten-Dienst vom 4. November 1980; Deutscher Gewerkschaftsbund, Grundsatzprogramm, Düsseldorf 1981, Abschnitt 14.
- 31 Die undifferenzierte Forderung des Ausbaus der Fernwärme (auf der Grundlage zentraler Kraft-Wärme-Kopplung) ist energetisch und energiepolitisch (wegen des potentiell resultierenden Postulats ungehemmten Kernkraftwerkszubaues) problematisch.
- 32 Vgl. besonders Ueli Roth (u.a.): Wechselwirkungen zwischen Siedlungsstruktur und Wärmeversorgungssystemen, Bonn 1980 (Schriftenreihe »Raumordnung« des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 06.044).
- 33 Vgl. besonders Andreas Volwahn (u.a.): Rationelle Energieverwendung im Rahmen der kommunalen Entwicklungsplanung, Bonn 1980 (Schriftenreihe »Städtebauliche Forschung« des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 03.083). Vgl. zum folgenden auch: W. Breustedt (u.a.): Rationelle Energieverwendung im Rahmen neuer Siedlungsvorhaben. Zusammenfassung, Battered-Institut Frankfurt/M. 1981; Andreas Volwahn (u.a.): Rationelle Energieverwendung im Rahmen der Stadterneuerung, Forschungsprojekt BMBau (1980).
- 34 Vgl. die eindringliche Darstellung von Egmont Koch und Fritz Vahrenholt: Seveso ist überall, Die tödlichen Risiken der Chemie, Köln 1978; auch: Egmont Koch, Fritz Vahrenholt: Im Ernstfall hilflos? Katastrophenschutz bei Atom- und Chemieunfällen, Köln 1980 und neuerdings Egmont Koch: Krebs-Welt, Krankheit als Industrieprodukt, Köln 1981.
- 35 Vgl. die Darstellung aus gewerkschaftlicher Sicht von Gerd Albracht: Chemie und Umwelt, in: U — das technische umweltmagazin, Oktober 1978, 12-15; das Zitat gibt einen Ausspruch des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium Günther Hartkopf wieder, vgl. Gerd Albracht: Die Luft wird dick, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 12. April 1981.

- 36 Ursache des Anstiegens der Störfallrisiken und der toxischen Gesamtbelastung ist die erhebliche Anzeitzunahme der chemischen und chemieverarbeitenden Industrien, vor allem der Kunststoffverarbeitung, an der industriellen Produktion in der BRD in der Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg, die ihrerseits unter anderem auf Kostenersparnisse bei der Umstellung der chemieindustriellen Rohstoff- und Energiebasis auf Erdöl, auf die breite Substitution herkömmlicher Werkstoffe durch billigere Kunststoffe in der übrigen Industrie, vor allem aber in der produktiven Verwertung von Kuppelprodukten und Abfällen durch die Chemische Industrie selbst zurückverweist. Dieses profitable Wachstum führte mit einer beträchtlichen Ausweitung der Produktionsgrundlagen und der Produktpalette zur Entwicklung immer größerer Anlagen mit großen Stoffströmen und Energieinhalten, zur immer häufigeren Durchführung chemischer Reaktionen bei extremen Betriebszuständen sowie zur Herstellung und Vermarktung von teilweise außerordentlich giftigen Verbindungen. Damit vermehrten sich nicht nur Arten und Mengen der gefährlichen Arbeitsstoffe und der Umweltgifte, sondern auch die Störfallrisiken der Produktionsanlagen. Vgl. zur wirtschaftlichen Entwicklung der Branche und zu den ökologischen Implikationen vor allem Edgar Gärtner: Arbeiterklasse und Ökologie, Frankfurt/M. 1979, 104-125, 194-205; auch: Klaus Schworm: Chemische Industrie, Berlin (West), München 1967.
- 37 Vgl. die bereits zitierten Veröffentlichungen von Albracht, Gärtner, Koch und Vahrenholt; bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die im Druck befindliche Broschüre von Fritz Kalberlah über Gesundheitsschutz und Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz hinweisen (Institut für Angewandte Ökologie, Freiburg/Breisgau).
- 38 Besonders: Umweltchemikaliengesetz, Störfallverordnung und Arbeitsstoffverordnung. Vgl. zur Umweltpolitik aus der Sicht der IG Chemie, Papier, Keramik besonders Gerd Albracht: Umweltschutz und Arbeitnehmerinteressen, in: Alternative Umweltpolitik, *Argument-Sonderband 56*, Berlin (West) 1981, 22-38.
- 39 Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, 11. Ordentlicher Gewerkschaftstag 1980, Beschlüsse zum Umweltschutz (Antrag 172 und 173), hier Antrag 172.
- 40 Ebenda.
- 41 Vgl. Edgar Gärtner: Arbeiterklasse und Ökologie, a.a.O., 192ff.
- 42 Gerd Albracht: Die Luft wird dick, a.a.O.
- 43 Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, 11. Ordentlicher Gewerkschaftstag 1980, Beschlüsse zum Umweltschutz (Antrag 172).
- 44 Hier in Hessen müssen einem als Beispiele in diesem Zusammenhang leider der Bau der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens, die Standortsicherungsplanung für große Wärmekraftwerke sowie das Projekt einer chemischen Fabrik zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen einfallen.
- 45 Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis Marburg-Biedenkopf und Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität: Landkreis Marburg-Biedenkopf-Arbeitsmappe, Marburg 1979. Vgl. zu methodischen Problemen solcher Gesamtbelastungsbeschreibungen: Alfred Oppolzer, Peter Strutyński, Karl Hermann Tjaden: Raumentwicklung und Belastungshäufung. Ein Verfahren der Bewertung regionaler Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitnehmern am Beispiel eines nordhessischen Landkreises, in: Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft: Regionale Krisen und Arbeitnehmerinteressen, Köln 1981, 45ff.
- 46 Vgl. den Überblick zu Fragen der Umweltverträglichkeitsprüfung von Jochen Hanisch: Umweltverträglichkeitsprüfung — was ist das?, in: *Umweltmagazin 4*, 1981, Nr. 5, 16-19.
- 47 Vgl. hierzu auch: Rolf Czeskleba-Dupont, Karl Hermann Tjaden: Probleme des Übergangs von der kapitalistischen Naturzerstörung zu vernünftig-gesellschaftlicher Naturaneignung, a.a.O., hier 98ff.
- 48 Hier wäre es zunächst sinnvoll und reizvoll, mit theoretischen Mitteln die Perspektive einer kapitalistischen Entwicklung weiter zu klären, die unter einem doppelten Druck stünde: unter dem Druck der realen Probleme von Ressourcenverknappung und Medienbelastung einerseits und unter dem Druck der realen Effekte einer Politik zur Herstellung menschen- und umweltgerechterer Arbeits- und Lebensbedingungen andererseits. Dies wäre sozusagen eine Kapitalismusverträglichkeitsprüfung der wachsenden Schäden an unseren Naturgrundlagen wie einer wirkungsvollen Gegenpolitik, während wir einstweilen mit der Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfung kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten und Politiken alle Hände voll zu tun haben. Vgl. aber hierzu: Ulrich Hampicke: Kapitalismus und Umwelt, in: Alternative Umweltpolitik, *Argument-Sonderband 56*, Berlin (West) 1981, 71-84, und Helmut Migge: Kapitalakkumulation, Umweltschutz und Gesellschaftliche Interessen, in: Probleme des Klassenkampfes 9, 1979, 65-83.
- 49 In einer Lage anwachsender Massenarbeitslosigkeit bedarf jede politische Strategie, und so auch die vorgeschlagene, dringend der Überprüfung ihrer wahrscheinlichen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt — auch wenn es fast schon gute gewerkschaftliche Tradition ist, die Alternative Arbeitsplätze oder Umweltschutz nicht zu akzeptieren. Denn diese Einstellung verlangt ja zu zeigen, daß die existentiell notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur Erneuerung gesellschaftlicher Naturgrundlagen tatsächlich arbeitsmarktmäßig positive Nettoeffekte haben sowie im einzelnen Maßnahmenbereich in der Regel die Wirkung haben, Arbeitsplätze zu erhalten oder zu ersetzen, zusätzlich zu schaffen oder sogar zu verbessern. Und für die Urteilsbildung der Arbeitnehmer in Sachen Umweltpolitik ist gerade die konkretisierende Analyse von entscheidender Bedeutung. Die in kurz- und mittelfristiger Perspektive per Saldo positiven Effekte einer vernünftigen Umweltpolitik auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzangebot sind in der wissenschaftlichen Diskussion, wenn ich recht sehe, im allgemeinen unbestritten. Umso mehr bleibt aber bei

- der Untersuchung der Arbeitsplatzwirkungen bestimmter Maßnahmenbereiche zu tun, wenn gezeigt werden soll (was bei den skizzierten energiepolitischen Maßnahmen freilich im wesentlichen schon gesehen ist), daß die erforderlichen Investitionen Arbeitsplätze schaffen, und ferner gezeigt werden soll, daß der im Einzelfall mögliche Wegfall von Arbeitsplätzen in einer bestimmten Region durch Strukturpolitik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer wieder weitgemacht werden kann. Darüber hinaus ist beim Verhältnis von Umweltpolitik und Beschäftigungsentwicklung zu bedenken, daß die arbeitsplatzschaffenden Wirkungen von Umweltpolitik ihre sachlichen, räumlichen und vor allem zeitlichen Grenzen haben. Die Forderung des Schutzes und der Erneuerung gesellschaftlicher Naturgrundlagen kann daher die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht ersetzen. Vgl. zum Gesamtthema: Helmut Migge, a.a.O.; Ulrich Ewers: Aktionsbereiche für eine Vollbeschäftigungspolitik, in: *Das Argument* 122, 1980, 533-545; Klaus Mehrens: Umweltschutz und Arbeitsplätze, in: Forum Zukunft SPD, Bonn 1979, 42-54; zum Thema Energie und Arbeitsplätze: Wolfgang Klauder (Red.): Energie, Wachstum, Arbeitsplätze, Villingen 1978 (Argumente in der Energiediskussion, Bd. 4/5); Wolfgang Klauder: Zu den Arbeitsmarktauswirkungen unterschiedlicher Energiestrukturen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 13, 1980, Heft 1, 1-14.
- 50 Auch hier kann es meines Erachtens nicht nur um die Feststellung des allgemeinen Zusammenhangs zwischen Abrüstung, Umweltschutz und Arbeitsplatzbeschaffung gehen. Erforderlich ist vielmehr vor allem, entsprechende Fragestellungen in die Beschreibung, Erklärung und Bewertung der am Ort gegebenen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer mit einzubringen und entsprechende Forderungen im Rahmen konkreter Programme darzustellen, die auf die Herstellung menschenwürdiger und umweltgemäßer Verhältnisse zielen. In diesem Zusammenhang ist auch die Idee der Bildung regionaler Abrüstungsrate zu prüfen, die Vorschläge zur Vorbereitung schrittweiser Umstellungen von Rüstungs- auf Friedensproduktion mit weiteren technologie-, umwelt-, sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen integrieren mußten. Darüber hinaus bedarf allerdings auch der allgemeine Zusammenhang zwischen Ökologie und Militär weiterer Untersuchung, insbesondere der militärische Ressourcenverbrauch, die ökologischen Schäden von friedlicher und vor allem von kriegerischer Militäraktivität und die Möglichkeit einer Kürzung von Rüstungsausgaben zugunsten bestimmter Entwicklungsmaßnahmen in Bezug auf die Arbeits- und Lebensbedingungen nicht nur in unserem Lande, sondern auch in der Dritten Welt. Vgl. hierzu insgesamt: Jörg Huffschild (Hrsg.): Rüstung oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik, Köln 1981; Stephan Bartjes, Renate Krysmanski und Rudi Wiengarn: Militarisierung der Umwelt, in: Blätter f. dt. u. intern. Politik 25, 1980, 1444-1460; Knut Krusewitz und Garin Gauer: Umweltschutz durch Abrüstung, ebda, 24, 1979, 300-313; Knut Krusewitz: Die NATO — Ein ökologisches Sicherheitsrisiko für die BRD, in: Die Neue, 31.10.1981.

in zweiter Auflage wieder lieferbar:



Projekt Ideologie-Theorie Theorien über Ideologie

Inhalt: Die Ideologie-Theorie von Marx/Engels, Lenin, Lukács, Gramsci, DDR-Philosophie, Althusser; Bürgerliche Ideologietheorien. Umrisse zu einer Theorie des Ideologischen.

»Zum Zeitpunkt, da diese zweite Auflage möglich wird, steht dieses Buch im Zentrum heftiger theoretischer und politischer Kontroversen. (...) Die Veröffentlichung dieses Buches war in der Tat ... einem Griff ins Wespennest vergleichbar. Doch jenseits momentaner Sticheleien und giftiger Verurteilungen oder Exkommunikationen (»Bruch mit dem Marxismus«) steht zu hoffen, daß die theoretische und politische Handlungsfähigkeit der Linken, ihre hegemoniale Kraft, gestärkt werden. Denn nichts kennzeichnet besser den politischen Einsatz der ideologietheoretischen Kontroverse als der Begriff des Hegemonialen.« (aus: Vorwort zur 2.Aufl.)

16,80 DM (f. Stud. 13,80), AS 40: ISBN 3-920037-96-0
Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Etienne Balibar

Die Krise der Parteiform in der Arbeiterbewegung*

Es ist schwierig, die neue politische Situation, die der Wahlsieg Mitterands und der SP im Frühjahr 1981 geschaffen hat, vollständig zu analysieren. Betrachtet man sie mit den politischen Schemata der letzten Jahre, kann sie z.Zt. nur paradox und in mehrfacher Hinsicht unbegreiflich erscheinen. Sie deckt eine Wirklichkeit auf, die weder die jeweils widersprüchlichen Tendenzen vom Mai/Juni 1968 fortsetzt, noch die des »Gemeinsamen Programms« der Linken zwischen 1972 und 1977. Die folgenden Überlegungen beanspruchen nicht, diese Situation völlig zu klären, sondern wollen nur einige Orientierungspunkte geben und einige Fragen aufwerfen, von denen aus wir die Perspektiven der Linkskräfte, v.a. der Kräfte, die am direktesten, ideologisch und praktisch, mit der Entwicklung der Arbeiterklasse verbunden sind, klarer sehen können. Ich werde sie in drei Hauptpunkte gliedern: 1. Welche Bedeutung hat der Überraschungseffekt der Wahlen vom 10. Mai? 2. Wie tief ist der Bruch im politischen System Frankreichs? 3. Welche Bedeutung hat in dieser Situation die Krise der Parteiform in der Arbeiterbewegung?

1. Der Überraschungseffekt

Dieser Effekt ist selbst schon ein wichtiges Indiz für die Neuartigkeit der jetzigen Situation. Alles läuft so ab, als ob »Frankreich« im Mai/Juni des letzten Jahres plötzlich entdeckt hätte, daß es eine ganz andere »politische Zusammensetzung« und ein ganz anderes soziales Kräfteverhältnis hat als die meisten Franzosen dachten. Aber dieser Effekt ist von Natur aus sehr zwiespältig. Der Überraschungseffekt betrifft beide politische Lager. Es scheint tatsächlich, daß die französische Bourgeoisie, und vor allem die Chefdenker des Großkapitals, kaum gefaßt waren auf das, was eingetreten ist. Zumindest gilt dies bis zu den letzten Meinungsumfragen vor den Wahlen ... und trotz der Beunruhigung durch die wachsenden Differenzen der beiden rechten Parteien und das dadurch erzeugte Risiko ihrer Führer. Anders kann man sich die systematisch unsoziale und notwendig sehr unpopuläre Politik der Regierung Barre in den letzten Jahren nur schwer erklären. Nun ist diese Überraschung nicht der Effekt einer besonderen »Dummheit« der französischen Rechten oder einer natürlichen Blindheit der herrschenden Klasse gegenüber dem Stand der Klassenkämpfe. Im Gegenteil, die französische Bourgeoisie hatte nach 1978 *ausgezeichnete Gründe* anzunehmen, daß die Linke nicht zur Macht kommen wird. Gleichzeitig zeigte ihre Überraschung, daß sie unfähig war, sich eine völlige Neuverteilung der Karten im politischen Spiel vorzustellen (wie auch z.B. die Führungen der FKP und der CFDT). Die Wahlniederlage 1978 und der Konflikt in der Linken, der sie vorbereitet hatte, bedeutete in der Tat eine definitive Auflösung der Linksunion. Diese war bis dahin sowohl ein umkämpftes Gleich-

* Vortrag, gehalten auf dem Poulantzas-Colloquium, 27./28.11.1981 in Paris; übersetzt von Herbert Bosch und Jan Rehmann. Vgl. auch den Kongreßbericht in diesem Heft.

gewicht zwischen sozialistischer und kommunistischer Partei als auch eine *politische Form*, in der recht und schlecht verschiedene soziale Bewegungen, anti-kapitalistische Kämpfe, popular-demokratische oder auf Selbstverwaltung orientierte Bestrebungen zusammenwirkten. Die Umfragen nach den Wahlen haben gezeigt, daß der Sieg der SP auf einer überwältigenden Mehrheit der aktiven Bevölkerung beruhte. Das zeigt, daß sehr viele Arbeiter und nicht unbedingt nur Anhänger der Sozialistischen Partei hierin das einzige Mittel sahen, die Kommunistische Partei zu *zwingen*, in ihrer Praxis zu einer Position der Einheit zurückzukehren.

Tatsächlich bedeutete die Auflösung der Linksunion nicht nur das Zerbrechen einer Anordnung für die Wahlen. Sie war v.a. das Ende einer *politischen Bedingung*, die für die Entwicklung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und einer offensiven Volksbewegung entscheidend war. Sicher hatten die Linksunion und das »Programme Commun« in den 70er Jahren zwiespältige Auswirkungen auf die Entwicklung der sozialen Kämpfe. Diese wurden bekanntlich stark beeinträchtigt durch die Kalküle der Parteiparade, durch die Praktiken des Abbremsens, der Verhärtung und des sich gegenseitig Überbietens, die der opportunistischen Orientierung an Wahlergebnissen entsprangen. Dennoch gab es diese Kämpfe in einem Ausmaß und einer Kontinuität, die die Erschütterung vom Mai '68 fortführte. Auf der Ebene der Betriebe und der Abwehrkämpfe gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen haben Bourgeoisie und Unternehmer unmittelbar die Veränderung des Kräfteverhältnisses durch die Niederlage von 1978 wahrgenommen: die Kämpfe wurden *defensiv*, sogar *verzweifelt* (wie in der lothringischen Stahlindustrie), und dies hing nicht nur mit der Verschärfung der Krise und der Arbeitslosigkeit zusammen, sondern auch mit der Zerstörung der politischen Perspektive. Dazu kam bald der immer tiefer werdende Bruch in der gewerkschaftlichen Front, der heute stärker ist als je zuvor. CGT und CFDT waren, jede auf ihre Weise, Bestandteil der Linksunion geworden, und deren Perspektive, die trotz ihrer Schwächen von der Basis breit aufgenommen wurde, wirkte in Richtung gewerkschaftliche Einheit. Obwohl in beiden Gewerkschaften (bis in ihre Vorstände hinein) Widerstände da waren, hat die Auflösung der Linksunion schließlich zu einer immer tiefer werdenden gewerkschaftlichen Spaltung geführt, deren Wurzeln in korporatistischen Interessenunterschieden und in sehr alten ideologischen Gegensätzen liegen. Wie hätte man sich unter diesen Bedingungen vorstellen können, daß die Arbeiterbewegung, geschlagen durch die eigenen Spaltungen und die eigene Krise, am Ende einer relativ aufsteigenden Phase in der Phase des Rückzuges einen Ausweg finden würde? (Vgl. Noiriél 1980 u. Moynet 1982)

Die negative Strategie der kommunistischen Parteiführung liegt für jeden, der Augen hat zu sehen, auf der Hand. Aber es läßt sich nur schwer bestreiten, daß die Kurskorrektur (frz.: le »recentrage«) der CFDT, unterstützt von bestimmten Tendenzen der SP, den gleichen Sinn hatte. Beide hielten die Hypothese eines Wahlsiegs 1981 für zweifelhaft oder wenig wünschenswert. Tatsächlich konnte man in den Reden von G. Marchais und E. Maire und in der Praxis ihrer Organisationen zwei zueinander symmetrische Kurskorrekturen

beobachten. In beiden Fällen wurden diejenigen Mitglieder, die die alten Formen der Einheit beibehalten oder wieder flicken wollten, aber auch diejenigen, die versuchten, neue Formen zu erproben und dabei den Rahmen der auf sich selbst zurückgezogenen Organisationen überschritten sowie die mechanischen Trennungen zwischen den Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Frage stellten, ausgeschaltet oder zum Schweigen gebracht. Die Auswirkungen sind noch heute zu spüren.

Daraus folgt: nicht die *Linksunion* hat die Wahlen von 1981 gewonnen. Wenn man dieses Wort in dieser oder jener Rede weiter verwendet, ist das nur eine Mystifikation. Man kann heute ohne weiteres sehen, daß in der Regierung und im Parlament nicht zwei mehr oder weniger gleichstarke Parteien sitzen, und noch weniger eine *Union*, sondern eine herrschende Partei und eine »Ersatzrad«-Partei oder »Hilfskraft« (frz.: »force d'appoint«). Das heißt nicht, daß diese Hilfskraft nichts repräsentiert oder daß man auf sie verzichten könnte, sondern, daß sie keine wirkliche politische Autonomie hat. Für sich betrachtet ist dieses Phänomen nicht so wichtig. Es könnte vielleicht nur eine Umkehrung der Kräfte bedeuten. Wichtig sind die historischen Konsequenzen im Hinblick auf die widersprüchliche Rolle, die die Linksparteien und ihre »Einheit« in der sozialen Bewegung gespielt haben. Wie kann man erklären, daß unvorhergesehen fast unmittelbar auf eine historische Niederlage (1978) ein historischer Sieg (1981) folgt? Vielleicht einfach dadurch, daß man feststellt, daß beide Vorgänge sich *nicht genau auf demselben Terrain vollziehen*, und folglich, daß der Sieg zwar bestimmte Auswirkungen der Niederlage ausgleichen, sie aber doch nicht einfach ungeschehen machen kann. Einerseits zeichnet sich eine Volks-»Einheit« ab, die zwar brüchig und provisorisch ist, aber dennoch real und vom Typ und Inhalt her neu. Ihr wichtigster Aspekt ist nicht der Vertrag zwischen politischen Parteien, auch wenn diese jetzt im Ministerrat diese Form reproduzieren müssen. Und andererseits wirkt das Zerbrennen der alten Einheit weiter. Beide Aspekte werden durch die scheinbare Kohärenz der *staatlichen Einheit* verdeckt, die als solche aber auch die Spaltungen reproduziert. Das gilt v.a. für die tiefen Spaltungen der Arbeiterklasse, zwischen den Generationen, den Qualifikationen, den ideologischen Traditionen, den gewerkschaftlichen Organisationen. Und es wäre ganz naiv, sich vorzustellen, daß die nationale und internationale Bourgeoisie, die von dieser neuen Einheit überrascht wurde, diese alte Spaltung nicht zu ihrem Vorteil ausnutzen würde. Die französischen Arbeiter konnten eine »letzte Chance« ergreifen. Sie stehen jetzt vor dem Problem, daraus die »erste Chance« für eine dauerhafte gesellschaftliche Transformation zu machen.

2. Ein entscheidender politischer Wechsel

Dieser politische Wechsel ist also keine »Lösung«. Aber, indem er ein völlig neues Element einführt, öffnet er wieder eine Perspektive der gesellschaftlichen Veränderung und der Kämpfe, die zwischen 1977 und 1979 unheilbar gefährdet schien. Das war nur möglich, weil zwei politische und institutionelle Faktoren zusammenwirkten, die nicht einfach identisch sind: der eine ist die neue Rolle, die die SP spielen konnte, der andere ist die Funktion, mit der Mit-

terand durch die Wahl vom 10. Mai ausgestattet wurde. Schon allein die Tatsache, daß beides noch immer auseinanderklafft, zeigt, wie paradox die Beziehung dieses Sieges zu den sozialen Bewegungen und dem Spiel des politischen Apparats ist.

Der Sozialistischen Partei ist es gelungen, die Krise der Parteiapparate, die schon 1977 deutlich wurde und seit langem durch die Schwächen der Linkseinheit vorbereitet war, auf der ideologischen Ebene der öffentlichen Meinung zu ihrem Vorteil auszunutzen. Als solcher ist dieser Tatbestand weder Anlaß zur Freude noch zur Trauer. Aber das heißt, daß gleichzeitig ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung, einschließlich der großen Mehrheit der Arbeiterklasse, in einer bestimmten Konjunktur diese Lösung favorisierte, zwar ohne vorherige Absprache, aber doch keineswegs unbewußt. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn es der SP nicht gelungen wäre, ein wirksames Netz aktiver Mitglieder wieder aufzubauen, die wesentlichen Tendenzen der aktuellen sozialen Bewegungen auszudrücken und ihnen im richtigen Moment eine glaubwürdige Gesamtformulierung zu geben. Unter französischen Bedingungen führt uns das auf Grund der vorausgehenden Periode der Klassenkonfrontationen *über das klassische sozialdemokratische Modell hinaus*. Das zeigt m.E. die Tatsache, daß die Wahlergebnisse vom Mai und Juni letzten Jahres eindeutig einen antitechnokratischen, gegen die Klassen- und Expertenpolitik von Barre und Giscard gerichteten Charakter hatten. Das zeigt m.E. auch die Tatsache, daß die Forderung nach Erweiterung der Arbeiterrechte im Betrieb und nach Verkürzung der Arbeitszeit als entscheidende Faktoren im langfristigen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch eine entscheidende Rolle im Wahlkampf gespielt haben, während die Jahre 1977/78 durch künstliche Kontroversen über die Nationalisierungen bestimmt waren, die auf die konfusen Polemiken von 1974 über den »Kollektivismus« folgten. Es war tatsächlich das erste Mal, daß mit solcher Klarheit die Wirtschaftspolitik und ihre sozialen Auswirkungen mit den Problemen der Arbeitsorganisation und der gesellschaftlichen Verteilung der Arbeitskraft (einschließlich der Frauen-, Jugendlichen- und Ausländerarbeit) verbunden wurden, die an die Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft rühren.

Sicher sind diese Phänomene zerbrechlich: das Mißtrauen gegenüber dem Expertentechnokratismus kann sich zwar schnell auf die Technokratie der neuen Macht übertragen. Es kann aber auch auf widersprüchliche Weise koexistieren mit einer korporatistischen Haltung von *Unterstützungsempfängern*, einer Mischung aus passiver Erwartung der von oben kommenden Entscheidungen und rein reaktiven, defensiven und oppositionellen Forderungen auf der Grundlage wirklicher Bedürfnisse, deren Befriedigung die Arbeiter seit Jahren erwarten. Und auch die Einheit zwischen dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und der Verkürzung der Arbeitszeit ist brüchig: wenn wir auf dieser Grundlage eine kontinuierliche und vereinheitlichende Mobilisation der Volkskräfte erreichen wollen, müssen wir noch viele innere Probleme und Hindernisse überwinden. Zudem hängt sie von der künftigen Entwicklung der Wirtschaftskrise und ihren u.U. dramatischen Auswirkungen ab. Die Rolle der Gewerkschaften ist hier entscheidend, im Guten wie im Schlechten. Trotzdem

sind eindeutig potentiell revolutionäre Tendenzen aufgetaucht, und zwar nicht *außerhalb* eines wirkungslos und reaktionär gewordenen »Parteiensystems«, sondern durch dieses hindurch und in Ausnutzung der ihm eigenen Widersprüche. Die Vitalität der SP — man wird sehen, wie sie sich gegen die Einfügung in den Apparat der Staatsmacht wehren wird — erklärt das reale Kräfteverhältnis, das nunmehr zwischen den Linksparteien besteht. Somit wird die innere Entwicklung der Sozialistischen Partei, das Verhalten ihrer Mitglieder, ihr Verhältnis zu den Massen und zum Staat zu einem Schlüsselproblem jeder neuen politischen Entwicklung oder zum unmittelbaren Kampffeld politischer Klassenauseinandersetzungen.

Aber die ideologische Konstellation ist bekanntlich komplexer. Bevor das »Volk der Linken« die SP an die Macht brachte, hat es noch viel massiver für Mitterand gestimmt. Wenn auch die Wahl Mitterands mit der Machteroberung der SP zusammenhängt (dadurch unterscheidet sie sich deutlich vom Gaullismus), kann man sie m.E. doch nicht auf sie reduzieren. Diese Diskrepanz drückt auf ihre Weise die Widersprüche aus, die mit der Aufeinanderfolge und der Koexistenz von Niederlage und Sieg (s.o.) zusammenhängen. Die Wahl Mitterands war aufgrund der Konjunktur, des institutionellen Dispositivs und der persönlichen Qualitäten eines Staatsmanns (auch das gibt's) der einzige mögliche Ausweg gegen die Auswirkungen der Spaltung und der Regression, die die gegenwärtige Krise der politischen Praxis hervorgebracht hat. Und gleichzeitig zeigte sie eine andere mögliche Form politischer Praxis und politischer Einheit an. Effekt der Spaltung und Waffe gegen die Spaltung, letzte Zuflucht und erster Schritt: diese Ambivalenz verleiht der Wahl Mitterands zumindest jetzt eine andere Bedeutung als dem bloßen Sieg einer politischen Partei — umso mehr, als diese Partei offensichtlich der schleichenden Krise der Arbeiterbewegung und der demokratischen Politik nicht entkommt. Es wäre allerdings irreführend und gefährlich, daraus den Schluß zu ziehen, eine Massenpolitik müsse sich auf die Person, die Gedanken und Handlungen eines »Mannes der Vorsehung« (frz.: *homme providentiel*) konzentrieren. Die Bedingungen dafür wären übrigens auch gar nicht vorhanden. Ich glaube, man kann gleichzeitig diese wichtige politische Realität *zur Kenntnis nehmen* und sich unvoreingenommen auf die Suche nach einer breiteren Basis für das laufende Experiment machen. Die »Männer der Vorsehung« zeichnen sich dadurch aus, daß sie die Lösung der Volks-Widersprüche mystifizieren. Aber gerade wenn die Lösungen nicht sofort gefunden werden können oder ganz einfach in der Situation nicht durchführbar sind, muß man sich vom Mysterium befreien und den einfachen Leuten das Wort geben. Und hier liegt eine unersetzliche Funktion der Massenorganisationen (also auch der Parteien), was immer man von ihren Lastern und Fehlern halten mag.

Kann man die Schwächung der französischen Rechtsparteien, wie es Poulantzas andeutet (1978 und 1979), mit einer Transformation des Staatsapparats erklären, die die Rolle der Parteien in der Hegemoniegewinnung schwäche und diese auf eine Kombination von technokratischer Verwaltung und neuen Massenkommunikationsmitteln verlagere? Ist das politische Dispositiv, das aus den Wahlen des 10. Mai hervorging, mit demselben Ungleichgewicht behaftet?

Ich halte diese Erklärung für unzureichend. In dieser bemerkenswerten Unfähigkeit des Staates und der herrschenden Klasse, die eigene Krise zu lösen und sich in einem neuen politischen Apparat zu reorganisieren, steckt mehr als eine zeitliche Diskrepanz zwischen dem Verfall der alten Machtinstrumente und der Konstituierung der neuen, die die französische Bourgeoisie nicht meistern könnte. Es gibt einen »Rest« gesellschaftlicher Dialektik, der dieser staatlichen Logik entschlüpft und sie gegen sich selbst wendet. Die Schwächung der französischen Rechtsparteien offenbart eine tiefere Krise der Klassenherrschaft. Sie ist das Ergebnis der spezifischen Geschichte der französischen Gesellschaft, in der sich die vielfältigen sozialen Bewegungen, die sie seit 1968 erschüttern, trotz ihrer inneren Widersprüche zunehmend »ausgezahlt« haben und schließlich, ebenso wie die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, entscheidend dazu beitragen, daß sich diese Parteien und der gesamte Staatsapparat vom realen Terrain ablösen.

Wenn diese Hypothesen richtig sind, heißt das, daß die Wahlniederlage der französischen Rechten auf jeden Fall eine historische Reichweite hat. Sie ist vorläufig und betrifft z.Zt. lediglich die Ebene der Kontrolle der Regierung durch ein neues politisches Personal und die Ebene der öffentlichen Meinung. Aber sie durchbricht die Kontinuität des Regierungssystems, das die französische Bourgeoisie seit mehr als 20 Jahren gerade zur technokratischen Anpassung an neue soziale Verhältnisse geschaffen hat. Unter diesen Umständen ist eine einfache Umstellung der politischen Strategien der herrschenden Klasse, eine Benutzung der neuen Macht (analog z.B. zur deutschen Sozialdemokratie) außerordentlich schwierig. Im Gegenteil: dieser Bruch der Kontinuität führt zum ersten Mal auf der nationalen Ebene eine Spaltung ein zwischen den beiden relativ autonomen Zentren, um die herum sich traditionell die Hegemonie der herrschenden Klasse organisiert, jedes mit spezifischen Funktionen und Interventionsarten in die Klassenkämpfe, nämlich dem Unternehmertum (national und v.a. multinational) und dem Staatsapparat. Auch ohne daß dieser Apparat im geringsten transformiert wäre (deshalb kann es sich nur um eine sehr vorläufige Situation handeln), geht diese Spaltung trotzdem weit über die permanenten Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse hinaus, die letztlich nicht verhinderten, daß Staat und Kapital gegenüber den Kämpfen der Arbeiter ein abgestimmtes Spiel betrieben. Sie öffnet eine Bresche, in der sich die antikapitalistischen Kämpfe, die bisher durch die Krisenkonjunktur defensiv und durch den Staat verriegelt waren, entwickeln können. Und gleichzeitig trägt sie ein Element der Zersetzung in die Klassenfront der kapitalistischen Unternehmerschaft selbst, die bekanntlich von tiefen Interessenwidersprüchen, nationalen wie internationalen, durchzogen ist, die nur durch die permanente ökonomische und ideologische Intervention des Staates überbrückt werden können. Ein historischer Bruch also, der notwendig in der Geschichte der französischen Gesellschaftsformation Epoche machen wird, denn, wie es auch ausgehen mag (hoffentlich nicht ähnlich wie in Chile), wird es nicht mehr so sein wie zuvor. Die französische Bourgeoisie muß jetzt versuchen, ihr ganzes System sozialer und politischer Herrschaft zu reorganisieren.

Gleichzeitig ist klar, daß dieser erste Bruch mehr als je zuvor die Frage auf-

wirft, inwiefern die Ursachen für die Schwäche und Krise der kapitalistischen Hegemonie auch Faktoren darstellen für die Stärkung der Volksbewegung. Diese Frage wird sich sicherlich schnell und in aller Schärfe stellen, nämlich in dem Maße, wie sich die sozialen Kämpfe entwickeln, die mit den laufenden Versuchen der gesellschaftlichen Veränderung zusammenhängen (und zweifellos auch in dem Maße, wie sich der internationale Druck verstärkt). Wir stehen hier vor einer außerordentlich paradoxen Situation; denn dieser Bruch ist nicht unmittelbar begleitet von einer bedeutenden Entwicklung einer organisierten Volksbewegung. Das Paradox liegt im Ausmaß dieses Auseinanderklaffens, auch wenn es Anzeichen einer Wachsamkeit des Volkes gibt, die morgen oder übermorgen in eine direktere politische Intervention umschlagen könnte, deren Formen und genaue Ziele heute nicht klar erkennbar sind. Daher das wahrnehmbare Unbehagen bei vielen Linken, die seit Jahren im Kampf stehen. Ein politischer Bruch, in dem unbestreitbar der Arbeiterklasse eine entscheidende Bedeutung zukommt, ist verbunden mit einer starken Destabilisierung der Organisationen der Arbeiterbewegung. Davon zeugen die inneren Schwierigkeiten der FKP, der CGT, der CFDT und auch die Probleme der Sozialistischen Partei, mit ihrer widersprüchlichen Stellung als herrschender Partei fertig zu werden (ganz zu schweigen vom Schiffbruch der linksradikalen Organisationen). Ich glaube, die sozialistische Erfahrung, die in Gang kommt, wird auf jeden Fall, ob sie sich nun entwickeln kann oder aber auf unüberwindbare Schwierigkeiten stößt, *auch* zu einer vollständigen Restrukturierung der französischen Arbeiterbewegung führen. Schon seit zehn Jahren spürt man diese Notwendigkeit und interpretiert sie unterschiedlich, jetzt ist sie unvermeidlich geworden. Diese Restrukturierung wird nicht einfach ein Wiederausgleich der Einflußbereiche der verschiedenen bestehenden Organisationen sein. Auch wenn man die Formen und die Resultate nicht bestimmt voraussagen kann, wird sie unweigerlich zu einer Transformation führen, die an die Verankerung der bestehenden Organisationen in der Arbeiterklasse und in anderen gesellschaftlichen Klassen rührt. Sie wird die Beziehungen zwischen Handarbeitern und Intellektuellen in der Politik betreffen, die Beziehungen zwischen Parteien und Gewerkschaften und allgemeiner zwischen dem Politischen und dem Gewerkschaftlichen, die gegenseitige relative Autonomie der verschiedenen sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung. Die entgegengesetzte Hypothese bedeutete, daß die jetzige Konstellation stillgestellt wird durch die Imperative der unmittelbaren Politik, durch eine Art umgedrehten »historischen Kompromiß« à la française zwischen den Volksforderungen und der ökonomischen Logik des Kapitalismus. Das wäre tatsächlich eine schnelle und furchtbare Niederlage, von der sich die Arbeiterbewegung vielleicht jahrzehntelang nicht mehr erholen könnte.

3. Die Krise der Parteiform in der Arbeiterbewegung

Die widersprüchlichen Aspekte, die ich gerade schematisch aufgeführt habe, stellen die Arbeiterbewegung vor ein grundsätzliches Problem. Die Führung der FKP ist sich seiner indirekt bewußt, denn sie führt ja ihre Niederlagen nicht nur auf den »Rückstand von 1956«, sondern genauer auf die Beibehal-

tung eines »Modells« politischer Allianzen zurück, das von 1936 und der Résistance her übernommen wurde, und fordert selbst, verbal wenigstens, eine »neue politische Praxis«. Augenscheinlich kommt ihr nicht die Idee, daß diese Niederlagen, die sich genau in dem Moment häufen, in dem die politische Hegemonie der Rechten stark erschüttert ist, das eigene Organisationsmodell und die Rolle einer solchen Organisation in den Klassenkämpfen in Frage stellen.

Poulantzas brachte die Entwicklung dieser Widersprüche mit der tendenziellen Entwicklung staatlicher Strukturen in Zusammenhang. Er schlug vor, von einer Parteienkrise allgemein zu sprechen, oder sogar von einer Krise des Parteiensystems als System der Legitimation und des Aushandelns von Regierungskompromissen, auf denen die Klassenherrschaft beruht. Er zeigte, daß diese Funktion zunehmend von der technokratischen Verwaltung selbst direkt erledigt und in neuen Formen abgesichert wird, die für den »autoritären Staat« charakteristisch sind. Dieser institutionellen Entwicklung stellte er das Auftauchen und die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Widersprüche gegenüber, die von den verschiedenen anti-autoritären Bewegungen ausgedrückt werden. Schließlich legte er nahe, daß diese Krise des Parteiensystems sich notwendig auf die Arbeiterparteien selbst und damit indirekt auf die Gewerkschaften ausdehne, und zwar wegen der Stelle, die sie in diesem System einnehmen, wenn auch auf konflikthafte Weise. Davon ausgehend warf er im Voraus eine Reihe von Fragen auf, deren Aktualität heute auf der Hand liegt. Zum Beispiel die Gefahr, daß die Rechtsparteien in der Funktion als »dominante Partei« oder Staatspartei lediglich ausgewechselt werden gegen die Linksparteien (und vor allem die Sozialistische Partei). Von daher stellt sich für eine linke Politik, die reale gesellschaftliche Veränderungen anstrebt, die dringende Notwendigkeit, sich mit der Eroberung der Staatsmacht nicht zufriedenzugeben (und noch weniger mit einer Strategie der institutionalisierten »Doppelmacht«, die übrigens unter den Bedingungen Frankreichs keine Aussicht auf Erfolg hätte), sondern durch die Entwicklung von Formen des Klassen- und Massenkampfes innerhalb des Staates eine radikale Transformation des Staatsapparates selbst vorzunehmen.

Ich selbst hatte (im Sinne Althussers und Trentins) von der Krise der »Partei-form« in der Arbeiterbewegung gesprochen, die mittlerweile offen zu Tage liegt (vgl. Balibar 1979). Die obengenannten Kurskorrekturen, die so weit gehen, daß die »Identität« inzwischen im Verschwinden begriffen ist, sind m.E. zugespitzte Manifestationen dieser Krise. Das gilt auch für die CFDT, deren Rolle in der Praxis der einer dritten Linkspartei ebenso ähnelt wie der einer Gewerkschaft, genauso wie das Funktionieren der FKP nicht verstanden werden kann, wenn man die organische Verkopplung mit der CGT nicht berücksichtigt. Das bei zahlreichen Mitgliedern verbreitete Bewußtsein, daß es sich hier um eine pathologische Situation handelt, die in der gegenwärtigen Konstellation selbstmörderisch ist, weist vielleicht auf eine Möglichkeit hin, aus dieser Krise herauszukommen. Dies ist das positive Gegenstück der Krise; aber es ist schwer vorstellbar, daß dies ohne Konflikte und institutionelle Brüche abgeht.

Handelt es sich hier nur um eine Frage der Terminologie? Lohnt es sich, auf diesen Unterschied zwischen »Parteienkrise« und Krise der »Partei-form« zu-

rückzukommen? Ich glaube schon. Ich sehe darin ein grundsätzliches Problem, das damit zusammenhängt, wie sich auf der politischen Ebene das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen ausdrückt. Zumindest im Fall Frankreich ist es ja nicht so, daß die Bourgeoisie *zuerst* ihre Hegemonie in der Form der Volksparteien oder sogar Massenparteien organisiert und dann auf diese Weise der ganzen Gesellschaft die Logik des »Parteiensystems« aufdrückte. Die mehr oder weniger erfolgreichen Versuche, die sie in diesem Sinne startet — am ausgeprägtesten der Gaullismus — sind zunächst Antworten auf das Bestehen von Massenorganisationen, die seit mehr als einem Jahrhundert in der Arbeiterklasse verankert sind, und die, indem sie diese Klassengrenzen überschreiten, trotz ihres Ouvrierismus (Fetischisierung der Arbeiter; d.Übers.) und ihrem Bürokratismus, Formen von Klassenbündnissen sind, und von Bündnissen zwischen Arbeiterklasse und Intellektuellen. Diese Antwort der herrschenden Klasse wird dadurch erleichtert, daß die historischen Organisationen der Arbeiterklasse und der Volksklassen selbst das Ergebnis eines *permanenten Kompromisses* und eines instabilen Gleichgewichts darstellen, nämlich zwischen den *politischen Praxen*, die auf Aktivierung der Massen abzielen und der (re-präsentierenden und hierarchischen) bürgerlichen Praxis der Politik tendenziell entgegengesetzt sind, und den Erfordernissen, die sich aus ihrer *Einfügung in den Staatsapparat* ergeben. Entsprechend der jeweiligen Konjunktur setzt sich entweder der eine oder der andere Aspekt durch, und genau darin zeigt sich der innere Widerspruch der »Parteiform« in der Arbeiterbewegung.

Trotzdem, solange solche Organisationen weiterhin die politische Praxis der Mehrheit der Arbeiter organisieren oder um sich herum kristallisieren können, ist es für die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat trotz der Verstärkung autoritärer und technokratischer Formen sehr schwierig, das »Parteiensystem« als Teil des politischen ideologischen Staatsapparates abzubauen und den Kampf um die Herrschaft ganz auf andere Kanäle (Medien, Verwaltung etc.) zu verlagern. Die Bourgeoisie muß also weiterhin auf dem parlamentarischen Terrain und sogar auf dem Terrain der Massenbewegungen nach Formen suchen, die mit den Formen der Arbeiterorganisationen konkurrieren können. Das heißt, allein die *Existenz* dieser Organisationen übt direkten Druck auf die Entwicklung des kapitalistischen Staates aus, auch wenn sie die Arbeiterklasse nicht aus ihrer untergeordneten Stellung herausführen kann. Und sie trägt tatsächlich dazu bei, seinen relativ demokratischen Charakter zu erhalten (demokratisch ist er m.E. nicht aufgrund seiner »Prinzipien« oder institutionellen Formen als solcher, sondern — wie Lenin andeutet — aufgrund seiner *Effekte*: innerhalb bestimmter Grenzen Raum zu lassen für die freie Entwicklung der Klassenkämpfe). Zwei eng miteinander zusammenhängende Gründe legen also nahe, unsere Probleme nicht in Begriffen der »Parteienkrise« allgemein in und vom Standpunkt des institutionellen Funktionierens des Staates her anzugehen, sondern als Krise der »Parteiform« zu analysieren und vom Standpunkt der Arbeiterbewegung und ihrer Geschichte auszugehen (was nicht heißt, daß man die Geschichte der Arbeiterbewegung von der Geschichte des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates isoliert, im Gegenteil). Erstens sind

die Formen des Staates und der bürgerlichen Politik historisch determiniert durch die Existenz der organisierten Arbeiterbewegung und durch den Grad ihrer Wirksamkeit. Zweitens reflektiert die »Parteiform« selbst, unter deren Dominanz sich die Organisation der Arbeiterbewegung seit ungefähr einem Jahrhundert vollzieht, direkt in ihrer Entwicklung und ihren Krisen den tendenziellen Widerspruch zwischen »Politik« und »Nicht-Politik«, oder besser gesagt, zwischen verschiedenen Praxen der Politik, die einander entgegengesetzt sind und sich im Klassenkampf und in der Entwicklung der sozialen Bewegungen (ob »neu« oder nicht) kreuzen. Der relative Niedergang der FKP, vor kurzem noch die wichtigste Organisation der Arbeiterbewegung, und ihre Versuche, zu Begriffen und Praxen *vor* der relativen »Entstalinisierung« der 70er Jahre (sogar vor der Bildung einer Massenpartei) zurückzukehren, sind unter diesen Bedingungen nicht einfach Formen der *Regression* auf ein früheres Stadium der französischen Arbeiterbewegung. Der »Stalinismus« hat zwar nie konkurrenzlos dominiert, aber er war nicht künstlich auf die Arbeiterbewegung aufgesetzt. Zumindest in Frankreich war er eine organische Form der Arbeiterbewegung, und er drückte ihre tiefen Widersprüche aus. Infolgedessen kann die Krise des Stalinismus und des Post-Stalinismus (die sich bei uns als Eurokommunismus präsentiert hat) nicht durch die bloße Auswechslung einer »Linie« gegen eine andere, einer Ideologie gegen eine andere oder sogar eines Parteiapparats gegen einen anderen gelöst werden: in ihr manifestiert sich die Krise der Parteiform selbst.

Es lohnt sich festzuhalten, was bei dieser Krise auf dem Spiel steht. Die geschichtliche Gegenwart, in der wir zu handeln versuchen, führt uns keineswegs vor Augen, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse ihre revolutionäre Funktion und ihre zentrale Stellung in der Befreiung der Gesellschaft von allen Formen der Ausbeutung und Herrschaft verloren hätten. Die allgemeine Sehnsucht nach Selbstverwaltung, nach Eigeninitiative am Arbeitsplatz, im kollektiven oder auch »privaten« Leben, die zur Erfolgsbedingung dieser Kämpfe geworden ist, bedeutet nicht notwendig, jede Form der Organisation abzulehnen und alte Fantasmen des Anarchismus wieder auszugraben. Das Konzept der »Partei« allgemein, als Instrument des Kampfes und der Konstitution eines kollektiven politischen Willens, hat in einer antagonistischen Gesellschaft, in der Ausbeutung und Herrschaft von mächtigen Apparaten der Zentralisierung von Macht in Ökonomie, gesellschaftlicher Kommunikation und im Staat organisiert werden, seine Bedeutung keineswegs verloren. Es handelt sich also nicht darum, die Vorstellung einer zentralen Stellung der Arbeiterklasse ersatzlos über Bord zu werfen, sondern wir müssen sie so verschieben und radikal umarbeiten, daß es den Klassenorganisationen möglich wird, das *reale Verhältnis* zu analysieren, das sie zu den Klassenkämpfen haben und die Widersprüche zu untersuchen, in denen sie gefangen sind.

Die Krise der Parteiform in der Arbeiterbewegung hat epochale Bedeutung. Sie ist allgemein und betrifft in unterschiedlichen Formen alle Organisationen der französischen Arbeiterbewegung. Sie bündelt sich in der FKP, denn diese ist zum »schwachen Kettenglied« der historischen Organisation der französischen Arbeiterklasse geworden, nachdem sie lange Zeit ihr »starkes Ketten-

glied« gewesen ist. Auch wenn man den »Transmissionsriemen« CGT dazu zählt, repräsentiert die FKP nur noch eine Minderheit der französischen Arbeiterklasse. So haben die Spaltungen der Arbeiterklasse eine andere Gestalt angenommen. Weniger als je zuvor wird es jetzt möglich sein, eine »Partei der Arbeiterklasse« in der Form einer einzigen Partei oder einfach einer dominanten Partei zu rekonstituieren. Wir müssen von diesem irreversiblen Pluralismus ausgehen und seine übertriebenen und karikaturalen Formen zu überwinden suchen, die die Masse der Arbeiter von jeder Organisation abhalten und sie vor die unlösbare Alternative stellen: Passivität oder kurzlebige Revolte. Wie auch der Ausweg aus der Krise der Parteiform aussehen mag, er wird von einer gleichzeitigen Transformation *aller* Organisationen der Arbeiterbewegung abhängen, von denen keine eine reine Arbeiterpartei ist oder jemals war.

Als Mitglied der FKP möchte ich hier eine Zwischenbemerkung einschieben. Das Phänomen der Bürokratisierung oder besser Technokratisierung in der Funktionsweise der kommunistischen Partei, das sich in den letzten Jahren beschleunigt hat, ist etwas qualitativ *Neues*, das nicht einfach mit den traditionellen Formen des Autoritarismus der stalinistischen* Periode zusammenfällt. Seit den 60er Jahren hat sich die gesamte Struktur der Ausarbeitung des politischen Diskurses der Partei verändert, und zwar im Sinne eines wachsenden Gewichts von *Experten* der Ökonomie, des Militärs, der Werbung, der Diplomatie etc. Diese hängen direkt und ausschließlich von der kleinen Führungsgruppe ab und vermitteln ihr umgekehrt ihre ganze Weltsicht. Die revolutionäre Phraseologie oder die utopischen Ausblicke auf den Sozialismus haben nur noch die Funktion, diese Struktur zu verdecken. Diese Transformationen gehen in die Richtung einer wachsenden materiellen und intellektuellen Trennung zwischen zwei Kategorien von Kommunisten: die einfachen, *passiven Mitglieder* (frz.: *adhérents*), die auf korporativer Grundlage rekrutiert werden, und die *aktiven Mitglieder* im engeren Sinn (frz.: *militants*), die nur einen kleinen Kern darstellen. Dieses Schema ähnelt dem gewisser sozialdemokratischer »Massen«-Parteien. Die Funktion der *Partei-kader* reduziert sich unter diesen Bedingungen zunehmend auf die Rolle der Transmission und »Steuerung« der auseinanderdividierten Mitglieder. Diese »Spaltung« geht über das Monopol der Ausarbeitung der »Linie« durch die Parteiführung hinaus: sie macht aus ihm ein Monopol der *politischen Äußerung*, das den Mitgliedern nicht einmal die Fähigkeit beläßt, sich die Analysen der Parteiführung »anzueignen« und sie auf ihre eigene konkrete Situation anzuwenden, sondern sie verurteilt zu sinnlosen Propaganda- und Wiederholungsübungen. Da diese Entwicklung im krassen Widerspruch steht zu den Erfordernissen einer Krisensituation und dem Bedürfnis nach Initiative, das Männer und Frauen in die FKP eintreten ließ, führte sie in der Praxis zu einer wachsenden Ineffizienz der Partei»maschine« (vgl. Balibar u.a. 1979).

Zweifellos war diese Entwicklung keimhaft schon in den Praxen der stalinistischen Epoche angelegt. Diese schon sicherten der Führungsgruppe die abso-

* Im frz. Text »*stalinien*«. Wir übersetzen mit »*stalinistisch*«, da die wörtliche Übersetzung »*stalinsch*« sich unmittelbar auf die Person Stalin bezieht, während es hier und im folgenden um eine Periode in der Geschichte des französischen Kommunismus geht (H.B., J.R.).

lute Kontrolle des Parteiapparats. Und vor allem ermöglichten sie ihr, die Konflikte, die sich aus der schwierigen Anpassung an die völlig neuen nationalen und internationalen Realitäten ergaben, in ihrem Kreis zu regeln, ohne wirkliche Massendebatte und Legitimationskrise. Es wäre falsch zu sagen, daß es keinerlei Anpassung gegeben hätte: Angesichts eines neuen Funktionierens des Staates und der ideologischen Staatsapparate und angesichts neuer Lebensweisen der französischen Arbeiterklasse hat die Parteiführung sich bemüht, ihre Sprache und ihre Organisation zu »modernisieren«, indem sie einen Teil des Programms einer gegen Ende der 50er Jahre ausgeschlossenen Gruppe wieder aufnahm, die Eurokommunisten waren, noch bevor es diese Bezeichnung gab. Daher rührt das Paradox: Viele Kader und aktive Mitglieder, besonders die Intellektuellen, konnten, wie H. Fiszbin (1980) zeigt, die 60er und 70er Jahre als eine Periode der »Öffnung« und der »Erneuerung« der Partei erleben, die im XXII. Parteitag gipfelte, obwohl sich in dieser Periode *gleichzeitig* und vor allem die Technokratisierung der Partei vollzieht und die großen »verpaßten Rendezvous« stattfinden zwischen der Partei und historisch entscheidenden Problemen der Gesellschaft: den Problemen der Immigration, der Frauenbefreiung, der Jugend, des neuen Status der intellektuellen Arbeit usw.

Das Ergebnis der Technokratisierungsprozesse ist, daß in der Partei zwischen den sozialen Kategorien, vor allem zwischen Arbeitern und Intellektuellen, mittlerweile fast eine totale Trennung besteht — ein getreues Abbild der bürgerlichen Gesellschaft, die durch den Staatsapparat zerstückelt ist. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die geographischen und beruflichen Abschottungen werden hier vollständig reproduziert bis in die Zusammensetzung der Zellen und Sektionen hinein. Und das verstärkt wiederum den Technokratismus der Führung: sie verwaltet die internen Korporatismen der Partei, wie der Staat versucht, die der Gesellschaft zu verwalten. Sicher war die Vereinigung oder organische Verbindung zwischen Arbeitern und Intellektuellen in ein und derselben politischen Praxis, was an sich schon vor jeder Machtergreifung eine revolutionäre Grundtendenz darstellt, immer schon problematisch. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß die stalinistischen Praktiken sie nicht gerade erleichtert haben. Das Problem besteht genau darin zu begreifen, warum diese tendenzielle Vereinigung gegen den Willen vieler Mitglieder in der post-stalinistischen Periode *eher zurückgegangen ist*. Einige Elemente lassen sich leicht erklären: so z.B. die Rückwirkungen der Deformation der aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen revolutionären Regime, die nicht nur den »proletarischen Internationalismus« der kommunistischen Parteien erschüttern, sondern auch die Idee des Sozialismus in ihr Gegenteil verkehren. Oder die neuen Technologien der Massenkommunikation und der politischen Propaganda, die dazu da sind, den politischen Kampf der Mitglieder kurzzuschließen. Oder auch das Auftauchen »neuer politischer Subjekte«, d.h. qualitativ neuer Formen des gesellschaftlichen Antagonismus. Oder auch die vom post-tayloristischen Kapitalismus entwickelten Formen der Integration der Arbeiterforderungen in die sozialen Beziehungen des Betriebs, die dahin tendieren, die Rolle der Gewerkschaft eng zu begrenzen auf Repräsentation, Delegation und Vermittlung, und die damit indirekt die Partei festlegen auf die Rolle einer

pressure-group und Kontrollinstanz innerhalb des Gewerkschaftsapparates. — Aber die Unfähigkeit der Partei, diese Probleme anzupacken, kann man m.E. nicht erklären, wenn man nicht sieht, daß sie auf der Grundlage eines anderen, weniger manifesten Prozesses entstehen: dem zunehmenden Verlust jeglicher »erzieherischer« und »kultureller« Funktion der Partei in den Massen. Mehrere Jahrzehnte lang haben die Partei und das Netz von Organisationen um sie herum diese grundlegende Funktion, so gut es eben ging, erfüllt. Dies ermöglichte ganz einfach, der Arbeiterklasse oder zumindest einem Teil der Arbeiterklasse (und sogar der Bauernschaft) eine *politische Sprache zu geben*, auch wenn diese Sprache sich stereotyp anhörte und von der »Politikerklasse« und den professionellen Kuturarbeitern verachtet wurde. Die Parteiform *ergänzte* so einerseits die Ausbreitung der kapitalistischen Schule, von der sie manchmal direkt die Modelle übernahm, und stand gleichzeitig *im Gegensatz* zu ihr, denn sie befaßte sich mit dem, was aus dem schulischen Prozeß ausgeschlossen und verdrängt wurde. Und sie verknüpfte in der Erziehung der Volksmassen das, was zu trennen die Funktion des bürgerlichen Schulwesens ist: kollektive politische Aktivität und individuelle ideologische Ausbildung.

Auch auf die Gefahr hin, als Nostalgiker zu gelten, möchte ich die paradoxe These aufstellen: in einer wichtigen, nicht nur formalen Hinsicht war die Partei der »stalinistischen« Epoche durch die Funktion, die sie in der Gesellschaft wahrnahm, *demokratischer* als die »eurokommunistische« Partei des 22. Parteitags. Oder besser, sie zeichnete sich durch einen inneren Widerspruch aus, der in der jetzigen Partei tendenziell verschwunden ist: der scharfe Widerspruch zwischen der völligen Abwesenheit von Demokratie in der Funktionsweise des Parteiapparats, die manchmal bis zu terroristischen Praktiken ging, und der demokratischen Funktion, die die Partei objektiv und machtvoll in der Klassengesellschaft ausfüllte. Die Technokratisierung bedeutet sowohl die relative Abschwächung des ersten Aspektes und das fast völlige Verschwinden des zweiten, nicht nur wegen der Entwicklung der Partei selbst, sondern auch, weil im kapitalistischen Frankreich von heute die schulischen und kulturellen Probleme der Arbeiter sich völlig geändert haben. Die Krise der »Schulform« wirkt paradoxerweise als Krise der »Parteiform«. Nicht zufällig wird der autoritäre und voluntaristische »Pädagogismus« einer Partei, die den Massen und ihren eigenen Mitgliedern unaufhörlich Lektionen erteilt, in dem Maße unerträglicher und künstlicher, als die Partei ihre reale Funktion der Erziehung (oder Gegenerziehung) verloren hat. Die Orte des Widerspruchs haben sich verschoben.

4. Der »vierte Weg«

Die verschiedenen Aspekte der Krise des französischen Kommunismus betreffen zweifellos nur einen Teil der Arbeiterbewegung. Dennoch haben sie m.E. Entsprechungen in den anderen Organisationen. Und vor allem verpflichten sie uns, das Problem in seiner ganzen Radikalität zu untersuchen. Es kann nicht darum gehen, theoretisch eine andere Form oder praktisch-organisatorische Vorschläge zur Veränderung der Parteiform zu erfinden. Sondern es geht darum, das Ausmaß der Fragen abzumessen, die praktisch beantwortet wer-

den müssen, damit die bürgerliche Herrschaft jetzt oder später dauerhaft zurückgedrängt werden kann. Weder eine einfache Reform des demokratischen Funktionierens der Organisationen, obwohl sie wesentlich ist, noch eine Unterordnung irgend einer Organisation unter andere stellen eine solche Antwort dar. Aber die Elemente der Antwort existieren teilweise in der Situation selbst und in der Art und Weise, wie ihre Erfordernisse von den zahlreichen kritischen kommunistischen und sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern gespürt werden.

Der deutlichste negative Aspekt in der Praxis der Linksparteien in ihren Beziehungen zu den Massen und Massenbewegungen war seit langen Jahren die systematische Praxis der »Anleitung«. So gelangte man gerade nicht zur Aktivierung des Bewußtseins und der politischen Intervention, sondern zur relativen Lähmung, zu diesem Paradox einer »passiven Bewegung«, die entweder regelmäßig ihre Ziele verfehlt oder vor der Eroberung dauerhafter Positionen steckenbleibt und sich spaltet. Erinnerung sei hier an den Mai '68, an das Strohfeuer der Stadt- und Gemeinderatswahlen 1977 und v.a. an die Rolle der politischen Generalstäbe in der Zeit des Programme Commun. Ich habe vorher gegen gewisse interessierte Vereinfachungen die positive Rolle dieser Einheitsperspektive hervorgehoben: Engagiert wie seit langem nicht mehr waren in dieser Zeit tagtäglich Zehntausende von Mitgliedern in Kommunikation mit Arbeitern aller Kategorien. Aber die Führung der Sozialistischen Partei hat die Arbeiterstreiks nie als entscheidenden Bestandteil der sozialen Bewegung angesehen. Und die Führung der FKP wechselte ihrerseits ohne Übergänge von einem Extrem ins andere: mal versuchte sie, die Entwicklung von Streiks systematisch zu behindern, um das zerbrechliche Gleichgewicht der Linksunion zu erhalten (»die einzige Lösung, das Programme Commun«), mal benutzte sie die Streiks als Mittel des politischen Drucks und der Intervention in den gewerkschaftlichen Bereich (»wir leben in einem Zeitalter der Revolutionen ...«, »die Reichen zahlen lassen«), setzte also dieselben Methoden ein, die sie zuvor als ultralinks verurteilte.

Heute gibt es viele aktive Mitglieder in den verschiedenen Organisationen, die nicht wollen, daß sich in der gegenwärtigen Periode, über deren entscheidende Wichtigkeit sie sich im klaren sind, die Auswirkungen dieser opportunistischen Praktiken und dieser instrumentellen Konzeption der Massenbewegungen reproduzieren. Viele halten es heute für das Wichtigste, gegen alles, was die Massen trennt, anzuarbeiten: gegen die Reproduktion von Korporatismen und gegen die Einführungen neuer ideologischer sektiererischer Positionen. Denn beide widersprechen offensichtlich völlig den Erfordernissen eines Übergangs zum Sozialismus, einem wirklichen Engagement, das noch nicht erreicht ist, und einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Unternehmen, in der Verwaltung und in den Lebensbedingungen.

Entscheidend ist demnach dieses »Grenz«gebiet zwischen dem Innen und dem Außen der Organisationen; dies ist überall da, wo ihre aktiven Mitglieder in Verbindung mit den sozialen Bewegungen selbst stehen und gezwungen sind, sich den daraus entspringenden Widersprüchen zu stellen — und sich also selbst in Frage zu stellen. Der notwendige »Form«-Wechsel der Arbeiterbewe-

gung wird sich nur vollziehen, wenn die aktiven Mitglieder und die Masse der nicht organisierten Arbeiter und Intellektuellen, die mit ihnen zu tun haben, zusammenwirken; wenn so ein Kommunikationsprozeß entsteht, der gleichzeitig das »Innen« und »Außen« betrifft und die Spaltungen in Frage stellt. Dies Erfordernis hat mitgewirkt in der Einheits-Strömung, die letztlich den politischen Wandel vom 10. Mai durchgesetzt hat, und der sich in der Mobilisierungsfähigkeit der SP ausgedrückt hat. Aktive Mitglieder der CGT, der PCF, der CFDT und des politischen oder »kulturellen« Linksradikalismus haben sich dafür offen eingesetzt. Die v.a. von der Frauenbewegung gestellte Forderung nach »Autonomie der Massenbewegungen«, die alles andere als »unpolitisch« ist, wurde in breiterem Rahmen anerkannt. Sie gilt natürlich auch für die Gewerkschaftsbewegung, vor allem in einer Zeit, in der die ersten Maßnahmen zur Neugestaltung der Arbeitszeit und die Nationalisierungen die Frage der direkten Intervention der Arbeiter in die Betriebsführung von neuem stellen, ob in der Form von Räten oder anders.

Die Perspektive, die sich so abzeichnet, ist kein »dritter Weg« zwischen stalinistischem Kommunismus und Sozialdemokratie. Es ist eher ein »vierter Weg«; er geht über die beiden Ideologien der »Macht« und der »Doppelmacht«, die in der politischen Tradition der französischen Linken wurzeln, hinaus und berichtigt sie: die sozialistische oder kommunistische Tradition des Zentralismus (irreführend als »Jakobinismus« bezeichnet) und die »libertäre« Tradition, die heute als Selbstverwaltungsideologie des Primats der »neuen sozialen Bewegungen« wiederauftaucht (zu welchen man unterschiedslos Frauenbewegung, Ökologie, Pazifismus zählt und sie so auf eine Ebene stellt). Beide Traditionen sind völlig unfähig, ausgehend von der Erfahrung und mit angemessener Begrifflichkeit, das Problem zu analysieren, das ansteht: das Problem einer demokratischen Massenpolitik, die die Volksinitiativen, gemeinsam erarbeitete konkrete Analysen und zu diskutierende Aktionsprogramme gleichzeitig auf den Ebenen der Unternehmen und der Arbeitsverhältnisse, der Lebensweise und Kultur, der örtlichen Institutionen zusammenfaßt. Und paradoxerweise unterstellen beide metaphysisch, daß »die Gesellschaft«, oder zumindest, was sie für ihr lebendiges und dynamisches Element halten (die »Produktivkräfte«), von Natur aus zum Sozialismus strebt und ihn herbeiruft, sei es, weil die Arbeiterklasse (so, wie Partei und Gewerkschaft sie vertreten) eine zentrale Stellung hat, oder (wenn man »Abschied vom Proletariat« genommen hat) weil das Streben nach Selbstverwaltung angeblich allen »Subjekten« der sozialen Bewegung gemeinsam ist: Arbeitern, Bauern, Technikern, Verbrauchern, Frauen, Jugendlichen, Ausländern und Umweltschützern. Beide blieben unter diesen Bedingungen dabei, von einem *Subjekt* oder von einem staatlichen Zentrum zu verlangen, es solle die soziale Bewegung verkörpern und sie gegen Hindernisse schützen: von einem Staat, den sie dachten als Staat der Planung/Diktatur (frz.: Etat »plan/dictature«) oder als »Schiedsrichter«-Staat (frz.: Etat d'»arbitrage«) und Staat eines (neuen) »Gesellschaftsvertrags«. Das heißt, beide blieben unfähig zu begreifen, was Lenin die wesentliche »Unreinheit« (frz.: impureté) der Politik nannte, oder — wenn man so will — ihre Dialektik, die in dem doppelten Zwang zum Ausdruck kommt: Um

den Staat als Machtzentrum kommt keiner herum. Es gibt keine politische Praxis, sei sie revolutionär oder reformistisch, die sich ausschließlich außerhalb seiner Strukturen einrichten könnte. Dies gilt umso mehr, wenn die staatlichen Strukturen immer mehr verzahnen mit den Strukturen der Produktion und der alltäglichen Reproduktion der Verhältnisse des Wohnens, der Erziehung und der Freizeit. *Aber umgekehrt* gibt es keine Praxis einer Massenpolitik, die sich ausschließlich in Bezug auf den Staatsapparat und das Funktionieren seiner Strukturen definieren und erklären könnte. — Mit anderen Worten: Genausowenig, wie es in der Realität eine Politik nur *außerhalb* des Staates oder eine absolut »antistaatliche« Politik gibt, gibt es für die Klassenkämpfe und die gesellschaftlichen Widersprüche überhaupt die vollständige Übersetzung oder den restlosen adäquaten staatlichen Ausdruck.

Kurz, wie die augenscheinlich »negative« Erfahrung der letzten 15 Jahre gezeigt hat, muß man die dualistische und mechanistische Logik in Frage stellen, die Staat und Gesellschaft als zwei voneinander unabhängige Sphären unterscheidet, auf die Gefahr hin, anschließend zu erklären, die eine »determiniere« die andere oder sei die Wahrheit der andern. Nur so kann man aufräumen mit der Illusion eines schon gegebenen Sozialismus, der »der Möglichkeit nach« in den ökonomischen, technologischen oder kulturellen Entwicklungen der gegenwärtigen Gesellschaft liegt, und den man nur noch zur Welt bringen müsse, wie Marx es einmal gesagt hat; und nur so kann man die Widersprüche eines aufzubauenden Sozialismus anpacken, von dem erst einige Voraussetzungen bestehen und der sich notwendig auch gegen gewisse Tendenzen und »Bedürfnisse« der gegenwärtigen Gesellschaft richten wird. Ein Sozialismus, der demzufolge erfordert, daß die zu ihm strebenden Kräfte sich in einem langdauernden Prozeß unterwegs in unvorhersehbarer Weise verändern. Wenn der Sozialismus plötzlich »auf der Tagesordnung« steht, in einem Maße, das sehr wenige vor einigen Monaten vorauszusagen gewagt hätten, hängt dies nicht damit zusammen, daß in krisenhafter und gegensätzlicher Form eine solche Veränderung schon begonnen hat? Die nächste Zukunft wird uns zeigen, was es wirklich damit auf sich hat.

Literaturverzeichnis

Balibar, E., 1979: Etat, parti, transition, in: *Dialectiques* No.27.

Balibar, E., u.a., 1979 (B. Bois, G. Labica, J.P. Lefebvre): *Ouvrons la Fenêtre, camarades!* Paris.

Fiszbin, H., 1980: *Les bouches s'ouvrent*, Paris.

Moynot, J.L., 1982: *Au milieu du gué*, CGT, Syndicalisme, démocratie de masse. Paris.

Noiriel, G., 1980: *Vivre et lutter à Longwy*. Paris.

Poulantzas, N., 1978: *Staatstheorie*. Hamburg.

Poulantzas, N., 1979: *La crise des parties*, in: *Le Monde diplomatique*, Sept. 1979.

Stephan Tiedtke

Militär- und Gesellschaftspolitik in der Sowjetunion

Ein Beitrag zur Militarismus-Diskussion

Dem traditionellen Marxismus zufolge kann der Militarismus erst dann als überwunden gelten, wenn die Klassengegensätze aufgehoben sind, die Waffen nicht mehr gegen die Produzenten, also gegen die Mehrheit des Volkes, gewendet und keine fremden Völker mehr mit Waffengewalt unterjocht werden können. Eine wichtige Voraussetzung dafür und zugleich Indikator aufgehobener Klassengegensätze ist die allgemeine Volksbewaffnung.¹ Im Unterschied zum bürgerlichen Militarismus-Begriff tritt im traditionellen Marxismus der Militärapparat nicht als ein selbständiger Akteur auf, sondern wird vorrangig als Agent der herrschenden Klasse begriffen. Die Frage nach dem Militarismus wird demnach mit dem Nachweis, daß eine Klassengesellschaft vorliegt oder auch nicht, beantwortet, wobei gilt, daß jede Klassengesellschaft per se militaristisch ist. Wollte man nach diesem Verständnis entscheiden, ob es einen sowjetischen Militarismus gibt, dann muß geklärt sein, ob die sowjetische Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist oder nicht. Für die marxistisch-leninistische Theorie steht dies außer Frage: da die Sowjetgesellschaft keine (antagonistische) Klassengesellschaft ist, kann es demnach auch keinen sowjetischen Militarismus geben. Die spezifischen Interessen der sozialen Klassen, Gruppen, vor allem aber Berufsgruppen, stehen sich nicht grundsätzlich gegenüber, sondern sind in der kommunistischen Partei vereint. Ich will hier nicht versuchen, diesem Selbstverständnis eine Analyse der sozioökonomischen Grundlagen der Sowjetgesellschaft gegenüberzustellen. Die gründliche »Kritik der politischen Ökonomie des ('real existierenden') Sozialismus« mag wohl unerläßliche Voraussetzung eines endgültigen Urteils über den sowjetischen Militarismus sein, aber es gibt sie trotz aller Anstrengungen bisher nur in Ansätzen.

Dieser Stand der Forschung rechtfertigt freilich nicht — auch aus marxistischer Sicht —, die Frage nach einem sowjetischen Militarismus beiseite zu legen bzw. sie zu verdrängen. Dafür finden sich in der gesellschaftspolitischen Instrumentalisierung des Militärkomplexes (Streitkräfte, Rüstungsindustrie und Behörden) zu viele Symptome einer Klassengesellschaft, eines Militarismus im »sozialistischen Weltsystem«: Alltägliche und mitunter blutige Konflikte zwischen den Produzenten und dem Staatsapparat zeugen von tiefgreifenden sozialen Interessengegensätzen in Osteuropa. Daß es in Polen im Dezember 1981 nicht zum Bürgerkrieg kam, hat auch etwas damit zu tun, daß die Staatsmacht über einen drohenden, überlegenen militärischen Gewaltapparat verfügte. Zum anderen ist die Rüstung der »sozialistischen Staaten« auch gegeneinander gerichtet: Der erste Krieg zwischen »sozialistischen Staaten« wurde 1968 nur durch die rechtzeitige Kapitulation der einen Seite verhindert. Elf Jahre später kam es dann zwischen China und Vietnam zum ersten Krieg zwischen »sozialistischen« Staaten.² Etwa ein Drittel der sowjetischen militärischen Potentiale und wahrscheinlich ein noch bedeutend höherer Anteil der chinesischen sind aufeinander gerichtet. Diese Konflikte mit der Wirkung ka-

pitalistischer Relikte und mit imperialistischen subversiven Aktivitäten zu erklären, greift zu kurz, auch wenn Einflüsse aus der Vergangenheit und der Umwelt nicht übersehen werden dürfen.

Die Symptome reichen freilich auch nicht aus, um unbedenklich den Militarismusbegriff auf die Sowjetunion anzuwenden. Bei dem gegenwärtigen Forschungsstand muß die endgültige Antwort auf die Frage nach einem sowjetischen Militarismus aufgehoben werden. H.-H. Nolte hat wohl in seinem Beitrag »Militarismus in der Sowjetgesellschaft und internationaler Rüstungswettlauf« (in: *Das Argument* 131/1982) Wichtiges zur innersowjetischen Militärdébatte gesagt, dem Militarismusproblem ist aber auch er nicht gerecht geworden. Angesichts der bestehenden Forschungsdefizite beschränke ich mich im folgenden auf die gesellschaftspolitische Funktion von Rüstung in der Sowjetunion, in der Hoffnung, damit einen mittelbaren Beitrag zur Militarismusfrage zu leisten.

In der Militarismus-Forschung, die nicht dem traditionellen Marxismus folgt, werden diese aufgezählten Indikatoren eines sowjetischen Militarismus mit zwei unterschiedlichen Ansätzen erklärt.³ Der erste Ansatz fragt nach dem Einfluß des »Militärs« auf die Politik, wobei davon ausgegangen wird, daß bei einem »übermäßigen« Einfluß des Militärkomplexes auf die Politik ein sowjetischer Militarismus vorliege. Für den zweiten Ansatz ist diese Frage nach Über- und Unterordnung im Verhältnis zwischen Politik und »Militär« von vergleichsweise geringer Bedeutung. Militarismus besteht nach ihm, wenn die gesamte Gesellschaft von militärischem Denken und militärischen Verhaltensweisen durchdrungen ist.

Im folgenden werde ich vor allem diesem mehr gesamtgesellschaftlichen Ansatz folgen, ohne freilich wie etwa C. Castoriadis zu glauben, mit dem Militärkomplex könne die gesamte Sowjetgesellschaft erklärt werden.⁴ Es ist aber sicherlich auch richtig, daß der Militärkomplex ein so relevanter Sektor in der Sowjetgesellschaft ist, daß seine Analyse Grundsätzliches über die sozioökonomischen Strukturen der Sowjetunion aussagen kann.

Wenn im weiteren nach dem wechselseitigen Einfluß von Gesellschaftsstrukturen und Militärkomplex gefragt wird, dann geschieht dies unter einem doppelten friedenspolitischen Aspekt. *Erstens*: Sind für den Rüstungswettlauf nur die innergesellschaftlichen Bedingungen in den kapitalistischen Ländern verantwortlich, wie der Sowjetmarxismus glauben machen will, oder gibt es auch in der Sowjetgesellschaft eigene Faktoren, die diesen »Wahnsinn« zumindest mitfördern? *Zweitens*: Wenn es richtig ist, daß das Abschreckungssystem tendenziell immer instabiler wird und auf die nukleare Katastrophe hintreibt, dann muß sich auch die Sowjetunion fragen lassen, was sie hindert, das Ruder herumzuwerfen und neue, weniger gefährliche Wege in ihrer Sicherheitspolitik zu beschreiten.

Wehrstruktur und Rüstungswettlauf

Historisch sind Gesellschaftsstruktur und Wehrstruktur nicht voneinander zu trennen. Der adlige Einzelkämpfer in der frühen Antike gehörte einer anderen Gesellschaftsformation an als etwa die Phalanx der attischen Demokratie, und

die Infanterieheere der Großen Französischen Revolution unterschieden sich grundsätzlich von den ihnen feindlichen Heeren der europäischen Monarchien. Dabei dürfen Veränderungen in der Wehrstruktur nicht als bloßer Reflex innergesellschaftlicher Veränderung begriffen werden; Außeneinwirkungen können zu neuen Wehrstrukturen führen, die dann gesellschaftspolitische Veränderungen verlangen (z.B. in der Polis Athen oder die preußische Heeresreform).

Für den traditionellen Marxismus war die Wehrstruktur der sozialistischen Gesellschaft die allgemeine Volksbewaffnung, und zwar als Voraussetzung für den revolutionären Sieg, aber auch als Bedingung, daß die revolutionären Errungenschaften nach dem Sieg nicht rückgängig gemacht werden können. In den dreißiger Jahren wurde, nachdem in den zwanziger Jahren immer wieder heftig über die Struktur der Roten Armee gestritten worden war, das sowjetische Proletariat endgültig entwaffnet. An die Stelle des Milizsystems, das auf einer militärischen Rekrutierung der Arbeiterschaft entsprechend deren ökonomischer Organisiertheit aufbaute — und das auf dem IX. Parteitag grundsätzlich beschlossen worden war, ohne daß aber etwas unternommen wurde, um es in die Tat umzusetzen —, trat ein Mischsystem: neben der nach dem Milizsystem aufgebauten Territorialarmee wurde ein stehendes Heer (Kaderarmee) eingerichtet, das im Laufe der dreißiger Jahre einen immer größeren Anteil in der Roten Armee einnahm. 1939 war dieser Prozeß abgeschlossen: die Rote Armee war zu einer Wehrpflichtigen-Armee mit einem starken Anteil an Berufsmilitärs geworden. Man kann darüber streiten, ob Stalin diese Wehrstruktur-Reform primär durchführte, um die Völkermassen der Sowjetunion besser kontrollieren zu können, oder ob sie nicht eher logische Konsequenz des »Sozialismus in einem Lande« war. Angesichts der als unausweichlich begriffenen militärischen Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Staaten und später insbesondere dann dem faschistischen Deutschland — so wird sowjetischerseits argumentiert —, sei es notwendig geworden, den Militärapparat zu straffen und damit effizienter zu gestalten. Das eine schließt das andere nicht aus. Die Behauptung jedoch, ohne die reorganisierten sowjetischen Streitkräfte hätte das sowjetische Gesellschaftssystem im Kampf gegen den Faschismus nicht überleben können, kann leicht zur apologetischen Schutzbehauptung werden, um nicht nach den gesellschaftspolitischen Gehalten und Komplikationen der Reorganisation fragen zu müssen.

Mit der Wehrstruktur-Reform rasteten wichtige gesellschaftspolitische Weichen in der Sowjetunion in einer Richtung ein, die konsequent bis heute eingehalten wird. Der Grundtenor der Strukturreform war die endgültige Ausrichtung der Armee an den technischen und organisatorischen »Qualitäten« der kapitalistischen Armeen. Nicht eine andere sozialistische Wehrstruktur war mehr das Ziel, sondern die sowjetischen Militärs sollten von ihren kapitalistischen Kollegen lernen und es nach Möglichkeit unter sowjetischen Bedingungen besser machen. Diese Veränderungen kündigten sich bereits 1928 mit der Devise vom »Einholen und Überholen der fortgeschrittensten kapitalistischen Mächte in wirtschaftlicher wie technologischer Hinsicht« an, die in den folgenden Jahren zur Zielvorstellung sowjetischer Wirtschaftspolitik wurde.⁵ Das ge-

schah damals nicht, wie später in der Chruscev-Ära, im Sinne des ökonomischen Wettkampfes der Systeme, sondern es war eine Konsequenz der von den kapitalistischen Staaten übernommenen militärischen Zwänge, ohne nach Möglichkeiten eines alternativen Verteidigungskonzepts für die Sowjetunion zu fragen. Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Struktur-Reform lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das Proletariat war entwaffnet, dafür aber hatte sich das Problem der politischen Kontrolle des Militärs insgesamt — und nicht nur einiger Offiziere, wie während des Bürgerkrieges und der Interventionskriege — verschärft. General Tuchacevskij wurde von Stalin »roter Militarismus« vorgeworfen⁶, und aus Angst vor einem Militärputsch ließ Stalin einen Großteil des höheren Offizierskorps der Roten Armee liquidieren. Für die militärische Effizienz der Roten Armee bedeuteten diese »Säuberungen« einen schweren Schlag, der sich dann in den Niederlagen zu Beginn des deutschen Angriffs 1941 verheerend auswirken sollte.

2. Dadurch, daß man sich auf Rüstungskonkurrenz mit dem Kapitalismus eingelassen und dessen Wehrstruktur übernommen hatte, wurde die militärische Stärke der Sowjetunion für den Gegner kalkulierbar. Um das Ausmaß der Unterlegenheit zu verbergen — man hatte ja noch nicht die wichtigsten kapitalistischen Staaten eingeholt, geschweige denn überholt — wurde die Sowjetunion vom kapitalistischen Umfeld abgeschottet und ihre Bürger mit der permanenten Warnung vor dem Geheimnisverrat eingeschüchtert.

3. Die Rüstungsindustrie bekam wegen des niedrigen technologischen Niveaus der Industrieproduktion, die nicht mit der Rüstungsindustrie der kapitalistischen Staaten konkurrenzfähig war, in der sowjetischen Wirtschaftsplanung absolute Priorität. Solange die Militärdoktrin darauf ausgerichtet war, »einen künftigen Krieg als Krieg der ganzen Gesellschaft zu führen«, war die »dauernde Existenz eines spezialisierten Sektors der Waffenproduktion weniger wichtig als die Umstellungsfähigkeit der Industrie im Kriegsfall.«⁷ Entsprechend war die Konzeption während der zwanziger Jahre, »die Rüstungsindustrie im Vergleich zur industriellen Gesamtproduktion *nicht* vorrangig zu entwickeln«.⁸ Diese Prioritätensetzung hatte nicht nur zur Folge, daß der Sektor B, die Leichtindustrie, stiefmütterlich behandelt wurde, sondern die Innovationsfähigkeit in der sowjetischen Wirtschaft sank unaufhaltsam, da keine technologischen Antriebspulse vom Sektor A, der Schwerindustrie, ausgingen.

4. Die Ausrichtung der Wirtschaft an den militärischen Bedürfnissen verschärfte die bereits bestehende Hierarchisierung der Arbeitsprozesse — die einfachste Antwort auf eine vorkapitalistische »Produktionsmentalität« ist der Zwang — und führte zu einer »Militarisierung« der Wirtschaft. Die »Notwendigkeit« effektiver unmittelbarer Kommandostrukturen in den Streitkräften, die auch für die Rüstungsindustrie postuliert wurden, lief auf eine gesamtgesellschaftliche Minimierung demokratischer Verkehrsformen hinaus.

5. Der allgemeine Militärdienst wurde nicht nur als sicherheitspolitisch notwendig begriffen, sondern auch als Integrationsinstrument eingesetzt. So wurden beispielsweise, um die nationalen Minderheiten besser zu integrieren und kontrollieren zu können, deren eigenständige Militärformationen aufgelöst.

Der Sieg im Zweiten Weltkrieg hat grundsätzlich nichts an der Wehrstruktur geändert. Im Gegenteil, entsprechend dem traditionellen Verhalten von Siegern, die den Sieg als Zeichen ihrer überlegenen Militärstrukturen werten, hielt man daran fest. Das änderte sich auch nicht während des Kalten Krieges und auch nicht mit der Politik der friedlichen Koexistenz. Die Orientierung an der gegnerischen Rüstungspolitik wurde vielmehr noch stärker — die Sowjetunion

war nukleare Supermacht geworden — zum bestimmenden Merkmal sowjetischer Militärpolitik. Lediglich Chruscev versuchte 1960/61 zu Beginn der Annäherung an die USA aus dem Raster des imitierenden Rüstungsverhaltens auszubrechen, als er zum Schutz der Sowjetunion eine minimale Abschreckung für hinreichend hielt, die teure Seerüstung für obsolet erklärte und auch die Möglichkeit eines Milizsystems andeutete. Dies geschah aus wirtschaftlichen Gründen, zu denen u.a. auch gehörte, daß die Zwangsjacke der drakonischen Arbeitsgesetzgebung eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität unmöglich machte. Chruscev konnte sich jedoch mit seinem Versuch gesellschaftlicher Reformen mittels Kürzungen im Militärapparat nicht gegen die traditionellen Sicherheitsinteressen durchsetzen. Das Scheitern von Chruscevs Militärpolitik ist freilich mit diesem Widerstand nicht hinreichend erklärt. Nach seinem Sturz wurde Chruscev von seinen Gegnern »Abenteurerturn« vorgeworfen. In der Tat gelang es ihm nicht, ein glaubwürdiges Verteidigungskonzept zu entwickeln, das sein Interesse an einer möglichst kostengünstigen Verteidigung sicherheitspolitisch abgedeckt hätte. Die Vorstellung, nur ein bißchen Rüstungswettlauf mitzumachen, grundsätzlich aber in der Rüstungskonkurrenz zu verbleiben, wie sie vom Gegner vorgegeben wird, ließ sich nicht durchhalten. Ob freilich die Rüstungspolitik seiner Nachfolger, jeden Rüstungsschritt der Vereinigten Staaten möglichst schnell nachzuahmen, weniger »abenteuerlich« ist, muß bezweifelt werden.

Von sowjetischen Propagandisten wird unermüdlich auf das zeitliche Zurückbleiben der Sowjetunion bei der Entwicklung der wichtigsten Waffen des Abschreckungssystems hingewiesen⁹, als ob dies eine selbstaufgelegte Zurückhaltung sei. Das Gegenteil dürfte eher der Fall sein: Die sowjetische Führung dürfte nichts dagegen haben, die Vereinigten Staaten im Rüstungswettlauf zu überrunden. Dies kann man aus der Logik ihres nachahmenden Rüstungsverhaltens schließen, sieht man einmal von der zeitweise vehement vertretenen These der eigenen militärischen Überlegenheit oder von Behauptungen, bei einzelnen Waffensystemen den Westen bereits übertroffen zu haben, ab. Mit anderen Worten: die Sowjetunion läßt sich vom technologischen Rüstungstrend leiten, den die NATO-Staaten vorgegeben haben, und versucht innerhalb dieser Trends, soweit er mit ihren militärstrategischen Interessen zu vereinbaren ist, die NATO zu übertreffen. Damit entspricht sie alten und jetzt wieder aktuellen amerikanischen strategischen Erwartungen, das Sowjetsystem werde sich durch den Rüstungswettlauf wirtschaftlich ruinieren lassen, wodurch die Sowjetunion zu außerpolitischer Handlungsunfähigkeit verdammt werde. Bedenkt man, daß der Anteil der Rüstungsproduktion am gesellschaftlichen Gesamtprodukt der Sowjetunion etwa zweimal so hoch ist wie in den USA, erscheint diese Erwartung gar nicht so unwahrscheinlich. Dies wäre dann die letzte gesellschaftspolitische Konsequenz — vor dem nuklearen Inferno — der in den zwanziger und dreißiger Jahren durchgeführten Wehrstruktur-Reform nach kapitalistischem Vorbild.

Kann die Sowjetunion aus dem Rüstungswettlauf ausbrechen?

In der Analyse des Rüstungswettlaufes müssen wir davon ausgehen — auch wenn innergesellschaftliche Faktoren mitunter eine wichtige Rolle bei einzelnen Rüstungsentscheidungen spielen —, daß beide Blöcke aufgrund der Rüstungskonkurrenz ihre jeweilige Rüstungs- und Militärpolitik sehr wohl mit der aktuellen und erwartbaren Entwicklung des gegnerischen Rüstungsverhaltens begründen können. Das Widersprüchliche und für alle Beteiligten Gefährliche an dieser militär-immanenten Logik ist, daß die Optimierung der eigenen Sicherheitskonzeption in Verbindung mit demselben Bestreben auf der Gegenseite nicht Sicherheit schafft, sondern im Gegenteil die Gefahren der Selbstvernichtung erhöht.

Daß an dieser Konstellation auch die Sowjetunion mit ihrem Rüstungsverhalten beteiligt ist, wird am Rüstungswettlauf in Europa deutlich, wo sich seit Ende des zweiten Weltkrieges zwei diametral entgegengesetzte Sicherheitskonzeptionen mit miteinander unvereinbaren Militärstrategien und unterschiedlichen Abschreckungsinteressen gegenüberstehen. Die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) droht aus primär abschreckungspolitischen Gründen im Falle eines europäischen Krieges mit einer offensiven Kriegsführung (der Übergang zur offensiven Militärstrategie wurde mit der Wehrstruktur-Reform in den dreißiger Jahren vollzogen), wohingegen die NATO aus bündnis- und abschreckungspolitischen Gründen plant, den Krieg zumindest in seiner Anfangsphase auf eigenem (bundesrepublikanischen) Territorium zu führen. Die offensive sowjetische Militärstrategie resultiert aus der Tatsache, daß die Sowjetunion aufgrund ihrer geographischen Nähe zu Zentraleuropa keine Möglichkeit sieht, sich von einem Krieg in dieser Region abzukoppeln. Um eben dieses bei der anderen Bündnisvormacht zu verhindern, deren Abkopplungschance durch die Geographie bedeutend größer ist, und um gleiches Risiko bei einem europäischen Krieg zwischen ihnen herzustellen, muß die Sowjetunion mit der Eskalation eines mitteleuropäischen Konfliktes in den allgemeinen Nuklearkrieg drohen, der dann die beiden Großmächte vernichten würde. Auf eine kurze Formel gebracht, ist das Abschreckungskalkül der sowjetischen offensiven Militärstrategie bei einem Krieg in Europa, den ja immer die Gegenseite beginnt, den USA den Verlust Westeuropas oder die nukleare Vernichtung des eigenen Territoriums anzudrohen.

Die Folge dieser Asymmetrie ist, daß jede Seite versucht, die militärischen Optionen des Gegners mit eigenen Rüstungsanstrengungen zu neutralisieren, was sich entsprechend stimulierend auf den Rüstungswettlauf auswirkt, und daß zweitens eine Verständigung über einen militärischen Status quo in Europa nur schwer denkbar ist — das eben macht wirkliche Abrüstungsschritte in Europa so schwierig.¹⁰

Wenn die Analyse richtig ist, daß die betehende Rüstungskonkurrenz zwischen Ost und West das Versagen des nuklearen Abschreckungssystems immer wahrscheinlicher macht, dann ist die entscheidende friedenspolitische Frage, warum nicht alternative Sicherheitskonzepte konzipiert werden können, die den Mechanismus der Begründbarkeit von Rüstungsentscheidungen mit denen

der Gegenseite — wobei es relativ belanglos ist, wer gerade vor- oder nachrüstet — unmöglich machen. Dies ist umso notwendiger, als von der traditionellen Rüstungskontrolle, die in militärischen, nicht verifizierbaren Gleichgewichtsvorstellungen denkt — eine Konsequenz der Rüstungskonkurrenz —, kein Ausweg aus dem Dilemma zu erwarten ist. Änderungen in Sicherheitskonzeptionen können jedoch nicht ohne ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen diskutiert werden; und zwar in zweierlei Hinsicht, wie die bisherige Diskussion in Westeuropa gezeigt hat: Erstens haben alternative Konzepte erhebliche Auswirkungen auf die Bündnisstrukturen in Ost und West, und die haben immer noch hier wie dort mit Herrschaft zu tun. Und zweitens sind alternative Verteidigungskonzeptionen, die wirklich etwas positiv verändern wollen, nur denkbar, wenn sie von eindeutigen Demokratisierungsmaßnahmen in den Gesellschaften begleitet sind.¹¹

Es kann hier nicht Aufgabe sein, ein neues militärisches Sicherheitskonzept für die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu entwickeln — das wird nur das Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses in der Sowjetunion sein —, wenngleich konkrete Bereiche sowjetischer Militärpolitik durchaus benannt werden können, die wohl abschreckungspolitisch durchaus legitimierbar sind, sich aber grundsätzlich destabilisierend und rüstungsstimulierend auswirken (etwa die sowjetische offensive Militärstrategie für den Fall eines zentraleuropäischen Krieges). Vielmehr muß zuerst die Frage nach den gesellschaftlichen Faktoren gestellt werden, die eine Revision der sowjetischen Position im nuklearen Abschreckungssystem, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg abschreckungslogisch herausgebildet hat, verhindern. (Daß diese Frage ebenso an die Gegengroßmacht zu stellen ist, versteht sich von selber.) Dies ist jedoch nicht nur eine Frage an die sowjetische Innenpolitik, sondern auch an die Bündnispolitik.

Innenpolitische Faktoren

Insbesondere zwei innenpolitische Faktoren scheinen mir eine grundsätzliche Revision der sowjetischen Sicherheitspolitik erheblich zu erschweren: die gesellschaftspolitische Arbeitsteilung und die Wehrmotivation. In der Sowjetunion ist die gesellschaftspolitische *Arbeitsteilung* in einem hohen Maße verwirklicht. In der Sicherheitspolitik, aber auch in der militärischen Entspannungspolitik liegt die Verantwortung eindeutig bei den Militärs. Sicherheitsfragen — sieht man von der höchsten politischen Entscheidungsebene ab — werden ausschließlich von Militärs diskutiert. »Zivile« Wissenschaftler, die nicht den entsprechenden militärischen Rang haben, bleiben von dieser Diskussion ausgeschlossen.¹² Militärischer Sachverstand ist jedoch im Denken für den schlimmsten Fall befangen — nicht in Bezug auf die gefährliche Entwicklung des Abschreckungssystems, sondern im Hinblick auf die militärischen Möglichkeiten des Gegners — und orientiert sich dementsprechend an der kurz- und mittelfristigen Effizienz seines Militärapparates.

Ein wichtiger Bestandteil militärischer Effizienz ist die *Wehrmotivation* der Bevölkerung. Da eine breite Diskussion über den Sinn des bestehenden Verteidigungskonzepts zwangsläufig die bestehende Wehrmotivation schwächt, wer-

den in Ost und West derartige Diskussionen nach Möglichkeit ausgespart. Für die Sowjetunion gilt dies noch mehr als für den Westen.¹³ Militärische Verteidigung ist nach den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges ein zu wichtiger Faktor in der Identifikation des einzelnen Bürgers mit dem System geworden, als daß sie in irgendeiner Weise in Frage gestellt werden könne. Aber auch die sowjetische Bevölkerung denkt — soweit dies auszumachen ist — konservativ im Sinne des bestehenden Verteidigungssystems. Wie stark dieser Konsens entwickelt ist, läßt sich an der Einschätzung der »chinesischen Gefahr« ablesen: Hier gibt es kaum Unterschiede zwischen Dissidenten und offizieller Politik. Wie sehr der Blick auf die Wehrmotivation schon im Vorfeld Diskussionen um die sowjetische Sicherheitskonzeption hemmt, zeigte sich u.a. Mitte der sechziger Jahre. Die Frage, ob ein Kernwaffenkrieg gewonnen werden könne oder ob er zur Vernichtung der Menschheit (und damit auch des eigenen Landes) führe — im Nuklearzeitalter ist das der Ausgangspunkt, um über alternative Sicherheitskonzeptionen nachzudenken —, wurde von dem Militärtheoretiker E.I. Rybkin mit dem Argument verworfen:

»Die apriorische Verneinung der Möglichkeit eines Sieges ist deshalb schädlich, weil sie zur moralischen Abrüstung, zum Unglauben im Hinblick auf den Sieg sowie zu Fatalismus und Passivität führt. Solche Ansichten und Stimmungen müssen bekämpft werden.«¹⁴

Bündnispolitische Faktoren

Nicht nur innerhalb der Sowjetunion ist das gemeinsame Verteidigungsinteresse ein wichtiger Faktor des gesellschaftspolitischen Zusammenhalts, dies gilt auch für das Militärbündnis der osteuropäischen Staaten. Mit dem Hinweis auf die Bedrohung von außen und dem daraus resultierenden gemeinsamen Verteidigungsinteresse wird immer wieder von neuem ein noch stärkeres Zusammenrücken der osteuropäischen Staaten gefordert, werden Versuche zu größerer nationaler Eigenständigkeit abgeblockt, wie die Intervention in die CSSR drastisch bezeugte. Die Frage ist, ob hier nicht etwas beschworen wird, was es schon lange nicht mehr gibt, nämlich eine grundsätzliche sicherheitspolitische Interessenkongruenz zwischen der nuklearen Bündnisvormacht und ihren kleineren nichtnuklearen Verbündeten. Wenn diese Interessenkongruenz nicht mehr besteht, müßte dann nicht von Seiten der kleineren Vertragsstaaten eine Revision der militärischen Sicherheitskonzeption der WVO, die mit der sowjetischen identisch ist, gefordert werden? Das Beispiel der sicherheitspolitischen Interessendivergenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa, die struktureller Art sind und von der augenblicklichen Politik der Reagan-Administration zwar verschärft, nicht jedoch begründet werden, geben zu dieser Frage Anlaß.

In der Vergangenheit besaß die WVO gegenüber der NATO den Vorteil, daß in ihr die abschreckungspolitischen Interessen zwischen Bündnisvormacht und kleineren Bündnisstaaten kaum auseinanderfielen. Die Drohung der Sowjetunion, einen Krieg in Europa in den allgemeinen Nuklearkrieg zu eskalieren — die durch eine entsprechende Rüstung, um glaubwürdig zu sein, unterstrichen werden mußte —, bedeutete für die osteuropäischen Verbündeten der Sowjet-

union eine glaubwürdigere nukleare Schutzgarantie, als sie die Westeuropäer von den USA erwarten konnten. In Zukunft, wenn dies nicht bereits jetzt schon der Fall ist, dürfte diese Garantie jedoch brüchiger werden. Da die technologische Entwicklung des Rüstungswettlaufs zunehmend begrenzte nukleare Kriegsführung ermöglicht, und somit die USA glaubwürdiger mit einem begrenzten Krieg in Europa drohen können, muß auch die Sowjetunion stärker als bisher den begrenzten Nuklearkrieg in ihr militärisches Kalkül einbeziehen.¹⁵ Dann aber ist das osteuropäische Bündnis mit ähnlichen sicherheitspolitischen Interessenwidersprüchen belastet wie das westliche: begrenzte Kriegsführung ist für die kleineren osteuropäischen Staaten genauso wenig akzeptabel wie für die westeuropäischen Staaten. Man muß sogar noch weiter gehen: läßt die Sowjetunion sich auf die Möglichkeit begrenzter nuklearer Kriegsführung in Europa ein, dann signalisiert sie damit der Gegenseite, daß sie »Regeln« nuklearer Kriegsführung akzeptiert. Dies würde einen höchst folgenschweren Schritt zur Destabilisierung des Abschreckungssystems in Europa bedeuten.

Bereits während des »Prager Frühlings« ließen sich aus den Reihen des tschechoslowakischen Militärs Stimmen vernehmen, die sich gegen eine sowjetische Abkehr von der sowjetischen Abschreckungsstrategie in Richtung der westlichen flexible-response-Strategie wandten, und im Falle, daß dies eintrete, mit der Entwicklung einer eigenen Verteidigungsstrategie drohten.¹⁶ Eine zentrale sicherheitspolitische Befürchtung der sowjetischen Führung dürfte demnach darin liegen, mit ähnlichen Problemen in Zukunft konfrontiert zu werden wie die Vereinigten Staaten in der NATO. Auf der gewohnten zwischenstaatlichen Ebene mag — ähnlich wie in der NATO — eine sicherheitspolitische strukturelle Interessendivergenz noch weitgehend von der Bündnisvormacht kontrollierbar sein. Dies kann sich jedoch ändern, wenn in der Bevölkerung das eigene militärische Sicherheitskonzept massiv und offen in Frage gestellt wird, die Bevölkerung sich sogar von ihm bedroht fühlt.

Eine Neuformulierung der Verteidigungskonzeption, die erhebliche strukturelle Veränderungen in den Militärapparaten fordern würde, hat für die kleineren Bündnispartner nur einen Sinn, wenn sie deren sicherheitspolitische Eigenverantwortung stärkt, um nicht in die Konfliktinteressen der Großmächte hineingezogen zu werden. Da dies Einflußverlust für die Bündnisvormächte bedeutet, werden diese entsprechenden Forderungen erheblichen Widerstand leisten. Dies gilt insbesondere für Osteuropa, da dort die militärische Integration ein wichtiges Mittel der politischen Integration ist; die ökonomische Zusammenarbeit im RGW konnte bislang nur wenige politische Impulse vermitteln.¹⁷

Die gesellschaftspolitischen Konsequenzen dieser militärpolitischen Tendenzen sollten für die Bündnisbeziehungen in Osteuropa nicht unterschätzt werden. Am Beispiel der jüngsten Ereignisse in Polen läßt sich dies verdeutlichen. Im Westen wird viel über sowjetische militärische Sicherheitsinteressen gerätselt, die in Polen vor dem 13. Dezember möglicherweise gefährdet waren. Die Tatsache allein, daß in Polen das Militär die Macht übernahm, ist kein Indikator dafür, daß Sicherheitsinteressen auf dem Spiel standen. In Polen hat nicht die Armee geputscht, sondern in der Armee sah die Partei das letzte Mittel, um

die Macht in den Händen zu behalten, um nicht die Kontrolle über den Staatsapparat zu verlieren. Dadurch nimmt sicherlich der Einfluß militärischen Denkens auf die Partei zu. Die grundsätzliche Kontrolle der Partei über das Militär — um einen polnischen Bonapartismus zu verhindern — ist jedoch gesichert, solange sich in der Sowjetunion keine vergleichbare Entwicklung anbahnt. Dem Eingreifen des Militärs lag auch kaum eine Gefährdung Polens als strategische Verbindungslinie zwischen der Sowjetunion und ihren Potentialen in der DDR und als Operationsraum bei einem zentraleuropäischen Krieg (taktische Flugzeuge können von Polen aus in das Kriegsgeschehen eingreifen, die Luftabwehr in Polen dient dem Schutz sowjetischen Territoriums) zugrunde. Das Gegenteil ist eher der Fall: Streiks sparten sorgfältig diese Bereiche aus, die Ost-West-Verbindungslinien wurden nicht angerührt. Ja, es hat den Anschein, daß Sicherheitsfragen, soweit sich das bei einer Massenbewegung überhaupt vermeiden läßt, in den Diskussionen von Solidarität bewußt ausgeklammert wurden.¹⁸ Aber in Polen wie in anderen osteuropäischen Staaten — die Friedensbewegung in der DDR ist ein deutliches Zeichen dafür — steht der sicherheitspolitische Sinn der sowjetischen nuklearen Abschreckungsgarantie zur Debatte. Auch in den kleineren Warschauer Vertragsstaaten gehen die Politiker und die Medien einer öffentlichen Diskussion um militärpolitische Probleme sorgfältig aus dem Wege. Von einer breiten Oppositionsbewegung, der deutlich wird, daß die WVO mit ähnlichen sicherheitspolitischen Interessenwidersprüchen wie die NATO belastet ist, muß jedoch erwartet werden, daß sie sich dieses Sicherheitsproblems mit aller Konsequenz annehmen wird. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges dürfen dabei kaum die Rolle spielen wie heute noch in der Sowjetunion, denn die Erinnerung an die Befreiung ist in dem Bewußtsein sowjetischer Verhinderung eigenständiger nationaler Entwicklungen verblaßt. In Polen vor dem 13. Dezember war die »Sicherheitsgemeinschaft« mit der Sowjetunion noch nicht ein Thema. Wer aber konnte garantieren, daß nicht die Ängste der westeuropäischen Friedensbewegung vor dem nuklearen Inferno auf die polnische Massenbewegung überspringen würden? Nationale polnische Selbständigkeitsbestrebungen könnten dann nur noch schwer mit dem Hinweis auf die gemeinsamen Verteidigungsinteressen eingedämmt werden. Ist die Einschätzung richtig, dann sind künftig die Spielräume gesellschaftspolitischer Reformbewegungen in den kleineren Warschauer Vertragsstaaten durch sicherheitspolitische Interessenwidersprüche zwischen Bündnisvormacht und kleineren Verbündeten belastet. Die Wahrscheinlichkeit, daß in ihnen diese Widersprüche thematisiert werden, wird von vornherein den Widerstand gegen Reformbewegungen stärken. Es sei denn, in der Sowjetunion setzen sich gesellschaftspolitische Kräfte durch, die eine grundsätzliche Korrektur in der Militärpolitik fordern.

Schlußfolgerungen

Angesichts des sowjetischen Beitrags zum nuklearen Abschreckungssystem, das die Vernichtung von Völkern einplant (und nach der Logik des Zusammenspiels der Großmächte auch einplanen muß), und das dazu beiträgt, die Vernichtung immer wahrscheinlicher zu machen, ist die entscheidende Frage,

ob innerhalb der sozioökonomischen Strukturen der Sowjetgesellschaft ein radikales sicherheitspolitisches Umdenken eine Chance hat.

Die bisherige Erfahrung mit der sowjetischen Militärpolitik muß skeptisch stimmen. Anstatt alternative Wege in der Sicherheitspolitik zu suchen, hat die Sowjetunion sich in den dreißiger Jahren endgültig darauf versteift, die Rüstungsschritte und Militärpolitik ihrer Gegner nachzuahmen. Mit dem Ergebnis, daß die von den kapitalistischen Staaten übernommene »Rüstungskultur« in der Sowjetgesellschaft tiefe Spuren markierte, sich dadurch die gesellschaftspolitischen Bedingungen sowjetischer Militärpolitik verfestigten und wir jetzt — unbeschadet aller Unterschiede im Detail — mit dem gefährlichen Gleichklang der beiden nuklearen Supermächte konfrontiert sind.

Wo innerhalb der Sowjetgesellschaft Potentiale für strukturelle Veränderungen ihrer Militärpolitik liegen, läßt sich kaum ausmachen. Die rigide Arbeitsteilung im Sowjetsystem läßt wenig Raum für Impulse von außerhalb des Militärkomplexes. Das »Militär« hat zwar keinen übermäßigen Einfluß auf die Politik, aber der immer wichtiger und komplexer werdende Bereich der Militärpolitik im Rahmen der Gesamtpolitik kann kaum ohne einen aktiven Beitrag aus den Reihen des »Militärs« strukturell verändert werden. In der Chruscew-Ära hatte sich gezeigt, daß dem »Militär« — seien es »Traditionalisten« oder »Modernisten« — ein militärpolitischer Kurs von der Parteiführung nicht aufgezwungen werden kann.

Einer grundsätzlichen Reform des Militärwesens steht auch entgegen, daß deren gesellschaftspolitische Dynamik nicht oder nur schwer abschätzbar ist. Solange die Identifikation des sowjetischen Bürgers mit dem System durch die gegenwärtige Militärpolitik nicht in Frage gestellt ist, sie im Gegenteil Identifikationen sichert und als Integrationsinstrument einsetzbar bleibt, wird man sich in der sowjetischen Führung kaum den gesellschaftlichen Risiken von Veränderungen aussetzen. Dies gilt auch für die Beziehungen innerhalb der WVO: die Militärpolitik, wie sie bislang von der Sowjetunion vorgegeben wurde, hat eine wichtige integrative Funktion in der osteuropäischen Staatengemeinschaft. Eine militärpolitische Reform, die u.U. die sicherheitspolitische Eigenverantwortung der kleineren Vertragsstaaten stärkt, könnte diesen Zusammenhalt gefährden.

Die Konsequenz dieser Überlegungen für die Friedensbewegung kann nur lauten, daß sie von der Sowjetunion allein keinen friedenspolitischen Ausbruch aus dem Rüstungswettlauf erwarten kann. Worauf sie nur hoffen kann, ist, daß eine substantielle Verringerung der Bedrohung Osteuropas die Legitimation der osteuropäischen Militärpolitik so nachhaltig erschüttert, daß auch in Osteuropa neue Weichen gestellt werden müssen.

Anmerkungen

- 1 Hierzu vgl. E. Jahn, Die Rolle des Rüstungskomplexes in der Sowjetgesellschaft, in: D.S. Lutz (Hrsg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979, S.183ff.
- 2 Vgl. M. Johnstone u.a.: Kriege zwischen sozialistischen Ländern, in: *Das Argument* 119, 1980, S.62-73.
- 3 Lutz, a.a.O., S.177ff.

- 4 C. Castoriadis, *Kreml-Gerassel. Aufrüstungsgedanken von links*, in: *Transatlantik* 9/1981; dazu auch die Kritik von J. Hirsch, in: *Links*, Nov. 1981.
- 5 Vgl. D. Holloway, *Technologie und politische Entscheidungsgewalt in der sowjetischen Rüstungspolitik*, in: Lutz, a.a.O., S.200.
- 6 Vgl. U. Albrecht, *Red Militarism*, in: *Journal of Peace Research* 2/1980, S.136.
- 7 W. Süß, *NATO und Warschauer Pakt zwischen 'Rüstungswahn' und Herrschaftskalkül*, in: *Prokla*, Heft 45, 4/1981, S.28.
- 8 Ebd., S.29.
- 9 Zuletzt in: *Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus, Moskau 1982, eine »Antwort« auf die Pentagon-Studie: Die sowjetische Rüstung*, München (1981); es handelt sich insofern um keine Antwort, als die sowjetische Arbeit den Fehler der amerikanischen reproduziert und nur über die Rüstung des Gegners redet, nicht über die eigene.
- 10 Näheres dazu bei S. Tiedtke, *Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der sowjetischen MBFR-Politik*, Frankfurt/M. 1980, S.20ff.
- 11 Dies wird in dem Band: *Komitee für Grundrechte und Demokratie* (Hrsg.), *Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer anderen Sicherheitspolitik*, 1981, eindrücklich demonstriert.
- 12 Nach I.S. Glagolev ist diese ausschließliche Beschränkung auf die »Militärs« erst im Laufe der Entspannung vorgenommen worden, *The Soviet Decision — Making Process in Arms Control Negotiations*, in: *Orbis* 4/1978, S.767-776.
- 13 Wie schwer man sich auch im Westen tut, zeigt das lange, demonstrative Nichtbeachten im Bundestag der Weizsäcker-Studie über die Folgen eines Atomkrieges für die Bundesrepublik Deutschland.
- 14 Näheres zu dieser Kontroverse in: S. Tiedtke, *Die Warschauer Vertragsorganisation. Zum Verhältnis von Militär- und Entspannungspolitik in Osteuropa*, München, Wien 1978, S.113ff.
- 15 Eine Reihe von Indikatoren, wie die Vorbereitung auf einen länger andauernden Krieg in Europa und die qualitativen Verbesserungen bei den Nuklearwaffen unterhalb der strategischen Ebene, sprechen dafür, daß dies bereits der Fall ist.
- 16 Näheres dazu bei Tiedtke (Anm.13), S.83ff.
- 17 Ebd., S.93f.
- 18 Siehe auch den Artikel von P.H. Lange, *Polen als Problem sowjetischer Sicherheitspolitik*, in: *Außenpolitik* 4/1981, S.332-343.

NEUERSCHEINUNG

AS 78 NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN UND MARXISMUS

Internationale Sozialismus-Diskussion 2

Mit Beiträgen von Gabriella Bonacchi, Christine Buci-Glucksmann, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe u.a.

Der Marxismus ist so lebensfähig, wie er zur Selbsterneuerung fähig ist. Angesichts der »Neuen sozialen Bewegungen« stehen tradierte Modelle der Bündnispolitik, der führenden Rolle der Arbeiterklasse, ja der Politikform auf dem Prüfstand der Kritik. Auf der theoretischen Ebene geht es nicht um einzelne Gedanken, sondern um die gesamte Denkweise. Der Wissenschaftsbegriff selbst, die Vorstellung davon, was ein »Gesetz«, was eine »Gegebenheit«, was »vernünftig« ist, stehen infrage. Falsch wäre, diese Fragen den Verteidigern des Hergebrachten und ihrem Widerpart, den Alles-Wegwerfern, zu überlassen.

16,80 DM (f. Stud. 13,80). AS 78: ISBN 3-88619-078-1
Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Mechthild Leutner

China im Übergang

Die Sozialismus-Diskussion in der chinesischen politischen Ökonomie

Der Neuorientierungsprozeß in der VR China ist gekennzeichnet von der Suche nach Wegen und Möglichkeiten, um die immer deutlicher zu Tage tretenden ökonomischen Schwierigkeiten, politischen Probleme und nicht zuletzt die ideologische Krise überwinden zu können. In diesem Prozeß der Selbstverständigung werden in der politischen Führung und entsprechend in der ideologisch-theoretischen Argumentation Divergenzen sichtbar. Sie betreffen einmal die Art und Weise der Bewältigung der jüngsten Vergangenheit, die Frage nämlich, ob nicht über eine kritische Einschätzung der Fehler der Kulturrevolution und des Großen Sprunges 1958 hinaus weiterreichende Neubewertungen auch früherer Politik notwendig sind. Zum andern gibt es unterschiedliche Ansätze bei der Formulierung der neuen Politik, insbesondere in der Auswertung der bisherigen Erfahrungen hinsichtlich einer Modifikation des bestehenden politischen und ideologischen Systems.

Im folgenden wird versucht, die ideologisch-theoretischen Positionen in ihrer politischen Bedeutung zu untersuchen. Darüber hinaus soll auf den Diskussionsprozeß als solchen, die Form der Selbstverständigung und die Grundmuster der Argumentation, eingegangen werden. Eine Analyse der theoretischen Positionen an sich, ihre Einordnung in außerchinesische theoretische Diskussionszusammenhänge kann hier nicht erfolgen, jedoch soll eine Einordnung in den Rahmen der wirtschaftspolitischen Prioritäten versucht werden.

Die Diskussion dehnte sich von einer zunächst rein personenbezogenen Polemik gegen die »Viererbande« allmählich auf eine kritische Beschäftigung mit deren ideologischen Auffassungen aus, bis sich nach einigem Hin und Her deren Klassifizierung als »ultralinks« durchsetzte. Ab Mitte 1979 läßt sich eine neue Tendenz festmachen. Die »Viererbande« und die Kulturrevolution, die inzwischen als eine einzige Katastrophe bezeichnet wird¹, und nicht zuletzt die »Fehler« Mao Zedongs wurden nicht mehr, wie im Anfangsstadium, nur als zufällige, individuelle Erscheinungen betrachtet, sondern als in der politischen und ökonomischen Rückständigkeit Chinas begründet gesehen. Neben der vergleichsweise allgemeinen Einschätzung der »Resolution über einige Fragen in der Parteigeschichte seit 1949«² (abgekürzt: »Resolution«), die im Juni 1981 vom Zentralkomitee der KPCh verabschiedet wurde, gab es einige weiterführende Analysen über den chinesischen Feudalismus, über die mögliche Existenz einer asiatischen Produktionsweise in China und seit Mitte 1979 über die Einschätzung des Gesellschaftscharakters in der gegenwärtigen Periode.

In der Feudalismus-Diskussion werden die Überbleibsel des feudalen Absolutismus nicht nur zur Erklärung der Ereignisse von 1958 und besonders in den kulturrevolutionären Jahren herangezogen, sondern auch als in der Gegenwart schädlich für die Verwirklichung der Modernisierung des Landes angeprangert. Die durch die ethischen Prinzipien des Konfuzianismus gestützten hierarchischen Feudalbeziehungen, die darin wurzelnde absolute Autorität des Herr-

schers im Reich, des Sippenältesten in der Sippe und des Vaters und Haushaltsvorstandes in der Familie, der Nepotismus und die bürokratische Politik und Korruption der Beamten sowie die totale Machtkonzentration in den Händen des Staates werden in ihrer Entstehung und Entwicklung aufgezeigt, in ihren gegenwärtigen Erscheinungsformen dargestellt und insbesondere für die katastrophale Entwicklung der kulturevolutionären Jahre verantwortlich gemacht. Mit anderen Worten: die Aussage vom Fehlen einer »Demokratisierung des politischen, ökonomischen und gesamten gesellschaftlichen Lebens überhaupt«³ schiebt sich als Erklärungsmodell in den Vordergrund. Die hier dem Feudalismus zugeordneten gesellschaftlichen Erscheinungen wie etwa der Bürokratismus tauchen in der provokanten These des engagierten Historikers *Wu Dakun* von der nicht historisch fixierten Existenz einer asiatischen Produktionsweise in China in einem anderen Kontext erneut auf.⁴ Sie stößt auf breiten Widerstand der akademischen Fachkollegen, da sie nicht nur für die Frage nach dem Gesellschaftscharakter eine Herausforderung darstellt, sondern auch für die gesamte, die Existenz eines 2000-jährigen Feudalsystems nicht anzweifelnde Diskussion.

Während hier die historische Aufarbeitung der jüngsten Geschichte im Vordergrund steht, sucht die Diskussion um den Gesellschaftscharakter nach Voraussetzungen für die Bestimmung der allgemeinen gesellschaftlichen Hauptaufgaben. Sind etwa seit Mitte der 50er Jahre, oder schon früher, Strategie und Aufgaben der Partei festgelegt worden, ohne daß diesen eine adäquate Gesellschaftsanalyse zugrundelegen hätte? Hat man sich bei der Einschätzung der aktuellen Situation nicht viel mehr von sozialutopischen und voluntaristischen Zielvorstellungen leiten lassen als von einer nüchternen Einschätzung des realen Entwicklungsstandes? Besteht nicht heute wiederum die Gefahr, wie die Aufbruchs- und »Westeuphorie« von 1978 und die damit verbundene und inzwischen als falsch und unrealistisch erkannte Politik des Imports großer kostspieliger Industrieanlagen vermuten lassen, daß der Festlegung der anstehenden Aufgaben keine Analyse der ökonomischen und politischen Bedingungen vorangegangen ist? Hat man denn seit den 50er Jahren lediglich Fehler, zuletzt gar schwerwiegende Fehler begangen oder war die Politik und Strategie der KPCh insgesamt falsch, da die Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus noch nicht reif waren? Alle diese Fragen — in der Diskussion nie in dieser präzisen Form gestellt — sind für die Beteiligten nicht primär akademische Fragen marxistischer Theorie oder Fragen der Einschätzung der Kategorie der Gesellschaftsformation, sondern es sind Fragen aktueller Tagespolitik und Ausdruck und Bestandteil der Kontroversen unterschiedlicher politischer Gruppierungen.

Einschätzungen des Gesellschaftscharakters im Vorfeld der Strategiebildung oder auch in der Legitimation beschlossener Politik haben ihre Tradition in China. Nach 1927 entzündete sich an der Niederlage der revolutionären Bewegung und dem Bruch der national-bürgerlich orientierten Guomindang mit den Kommunisten die erste Debatte zur Bestimmung des Gesellschaftscharakters. Das führte zum Konzept der bürgerlich-demokratischen Revolution, das 1940 von Mao Zedongs Konzept der neudemokratischen Revolution abgelöst

wurde. Die neudemokratische Revolution als eine »antiimperialistische und antif feudale Revolution der Volksmassen« zielte ab auf die »Diktatur der Einheitsfront aller revolutionären Klassen«. ⁵

Nach Gründung der Volksrepublik 1949 setzte bereits 1953 der Übergang zum Sozialismus ein. In einer auf 15 Jahre konzipierten Übergangsperiode sollte schrittweise die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, des Handwerks, der kapitalistischen Industrie und des Handels sowie die sozialistische Industrialisierung des Landes verwirklicht werden. ⁶ Bereits 1956 galten diese Aufgaben als erfolgreich beendet und mit der neuen Generallinie des sozialistischen Aufbaus 1958 »trat China in eine neue Etappe der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus ein — die Periode eines umfassenden großen Sprungs nach vorn beim allseitigen Aufbau des Sozialismus« — so formulierte es jedenfalls eine zeitgenössische Selbstdarstellung. ⁷ Der mit dem Großen Sprung intendierte Übergang zur kommunistischen Gesellschaft ⁸ wurde dann zwar Anfang der 60er Jahre als zu weitgehend zurückgenommen, doch die dieser Politik zugrundeliegenden theoretischen Begründungen erfuhren ab 1962 eine neue Belebung. Man erklärte die gesamte Periode des Sozialismus, gestützt auf entsprechende Stellen bei Marx und Lenin, als Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum höheren Stadium der kommunistischen Gesellschaft und legte die Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats als gegenwärtige Hauptaufgabe fest. ⁹ Bis hin zur jüngsten Diskussion wurden diese Thesen nicht wieder in Frage gestellt oder gar revidiert.

Ab Mitte 1979 erschienen in chinesischen Universitätszeitschriften einzelne Aufsätze über die gegenwärtige »Entwicklungsetappe« der Gesellschaft und über die »Theorie von der Übergangsperiode«. ¹⁰ Erstmals Mitte Mai 1981 erreichte die Frage zum »Gesellschaftscharakter Chinas im gegenwärtigen Stadium« eine breite Öffentlichkeit. ¹¹ Mit dem Aufgreifen dieses Problems durch eine Tageszeitung wurde die bisher als theoretische Erörterung interpretierbare und begründbare Diskussion als politische Frage gekennzeichnet. Die Ablehnung von Standpunkten, die in der vorherigen Diskussion vorgetragen wurden und unten als 1. und 2. Auffassung referiert werden, erhielt damit politisch verbindlichen Charakter. Der Sonderkommentar kann als publizistische Vorbereitung der einen Monat später vom Zentralkomitee verabschiedeten »Resolution« verstanden werden. Seine Aussagen gingen in die Formulierung der »Resolution« ein und wurden somit parteioffiziell. Doch auch nach diesen politischen Stellungnahmen scheinen die Verfechter der Gegenpositionen noch so stark zu sein, daß zumindest eine weitere publizistische Auseinandersetzung mit ihren Auffassungen erforderlich ist.

In der Diskussion um den gegenwärtigen Gesellschaftscharakter lassen sich aus den vorliegenden Materialien drei Auffassungen herauskristallisieren: 1. China ist eine sozialistische Gesellschaft, die den Charakter einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zur höheren Stufe des Kommunismus hat. 2. China befindet sich noch in einer Übergangsperiode zum Sozialismus. 3. China ist bereits eine, wenn auch nicht-entwickelte, sozialistische Gesellschaft; die Übergangsperiode ist bereits abgeschlossen.

I

Die Vertreter der ersten Auffassung, daß sich China gegenwärtig in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum höheren Stadium des Kommunismus befinde, verstehen den Begriff der Übergangsperiode im Sinne der Ausführungen von Marx in der »Kritik des Gothaer Programms«. ¹² Sie stützen sich auch auf Lenins »Staat und Revolution«, in dem die sozialistische Gesellschaft ebenfalls als erstes Stadium der kommunistischen Gesellschaft interpretiert wird. Charakteristika dieser Übergangsperiode sind nach den marxistischen Klassikern — und mit deren anderslautenden Ausführungen an anderen Stellen befaßt man sich nicht — für die Vertreter dieser Auffassungen demnach die Diktatur des Proletariats als Diktatur einer Klasse und die Weiterexistenz von Klassen und Klassenkampf und damit eine permanente Revolution. Das Absterben des Staates, das Auslöschung der Klassenunterschiede und damit auch des Klassenkampfes sind Kennzeichen der höheren Phase des Kommunismus und somit in der sozialistischen Phase noch nicht gegeben. ¹³

Mit dieser Auffassung von Staat und Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft greifen die Autoren die theoretische Fundierung der Kulturrevolution und ihrer politischen Vorläufer wieder auf: die Fortsetzung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. Sie stehen damit in der Tradition der in der Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung eingenommenen Positionen, in der es u.a. um die Ablehnung der vom 22. Parteitag der KPdSU entwickelten These vom »Staat des ganzen Volkes«, der die Diktatur des Proletariats ablöse, gegangen war. Bereits hier lag der Akzent darauf, daß es in der sozialistischen Gesellschaft als einer Übergangsperiode noch Klassenunterschiede gebe ¹⁴, daß die Diktatur des Proletariats als letzte Staatsform in der Menschheitsgeschichte erst beim Eintritt in die höhere Phase des Kommunismus absterben könne und solange auch ihren Klassencharakter behalte. ¹⁵ In Gegensatz zu dieser Auffassung stehen sowohl die Vertreter der 2. wie auch der 3. Position. Sie argumentieren nicht allein theoretisch und die Texte Marx' und Lenins auslegend, sondern ziehen auch und in besonderem Maße die mit diesen Thesen legitimierte Politik der Verfolgung zehntausender Parteimitglieder und Intellektueller zur Ablehnung dieser Auffassung heran.

II

Die Vertreter der These von einer jetzt existierenden Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus stellen radikal die gesamte Strategie und Politik der KPCh seit dem Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft in Frage und befürworten die Entwicklung kapitalistischer Elemente im Sinne einer Neuen Ökonomischen Politik. China befindet sich nach ihrer Auffassung gegenwärtig noch in einer Übergangsperiode, wobei diese als eine dem Sozialismus vorgeschaltete Periode des Übergangs von der halbkolonialen, halbfeudalen Gesellschaft zur sozialistischen Gesellschaft betrachtet wird. ¹⁶ In einer modifizierten Form findet sich auch die Ansicht, daß der Eintritt in die sozialistische Gesellschaft zwar mit der Einführung des Gemeineigentums an Produktionsmitteln 1956 bereits erfolgt sei, daß aber die Übergangsperiode noch nicht

vollendet sei¹⁷ oder Reste derselben weiter existieren würden.¹⁸ So seien noch Überbleibsel von Privateigentum, von individueller Arbeit und von »Elementen« der Ausbeuterklassen vorhanden, und auch der Klassenkampf, der natürlich nicht mehr Hauptaufgabe sei, sei noch nicht vollständig beendet.¹⁹

»Übergangsperiode« wird in Anlehnung an spätere Ausführungen Lenins begriffen. Eine wichtige, wenn nicht sogar die Hauptbedingung für den Übergang zum Sozialismus ist der Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Neben einem hohen Stand der Produktivkraft-Entwicklung werden reife sozialistische Eigentumsverhältnisse, die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems, in dem die ökonomischen Gesetze des Sozialismus ihre Wirkung entfalten können, sowie die Existenz eines demokratischen Systems als Voraussetzungen für die Errichtung des Sozialismus genannt. Sie seien für China gegenwärtig nicht gegeben und auch 1956 noch nicht vorhanden gewesen, als nach der sozialistischen Umgestaltung von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken der Eintritt in den Sozialismus proklamiert wurde.²⁰ Das Argument der noch nicht reifen sozioökonomischen Bedingungen wird von einigen Autoren nicht allein für die Jahre nach 1956, insbesondere für die Zeit des Großen Sprunges und der Volkskommunen ausgeführt, sondern auch auf die Zeit der Kollektivierung der Landwirtschaft seit 1953 angewandt. Bereits die Kollektivierung der Landwirtschaft sei unter den Bedingungen der dominierenden Position der Kleinbauernwirtschaft und der Existenz weitgehend handwerklich bestimmter Arbeit »zu früh durchgeführt« worden. Das sei nicht wissenschaftlicher Sozialismus, sondern »Bauernsozialismus« gewesen.²¹ In diesem Sinne wird der »Sozialismus chinesischen Typs« als Rückschritt vom wissenschaftlichen Sozialismus zum utopischen Sozialismus charakterisiert. Dem chinesischen Proletariat wird »Beschränktheit« und ein »bäuerlicher Charakter« zugeschrieben; allenfalls könne die Rede sein von einer »halbsozialistischen Gesellschaft«.²²

In ihrer logischen Weiterführung stellen diese Thesen, deren Beweisführung im einzelnen mir nicht zugänglich war, letztlich den Charakter der chinesischen Revolution als einer proletarisch-sozialistischen Revolution, gegründet auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus und geführt von der KPCh als Avantgarde des Proletariats, in Frage. Das bislang unangetastete Geschichtsbild der KPCh wird damit hinterfragt und gerät ins Wanken, wobei dahingestellt bleibt, ob dies allein das Resultat der kulturrevolutionären Entwicklung und der bis heute existenten vielfältigen politischen und ökonomischen Probleme ist oder ob auch der Einfluß nicht-chinesischer Beurteilungen, die allerdings keinen Niederschlag in der Diskussion fanden, eine Rolle spielt.

Aus der radikalen Infragestellung der Strategie und Politik der KPCh seit Anfang der 50er Jahre und ihrer Einschätzung der gegenwärtigen Periode als einer Übergangsperiode ziehen die Vertreter dieser Auffassungen ihre Schlußfolgerungen für die gegenwärtig einzuschlagende Strategie. Als vorrangige Aufgabe definieren sie die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, um den niedrigen Entwicklungsstand der ökonomischen Basis, das Haupthemmnis der Modernisierung des Landes, zu überwinden. Ohne ein entwickeltes ökonomisches Niveau ist ihrer Meinung nach Sozialismus nicht möglich.

Um nun am effektivsten die Produktivkräfte zu entwickeln, sollen kapitalistische und neudemokratische Elemente die sozialistischen ergänzen und solange mit diesen gleichzeitig existieren, bis ein hoher Entwicklungsstand der Produktivkräfte erreicht ist. Erst dann soll der Eintritt in den Sozialismus erfolgen.²³ Die Verfechter dieser Position ziehen eine Parallele zwischen der aktuellen Politik der Modernisierung in China und der Neuen Ökonomischen Politik der 20er Jahre in der Sowjetunion. Wie damals in der Sowjetunion soll die Masse der Bevölkerung mittels der Entwicklung kapitalistischer Elemente aktiviert werden, soll die gegenwärtige Krise überwunden werden. Die Einfuhr und Nutzbarmachung ausländischen Kapitals und damit die Existenz von Staatskapitalismus wird in diesem Zusammenhang gesehen und als weiteres Charakteristikum der Übergangsperiode gewertet.²⁴

III

Die Vertreter der These von der nicht-entwickelten sozialistischen Gesellschaft stimmen mit der 2. Position insofern überein, als sie die Übergangsperiode ebenfalls als eine Periode des Übergangs zum Sozialismus definieren. Sie betrachten diese Übergangsperiode für China jedoch bereits als abgeschlossen. Der Eintritt in die sozialistische Gesellschaft sei bereits im Jahre 1956 mit der Umwandlung des Eigentumssystems und der damit einhergehenden Abschaffung der Ausbeuterklassen und der zwischen Arbeitern und Bauern bestehenden Unterschiede erfolgt.²⁵ Die Diktatur des Proletariats, die Dominanz sozialistischer Eigentumsverhältnisse, die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und die Realisierung des Prinzips der Verteilung nach der Leistung — zumindest in ihren Anfängen — und nicht zuletzt die Planwirtschaft seien eindeutig Kennzeichen für die Existenz einer sozialistischen Gesellschaft. Da jedoch das Niveau der Produktivkraft-Entwicklung ebenso wie das des materiellen und kulturellen Lebens der Volksmassen relativ niedrig sei — so könne man etwa die Bedürfnisse der Menschen nur auf niedrigster Ebene befriedigen — und da zudem in der Produktion noch spontane Kräfte wirksam seien und sich auch die traditionellen Kräfte des Feudalismus noch relativ stark bemerkbar machen, könne lediglich, wie Mao Zedong es 1959 ausgedrückt habe, von einer »nicht-entwickelten sozialistischen Gesellschaft« die Rede sein.²⁶

In ihren Ausführungen zur Rolle des Staates und zum Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft grenzen sich die Vertreter dieser Position von der ersten Position und damit auch von kulturrevolutionären Auffassungen ab. Sie vertreten Ansichten, die bis Mitte der 50er Jahre in China dominant waren. Ausgehend von einem Beschluß des Zentralkomitees vom Juli 1979 bestimmte im Mai 1981 ein Grundsatzartikel der Guangming Ribao die gegenwärtig in China herrschende Staatsform als »demokratische Diktatur des Volkes«, dem Wesen nach eine Diktatur des Proletariats. Dieses Konzept sei zuerst in den 40er Jahren von Mao Zedong entwickelt, bei Gründung der Volksrepublik wieder aufgegriffen und auf dem 6. Parteitag 1956 von Liu Shaoqi erneut bekräftigt worden.²⁷ Der Begriff »demokratische Diktatur des Volkes« beinhalte im Unterschied zum Begriff »Diktatur des Proletariats« nicht allein die Unterdrückung der reaktionären Klassen und der Feinde des Volkes, sondern bezie-

he sich auch auf die Funktion des Staates, »im Proletariat und im Volk die Demokratie zu praktizieren«.28 »Mit der Abschaffung der Ausbeuterklassen in China wird die Diktatur über immer weniger Menschen ausgeübt, und gleichzeitig genießen immer mehr Menschen demokratische Rechte. In diesem Sinne entspricht der Begriff 'demokratische Diktatur des Volkes' der Lage in der neuen Periode und auch der zukünftigen Entwicklung«, lautet die lapidare Begründung für die Umdefinition. Diese Modifizierung der »Diktatur des Proletariats« als einer »demokratischen Diktatur des Volkes« hebt nicht prinzipiell die Funktion des Staates als Unterdrückungsinstrument gegenüber den »reaktionären Klassen und Feinden des Volkes«29 auf, geht damit auch nicht so weit, wie gegenwärtige Auffassungen etwa in der DDR, die den Staat als »Führungsorgan des gesamten Volkes« bezeichnen, dessen Unterdrückungsfunktionen nicht mehr Ausdruck von Klassenverhältnissen sind.30 Die in diesem Zusammenhang getroffenen Aussagen von der Weiterexistenz reaktionärer Klassen im Sozialismus steht allerdings in gewissem Widerspruch zu der Feststellung, daß »die Ausbeuterklassen als Klassen beseitigt worden sind«. Einerseits wird »auf Grund innerer Faktoren und äußerer Einflüsse der Klassenkampf noch lange Zeit in bestimmtem Umfang fortexistieren, ja er mag sich unter bestimmten Bedingungen sogar verschärfen«, andererseits wird »Klassenkampf« im Unterschied zur kulturevolutionären Entwicklung auch nicht mehr als Hauptwiderspruch und damit auch nicht mehr als gesellschaftliche Hauptaufgabe angesehen: »Übertreibungen des Klassenkampfes müssen ebenso bekämpft werden wie die Auffassung vom Verlöschen des Klassenkampfes.«31 Mit dieser Abgrenzung sowohl von politischen Übertreibungen kulturevolutionärer Thesen als auch von seit den 60er Jahren als revisionistisch kritisierten Auffassungen vom Verlöschen des Klassenkampfes erfolgt hier eine Neuformulierung zum Begriff und zur Praxis des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft, die zukünftigen Interpretationen gewissen Spielraum läßt.

In scharfer Zurückweisung der Auffassung, daß China sich gegenwärtig noch in einer Übergangsperiode befinde, betonen die Vertreter der inzwischen zur parteioffiziellen Linie gewordenen 3. Position, daß ein grundlegender Unterschied zwischen dem heutigen China und der Sowjetunion der 20er Jahre darin bestehe, daß es in China keine ökonomische Basis des Kapitalismus mehr gebe und die sozialistische Wirtschaft bereits dominierend sei. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik diene lediglich der Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems, indem sie den Betrieben eine gewisse Unabhängigkeit hinsichtlich Versorgung, Produktion, Absatz, Finanzen, Material und Beschäftigten gebe, die Plan- und Leitungsmethoden dezentralisiere und marktwirtschaftliche Elemente in gewissem Umfang zulasse, den Produktionsbrigaden größere Unabhängigkeit zugestehe und gemeinsame Unternehmen von Landwirtschaft, Industrie und Handel befürworte. Durch diese Maßnahmen würden die »aktiven Elemente« gefördert, die Entwicklung der Produktivkräfte vorangetrieben und die »vier Modernisierungen« (i.e. Modernisierung der Landwirtschaft, Industrie, der nationalen Verteidigung und von Wissenschaft und Technik) schnell durchgeführt. Der sozialistische Charakter der Gesell-

schaft werde dadurch nicht verändert. Auf den Gesellschaftscharakter und die Souveränität des Staates habe auch die Einfuhr von fortgeschrittener Technik, von Kapital und ökonomischen Leitungsmethoden aus dem Ausland — einschließlich des kapitalistischen Auslands — keinen Einfluß. Dies sei sowohl gegenwärtig als auch in Zukunft notwendig.³²

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß in theoretischer Hinsicht zwar noch kulturrevolutionäre Ideen einen gewissen Einfluß haben, daß jedoch bestimmend in der Diskussion und auch in der »Resolution« der KPCh eine Revision der kulturrevolutionären Auffassungen zum Gesellschaftscharakter, zur Rolle und Funktion des Staates und zur Rolle des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft ist. In Bezug auf die zukünftige Strategie stimmen die Gruppierungen weitgehend darin überein, daß der Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit des Landes und damit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte Priorität zukomme. Dabei ist es gemeinsamer Ausgangspunkt der Vertreter der 2. und 3. Position — sie bestimmen auch die praktische Politik —, eine allgemeine Wirtschaftsreform durchzuführen, deren Hauptaufgabe es zunächst sein muß, die Wirtschaft zu regulieren. Das bedeutet vor allem die Umstrukturierung der Wirtschaft nach den neuen Schwerpunkten: Förderung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie und Reduzierung der Investitionsquote im schwerindustriellen Bereich. Unterschiedlich ist die Haltung bei der Einschätzung der Rolle des Kapitalismus oder besser: kapitalistischer Elemente in der Wirtschaftsreform. Die Vertreter der These von der Übergangsperiode sehen kapitalistische Elemente eher als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und betonen daher auch die Notwendigkeit des Ausbaus dieser Elemente hinsichtlich einer möglichst schnellen Entwicklung der Produktivkräfte. Sie stehen für die Schaffung der wirtschaftlichen Sonderzonen in der Nähe Hong Kongs, für die Einführung stärker marktorientierter Prinzipien in der Planwirtschaft, für eine größere Eigenständigkeit der Betriebe und für die Aufteilung von Land auf einzelne Haushalte, die lediglich zur Ablieferung bestimmter Ertragsquoten verpflichtet werden.

Demgegenüber betrachten die Vertreter der 3. Position, die auf der politischen Ebene dafür verantwortlich zeichnen, daß die 1977/78 eingeleiteten wirtschaftspolitischen Experimente nicht weiter ausgedehnt werden, kapitalistische Elemente eher als Zugabe denn als Motor der Entwicklung. Sie betonen erneut, daß die bestehenden sozialistischen Produktionsverhältnisse die Grundlage für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte seien und daß dementsprechend auch der Planwirtschaft Priorität zukomme. »Produktion nach dem Plan ist die Hauptsache unserer industriellen und landwirtschaftlichen Produktion; die freie Produktion, die entsprechend den Veränderungen des Marktes innerhalb des vom staatlichen Plan genehmigten Rahmens gestattet ist, ist eine Ergänzung der Produktion nach dem Plan.«³³ Die Vertreter dieser Auffassung betonen dementsprechend auch kollektive Produktion und Verteilung.

Diese unterschiedlichen Strategien der gesellschaftlichen Entwicklung werden aus den unterschiedlichen Einschätzungen der Vergangenheit abgeleitet. Während die Verfechter der Übergangsperiode nahezu die gesamte (Wirt-

schafts-)Politik der Partei seit den frühen 50er Jahren als nicht den sozioökonomischen Bedingungen und nicht den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus entsprechend beurteilen, wollen die Vertreter der 3. Position zwar auch »unrealistisches Vorgehen« an die gestellten Aufgaben und ein blindes Verhalten gegenüber der Wirklichkeit zugestehen³⁴, sehen dies allerdings eher als »Fehler« einer prinzipiell richtigen Linie an. Die parteioffizielle Interpretation schloß sich dieser letztgenannten Auffassung weitgehend an. Laut »Resolution« erfolgte 1956 der Eintritt in die sozialistische Gesellschaft und begann der »allseitige sozialistische Aufbau«. Trotz schwerwiegender Fehlschläge und begangener »linker« Fehler waren die ersten 10 Jahre dieses Aufbaus insgesamt erfolgreich. Die 1966 begonnene Kulturrevolution war eine »innere Unruhe«, die »von ihrem Führer (Mao Zedong; d. Verf.) fälschlicherweise initiiert und von konterrevolutionären Cliquen ausgenutzt wurde und für Partei, Staat und alle unsere Nationalitäten verheerende Konsequenzen hatte.«³⁶ »Die Hauptargumente des Genossen Mao Zedong zur Einleitung der 'Kulturrevolution' entsprachen weder dem Marxismus-Leninismus noch der chinesischen Realität, sondern beruhten auf einer falschen Einschätzung der Klassenlage in unserem Land und der politischen Situation in Partei und Staat.«³⁷ Diese vorläufige politische Festlegung des Problems der Einschätzung des Gesellschaftscharakters und der Beurteilung der Entwicklung in der Volksrepublik hat den inzwischen eingeleiteten Prozeß der Selbstverständigung nicht zum Stillstand bringen können. Die Auseinandersetzung mit Thesen vom »Bauernsozialismus« oder von der »halbsozialistischen« Gesellschaft hält an.³⁸ Es stellt sich allerdings die Frage, ob und in welchem Umfang nach diesen politischen Entscheidungen wissenschaftlich-theoretische Diskussionen mit solch brisantem politischen Charakter auch in den Medien ihre Fortsetzung finden.

Der im theoretischen Bereich wieder begonnene Prozeß einer neuen Selbstverständigung, nicht nur mit Mao Zedong zu argumentieren, sondern ausgehend von den marxistischen Klassikern Positionen zu begründen, bleibt bislang noch auf der Ebene der Exegese stehen. Der durch die Klassiker vorgegebene Rahmen — er wird durch kritische Äußerungen zu Stalin³⁹ nicht gesprengt — wird beibehalten, das Schema der Formationsabfolge als solches nicht hinterfragt und schon gar keine Rede kann sein von einer Rezeption oder Auseinandersetzung mit neueren marxistischen oder auch nicht-marxistischen Auffassungen zu dieser Frage. Die Diskussion beschränkt sich auf die Lokalisierung der eigenen Position in der klassischen Formationsabfolge. Eine Charakterisierung der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Epoche fehlt ebenso wie Vergleiche mit Entwicklungen in anderen Ländern — ausgenommen der Vergleich mit der Sowjetunion der 20er Jahre. Diskussionen in China mit theoretischen Fragestellungen finden weiterhin weitgehend isoliert von der »scientific community« statt, nicht verwunderlich angesichts der auch in der Diskussion über den Gesellschaftscharakter zu beobachtenden Tendenz, theoretische Fragen als politische zu behandeln und zu entscheiden.

Anmerkungen

Für die Durchsicht des Manuskriptes möchte ich mich bei Freunden und Kollegen bedanken; sie gaben mir in einigen Punkten wertvolle Hinweise. Besonderen Dank schulde ich Herrn E. Hagemann, Berlin, der insbesondere zur Klärung einiger wirtschaftspolitischer Fragen beigetragen hat. — Aus Platzgründen mußten die Titel in chinesischer Umschrift entfallen.

- 1 So der Vorsitzende der KPCh, Hu Yaobang, zitiert in: China aktuell, 1980, 12, 1031.
- 2 Hongqi, 1981, 13, 3-27. Deutsche Übersetzung »Resolution über einige Fragen in der Parteigeschichte seit 1949«, in: Beijing Rundschau, 1981, 27, 8-40.
- 3 Lin Jingyao/Chen Yuan: Bei der Durchführung von Reformen im System muß man besonders die Ausrottung von Einflüssen feudaler Überbleibsel betonen, in: Hongqi, 1980, 20, 34. Vgl. auch: Zheng Changgan: Das patriarchalische System der Feudalgesellschaft, in: Hongqi, 1980, 20, 32-35. Und Bai Gang: Zum feudalen Despotismus Chinas, in: Hongqi, 1980, 17, 25-30.
- 4 S. Wu Dakun: Einige Fragen zu Studien über die asiatische Produktionsweise, in: Xueshu yanjiu, 1980, 1, 11-18.
- 5 Mao Zedong ji (Werke Mao Zedongs), hrsg. von Takeuchi Minoru. Tokyo 1970, Bd.7, 130. In der späteren revidierten Ausgabe ist jeweils der Passus: »unter Führung des Proletariats« neu eingefügt. Deutsch in: Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke. Peking 1968, Bd.2, 380.
- 6 Nach dem Beschluß über die Generallinie zum Übergang zum Sozialismus fanden in den folgenden Jahren Auseinandersetzungen darum statt, ob in dieser Übergangsphase des neudemokratischen ökonomischen Systems sozialistische und kapitalistische Elemente friedlich nebeneinander bestehen könnten. S. Edgar Bauer: Ideologie und Entwicklung in der VR China. Bochum 1980, 217ff.
- 7 Ein Jahrzehnt der Erfolge. Der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau der Volksrepublik. China in Zahlen. Zusammengestellt vom Amt für Statistik der Volksrepublik China. Peking 1960. Vorwort II.
- 8 Unterschiedliche Positionen gab es darüber, ob sich die VR China bereits im Übergangsstadium zum Kommunismus befindet oder ob sie erst die Bedingungen für den Übergang vorbereite. Vgl. Bauer, a.a.O., 217ff.
- 9 Ausführlich dazu ebenda, 282ff.
- 10 Anfang 1980 lassen die gestiegene Anzahl der (mir zugänglichen) Artikel einen Höhepunkt der Diskussion vermuten. Obwohl die in diesen Beiträgen angesprochenen Fragen auch Eingang fanden etwa in politisch-theoretische Artikel des Organs des ZK der KPCh, spielte sich die unter den Themen »Gesellschaftscharakter« und »Übergangsperiode« geführte Diskussion bis zum Mai 1981 weitgehend als innerchinesische oder sogar inneruniversitäre Diskussion ab. Die auch im Ausland allgemein verbreiteten Zeitschriften griffen dieses Thema nicht auf. Es blieb den manchmal nur universitätsintern verbreiteten Zeitschriften vorbehalten, diese Fragen aus dem Bereich des Gedachten und Gesagten an eine intellektuelle Öffentlichkeit zu tragen. Das gehört fast schon zum Muster einer Diskussion über heikle oder noch-heikle Themen, deren breitere Diskussion in der Öffentlichkeit und damit verbunden vielleicht auch bevorstehende politische Entscheidungen allmählich vorbereitet wird.
- 11 Vgl. den Sonderkommentar: Zum Gesellschaftscharakter Chinas im gegenwärtigen Stadium, in: Guangming Ribao, 14.5.1981, 1 und 3.
- 12 S. K. Marx: Kritik des Gothaer Programms. MEW 2, 28.
- 13 S. Wei Xinghua: Mein Verständnis der marxistischen Theorie der 'Übergangsperiode', in: Jiaoxue yu yanjiu. 1980, 1, 61ff.
- 14 S. Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Peking 1965, 40 und 496.
- 15 Ebenda, 498.
- 16 S. Xiong Yingwu: Man muß auf Grund der Tatsachen zugeben, daß sich unser Land noch in einer Übergangsperiode befindet, in: Heilongjiang daxue xuebao, 1979, 4, 1ff.
- 17 S. Wei Xinghua, a.a.O., 65.
- 18 S. Wang Dake u.a.: Versuch über das Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung, in dem sich unser Land gegenwärtig befindet, in: Jiaoxue yu yanjiu, 1980, 1, 55.

- 19 S. Wei Xinghua, a.a.O., 64.
 20 S. Xiong Yingwu, a.a.O., 2f.
 21 S. Fang Gongwen/Lü Zhenmao: Wissenschaftlicher Sozialismus oder Bauernsozialismus, in: Guangming Ribao, 25.7.1981, 4.
 22 Die Auseinandersetzung damit führt der Sonderkommentar, a.a.O., 1.
 23 Vgl. ebenda.
 24 Eine Auseinandersetzung hierum findet statt bei: Cheng En: Im gegenwärtigen Stadium ist unser Land eine nicht-entwickelte sozialistische Gesellschaft, in: Heilongjiang daxue xuebao, 1979, 4, 8f.
 25 S. Sonderkommentar, a.a.O., 1f.
 26 S. Cheng En, a.a.O., 7. Es ist auch die Rede von der »Periode des nicht-reifen, nicht-vollständigen Sozialismus«, vgl. Chen Bogeng: Die Übergangsperiode sollte mit der Errichtung des vollständigen Sozialismus abgeschlossen werden, in: Shanghai shifan daxue xuebao, 1980, 1, 25.
 27 S. Die demokratische Diktatur des Volkes ist dem Wesen nach die Diktatur des Proletariats, von einem Sonderkommentator der Guangming Ribao. In: Beijing Rundschau, 1981, 19, 15 und 18ff.
 28 Ebenda, 10.
 29 Ebenda, 20.
 30 S. Rolf Barthel: Lenins Theorie der sozialistischen Revolution und die Spezifik des Formationswechsels vom Kapitalismus zum Kommunismus. In: Formationstheorie und Geschichte, hrsg. von E. Engelberg und W. Küttler. Berlin 1978, 571.
 31 Resolution über einige Fragen in der Parteigeschichte seit 1949, a.a.O., 37.
 32 S. Cheng En, a.a.O., 8f.
 33 Dieser Kernsatz, der vom Vorsitzenden der Kommission für Finanzen und Wirtschaft, Chen Yun, stammt, wurde von dem einflußreichen Ökonom Xue Muqiao in einer Nachbemerkung zu seinem richtungweisenden Werk über die Wirtschaft Chinas (E. Louven spricht in seiner ausführlichen Besprechung dieses Werkes von einem »Basistext aus dem Kreis der Wirtschaftsreformer«, in: China aktuell, Sept. 1981, 591) aufgegriffen. S. Nachbemerkung zur »Studie über Fragen der sozialistischen Wirtschaft Chinas«, in: Hongqi, 1981, 21, 27.
 34 S. Resolution über einige Fragen der Parteigeschichte seit 1949, a.a.O., 35.
 35 Vielfach wird auch der traditionelle chinesische Begriff »innere Unordnung« (neiluan) zur Charakterisierung der Kulturrevolution gebraucht. Dies zeigt, daß traditionell bestimmte Konzepte marxistische Erklärungsweisen überlagern und einer Analogsetzung der Kulturrevolution mit früheren historischen Perioden »innerer Unruhen« vielfach der Vorzug gegeben wird vor einer Analyse dieser historischen Erscheinung. Typisch dafür ist: Shao Huaze: Die 'Große Kulturrevolution' richtig analysieren und kennen, in: Hongqi, 1981, 17, 45ff.
 36 S. Resolution über einige Fragen in der Parteigeschichte seit 1949, a.a.O., 21.
 37 Ebenda, 20.
 38 Ein Beispiel dafür ist der Artikel von Fang Gongwen und Lü Zhenmao, a.a.O.
 39 Vgl. Xiong Yingwu, a.a.O., 1.

NEUERSCHEINUNG

ARGUMENT-STUDIENHEFT SH 54

Baber Johansen

Islam und Staat

Abhängige Entwicklung, Verwaltung des Elends und religiöser Antiimperialismus.

Mit ausführlicher Bibliographie

7,00 DM, 56 Seiten, SH 54: ISBN 3-88619-754-9

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Sprachtheorie und Diskursanalyse in Frankreich

Harold Woetzel und Manfred Geier interviewen

Michel Pêcheux und Françoise Gadet

Vorbemerkung: »Diskurs« ist heute wohl einer der am meisten gebrauchten Begriffe, der in mannigfacher Verkleidung nicht nur in der Linguistik auftritt (als Konversationsanalyse, Dialogforschung, Text- oder Pragmalinguistik), sondern auch zunehmend interessant wird für andere Disziplinen der sog. »Geisteswissenschaften« (in Soziologie, Psychologie, Geschichte, neuerdings selbst in der Politikwissenschaft). Mit den Arbeiten der Ethnomethodologie scheint dieser Begriff sogar zum zentralen Erkenntnisgegenstand der gegenwärtigen Linguistik zu werden.

Grund genug, sich einmal näher mit einer Art von Diskursanalyse¹ zu befassen, deren Bezugspunkte ein so seltsames Amalgam miteinander unvereinbar erscheinender Denkrichtungen und Verfahren darstellt, daß man sich zunächst die Augen reibt. Oder was soll der westdeutsche Linguist, stets up to date mit dem jeweils Neuesten, was grade so aus Amerika rüberkommt, denn halten von diesem Kuddelmuddel aus Harris (»Ist doch schon längst abgeschrieben!«), Lacan (»Was tut der denn hier?«), de Saussure und Benveniste (»Immer noch nichts von Sprechakttheorie gehört?«), Althusser (»Als ob Klassenkampf etwas mit der Linguistik zu tun hätte!«), Foucault (»Natürlich, der darf nicht fehlen ...«) und was-weiß-ich-wer-noch — ach ja, »le petit camarade« Wittgenstein taucht auch an den unmöglichsten Stellen auf (»Können die überhaupt englisch?«). — Und doch zieht sich etwas durch die eigentümlich gebrochene Rezeption all dieser Positionen — nicht unbedingt als ein bestimmter »roter Faden«, sondern es sind die vielen Fasern, die hier »lückenlos einander übergreifen«² und die jenen starken Strick ergeben, an dem man schließlich das weltdeutende Subjekt erhängt sieht, das seiner Rede eben den Sinn gibt, den es will bzw. dessen Transparenz in einer demystifikatorischen Arbeit wieder herstellt. Es ist dieser Meuchelmord, von dem die verschiedenen Formen der Diskursanalyse hierzulande etwas lernen könnten, auch wenn es dem Deutschen (der dem A-moralischen so abhold ist) noch so schwer fällt, die Entfremdung des Bewußtseins von sich anders zu denken als eine vorübergehende, zu therapierende »Trübung der Reflexion«.

Ob man nun, wie Garfinkel et al., darauf abzielt, »die unbefragten und unbewußten Voraussetzungen des Alltagshandelns und der Alltagsüberzeugungen« aufzudecken, indem man »die unsichtbaren Gemeinplätze« enthüllt und demaskiert und so »dem kulturellen Fundament seine Tarnkappe entreißt«³, oder ob man das Nicht-Gesagte (Implizierte oder Präsupponierte) eines Diskurses rekonstruiert (dann begriffen als Komplott oder Lüge eines Manipulators oder Strategen), — stets geht es darum, aufzudecken, was (bewußt oder unbewußt) gedacht, gesagt, anders als gemeint oder nicht gesagt worden ist, was (absichtlich oder unabsichtlich) gewollt oder nicht (so) gewollt ist. Was die französische Diskussion aber auszeichnet, so meinen wir, ist nicht der immer noch im Repräsentationsschema verbleibende Unterschied von absichtlich und unabsichtlich, von sichtbar und verborgen, der hier analytisch bearbeitet würde, sondern eine ganz andere Art von »Unkontrollierbarkeit der Sinneffekte« (Derrida), die sich hinter dem Rücken des Individuums herstellen und die mit Wittgensteins Problem des Unterschiedes von Sagen und Zeigen zusammenhängt.

Das »Unmögliche der Sprache«, das sie gleichwohl erst konstituiert, kann nicht mit der Sprache selbst in einer Art von Metasprache ausgesagt werden, — was schon Locke zu der sprachkritischen Bescheidung nötigte: »So hard is it to show the various meaning & imperfection of words, when we have nothing but words to do it by« — es gibt kein »Außen« für die Sprache.

1 M. Pêcheux: *Language, Semantics and Ideology*, London (Macmillan) 1981 (im frz.: *Les vérités de La Palice*, Paris 1975). — *Langage* No 37/1975: *Analyse du discours, langue et idéologies*. Prés. par M. Pêcheux. — *Langage* 55/1979: *Analyse de discours et Linguistique générale*. Prés. par J. M. Marandin. — *Langage* No 62/1981: *Analyse du discours politique*. Prés. par J. J. Courtine. — B. Conein et al.: *Matérialités discursives*. Lille 1981. Vgl. auch die Hefte 104 und 118 der Zeitschrift »alternative« (Berlin/W.) und H. Woetzel: *Diskursanalyse in Frankreich*. In: *Das Argument* 122 (1980) mit der dort angegebenen Literatur.

2 Vgl. L. Wittgenstein: *Philosophische Untersuchungen*, Frankfurt/M. 1977, §67.

3 Vgl. A. W. Gouldner: *Ethnomethodologie: Soziologie als Happening*. In: *Die westliche Soziologie in der Krise*. Band II. Reinbek 1974.

Die Insistenz auf diesem »Mystischen« oder Unsagbaren, das sich nur zeigen und nicht sagen läßt, obwohl es doch den konstitutiven Grund für den Diskurs darstellt, obwohl es dasjenige ist, was macht, daß das Sagbare jetzt und hier diesen bestimmten Sinn hat, ist aber auch das, was die Möglichkeit des kritischen Eingreifens in Texte und ihres Andersverstehens überhaupt erst erklärt: die Einsicht, daß der Code nicht mit der Sicherheit einer Maschine über seine Anwendung gebietet, daß in der Regel die Möglichkeit ihrer Verletzung selbst eingeschrieben ist, daß das »Äußere« des Diskurses sich ja in dessen »Innerem« selbst befindet. Die Analyse wird so auf Begriffe verwiesen, welche die Heterogenität und Diskontinuität, den Widerspruch, kurz: die konstitutive »Inkonsistenz« der Diskurse sichtbar zu machen erlauben.

Das verbietet aber auch den Ehrgeiz, eine Diskurs»theorie« zu erwarten (das zeigte »einen Mangel an Takt«⁴). Angeboten wird vielmehr eine Arbeit an diskursiven Praktiken, in denen Individuen (an)erkennen, zu Kreuze kriechen oder Widerstand leisten, eine Arbeit, die sich am Stil des Wittgensteinschen Philosophierens orientiert, d.h. die das Sagbare, das Begreifbare nur deshalb klar darstellen und analysieren will, um so das Unsagbare, Unbegreifbare besser bedeuten zu können.⁵ Diskursanalyse, so begriffen, ist nicht selbst wieder ein interpretativer Diskurs, der nur ein »System« an die Stelle des Sprechers setzt, welches nun das produziert, was dem Sprecher selbst beim Reden nicht bewußt war.

Läßt man sich auf das andere Sprachspiel der Diskursanalyse erst einmal ein, so ist offensichtlich, daß ihre Themen denen (des interessanten Teils) der analytischen Philosophie gleichen: es geht um das widersprüchliche Verhältnis von *Sagen und Meinen*, — *System und Ereignis oder Wiederholung und Nichtidentität*, — *Regel und Regelverletzung*.

Sollte da nicht zu hoffen sein, daß einmal ein »Gespräch« möglich wäre, das nicht »zu Forschungsprozessen degeneriert, zu einer Tauschbeziehung von Theorien«?⁶

Der Kürzung anheimgefallen sind z.T. jene Passagen, die konkretere sprachwissenschaftliche Aussagen betreffen, um das interdisziplinäre Gespräch zu ermöglichen. Herausgekommen ist vielleicht zuwenig Linguistik für die einen, zuviel für die anderen — auch hier ist wieder ein Maß an Kompromißbereitschaft nötig, um das wir den Leser bitten wollen. Näher daran Interessierte verweisen wir auf die in Anm. 1 angegebene Literatur zur Einführung.

Harold Woetzel/Manfred Geier

Zur Ausgangslage der (automatischen) Diskurs-Analyse (ADA)

PÊCHEUX: Eigentlich bin ich als Philosoph ausgebildet, habe mit Louis Althusser an der École Normale Supérieure gearbeitet, also über Probleme des Marxismus, einer neuen Lektüre von Marx und des »Kapitals«, auch über die Frage nach der Relevanz der Ideologie. Von daher stellten sich die Fragen auf zwei Ebenen. Der erste Aspekt betraf die Lektürewesen von Texten, eine Problematik, die Althusser eröffnet hatte, indem er sagte: man hat Marx schlecht gelesen, also muß man »Das Kapital lesen«; und das setzte eine bestimmte Beziehung zum Text voraus und zu dem, was man »Diskurs« zu nennen begann: Zum Diskurs der Wissenschaften, des Marxismus, des Historischen Materialismus usw. Es ging also zuerst um das Problem des Lesens — was ist Lesen? —, der Interpretation von Texten.

Der zweite Aspekt, auf den ich später zurückkommen will, betraf die Frage der Ideologie, d.h. des Antihistorizismus und -ökonomismus von Louis Althusser: daß eine ganze Zahl von Grundfragen der Geschichte des Marxismus und der Arbeiterbewegung mit dem verbunden war, was man damals »Theorie der Ideologien« nannte. Für mich war also die Frage nach der Sprache verbun-

4 Vgl. *Richard Rorty*: Der Spiegel der Natur. Frankfurt/M. 1981, 403.

5 Vgl. d. Wittgenstein, *Tractatus Logico-philosophicus*. Frankfurt/M. 1960, 4.115.

6 »Gespräch« ist der zentrale Begriff für Rortys Vorschlag einer neuen Art von »bildender« Philosophie (vgl. ebd., v.a. 396-427).

den mit der nach der Lektüre eines Textes und mit der nach der Notwendigkeit einer Theorie der Ideologien. Was heißt es zu sagen, die Subjekte sind »in« der Ideologie usw., — zunächst weit voneinander entfernte Fragen, die aber im Lauf der Zeit immer näher zusammenrückten. Das ging wohl nicht bloß mir so, sondern war ein allgemeines Phänomen der 60er Jahre durch den Einfluß des philosophischen Strukturalismus.

Ich möchte einen Satz von Althusser zitieren aus »Das Kapital lesen«, der aufschlußreich ist für die Art und Weise, wie gefragt wurde, und der auch zeigt, wie damals die Linguistik gleichzeitig evoziert und übergangen wurde, eine recht dunkle Stelle, in der das ganze Projekt Althusser in seiner Beziehung zur Sprache enthalten ist: »Erst seit *Freud* beginnen wir zu ahnen, was Zuhören, Sprechen (und Schweigen) eigentlich *sagen* wollen und daß dieses 'Sagen-Wollen' hinter der vordergründigen Selbstverständlichkeit des Sprechens und Hörens die bestimmbar Tiefe einer ganz anderen Sprache enthüllt: der Sprache des Unbewußten. Ich wage nun zu behaupten, daß wir seit *Marx* beginnen könnten, eine Ahnung davon zu entwickeln, was — zumindest in der Theorie — Lesen und Schreiben eigentlich *sagen* wollen.«¹ Ich habe versucht, diese Position ernstzunehmen und zu sehen, was die moderne Linguistik zu Fragen des Textes, der Diskursivität und schließlich der Ideologie beitragen kann. Für mich hieß das: Opposition gegen einen »religiösen Mythos des Lesens«, wie wir das damals genannt haben, also gegen die Hermeneutik im philosophischen Sinn des Wortes, die nur eine Widerspiegelung (reflet en miroir)² in der Beziehung zwischen Text und Leser sieht, in welcher der Leser die grundlegenden Intuitionen des Autors als menschliches Subjekt wiederfindet, gewissermaßen ein Reflex des göttlichen Verstehens.³ Diesen Mythos der Lektüre hatte damals nicht nur Althusser, sondern auch der philosophische Strukturalismus in Frage gestellt, indem er davon ausging, daß es textuelle, diskursive Strukturen gibt, die unbewußt sind und die die Lektüre, die Position des Subjekts in der Lektüre determinieren, die aber nicht vom Subjekt produziert sind, sondern im Gegenteil das Leser-Subjekt erzeugen. Auch Lévi-Strauss hatte ja diese Auffassung gegenüber den Mythen und Märchen, auch Barthes entwickelt von seiner Seite aus diese Position. Es hieß, die »Materialität von Texten« ernstzunehmen, sie mit Instrumenten zu bearbeiten, wie sie die »moderne Linguistik« zur Verfügung stellte, um so diesen religiösen Effekt zu vereiteln und zu einer wissenschaftlichen, objektiven Erkenntnis von textuellen und diskursiven Strukturen zu gelangen. Das war der Geist der 60er Jahre; eine Methode für uns, gegen den religiösen hermeneutischen Effekt zu kämpfen und sich zugleich vor den klassischen psychologischen oder soziologischen Positionen in acht zu nehmen. Das Problem war, neue wissenschaftliche Wege zu finden, um zugleich gegen die »Religion« und gegen die »falschen Wissenschaften« (die Sozialwissenschaften Psychologie und Soziologie) anzugehen.

FRAGE: Ihr wart also strenge Althusserianer, weil ihr gegen jeden Widerspiegelungsmythos die Erkenntnis als eine Produktion begreifen wolltet, die weder die Vision eines gegebenen Objekts noch die Lektüre eines vorliegenden Textes sein sollte, dessen wahrer Gehalt »unschuldig« zu lesen sei. Welche Konsequenzen hatte das nun für die sprachwissenschaftliche Arbeit, die ihr als

»automatische«, also streng nicht-subjektivistische Diskurs-Analyse praktizieren wollten?

PËCHEUX: Ernsthaft begann ich mich mit der Linguistik zu beschäftigen, als ich im CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique) auf die Inhaltsanalyse traf. Mir wurde bald klar, daß es unumgänglich war, mit den Vorstellungen der Inhaltsanalyse zu brechen, genauso wie mit allen Formen einer hermeneutischen Lektüre. Denn durch ihre Techniken wurde die reale Existenz der Sprache (*langue*) gänzlich umgangen, die für uns den materiellen Ort bedeutete, an dem sich alle Sinn- und Lesereffekte realisieren. Seit dieser Kritik stellte ich linguistische Fragen und begegnete dabei einem Text von Zellig Harris, der (wie von der Vorsehung bestimmt) »Discourse Analysis«⁴ hieß und der an zugleich linguistischen wie formalen Fragen der Tiefenstruktur von sprachlichen Sequenzen arbeitete. Er erschien mir damals als Möglichkeit, jene oft beschworene Erkenntnis der diskursiven textuellen Struktur zu erlangen, des Textes als Erkenntnisobjekt im strengen Sinne also.

Die Relevanz des amerikanischen Distributionalismus für die ADA

Die ADA⁵ war zunächst ein Versuch der Verallgemeinerung der Verfahren von Harris nicht bloß an *einem* (stereotypisierten) Text wie »Millions Can't Be Wrong!«, sondern an homogenisierten Korpusen. Interessierte sich Harris nur für die gültige Verteilung sprachlicher Elemente innerhalb der Grenzen des einzelnen Textes, so interessierten wir uns für mehrere Formen der gleichen Struktur. Wir nahmen uns mehrere Erscheinungen und Oberflächen vor und versuchten durch Vergleiche zwischen diesen Oberflächen etwas von der berühmten sprachlichen »Struktur« herauszubekommen. Man war fasziniert von Harris, weil man fühlte, da war etwas, das es erlaubte, aus einer sowohl rein intuitionistischen hermeneutischen wie auch aus einer positivistischen »lexikometrischen« Position (wonach alles materiell Erfahrbare an Texten nur das Zählbare von Wörtern sein könne) herauszukommen.

FRAGE: Ist es nicht seltsam, daß über Chomsky, der damals ja schon lange »auf dem Markt« war, kaum etwas bekannt gewesen zu sein scheint, dagegen ein Text von Chomskys Lehrer, der immerhin schon 1952 geschrieben worden war, so relevant werden konnte? Hängt das damit zusammen, daß man Harris eine explizit antisubjektivistische, »objektive« Position unterstellte in seiner Suche nach anti-intuitionistischen Verfahren, während man Chomskys Linguistik als Rückfall in eine überholte »mentalistische« Position begreifen konnte?

GADET: Es gibt mehrere Gründe dafür. In Frankreich war Chomsky sehr wenig bekannt. Um 1968 war noch nichts von ihm übersetzt, das kam erst 1969. Dagegen war Frankreich reif für Harris, den wir als letztes Kettenglied des Strukturalismus akzeptierten. Er erschien uns als ein Linguist, der zugleich anti-subjektivistisch war und sich für Probleme des Diskurses interessierte. Auch Jean Dubois hat dazu beigetragen, daß Harris in Frankreich so wichtig wurde. Dubois war wohl der institutionell wichtigste französische Linguist, einer der wenigen, die auch in Amerika bekannt waren und von dem um 1965 herum mehrere wichtige Bücher über die strukturalistische Grammatik erschienen — und der außerdem noch Kommunist war. Da gab es wirklich Verbin-

dungen zur Diskussion in der Linken und besonders in der KPF; auch dazu, was es heißt, einen Text zu lesen, und zur Frage nach dem Funktionieren der Ideologie.

FRAGE: Und das alles im Rahmen von Harris' »Diskursanalyse«? Das klingt für deutsche Ohren recht verwunderlich. Denn bei uns verlief die Rezeption des amerikanischen Deskriptivismus ganz anders. Entweder man integrierte ihn in eine linguistische Arbeit, die sich völlig unpolitisch verstand und sich darauf beschränkte, das festzustellen, was als Gegebenheit »da« ist. Oder er wurde, im Zusammenhang des Positivismusstreits, aus marxistischer Perspektive kritisiert, gerade weil seine Verfahren rein »formal« waren, ohne Beziehung zur gesellschaftlichen Realität, zur geschichtlichen Gewordenheit, zur »Subjektivität« des sprachfähigen Subjekts und seinem gesellschaftlichen Wissen. Für die deutschen Marxisten konnte Harris keine Alternative sein.

PÊCHEUX: Ihr müßt allerdings auch einmal fragen: warum! Soviel ich weiß, ist die Rezeption des Strukturalismus (und Althusser!) in Deutschland auf erheblichen Widerstand seitens einer hermeneutischen Marxismus-Tradition gestoßen. Dafür ist es jetzt unerlässlich, den Begriff »Strukturalismus« im Frankreich der 60er Jahre zu kommentieren und seine direkt politischen Konnotationen. Um Lévi-Strauss, Lacan, Foucault, Althusser, Derrida und Barthes herum — grosso modo — bildete sich eine Interpretation des Strukturalismus heraus, die fortschrittlich war, die einen revolutionären Anspruch hatte und genau auf der Infragestellung des Historizismus basierte. Deshalb manifestierte sich hier der Konflikt mit anderen marxistischen Positionen; deshalb war das eine politische Frage, die sich um den sogenannten »Humanismus« und »Antihumanismus« drehte, sowohl bei Foucault als auch bei Lacan und Althusser. Von marxistischer Seite aus wurde der Historizismus als eine noch immer religiöse Konzeption der Geschichte und des Historischen Materialismus kritisiert. Eine religiöse Auffassung deshalb, weil er das menschliche Subjekt an den Ausgangspunkt stellt als Produzent von Ereignissen, der Geschichte und des Diskurses über die Geschichte, sowie als Produzent des revolutionären Diskurses. Die strukturalistische Position bekämpfte den historizistischen Humanismus, der weit verbreitet war in den Reflexionen der offiziellen kommunistischen Parteien. Das geschah ja auch seitens jener Linken, die sich gegen die offiziellen KP's wandten, z.B. die Frankfurter Schule oder italienische Positionen anderen Typs. Im Grunde war das die Folge der Entstalinisierung und Öffnung der Chruschtschow-Zeit um 1956, wonach man den Marxismus entdogmatisieren, »rehumanisieren« müsse, bestimmte humanistische Anhängsel in der Praxis der Subjekte, der subjektiven Struktur der historischen Ereignisse wiederfinden. — Und der philosophische Strukturalismus hat diese Position umgekehrt, nicht indem man nun sagte »Es lebe Stalin!«, sondern indem man zeigte, daß man nicht wirklich aus dem Stalinismus herauskommt, wenn man in den religiösen Evidenzen der Lektüre und des Menschen verbleibt, des menschlichen Subjekts als Schöpfer seiner Geschichte, seines Lebens usw.

FRAGE: Es gab also Affinitäten zwischen dem antihumanistisch verstandenen europäischen Strukturalismus und einem Ansatz wie dem von Harris, der sich rein methodisch begründete?

PÊCHEUX: Sobald es uns darum ging, die Strukturen unterhalb der textuellen Oberflächen zu enthüllen. Wir entwarfen eine nicht-subjektive Analyse der Sinn-Effekte, ein Verfahren, das die Illusion des Subjekt-Effekts durchkreuzt. Was Lévi-Strauss auf seinem Gebiet tat, was Foucault dann in der »Archäologie des Wissens« systematisierte, was Barthes auf seine Art tat oder Althusser mit Marx in »Das Kapital lesen« — all diese Vorgehensweisen realisierten spontan in einer philosophischen und historischen Lektürearbeit das, was wir in Harris fanden: die Produktion einer Erkenntnis von Strukturen, welche das Subjekt als Quelle des Sinns und der Sprache illusionär werden ließen. — Aber wahrscheinlich war es zum großen Teil auch eine Illusion von uns, Harris so zu lesen ...

Über die Rolle der Sprache (*langue*)

GADET: Ich habe um 1967/68 linguistisch zu arbeiten begonnen, also zu einer Zeit, in der die Linguistik gegenüber der Literaturwissenschaft an den französischen Universitäten institutionell autonom wurde. Man begann damals, Chomsky kennenzulernen. — Besonders zwei Hauptpunkte interessierten mich an der Linguistik, die ich nicht miteinander vereinen zu können glaubte: die Syntax, die formale Linguistik auf der einen Seite und die Soziolinguistik auf der anderen. Der formalen Linguistik, vor allem Chomskys, warf ich die völlige Vernachlässigung all der Probleme vor, die mit der Äußerung zusammenhängen, aus der man ja kein einfaches System von Operationen machen kann; und der Soziolinguistik den fehlenden Bezug auf die *langue*. In jenen Jahren fingen alle soziolinguistischen Schriften mit einer Kritik am Modell Saussures oder Chomskys an und verwarfen den Begriff der *langue*. Sie fanden es unnötig, sich solche Gedanken zu machen, wie wir sie vorhin am Beispiel der Inhaltsanalyse angedeutet haben.

FRAGE: Was ist denn so wichtig am Begriff der *langue* für eine Diskursanalyse, die sich materialistisch versteht? Geht seine Bedeutung darüber hinaus, für die Konstitution der Linguistik als relativ autonome Wissenschaft mit eigenem Objekt zu dienen?

GADET: Ich meine, man mußte auch diese Frage politisch betrachten. Mit dem Konzept der *langue* kritisierten wir die Illusion, die Art und Weise, wie man etwas sagt, sei nicht so wichtig für das, was man sagt. Die Transparenz der Sprache hinsichtlich des Ausgesagten erschien uns als ein Mythos, der durch den Verweis auf die spezifische Materialität der Sprache infrage gestellt werden mußte.

PÊCHEUX: Daß es in Deutschland und Frankreich tatsächlich einen Unterschied gibt hinsichtlich der Rolle der *langue*, ist sicher nicht unabhängig davon, wie und in welchen historischen Prozessen sich die französische und die deutsche Sprache — als Realobjekt verstanden — herausgebildet haben. René Balibar hat das am »Français national« in seiner Verbindung zum französischen Jakobinismus gezeigt.⁶ Die Struktur des historischen Objekts »*langue*« ist selbst in die Geschichte eingelassen, also nichts einfach Gegebenes. Erst zu einer bestimmten Epoche erlangt der Begriff der französischen Sprache die Bedeutung, die uns heute vielleicht ganz natürlich zu sein scheint. — Und die Tat-

sache, daß die deutsche Geschichte keine bürgerlichen Revolutionen kennt, in denen sich eine Nationalsprache formiert, erklärt, daß die Frage der langue dort nicht auf die gleiche Art und Weise wie bei uns angegangen werden kann. Fragen wie: Woher kommen die Sprachen (langues)? Wie existieren sie historisch? sind in Frankreich sehr wichtig geworden, wie die Arbeit von Renée Balibar beweist. Bei uns habe die Staatsapparate, der Zentralismus des französischen Staates das Lernen der Nationalsprache organisiert, was kritische Folgen gehabt hat: die Fähigkeit zur Sprachkritik im Verhältnis zu diesem schulischen Prozeß.

FRAGE: Was hat das jetzt alles mit dem sprachwissenschaftlichen Begriff der langue zu tun?

PÊCHEUX: Der Titel des Buches, das Françoise und ich zusammen geschrieben haben, bringt das vielleicht zum Ausdruck: »La langue introuvable«. ⁷ Unsere grundlegende Frage war: Gibt es einen Weg für die Linguistik jenseits des Soziologismus und des Logizismus? Also, gibt es so etwas wie einen Begriff der langue, der theoretisierbar ist jenseits dieser Alternative ...

GADET: ... die einerseits alles »vergißt«, was zur politischen, historischen und poetischen Dimension der Sprache gehört (Logizismus), und andererseits (Soziologismus) den Begriff der langue nicht braucht und nicht benützt?

PÊCHEUX: Und mehr noch: die behauptet, daß die Einheit der langue eine Illusion sei; daß sie nur das Resultat einer politischen Operation sei, hervorgegangen aus der Arbeit von ideologischen Staatsapparaten und in Form verschiedener Sprachzustände erzeugt durch die sozialen Verhältnisse (im amerikanischen Sinn des Wortes). Hier erscheinen die verschiedenen Variationen der Soziolinguistik, die nicht nur keinen langue-Begriff braucht, sondern ihn gezielt zerstört. Die Materialität der langue wird nicht ernst genommen und es wird »soziologisch« gedacht, d.h. es wird das Verhalten untersucht und die sozialen Beziehungen, kurz: das Außersprachliche (extra-linguistique). — Auf der anderen Seite steht dann die Auffassung, daß die langue existiert und wird von Formalisten und Logizisten massiv verteidigt, jedoch ohne Bezug auf die spezifische Besonderheit z.B. des Französischen als Nationalsprache.

FRAGE: Deshalb also der programmatische Titel »La langue introuvable«, der ja auf der einen Seite die Sprache als *eine* Sprache benennt, gegen die Auflösungen der Soziolinguistik, auf der anderen Seite aber die »Auffindbarkeit« oder »Gegebenheit« der Sprache bezweifelt, wie sie im linguistischen Formalismus vorausgesetzt wird. Könnt ihr noch etwas über das Interesse sagen, das ihr an der »langue introuvable« habt?

PÊCHEUX: Unsere Kritik spielte sich an zwei Fronten ab: gegen eine Auffassung der langue als abgeschlossenes, logisches System, als radikale ideologische Abschottung einer auffindbaren Substanz; und gegen die Destruktion der langue, derzufolge es keine irgendwie geartete Einheit gibt, die man untersuchen könnte, sondern nur sozialhistorische Prozesse, die eine linguistische Theorie unmöglich machen. Demgegenüber haben wir die langue als einen paradoxen Gegenstand zu begreifen versucht, als eine paradoxe Einheit, die die Möglichkeit ahnen läßt, Linguistik jenseits von Soziologie und Logizismus zu betreiben.

GADET: Dazu war es notwendig, de Saussures Theorie des Werts in ihrer übergeordneten Bedeutung (gegenüber der Auffassung der Arbitrarität des Zeichens) herauszuarbeiten. Erst über den Begriff des Werts nämlich gelangt man zur *langue* und zur Linguistik als Erkenntnis. Stattdessen wurde er meist als ein später hinzukommender Begriff gedacht, als nebensächlich und Folge der anderen Begriffe, z.B. dem des Zeichens. Das Neu-Lesen von de Saussure, bei dem »*valeur*« als *der* Schlüsselbegriff verstanden wurde, war für uns deshalb ein wichtiges Kettenglied, um die Tragweite und den Einsatz des *langue*-Begriffs bestimmen zu können. Eine besondere Bedeutung kommt dabei Jean Claude Milner zu, dessen »*L'amour de la langue*«⁸ unsere linguistischen Auffassungen fundieren half, auch wenn wir uns in politischen Auffassungen von ihm unterscheiden, sofern er die Geschichte als bloß imaginär (im Lacanschen Sinn des Wortes) betrachtet. Interessant für uns ist jedenfalls seine Beziehung zu Chomsky, zur erweiterten Standardtheorie, ohne daß er dabei in den ganzen Sumpf von Chomskys Psychologismus gestürzt wäre.

FRAGE: Wie läßt sich euer Bezug auf de Saussure und seine zweiseitige Zeichenkonzeption (Ausdruck und Inhalt) vereinbaren mit eurer Ablehnung der Semantik als eine Theorie der Signifikate? Barthes hat ja schon 1954 gefordert, daß die Semantik als ein integraler Teil der strukturalen Linguistik zu entwickeln sei.

GADET: Das ist ein ganz grundlegender Punkt für unsere Position gegenüber de Saussure: tatsächlich ist seine Zeichentheorie mit der Dualität von Signifikant und Signifikat oft »semiologisch« interpretiert worden auf dem Hintergrund des traditionellen Begriffspaars Ausdruck-Inhalt oder sogar Form-Inhalt im plattesten Sinn der schulischen »*Explication de textes*«. Dagegen haben wir in »*La langue introuvable*« argumentiert, daß dies eine Positivierung der Substanz der Sprache impliziert und eine nicht-linguistische Abtrennung des Raums der Signifikate.

Entscheidend beeinflußt hat uns hier der Strukturalist Emile Benveniste, der gezeigt hat, daß de Saussures Überlegungen zur Arbitrarität des Zeichens den Bezug auf einen 3. Term »vergessen«: auf den Referenten. Wenn man den aber einbezieht, kann man das Band zwischen Signifikat und Signifikant von der Last der Arbitrarität befreien und es nun mittels der relativen Arbitrarität denken. Dadurch wird der Begriff des *Werts* zentral, weil es nun um Relationen zwischen Zeichen geht. — Daß Roland Barthes in einem recht alten Text (*Elemente der Semiologie*, Frankfurt/M. 1979 [frz. Paris 1954]), der sich auf Hjelmslevs Logizismus stützt und von dem er sich später distanziert hat, den Begriff der »strukturalen Semantik« vorgeschlagen hat, liegt an den theoretischen Umständen jener Zeit, in der die Existenz des semantischen Registers behauptet wurde. Uns kann das nur noch insofern interessieren, als sich das damals wie heute objektiv einem mechanistischen und psychologischen Behaviorismus — *à l'américaine* — entgegenstellt, der vorgab, dieses Register ganz einfach aufzulösen. Wir bestreiten, daß ein solches Register in den Rahmen der (strukturalistischen oder generativen) Linguistik hineingehört: die semantischen Phänomene sind für uns zu interpretieren und zu analysieren als diskursive Effekte, welche in die historische Zirkulation eines Netzes von Archiven

eingelassen sind — und keine »natürlichen« Eigenschaften eines strukturalen Systems.

Zur Entwicklung der Diskursanalyse

FRAGE: Von Anfang an war die linguistische Analyse, die für das Verfahren der ADA interessant war, wesentlich morpho-syntaktischer Natur, vielleicht, weil die *langue* stärker als eine Struktur denn als eine Sinn-Matrix verstanden wurde, genauer: weil die Sinn-Matrix sich bilden kann allein auf der Grundlage bestimmter syntaktischer Beziehungen. Das erklärt eure Vorliebe gegenüber Harris und einem Chomsky, der, trotz bestimmter Modifikationen, an der »Autonomie« der Syntax festhält. Wie aber hat sich die ADA nun linguistisch konkret entwickelt, auch bezüglich ihrer ideologiekritischen Fragestellung?

PÊCHEUX: Der philosophische Strukturalismus der 60er Jahre hat bereits die strategische Stütze des linguistischen Strukturalismus in Anspruch genommen. Wenn es darum ging, den unbewußten Diskurs der Ideologien zu analysieren, die ihren Ursprung nicht im Subjekt haben, schien die strukturelle Linguistik — als *die* moderne Wissenschaft jener Zeit — ein geeignetes Mittel zu sein, aus quantitativen Fragen qualitative zu machen, d.h. von der statistischen lexikometrischen Deskription zu einer quasi-algebraischen Theorie von Strukturen zu kommen; und zugleich das hermeneutische Ich-weiß-nicht-was der buchstabengetreuen oder religiösen Lektürewesen zu vermeiden. Wenn der ideologische Diskurs *der* Mythos unserer Gesellschaft ist, dem vergleichbar, was Propp und Lévi-Strauss untersucht hatten, so mußte es möglich sein, effektive Verfahren zu entwickeln, um die Spur invarianter Diskursstrukturen zu rekonstituieren, d.h. das System ihrer Funktionen unter der kombinatorischen Serie ihrer oberflächlichen »empirischen« Variationen. Althusser u.a. sprachen in diesem Zusammenhang von der »anwesenden Struktur in der Abfolge von Effekten«, die es wiederherzustellen galt.

Die ADA war ein Versuch in dieser Richtung, die moderne Linguistik ernstzunehmen, vor allem eben die amerikanische Linguistik, um jenen Text von Harris, der uns für bestimmte Zeit als konkreter wissenschaftlicher Bezugstext galt. Die ADA versuchte, das Harris'sche Unternehmen auch theoretisch bis an die Grenze seiner Möglichkeiten zu treiben.

Wenn die Bedeutung einer textuellen Oberfläche im Spiel der Beziehungen von Elementen (Morphemen) entsteht, die durch Äquivalenzen, feststellbar mittels gezielter kommutativer Variationen und paraphrastischer Ersetzungen, bestimmt sind, so folgt daraus, daß für die Untersuchung von Diskursprozessen besonders das schematisierte Vorkommen der Äquivalenzklassen über die Oberflächen-Ensembles des Textes wesentlich ist. Wir haben sie in den Zustand von partiellen Autoparaphrasen gesetzt, um sie über ihre Struktur befragen zu können. So haben wir bestimmte, strukturiert aufgebaute Textkorpuse erstellt, auf die wir die Analyseverfahren von Harris anwenden konnten, die er selbst nur auf solche Sequenzen appliziert hatte, welche durch Wiederholung und Stereotypie gekennzeichnet sind, man denke nur an das berühmte Beispiel »Millions Can't be Wrong«!

Die Objektivität eines Prozesses, der durch sich selbst funktioniert, zielte ex-

plizit darauf ab, die subjektiven Evidenzen der Lektüre zu verhindern, indem man hoffte, die Spuren der zugrundeliegenden Strukturen der Texte an den Tag zu bringen, ohne sich auf ein Wissen der Bedeutung der Morpheme oder die Absichten des Autors zu stützen. Die Anordnung der effektiven algorithmischen Verfahren, frei von jedem »subjektiven« Zuschuß, war also eine wesentliche Bedingung unseres Unternehmens und ist es noch heute, trotz aller Veränderungen.

FRAGE: Der Ausgangspunkt der ADA sind Korpusse des Diskurses, womit eine Gesamtheit von Texten gemeint ist, die auf stabil angesehene Produktionsbedingungen verweisen, wofür besonders paraphrastische Beziehungen Hinweise liefern. Die Analyse selbst sollte dabei rein »operationell« handhabbar sein, um nicht in »subjektive Effekte« zurückzufallen. Gibt es für dieses Programm praktische Beispiele?

PÊCHEUX: Ein Beispiel unter anderen: Um die ideologische Natur bestimmter Texte und der ihnen zugrundeliegenden Diskursformationen (mitsamt ihren spezifischen Produktionsbedingungen) mittels einer ADA nachzuweisen, haben wir uns auf Korpusse bezogen, in denen von der »Politik der Massen« die Rede ist, und haben an sie die eher witzige Frage gestellt, ob die Massen der so evidenten Trennung zwischen Ding und Person unterliegen, zwischen »unbelebt« und »belebt« als scheinbar universellen semantischen Merkmalen.⁹ Als Anregung zur soziohistorisch gelenkten Herstellung unseres Materials nahmen wir einen Text des sozialdemokratischen Ökonomen Siccò Mansholt, der die Theorie des Nullwachstums unterstützt sowie dessen politische Vorteile und wünschbare Konsequenzen darlegte. Wir haben diesen Text 50 Studenten vorgelegt, die in etwa 12 Zeilen eine »objektive und vollständige« Zusammenfassung schreiben sollten, wobei wir gegenüber der einen Hälfte der Studenten den Text einem links-gerichteten Ökonomen zuschrieben, gegenüber den anderen 25 dagegen einem rechts-gerichteten Ökonomen, welcher den herrschenden bürgerlichen Staat unterstützt. So erhielten wir, unter experimentellen Bedingungen, also zwei Textkorpusse, einen linken und einen rechten Korpus, deren ideologisch determinierte Diskursformationen durch die ADA herausgearbeitet werden konnten.

Ich möchte nur auf zwei Ergebnispunkte in diesem Beispiel hinweisen: Was die semantische Domäne der Planung angeht, so unterschieden sich der linke und der rechte Korpus klar in ihren Perspektiven; während der rechte das Konzept der Planung in den Bereich der Konsumtion einschrieb (Einschränkung der Konsumtion der Massen während ökonomischer Krisen), verband der linke Text sein Planungs-Konzept mit dem Bereich der Produktion (Überwindung der Krise durch Transformation der Produktionsbedingungen), wobei besonders die Intervention des rechten Textes, als des dominierenden, in den linken Text bemerkenswert war, ein Zeichen des Reformismus im politischen und ideologischen Kampf. — Zum zweiten war auffallend, wie die Identifikation der politisch Handelnden radikaler Reformen bewerkstelligt wurde; in der rechten Version war das der Staat, die gerade an der Macht befindliche (also bürgerliche) Regierung, in der linken Version war dagegen solch ein politischer Agent verschwunden und es fanden sich nur solche allgemeinen Formulierun-

gen wie: »wir/man/man müßte/man sollte/es wäre nötig, daß ...«. Auch hier zeigte sich ein ständiges Oszillieren zwischen einer explizit reformistischen Konzeption und einer Sinn-Matrix, in der sich eine revolutionäre Transformation aussprach.

Grundsätzlich konnten wir also feststellen, daß es auf dem Gebiet der Massen-Politik kein common-sense-Verstehen gibt. Keine universelle Semantik kann folglich in der Lage sein, die Bedeutung solcher Begriffe wie »Planung«, »politischer Wechsel«, »radikale Reform«, »staatliche Aktion« usw. zu fixieren, weil der Sinn-Effekt hier ganz von der Position abhängt, die auf dem Gebiet der Sprache als Feld eines ideologischen Klassenkampfes eingenommen wird. Die ADA arbeitet auf eine »nicht-subjektive« Art die Regeln heraus, nach denen dieser Kampf um Worte, Aussagen, Texte abläuft, ein wesentlicher Kampf für jede der beiden oppositionellen Klassen.

Kritik und Perspektiven der ADA

FRAGE: Ihr habt zunächst das Verfahren von Harris erweitern wollen, indem ihr seine Beschränkung auf weitgehend stereotype Texte aufgabt und auf der Basis von Textkorpussen arbeitet. Zeigt aber nicht gerade die Art und Weise, wie ihr in eurem Experiment die Daten generiert, noch eine sehr starke Verhaftung an »stereotype« Regelmäßigkeiten? Ist so die Vielfalt und teilweise Heterogenität von Diskursen zu fassen, die in der Regel doch viel unorganisierter sind, als es eure Daten zeigen?

PÊCHEUX: Bei der Entwicklung der ADA haben wir zunächst die Identität, die Wiederholung des Gleichen unter der empirischen Differenz privilegiert, also die Konstruktion von homogenen Korpussen, erzeugt unter stabilen Produktionsbedingungen. Wir hatten die Idee einer ebenfalls stabilen Syntax der Delinearisierung, und auch die semantischen Domänen unterlagen für uns einer quasi-algebraischen, kombinatorischen Struktur. Die empirischen Variationen eines Diskurses oder einer Diskursformation wurden also in gewisser Weise vernachlässigt. Das hing damit zusammen, daß wir auch die Struktur von Ideologien zu erfassen suchten als das Gleiche, das sich durch alle möglichen Differenzen hindurch als solches wiederholt. Das impliziert natürlich viele philosophische und politische Probleme: z.B. die Frage nach dem Primat des Begriffs vom philosophischen Standpunkt und nach dem Primat des Staates vom politischen.

FRAGE: Die Kritik an der Ausgangsposition der ADA verlief also weniger über linguistische Probleme i.e.S. als über philosophische und politische Reflexionen?

PÊCHEUX: Es ist sicher nicht nur ein linguistisches Phänomen, daß die ADA zunächst von der Vorstellung ausging, daß die sichtbaren empirischen Formen eines Textes in ihren paraphrastischen Relationen nur interessant seien im Hinblick auf eine begrifflich klar fixierbare Tiefenstruktur, auf ein Gleiches, das in empirischen Wiederholungen durchscheint. Was uns heute wichtiger zu sein scheint, ist dagegen, die Beziehung zwischen der Produktion von Identitätszonen *und* der Folge von Variationen zu untersuchen. Die ADA darf ihr theoretisches Interesse nicht auf das beschränken, was nur vom Gleichen

ist, sondern muß auch auf das Abgeleitete, das Gleitende, das sich Entziehende zielen, also auf das, was wechselt und sich bewegt.

Der Primat des Begriffs, der auf eine wiederholbare Identität intendiert, war politisch verknüpft mit einer Faszination durch die Staatsfrage. Wenn man nur auf den Staat fixiert ist als grundlegende Struktur von Ausbeutung und Herrschaft, kann man nicht mehr begreifen, wie Diskursprozesse einerseits und historische Prozesse andererseits »rutschen«, also wie es gleitet in einem Diskurs und so auch in der Geschichte: »gleiten« von einem nichtstaatlichen Standpunkt aus gesehen, von unten und nicht von oben. Eine politische Diskussion war nötig um die Beziehung zwischen Staat und den Existenzformen des Nicht-Staatlichen im Innern der Staatsform. Das hat seine Spuren hinterlassen für das Forschungsinteresse der ADA. Die Identität des Gleichen ist nicht mehr das einzig Interessante. Die Bestimmung der Identitätspunkte bleibt natürlich wichtig, aber sie ist nicht mehr zureichend. Die Nicht-Identität, Nicht-Reproduzierbarkeit, Nicht-Stabilität war zu der Zeit nicht in unserem Blickfeld.

FRAGE: Der theoretische Ansatz fundiert sich also in der Politik? Theoretische oder methodologische Veränderungen in der ADA sind Auswirkungen politischer Ereignisse und Analysen? Eine bei uns recht unübliche Art, Wissenschaft zu betreiben, zumindest was die Sprachtheorie angeht.

PÊCHEUX: Das hängt auch mit dem Scheitern der linken revolutionären »Pädagogik« zusammen in ihrem Verhältnis zu den Massen: Wie ist es möglich, daß die marxistischen Theoretiker die Massen nicht erreichen, nicht ansprechen konnten? — Es ist heute die Zeit von Klassenkämpfen, auch ideologischen, die nicht auf bereits zubereiteten Plätzen stattfinden, von Klassen, die nicht schon da sind, »an sich«, und sich auf dem Kampffeld schon formiert hätten. Weil der Klassenkampf quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche hindurchgeht (ob Produktion oder Reproduktion), kann man nicht so einfach sagen, wo eine Klasse sich als Identität befindet und wie sie sich im Verhältnis zu einer anderen, gegnerischen Klasse befindet. Damit werden »individuelle« Fragen zu Ansätzen des Kampfes. Das hat mit Nichtidentität zu tun, mit Erscheinungen, die eben nicht als das Selbe, Wiederholbare bestimmbar sind.

GADET: Es ist deshalb kein Zufall, daß wir im Rahmen eines gerade laufenden Forschungsprojekts über »Analyse du discours et lectures d'archives« uns auf etwas konzentrieren, was wir als »Spiel in der Regel« bezeichnen. Das sind traditionellerweise mit der Rhetorik verbundene Probleme, der es ja immer schon um Regel und Regelverletzung ging. — Was macht man mit dem, was bei Chomsky als »ungrammatisch« gilt, als Abweichung, Verletzung der Regel? Was ist eine Regel wert, wenn man sie verletzen kann? Und daß man sie systematisch verletzen kann, zeigt nicht zuletzt die Poesie. Damit hängen solche Dinge zusammen wie Metapher, Ambiguität, »Spiele der Signifikanten«, Hyperkorrekturen, auch alle nicht regelhaften Bedeutungsveränderungen, Zufälligkeiten, kurz: alles, was bislang unter dem Begriff »Regelverletzung« gelaufen ist.

Das Subjekt und der Sinn

FRAGE: Wir möchten abschließend noch einmal auf das »Subjekt« zurückkommen, auf die doch recht paradoxe Rolle, die es in einer Diskurs-Analyse spielt, die sich als nicht-subjektiv versteht, aber doch immer auch auf die Konstitutionsbedingungen der Subjektivität in der Sprache intendiert. Über der Praxis der objektiven Analyse sollte ja nicht der »Subjekt-Effekt« im Untersuchungsobjekt vergessen werden. Wie seht ihr heute diese »Paradoxie«?

PÊCHEUX: Von Karl Kraus stammt der Aphorismus, daß die Sprache nicht die »Magd«, sondern die »Herrin des Denkens« ist, und das heißt, daß es in der Sprache etwas gibt, ein Kausalprinzip, eine materielle Ursache, die nicht identisch ist mit einem Subjekt, einem intelligiblen Zentrum oder einer Transparenz des Sinns. Anders gesagt: die Bedingungen, in denen der Sinn entsteht, können nicht durch eine Psychologie oder Psychosozilogie des menschlichen Subjekts untersucht und formuliert werden. Der grundlegende Narzißmus des menschlichen Subjekts wird in Frage gestellt, insofern es sich spontan als Quelle seiner Gedanken, Handlungen und Diskurse denkt. Lacans Position, wonach das Subjekt Knecht der Sprache, d.h. der Sprache »unterworfen« (assujéti — im Doppelsinn des Wortes) ist, entspricht dem politischen Ziel Althusserers in seiner Arbeit über die Ideologischen Staatsapparate.¹⁰ Denn Althusser attackierte ja auch den Narzißmus, wie er sich in traditionellen kommunistischen Positionen politisch ausgeprägt hatte: die Subjekte werden sich fortschreitend ihrer Situation bewußt, werden so zu Herren ihres eigenen Geschicks und ihrer Geschichte. Die Subjekte haben eine Praxis, deren Akteure, Produzenten sie sind, und selbst wenn sie in dieser Produktion entfremdet sind, kann man sie zu ihrer eigenen Quelle zurückführen und aus ihnen, im revolutionären Prozeß, Subjekte der Geschichte machen. Dagegen hat Althusser argumentiert, daß die Geschichte ein »Prozeß ohne Subjekt und ohne Ziel« ist: »ça marche tout seul! Die andere Auffassung sei *die* grundlegende anthropologische Illusion.

Von linguistischem Standpunkt aus schien mir die Semantik als universelle Theorie des Sinns mit dieser narzißtischen Theorie des menschlichen Subjekts verknüpft. Über die Auswirkungen von Althusserers Intervention in der Linguistik nachzudenken, hieß also, das Primat der Semantik als stabiles apriorisches Element in Frage zu stellen, in der der Sinn oder die Bedeutungen vorhanden sind, derer sich die menschlichen Subjekte nur zu bedienen brauchten. Das Hauptziel der ADA, wie es in »Les vérités de la Palice«¹¹ vom theoretischen Standpunkt behandelt wurde, war folglich die Zurückdrängung der Semantik (und der Pragmatik) zugunsten einer Materialität der Sprache, in deren nicht-subjektivem Prozeß das Subjekt als Ursache seiner selbst produziert wird: die Geschichte produziert Subjekte, und zwar so, als ob sie Ursache ihrer selbst, d.h. ihrer Diskurse, Gedanken, Handlungen usw. wären. Hier liegt die Verbindung zu Lacans Position, wonach das Subjekt den Signifikanten unterworfen ist, »Leibeigener« (in) der Sprache.

All das gilt auch noch heute. Was ich aber völlig unterschätzt habe, ist die Art und Weise, das Ganze dieser Prozesse zu betrachten: Denn wenn man von

Anrufung und Anrufungsritualen spricht, dann muß man auch sehen, daß es keine Anrufungsrituale gibt ohne Lücken, Schwächen, Brüche in diesen Ritualen selbst. Es gibt ein Ritual, das nicht in irgendeinem Moment eine Ohnmacht zeigt, einen Ausrutscher, Lapsus. Man verfügt also über die Möglichkeit von Widerstands- und Revolteformen in diesen Lücken und brüchigen Stellen der Unvollkommenheit und Unabgeschlossenheit, und nicht bloß in der äußerlichen Intervention der theoretischen Erkenntnis dieses Unterwerfungsprozesses selbst.

So gesehen fehlte es den »Vérités de la Palice« völlig an einer Theorie der *beherrschten* Ideologien. Dort ging es nur um die herrschende Ideologie, um ihre Entstehung durch die Prozesse der Anrufung. Die beherrschten Ideologien waren nicht existent oder bloß als Position des Theoretikers, der die Möglichkeit hat, diese Prozesse zu erkennen. Heute würde ich sagen: um zu begreifen, woher die beherrschten Ideologien kommen, muß man einsehen, daß es kein Ritual ohne Lücken, keine Regel ohne Überschreitung gibt, daß also der Widerstand und die Revolten nie aufhören unter der Anrufung durch die herrschende Ideologie.

Anmerkungen

- 1 Louis Althusser/Etienne Balibar, Das Kapital lesen I, Reinbek b. Hamburg 1972, 15.
- 2 Vgl. Dominique Lecourt, Lenins philosophische Strategie, Berlin/Wien/Frankfurt-M. 1975.
- 3 Vgl. Pierre Macherey, Zur Theorie der literarischen Produktion. Darmstadt 1974.
- 4 Zellig S. Harris: Textanalyse (Discourse analysis), in: Bense, E., P. Eisenberg u. H. Haberland: Beschreibungsmethoden des amerikanischen Strukturalismus, München 1976.
- 5 Vgl. bes. Michel Pécheux, Analyse automatique du discours, Paris 1969; M. Pécheux et C. Fuchs, Mises au point et perspectives à propos de l'analyse automatique du discours, in: Langages 37 (1975), 7-80.
- 6 Renée Balibar et Dominique Laporte, Le français national, Paris 1974.
- 7 Françoise Gadet et Michel Pécheux, La langue introuvable, Paris 1981.
- 8 Claude Milner, L'amour de la langue, Paris 1978.
- 9 Michel Pécheux, Are the masses an inanimate object? In: Linguistic variation, New York/San Francisco/London 1978, 251-266.
- 10 Michel Pécheux, Les vérités de la Palice, Paris 1975.
- 11 Louis Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg 1977.

Gulliver, Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 11

Literaturdidaktik

16,80 DM (f. Stud. 13,80 DM) AS 81: ISBN 3-88619-081-1

Gulliver 11 informiert über zentrale Fragen des fremd- und muttersprachlichen Literaturunterrichts, behandelt literaturdidaktische Konzepte, bereitet Ergebnisse der empirischen Leseforschung auf, untersucht die Rolle der Lerngruppe bei der Erarbeitung von Texten, diskutiert Probleme der Literaturaneignung in fremder Sprache, zeigt Ansatzpunkte einer emanzipatorischen Literaturdidaktik. Eine Unterrichtseinheit leitet exemplarisch dazu an, fremdkulturelle Aspekte literarischer Texte zu erarbeiten.

GULLIVER erscheint zweimal jährlich und kann abonniert oder im Rahmen eines AS-Auswahlbros (mind. 3 aus ca. 20 einer Jahresproduktion) bezogen werden. Informationen gibt der Argument-Vertrieb. (Abo-Preis: 14,80 DM/12,80 DM f. Stud., jeweils incl. Versandkosten)

Argument-Vertrieb Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Kommentierte Bibliographie: Friedensfragen (2)

Jo Rodejohann

Atomkriegsrüstungen — Atomkriegsfolgen

Keine zwei Jahre nach der Entdeckung des Atomzerfalls als Ursache radioaktiver Strahlung referierte im Januar 1904 einer der beiden Entdecker, der britische Chemiker Soddy, vor der Militäringenieurschule Chatham über Möglichkeiten, die Atomenergie zu nutzen:

»Wenn sie erschlossen und kontrolliert werden könnte — Welch ein Werkzeug würde das sein, das Schicksal der Welt zu lenken! Der Mensch, der seine Hand an den Hebel legt, durch den eine karge Natur das Ausfließen dieser Energiequelle regelt, würde eine Waffe besitzen, durch die er die Erde zerstören könnte, wenn es ihm beliebt!« (zit. Wagner 1964, S.119)

Während die Zerstörung der Erde technisch keine Probleme mehr aufwirft, gibt es noch erhebliche Schwierigkeiten, ihr Schicksal mittels Atomwaffen zu lenken.

Bis 1945 ging es darum, den »Hebel« zu finden. Nach dem erfolgreichen Test der ersten Atombombe 1945 und den ersten beiden militärischen Einsätzen durch die USA gegen Hiroshima und Nagasaki noch im gleichen Jahr veränderte sich die Aufgabenstellung. Es ging nun darum, das »Werkzeug« so zu konstruieren, daß die Atomwaffe zu einem politisch nützlichen Instrument wird, mit dem auch Krieg als »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« (Clausewitz 1973, S.210) möglich ist. Der Atomphysiker Oppenheimer schrieb Anfang der 50er Jahre:

»Nur wenn die Atombombe insofern brauchbar gemacht werden kann, daß sie ein normaler Bestandteil militärischer Operationen ist, wird sie wirklich von großer Hilfe im Auskämpfen von Kriegen sein, und nicht nur die Menschheit warnen, sie zu vermeiden.« (1951, S.140)

Seit Ende der vierziger Jahre sind Atomwaffen in den USA, worüber es sichere Informationen gibt, ein »normaler« Bestandteil militärischer Kriegsführungsplanungen (zuletzt Rosenberg 1981/82). Aber daraus kann nicht einfach der Schluß gezogen werden, daß seitdem die entscheidende Frage geklärt ist, ob Atomwaffen überhaupt einen politischen Nutzen haben; sei es zur Kriegsführung oder zur Kriegsverhinderung. Viel spricht dafür, daß Atomwaffen aufgrund ihrer vielfältigen und besonders großen Zerstörungskräfte den historischen Bruchpunkt markieren, an dem der immer neue Versuch einer rationalen Zuordnung von Politik und militärischer Gewalt scheitert. Während bisher fast jede neue Waffentechnologie, wenn auch zu immer größeren gesellschaftlichen Kosten, dem herkömmlichen, politisch in Kriegen nutzbaren Waffenarsenal assimiliert werden konnte, blieb der Versuch für die Atomwaffen bisher erfolglos; ähnlich schwer überwindbare Assimilationsprobleme sind nur bei den biologischen und mit Einschränkungen bei den chemischen Waffen aufgetaucht. Eine gerade veröffentlichte eingehende Untersuchung der Frage, ob ein Atomkrieg politisch und militärisch kontrolliert werden kann, kommt zu einem eindeutig negativen Ergebnis:

Ball, D.: Can nuclear war be controlled? London, International Institute for Strategie Studies 1981 (= Adelphi Paper 169).

Die Auflösung dieses Dilemmas wurde zunächst darin gesucht, den Atomwaffen eine ausschließlich politische Funktion zuzuschreiben; nämlich Kriege zu verhindern, abzusprechen. Die klassische Formulierung dieser Sichtweise stammt von der grauen Eminenz der zivilen Atomstrategen, dem Amerikaner Brodie:

»Bisher war es die Hauptaufgabe für das Militär, Kriege zu gewinnen. Von jetzt an muß die Hauptaufgabe sein, Kriege zu vermeiden. Es kann praktisch keinen anderen Nutzen haben.« (1946, S.76)

Abschreckung wurde damit zum Inbegriff der politischen Nutzung von Atomwaffen; die Atomrüstung wurde mittels der Fiktion »reine« Abschreckung rationalisiert.

Zwar war Abschreckungspolitik schon immer ein Moment der politischen Nutzung militärischer Gewalt gewesen. Aber seit der Produktion von Atomwaffen schien sich »die ganze Kriegskunst« in »bloße Vorsicht« verwandelt zu haben, »daß das schwankende Gleichgewicht nicht plötzlich zu unserem Nachteil umschlage und der halbe Krieg sich in einen ganzen verwandle«; »Krieg« konnte nur »in bloßer Bedrohung des Gegners und in einem Subsidium des Unterhandelns bestehen« — eine brillante Formulierung, mit der Clausewitz (1973, S.989) schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts den möglichen Einfluß der Politik auf den Krieg skizziert hatte. Da eine rationale Zuordnung von Politik und militärischer Gewalt bei den Atomwaffen unter Einschluß des »ganzen« Krieges nicht möglich schien, blieb Abschreckungspolitik die einzige Möglichkeit für Politiker und Militärs, ihre Atomrüstung als rational kalkuliert zu begreifen und darzustellen; und zwar durch die Mystifizierung des »unkalkulierbaren Risikos«, daß jeder Atomwaffeneinsatz die Zerstörung der Welt und damit das Ende von Politik heraufbeschwor. Die Kritik und Untersuchung dieses »krampfhaften Bemühens« (Senghaas) ist in verschiedenen Texten mit unterschiedlicher Betonung geleistet worden, wobei auch die politischen und sozialen Kosten dieser atomaren Abschreckungspolitik seit 1945 aufgezeigt wurden. So von:

- Senghaas, D.: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt/M., Europäische Verlagsanstalt 1981 (3., überarbeitete und ergänzte Ausgabe).
 Simonis, G.: Außenpolitik und Abschreckung. Ansätze zu einer kritischen Theorie des internationalen Systems. Frankfurt/New York, Campus Verlag 1977.
 Wezsäcker, C.F.v., Hrsg.: Kriegsfolgen und Kriegsverhütung. München, Hanser Verlag 1970.

Atomare Kriegsführungsfähigkeit

Die Glaubwürdigkeit von atomarer Rüstungspolitik beruht jedoch darauf, daß das angedrohte Verhalten auch tatsächlich verwirklicht werden kann, die Drohung nicht zum leicht durchschaubaren Bluff wird. Atomare Rüstungspolitik kann daher nur unter einer Bedingung glaubwürdig sein: Wenn eine atomare Kriegsführungsfähigkeit vorhanden ist, die eine Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln einschließlich der Atomwaffen erlaubt. Das setzt voraus, daß ein Atomkrieg so kontrolliert und begrenzt werden kann, daß er nicht gleichbedeutend mit der Vernichtung der Menschheit im allgemeinen, weltweiten Atomkrieg ist. Sonst wäre atomare Rüstungspolitik nichts als die politisch sinnlose wenn auch nicht folgenlose Drohung mit dem kollektiven Selbstmord — wie auch immer mystifiziert.

Die mangelnde Glaubwürdigkeit einer atomaren Rüstungspolitik, die auf reine Abschreckung setzen möchte und der Frage ausweicht, was beim Scheitern der Drohung passiert, hat diese Politik selbst immer problematischer gemacht. Wie mit dem Oppenheimer-Zitat bereits angedeutet, ist in die Entwicklung von Atomwaffen von Anfang an auch ein starkes Interesse eingegangen, das Problem der atomaren Kriegsführungsfähigkeit zu lösen. Diese langandauernden Bestrebungen, die Atomwaffen dem herkömmlichen, konventionellen Waffenarsenal zu assimilieren, sind nicht widerspruchsfrei und ohne Brüche erfolgt. Aber in der Rückschau ist doch bemerkenswert, wie sich unter dem weiten Mantel einer deklaratorischen und öffentlichkeitswirksamen »reinen« Abschreckungspolitik langfristig der Trend zu einer immer weiter verbesserten atomaren Kriegsführungsfähigkeit durchgesetzt hat. (Dies gilt auch für die sowjetische Atomrüstung, auch wenn dort die politischen Widerstände gegen atomare Kriegsführungsstrategien größer zu sein scheinen als in den USA.)

In den 70er Jahren war diese Assimilierung der Atomwaffen in den USA und damit, wenn auch nicht bruchlos, in der NATO soweit vorangeschritten, daß nunmehr auch die breite Öffentlichkeit mit der Möglichkeit eines Atomkriegs vertraut gemacht werden muß, der vorgeblich begrenzt und kontrolliert sein wird. Die Mystifizierung der atoma-

ren Aufrüstung als »Gleichgewicht des Schreckens« ist kaum länger möglich, weil sie die weitere Assimilierung der Atomwaffen und den Ausbau atomarer Kriegsführungsfähigkeit behindert. Die verbreitete Vorstellung, daß ohnehin schon genug Atomwaffen vorhanden sind, weil das in den Atomwaffen angehäufte Zerstörungspotential zur vielfachen Vernichtung der Menschheit ausreichen würde (»Overkill«), macht die Rechtfertigung weiterer Atomrüstungen schwierig. Überdies provoziert sie den Schluß, daß das Atomrüsten nur noch in Begriffen wie »verrückt« oder »wahnsinnig« greifbar ist. Das Problem läßt sich politisch nur lösen, wenn auch in der Öffentlichkeit die atomare Rüstung nicht länger mit dem »undenkbaren«, sondern mit dem »denkbaren« Atomkrieg begründet wird. Dieser Punkt wurde vom damaligen Brüsseler ZDF-Korrespondenten und heutigen stellvertretenden Regierungssprecher Ruehl anlässlich des NATO-Doppelbeschlusses klar benannt:

»Die bequeme Zeit der gedanklichen Unverbindlichkeit, da jedermann eine listige Unterscheidung zwischen 'Abschreckung' und 'Kampfführung' machen und damit das eigentliche Problem der nuklearen Optionen auf dem Kriegsschauplatz (= atomare Kriegsführungsfähigkeit; JR) eskamotieren konnte, indem er den Mythos von der 'kampfflosen Abschreckung' verherrlicht, ist in Europa zu Ende. Die westliche Allianz wird (...) die große Illusion von 'Gleichgewicht des Schreckens' verlieren.« (1980, S. 109)

Die Eigenarten der gegenwärtig laufenden Modernisierungen der Atomwaffenarsenale besonders innerhalb der NATO, aber nicht nur dort, lassen sich alle auf den gemeinsamen Nenner »Kampfführung« bringen. Zwar wird zur Begründung atomarer Rüstung noch immer vornehmlich auf deren Abschreckungsaufgabe verwiesen. Das hat offensichtlich etwas mit der weiterhin unzureichenden Assimilierung der Atomwaffen und den großen Legitimationsproblemen einer den Atomkrieg nicht ausschließenden Politik zu tun. Das handlungsleitende Interesse von Politikern und Militärs geht aber mittlerweile eindeutig auf atomare Kriegsführungsfähigkeit aus. Es zielt auf die politische und militärische Kontrolle der Drohung mit *und* des Einsatzes von Atomwaffen. Diese Kontrolle ist unabdingbar für jeden Versuch, einen Atomkrieg führen zu wollen. Solange diese nicht erreicht ist, wie es heute noch der Fall ist, scheint die Gefahr eines Atomkriegs gering — solange politische Entscheidungen einigermaßen rational fallen. Werden aber alle die Rüstungsprogramme verwirklicht, die heute in der Forschung und Entwicklung sind, dann wird in absehbarer Zeit diese Hemmschwelle sinken und ein Atomkrieg irgendwann auch stattfinden.

Die Brisanz der aktuellen Entwicklungen in der atomaren Rüstung erschließt sich erst voll im Zusammenhang mit den gegenwärtigen und zukünftigen Konflikten in der internationalen Politik. Die Erwartung, daß zu deren Lösung militärische Gewalt eingesetzt wird und die Vorbereitung darauf liegen dem gegenwärtigen Rüstungsschub zugrunde. Sie haben die politischen Anstrengungen motiviert, die NATO durch ein »Langfristiges Verteidigungsplanungsprogramm« (1978 beschlossen) zu »modernisieren«. Dabei spielt die Rationalisierung der Atomrüstung der NATO eine hervorragende Rolle. Ein längeres Zitat soll den Zusammenhang illustrieren:

»Das westliche Bündnis konnte relativ problemlos mit einer de facto weitgehend auf die Androhung nuklearer Eskalation beschränkten militärischen Posture (= Gesamtheit der Rüstungen; JR) leben, solange die USA eindeutig strategische Überlegenheit besaßen, die Perspektive fortschreitender Entspannung einen Krieg in Europa als abstrakte Hypothese ohne politische Plausibilität erscheinen ließ und der Einsatz sowjetischer Militärmacht im wesentlichen auf den kontinentalen Einflußbereich der UdSSR beschränkt blieb. Diese Bedingungen treffen jedoch nicht mehr zu. Die Belastungsfähigkeit der NATO-Posture muß sich künftig in einer fundamental veränderten und sehr viel schwierigeren Umgebung bewähren. Angesichts der Möglichkeit einer direkten Konfrontation sowjetischer und amerikanischer Streitkräfte in den Spannungszonen Südwestasiens, des Nahen Ostens und Afrikas oder einer Verwicklung der USA in einen denkbaren sowjetisch-chinesischen Konflikt muß gefragt werden, wie die NATO sich bei Übergreifen eines

bewaffneten Konflikts auf Europa militärisch behaupten könnte. Das nukleare Dilemma hat Eingang in die sicherheitspolitische Debatte gefunden. Seine politische Sprengwirkung dürfte in den kommenden Jahren noch deutlicher werden.« (S.232f.)

Das Zitat stammt aus:

Stratmann, K.-P.: NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Vertrag in Mitteleuropa. Baden-Baden, Nomos 1981 (= Internationale Politik und Sicherheit 5).

Stratmann ist seit vielen Jahren Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, der politisch-strategischen »Denk-Fabrik« für die Bonner Regierung und Bürokratie. Seine Arbeit gibt einen hervorragenden und informierten Einblick in den auf Rationalisierung ausgehenden Diskurs der aktuellen Probleme militärischer Sicherheitspolitik hierzulande, besonders auch der Atomwaffen. Stärker auf diese ausgerichtet tut dies ebenfalls:

Lauk, K.J.: Die nuklearen Optionen der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, Duncker & Humblot 1979.

Das Leitmotiv dieses Diskurses, der in der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, der aber die gedanklichen Grenzen des politisch offiziell »Machbaren« und offiziös »Denkbaren« absteckt, beschreibt Stratmann eindeutig:

»Die NATO (...) muß sich endlich die ihrem strategischen Konzept angemessenen militärischen Mittel schaffen. (...) Ohne die dazu erforderlichen Verstärkungen und Modernisierungsschritte läuft die NATO Gefahr, ihre binnengerichtete Stabilisierungsfunktion zu verlieren und den Belastungen einer Krise politisch und militärisch nicht mehr gewachsen zu sein.« (S.233)

Atomkriegsrüstungen

Allgemeine Informationen über den weltweiten atomaren Rüstungsvorgang finden sich leicht zugänglich in den deutschen Ausgaben des SIPRI-Jahrbuchs, zuletzt:

SIPRI: Rüstungsjahrbuch '81/82. Reinbek, Rowohlt 1981

Einen umfassenden Überblick bietet die UN-Studie:

United Nations, General Assembly: Comprehensive study on nuclear weapons. (New York), UN 1980 (3 A/35/392).

Eine deutsche Übersetzung liegt vor:

Die UNO-Studie: Kernwaffen. München, Beck Verlag 1982.

Beres, L.R.: Apocalypse. Nuclear catastrophe in world politics. Chicago, London, University of Chicago Press 1980.

Calder, N.: Atomares Schlachtfeld Europa. Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren. Hamburg, Hoffmann und Campe 1980.

Griffiths, F./Polanyi, J.C., Hrsg.: The dangers of nuclear war. A Pugwash symposium. Toronto u.a., University of Toronto Press 1979.

Grumbach, J., Hrsg.: Reaktoren und Raketen. Atomare Gefahren und Bürgerproteste. Köln, Pahl-Rugenstein 1980.

Hoffmann, H.: Atomkrieg — Atomfrieden. Technik, Strategie, Abrüstung. München, Bernard & Graefe 1980.

Kirchhoff, H.J., Hrsg.: Kirche und Kernbewaffnung. Als Handreichung vorgelegt von der Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk. Neukirchen-Vluyn, Neukirchener Verlag 1981.

In diesen Büchern, so bei Hoffmann, einem Mitarbeiter der CDU/CSU, finden sich auch Informationen zur sowjetischen und amerikanischen Atomrüstung. Einen Überblick zur amerikanischen Atomrüstungspolitik bieten:

Mandelbaum, M.: The nuclear question. The United States and nuclear weapons 1946-1976. Cambridge u.a., Cambridge UP 1979.

und besonders zu jüngeren Entwicklungen der atomaren Kriegsführungsfähigkeit:

Aldridge, R.C.: The counterforce syndrome: A guide to U.S. nuclear weapons and strategic doctrine. Washington D.C., Institute for Policy Studies 1981.

Lübckemeier, E.: PD 59 und LRTNF-Modernisierung: Militärstrategische und sicherheitspolitische Implikationen der erweiterten Abschreckung für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung 1981.

Mies, U.F.J.: Destabilisierungsfaktoren im gegenwärtigen Abschreckungssystem. Frankfurt/M., Haag + Herchen 1979.

Gegen alarmistische, übertriebene Sichtweisen der sowjetischen Atomrüstung und als Korrektur etwa zu Hoffmann informiert:

Kaplan, F.M.: Dubious specter. A sceptical look at the Soviet nuclear threat. Washington D.C. Institute for Policy Studies 1980

Zur Klärung des militärischen Kräfteverhältnisses können neben den in der Kommentierten Bibliographie: Friedensfragen (I) nachgewiesenen Handbüchern besonders herangezogen werden:

Krell, G./Lutz, D.S.: Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Potentiale, Doktrinen, Rüstungssteuerung. Baden-Baden, Nomos 1980.

Die USA und das strategische Gleichgewicht. München, Bernard & Graefe 1980.

Als Einstieg in die Problematik der taktisch einsetzbaren Atomwaffen in Europa eignen sich:

Krell, G./Schlotter, P.: Zur Diskussion über die taktischen Nuklearwaffen in Europa. Frankfurt/M., Haag + Herchen 1977.

SIPRI: Tactical nuclear weapons: European perspectives. London, Taylor & Francis 1978.

sowie zu einem speziellen Aspekt:

Jablonsky, W.: Taktische Nuklearwaffen der Marinen in der Konfrontation NATO/Warschauer Vertrag. München, Bernard & Graefe 1979.

Die *Neutronenwaffe und der NATO-Doppelbeschluß* haben in den letzten Jahren zu einer intensiven öffentlichen Diskussion über Probleme der Atomrüstung geführt. Das damit verbundene Interesse der Verlage am Thema hat manches Buch auf den Ladentisch gebracht, dem eine Überarbeitung gut getan hätte. Einen Einstieg in die Problematik ermöglichen (sowohl von den Informationen wie von der Lesbarkeit und von verschiedenen Standpunkten her):

Bittdorf, W., Hrsg.: Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher. Reinbek, Rowohlt 1981.

Guha, A.-A.: Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen? Frankfurt/M., Fischer 1980.

Hahslach, K.-H./Opel, M.: Grauzone — Der atomare Fehdehandschuh des Kreml. München, Bernard & Graefe 1981.

Mechtersheimer, A., Hrsg.: Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß, Reinbek, Rowohlt 1981.

Müller, E.: »Nach«-Rüstung und Rüstungswettlauf. Tübingen, Verein für Friedenspädagogik 1981. Eine wichtige Studie des US-Kongresses zum NATO-Doppelbeschluß findet sich übersetzt (neben anderen Dokumenten) in:

Oldag, A., Bearb.: Die Illusion der Kriegsverhinderung durch Abschreckung. Frankfurt/M., Haag + Herchen 1981 (= Militärpolitik Dokumentation 22).

Zur weiteren Vertiefung des Themas (in unterschiedlicher Weise) liegen vor:

Abschreckung und Entspannung in Europa. Die Vereinigten Staaten und die europäische Sicherheit. München, Bernard & Graefe 1981

Albrecht, U.: Kündigt den Nachrüstungsbeschluß! Argumente für die Friedensbewegung. Frankfurt/M., Fischer 1982.

Bredthauer, K.D./Mannhardt, K., Hrsg.: Es geht ums Überleben. Warum wir die Atomraketen ablehnen. Köln, Pahl-Rugenstein 1981.

Guha, A.-A.: Die Nachrüstung. Der Holocaust Europas. Thesen und Argumente. Freiburg, Dreisam Verlag 1981.

Hahslach, K.-H./Opel, M.: Lexikon Grauzone. Stichworte, Dokumente und Fachbegriffe. München, Bernard & Graefe 1981.

Hübötter, K., Hrsg.: Ist der nukleare Rüstungswettlauf unvermeidbar? Fürth, Klaußner 1981.

Kade, G.: Generale für den Frieden. Interviews. Köln, Pahl-Rugenstein 1981.

Krell, G.: Plädoyer für Rüstungskontrolle. Zur Kontroverse um die »Nachrüstung«. Frankfurt/M., Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung 1981.
 Lutz, D.S.: Weltkrieg wider Willen? Nuklearwaffen in und für Europa. Reinbek, Rowohlt 1981.
 Lutz, D.S./Gremlika, D., Hrsg.: Rüstung zum Tode. Hamburg, Konkret Literatur Verlag 1981.
 Perdelwitz, W./Bremer, H.: Geisel Europa. Berlin, Olle & Wolter 1981.
 Studiengruppe Militärpolitik: Aufrüsten um abzurüsten? Informationen zur Lage. Reinbek, Rowohlt 1980.

Zur Neutronenwaffe gibt es einen Bericht ihres »Vaters«:

Cohen, S.T.: The neutron bomb: Political, technological and military issues. Cambridge/New York, Institute for Foreign Policy Analysis 1978.

Kritisch dagegen:

Guha, A.-A.: Die Neutronenbombe oder Die Perversion menschlichen Denkens. Frankfurt/M., Fischer 1982 (aktualisierte und erweiterte Ausgabe; zuerst 1977).

Zur Neutronenwaffe liegen auch Unterrichtsmodelle vor:

Buxmann, K. u.a.: Friedenssicherung im Nuklearzeitalter — Das Beispiel der Neutronenwaffe (Sekundarstufe I/II). Frankfurt/M., Diesterweg 1980 (= HIBS Materialien zum Unterricht 20).

Bodenheimer, B. u.a.: Probleme der Friedenssicherung im Nuklearzeitalter — Das Beispiel Neutronenwaffe. Unterrichtsmodell für die Abschlußklassen der Sekundarstufe I. Frankfurt/M., Diesterweg 1980 (= HIBS Materialien zum Unterricht 22).

Neutronenwaffen — neue Phase im Wettüsten. Aachen, Bergmoser & Höller o.J. (= SoWi-Bu 58-6).

Atomkriegsfolgen

Sollte es jemals zu einem erneuten militärischen Einsatz von Atomwaffen kommen, so sind die Folgen (trotz der Grenzen unserer Kenntnisse) absehbar. Die Überlebenden werden die Toten beneiden. Grundlegende Informationen über die Wirkungen von Atomwaffen finden sich in Handbüchern wie:

Glasstone, S./Dolan, P.J. Hrsg. u. Bearb.: The effects of nuclear weapons. Washington D.C., GPO 1977.

Hoffmann, M.: Kernwaffen und Kernwaffenschutz. Lehrbuch. Berlin (DDR), Militärverlag 1975.

und weniger systematisch und umfassend:

Bühl, A. Atomwaffen. Bad Honnef, Osang 1972.

Einen hervorragenden Überblick über den derzeitigen Kenntnisstand zu den Folgen eines Atomkriegs bietet:

SIPRI: Nuclear radiation in warfare. London, Taylor & Francis 1981.

und besonders für die Bundesrepublik Deutschland (unter Einschluß von Zivilschutzfragen):

Sonntag, P.: Verhinderung und Linderung atomarer Katastrophen. Bonn, Osang 1981.

Die Folgen eines Atomkriegs in der BRD beschreibt umfassend die bereits erwähnte Arbeit: Weiszäcker, Hrsg. 1979; die Konsequenzen für eine nicht unmittelbar betroffene Gemeinde in den USA neben anderem eine Studie des Office of Technology Assessment des US-Kongresses, die übersetzt ist in:

Atomkriegsfolgen. Frankfurt/M. Haag + Herchen 1982² (= Militärpolitik Dokumentation 16).

Aussichten

Die Ursachen für die wachsende Atomkriegsgefahr liegen weltweit in der offenbar steigenden politischen Bereitschaft und der durch die laufenden Modernisierungen verbesserten militärischen Möglichkeit, daß auf Atomwaffen zur Durchsetzung politischer Ziele auch im Kriege zurückgegriffen wird. Die Führungsrolle in diesem Vorgang gebührt eindeutig den USA. Die Beobachtung steht in auffallendem Kontrast zu der großen Wahrscheinlichkeit, daß ein Atomkrieg weder politisch noch militärisch kontrolliert

werden kann. Dieser Widerspruch und die unvorstellbaren Folgen eines Atomkriegs, die in ihrer ganzen Komplexität bisher kaum einmal untersucht worden sind, legen den Gedanken nahe, daß diese Entwicklung nur noch als irrational, als eine kranke Politik zu begreifen ist. Dagegen ist festzuhalten, daß der Versuch der Assimilierung von Atomwaffen in die herkömmliche Rüstungspolitik nur der Logik folgt, die historisch das Verhältnis von Politik und Krieg bestimmt hat: Krieg als Politik. Die Schrecken der Waffen, die Greuel des Krieges haben diesen Zusammenhang nie sprengen können; und viel deutet darauf hin, daß daran auch die unvorstellbaren Zerstörungskräfte von Atomwaffen allein nichts ändern werden.

Zur Gefahr kann dieser Atomrüstungspolitik kaum die Ungeheuerlichkeit des Mittels Atomwaffe werden; sie setzt alles daran, das Mittel auf ein politisches Maß zu bringen, die Wirkungen der Atomwaffen kontrollierbar zu machen. Die Atomwaffen werden nicht immer größer, sondern immer kleiner — was häufig übersehen wird. Zur Gefahr kann ihr nur die Einsicht in die Ungeheuerlichkeit einer Politik werden, die den Tod von Millionen Menschen ins Kalkül zieht, die ihre Entscheidungsmöglichkeiten aufgrund vorgegeblicher technischer Zwänge an Computer abgibt, die militärische Lösungen für politische, soziale und wirtschaftliche Konflikte sucht — und trotzdem ihre Rationalität behauptet. Daß eine solche Atomrüstungspolitik auch psychische Kosten hat, darauf ist nicht nur von den bereits erwähnten Kritikern der Abschreckungspolitik verwiesen worden. Dem geht auch nach:

Lifton, R.J.: *The broken connection. On death and continuity of life.* New York, Simon and Schuster 1979.

Welche Wahnvorstellungen und Möglichkeiten der politischen Widerstand blockierenden »Identifikation mit dem Aggressor« die Atomrüstung hervorbringen kann, demonstriert an sich selbst:

Richter, H.E.: *Alle redeten vom Frieden. Versuch einer paradoxen Intervention.* Reinbek, Rowohlt 1981.

Er erzählt die Geschichte des fiktiven HERMES-Plans, die in »spontaner Intuition« (»Die Angst hat sich diesen Ausweg gesucht«) bei dem Versuch entstand, einen sozialpsychologischen Beitrag zum Problem der Friedensfähigkeit zu schreiben. Der HERMES-Plan unterlegt dem Atomrüsten »die innere Logik eines programmgemäß ablaufenden Generalstabsplans«:

»Die Unheimlichkeit der hereinbrechenden Irrationalität wird — für einen Moment — erträglich, indem man einen scheinlogischen Zusammenhang konstruiert, den man aber nicht nur vollständig zu durchschauen meint, sondern — identifiziert mit HERMES — souverän dirigiert.« (S.214)

Diese aufgrund sozialpsychologischer Kenntnisse nicht unwahrscheinliche Form der Bewältigung der aktuellen Entwicklungen verstärkt Richter mit seinem Text in der Hoffnung, daß so ähnlich wie bei der psychotherapeutischen Technik der paradoxen Interventionen eine »konstruktive Reaktion« herausgefordert werden kann.

Die Atomrüstung findet ihre Ursache jedoch nicht in solchen scheinlogischen Phantasien, so wichtig sie auch zum psychischen Umgang mit ihr sein mögen, sondern ist das Ergebnis *politischen* Handelns, welches in durchaus konventionellen Bahnen verläuft. Gelingt es nicht, atomar abzurüsten, dann ist absehbar, daß sich weitere Staaten Atomwaffen beschaffen werden:

SIPRI: *Nuclear energy and nuclear weapons proliferation.* London, Taylor & Francis 1979.

SIPRI: *Internationalization to prevent the spread of nuclear weapons.* London, Taylor & Francis 1980.

Der Afrikaner Mazrui (1980) hat vorgeschlagen, daß sich die afrikanischen Staaten Atomwaffen beschaffen sollten. Seine Begründung: Offensichtlich seien die »Kriegshetzer im Norden« nur so zur Vernunft zu bringen, das sei ihre Sprache. Vielleicht folgen

wir alle dem Beispiel des Atomphysikers, Philosophen und Friedensforschers C.F.v. Weizsäcker: Er hat gerade bestätigt, daß er sich einen privaten Atombunker hat bauen lassen. »Welch ein Werkzeug würde das sein, das Schicksal der Welt zu lenken!« Oder sie zu zerstören.

Literaturverzeichnis

- Brodie, B., Hrsg. (1946): The absolute weapon. New York
- Clausewitz, C.v. (1973): Vom Kriege. Bonn
- Mazrui, A. (1980): Africa's nuclear future, in: Survival, (2), S.76-79.
- Oppenheimer, J.R. (1951): Comments on the military value of the atom, in: Bulletin of the Atomic Scientists, (2), S.43-45.
- Rosenberg, D.A. (1981/82): »A smoking radiating ruin at the end of two hours«. Documents of American plans for nuclear war with the Soviet Union, 1954-1955, in: International Security, (3), S.3-38.
- Ruehl, L. (1980): Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenraketen, in: Europa-Archiv, (4), S.99-110.
- Wagner, F. (1964): Die Wissenschaft und die gefährdete Welt. Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik. München

Ernesto Laclau

Politik und Ideologie im Marxismus

Kapitalismus — Faschismus — Populismus

Wie kann der Marxismus Faschismus und Populismus begreifen? Keine rein theoretische Frage: die Niederlage der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus und die Herausforderung durch die Neue Rechte stellen sie. Laclau rückt ins Zentrum, was durch die Reduktion aller Politik und Ideologie auf die Klassen vernachlässigt war: »Volk« und »Nation«, den Gegensatz von »Volk« und »Machtblock«. Mit seiner Theorie des ideologischen Kampfes führt Laclau die Revolutionierung des Marxismus fort, die von Althusser und Poulantzas begonnen wurde. Er verbindet diese Linie im Marxismus mit dem Konzept der Hegemonie von Lenin und Gramsci.

Übers. v. Gudrun Schmahl und Eckhard Volker. 208 S. incl. Glossar und Register.
34,— DM, Ln., ISBN 3-886 19-028-5 18,— DM, br., ISBN 3-886 19-027-7

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Interventionen

Betrifft: H.-H. Nolte, Militarismus in der sowjetischen Gesellschaft

In Heft 131 gebt Ihr Herrn H.-H. Nolte Gelegenheit, den Leser über »Militarismus in der sowjetischen Gesellschaft« aufzuklären. M.E. ist mit diesem Beitrag der Spielraum ganz unerträglich strapaziert worden, den eine linke Zeitschrift für offene Diskussion geben soll. Nolte jongliert mit den tiefverwurzelten antisozialistischen Ressentiments der bundesdeutschen Intelligenz. Schon auf der ersten Seite wird die Sowjetunion ganz beiläufig von den »Diktaturen im Westen« dadurch unterschieden, daß sie noch viel weitreichender sei, weil sie »auch die Ökonomie umfaßt!« Daß »weder Sozialismus noch Kapitalismus« ... »von ihrem Selbstverständnis her militaristisch« sein (78), ist ein ganz erbärmlicher Topos, weil er da nivellierende »Selbstverständnisse« einsetzt, wo es eben auf die historische und materialistische *Analyse* der unterschiedlichen Interessen entscheidend ankäme. — Daß Ihr einen solchen Artikel abdruckt, zeigt gleichzeitig einen gefährlichen Verlust an politischer Kontur und an wissenschaftlichem Niveau. — In großzügiger Gönnerpose bescheinigt Herr Nolte der SU, daß die Gründung der Roten Armee für ihre Selbstbehauptung nötig gewesen sei, um dann gleich im nächsten Satz die antifaschistische Traditionspflege der Roten Armee als militaristisch zu denunzieren, weil die Verteidiger von 1941-45 ja nicht vor Gedenkstätten strammgestanden hätten! Einen solchen Ausbund von Unlogik, Demagogie und Geschmacklosigkeit bekommt man selbst in der FAZ nicht alle Tage geboten. Daß es angesichts der Traditionen, die in den westlichen Streitkräften (und zumal in der Bundeswehr!) »gepflegt« werden, für einen sowjetischen Militär allerhand Realitätsverleugnung erfordern muß, sich nicht bedroht zu fühlen, hat Herr Nolte wohl nicht bedacht.

Vom angeblichen Militarismus der SU bleibt unterm Strich: die »große Zahl von Militärpersonen«, »Fotografiervote« und »Denkmale für militärgeschichtliche Ereignisse«. Und dieses Ensemble von platten Auslösewörtern für die gängigsten und tiefsitzendsten Vorurteile gegen die SU wird in einer 'linken' Zeitschrift als wissenschaftliche Analyse angeboten!

Wenn es richtig ist, daß die Friedensbewegung gegenwärtig die wichtigste Klammer der zerstrittenen Linken ist, dann habt Ihr deren Zielen mit dem Abdruck von Noltes Artikel wahrhaftig einen Bärendienst erwiesen. Denn aus der Perspektive eines »sowjetischen Militarismus« gewinnen die großen und kleinen Reagans allenthalben an Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Jüngere und politisch unerfahrene Leser bekommen im Gewande seriöser Wissenschaftlichkeit (und von der Autorität einer fortschrittlichen Zeitschrift) bestätigt, was ihnen Schule und Medien schon immer eingetrichtert haben. Doch was ist das für eine windige »Wissenschaft«, die uns da serviert wird? Die Quellenangabe »amerikanische Politologen« (76) könnte in keiner Proseminararbeit unbeanstandet passieren, und im Literaturverzeichnis marschiert dann die ganze Phalanx der sattsam bekannten Ostforscher und notorischen Antikommunisten auf.

Und eine weitere Kunst beherrscht Herr Nolte ausgezeichnet: das Spiel mit den Zahlen über Rüstungsausgaben! Bei seiner Version dieses Spiels kommt schließlich heraus, daß die SU an der Wahnsinnsrüstung der USA selbst schuld ist: weil sie den angeblichen Rückgang der US-Rüstung in der Mitte der 70er Jahre (der mit der vorübergehenden Völkermord-Pause der USA nach Vietnam zusammenhängt — wenn es ihn gibt) nicht durch eigene Verringerung der Rüstungsausgaben honoriert habe! Besonders für diesen Hinweis werden die bürgerlichen Leitartikler Herrn Nolte danken.

Ich finde es dumm und empörend, ein solches Machwerk im *Argument* abzudrucken. Harichs Aufsatz im selben Heft zeigt, daß die Zeitschrift hochqualifizierte Mitarbeiter für die Themen der Friedensbewegung hat. Herrn Nolte dagegen sollte man zwingen, sich da ein Forum für seine dubiosen politischen Auffassungen zu suchen, wo er hingehört.

Dr. Clemens Knobloch (Bonn)

Lieber Clemens Knobloch,
 was hätten die »jungen« und »politisch unerfahrenen« Leser vom *Argument* denn zu lernen, wenn nicht, daß selbst die Hauptfragen umstritten sind, und daß die wissenschaftliche Analyse und Diskussion auch solcher Frage notwendig und möglich ist? Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Auffassung eines »sowjetischen Militarismus« und der Unterstützung der westlichen Aufrüstungspolitik läßt sich dabei gewiß nicht aufrechterhalten. Was Du »dubiose politische Auffassungen« nennst, ist die vorherrschende Meinung in den Friedensbewegungen in England und Frankreich, und auch die italienischen und spanischen Kommunisten sprechen von einem sowjetischen Militarismus. Aber keineswegs gewinnen für sie, wie Du fürchtest, »die großen und kleinen Reagans ... an Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit«. Du wirst zu Recht einwenden, daß die Argumentation dann aber wissenschaftlich sein müsse, und bemängelst die Quellenbasis von Noltes Artikel. In der Rüstungsfrage sind alle Quellen trübe bzw. gefiltert durch die Geheimdienste beider Seiten. Sicherlich kann man die Stichhaltigkeit der Gründe bezweifeln, die Nolte zur Auffassung eines sowjetischen »Militarismus« kommen lassen — so argumentiert auch Tiedtke im vorliegenden Heft. Aber ehe man den Aufsatz als »Machwerk« bezeichnet und die Veröffentlichung als »dumm« und »empörend«, sollte man den *gesamten* Argumentationsgang zur Kenntnis nehmen. Nolte analysiert die Fachzeitschriften der Berufe und rekonstruiert auf deren Basis die gegensätzlichen innersowjetischen Positionen zum Entspannungsprozeß und die »harte Linie« des Militärs. Du gehst hierauf — worauf das Schwergewicht seiner Argumentation liegt — mit keinem Wort ein. Wir denken, daß wir solche Analysen der inneren Verhältnisse sozialistischer Gesellschaften brauchen. Nach wie vor sind sie für uns terra incognita.

R.N.

Ich möchte zum nächst möglichen Termin das *Argument* abbestellen. Ich könnte zahlreiche Gründe anführen, möchte aber nur kurz den letzten Anstoß erwähnen. Der Artikel von H.-H. Nolte (*Argument* 131) paßt wohl in einschlägige Zeitschriften der sogenannten Osteuropa-Forschung. Dies gilt für die trübe Quellengrundlage (bitte überprüfen Sie Herkunft und ideologischen background der zit. Lit.), wie auch für die Argumentationsmethodik (vgl. bitte 78 oben den scholastischen Taschenspielertrick mit dem »Selbstverständnis« der jeweiligen historischen Formation).

Eine Wahrheit, auch wenn sie auf Tatsachen beruht, kann in einem bestimmten Funktionszusammenhang zur Unwahrheit geraten. Daß es in der Sowjetunion eine auf uns befremdend wirkende militärische Traditionspflege gibt und daß vermutlich Militärs aus partikularer Sicht mehr Rüstungsgüter fordern, wäre im einzelnen zu untersuchen. Aber bei Nolte geht mit dem Überblenden des aggressiven US-Imperialismus die erkenntnisfördernde Totalität verloren. Innerhalb der aktuellen Friedensbewegung befördert dieser Artikel nicht die Diskussion, sondern er gibt — unverdächtig durch den linken Publikationsort *Argument* — den herrschenden Medien intellektuelle Hilfestellung. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: ich habe kein dogmatisches Brett vor dem Kopf, und ich glaube, daß der Marxismus nicht mumifiziert lebendig bleibt, sondern nur in der Auseinandersetzung mit der sozialen Wirklichkeit (Klassenkämpfe, Theorien etc.) als Theorie praktisch gerät. Aber Harich und Nolte, das geht nicht. Es ist sicherlich eine hohe Ausgewogenheit, aber keine Linie mehr.

Dr. Georg Bollenbeck (Siegen)

Erratum

Aus unerfindlichen Gründen haben wir Reinhart Kößler im *Argument* 129, 774, zum Redakteur der *Befreiung* gemacht. In Wirklichkeit ist er Redaktionsmitglied der *Peripherie*.

Kongreßberichte

International Seminar »Problems of Research on Ideology«

veranstaltet vom Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin und dem Projekt Ideologie-Theorie, Berlin/West, 19.-21. Februar 1982

Berlin ist, wie jeder weiß, eine seltsame Stadt, und eine Konferenz über Ideologieforschung in Berlin muß auch seltsam sein. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß sie auch erfolgreich war, zumindest was lebhaftere intellektuelle Kommunikation und Austausch betreffen. Was hier folgt, sind einige persönliche und sicherlich typisch schwedische Eindrücke. Der Hauptteil des Artikels ist ursprünglich für die Schwedische Zeitung *Sydsvenska Dagbladet* in Malmö geschrieben; wenn der Leser einige Auskünfte, die ich gebe, ein bißchen seltsam findet, so hat er vermutlich Recht damit. Die unmittelbare Veranlassung der Ideologiekonferenz war, wenn ich mich nicht irre, der Wunsch, eine gewisse deutsche Isolierung hinsichtlich der marxistisch inspirierten Ideologieforschung aufzubrechen. Die Frage nach der Ideologie war in Deutschland sozusagen auf dem toten Punkt angekommen. Wir Ausländer hatten u.a. die Aufgabe, einen relativierenden Hintergrund abzugeben, und eben diese Aufgabe ist aktiver als man unmittelbar ein sieht.

Aus Osteuropa kamen nur wenige, aber doch einige sehr interessante Historiker und Soziologen aus Budapest, u.a. István Bessenyei und Maria Heller. Was sie z.B. über die ideologische Bedeutung des Warenmarkts in Ungarn zu erzählen hatten, gehörte meines Erachtens zu den besten Beispielen theoretisch bewußter, empirischer Ideologieforschung des ganzen Kongresses. Aus Polen kam selbstverständlich keiner, aber Polen war anwesend während jeder Diskussion. Ideologieforschung ist selbstverständlich ideologisch und politisch und nicht nur theoretisch kontrovers. Am ersten Tag der Konferenz dominierten mindestens oberflächlich die theoretischen Probleme. Jedoch waren die verschiedenen Beurteilungen der polnischen Frage immer anwesend.

Halten wir uns jedoch an die Theorien! Eine wichtige Rolle in den marxistisch geprägten Debatten über Ideologietheorien spielt immer noch Louis Althusser's Theorie der »ideologischen Staatsapparate«. Die erste Absicht Althusser's, als er diese Theorie entwickelte, war es ja, mit dem reduktionistischen Ökonomismus zu brechen, und waren sich die Teilnehmer des Kongresses in einer Beziehung einig, so war es in der anti-ökonomistischen Interpretation des Ideologischen. Für alle war es daher wichtig, sich mit den Staatsapparaten auseinanderzusetzen. Ein Standpunkt, der dem von Althusser nahe stand, wurde von Michel Pêcheux aus Paris sympathisch, leise aber doch sehr konsequent vertreten. Von Althusser ausgehend, aber ganz selbständig ist die Auffassung Ernesto Laclaus, die sogar mit der von Engels stammenden These von der Determination des Ökonomischen »in letzter Instanz« bricht. Einige Kritiker erwiderten, daß er damit den Boden unter den Füßen verlore. Laclau erklärte, daß er nur die Illusion einer automatischen Geschichtsentwicklung aufgebe. Mehr sprichwortmäßig drückte sich Chantal Mouffe aus, die eine ähnliche Auffassung vertritt, als sie erklärte, daß es notwendig wäre, »den Boden unter den Füßen zu verlieren, um schwimmen zu können«. Ohne Zweifel kommt die Art von Theorie — und die Art von Kritik —, die Mouffe und Laclau vertreten, den Machttheorien eines Foucault sehr nahe, mindestens in der konkreten Anwendung. Von einer traditionellen Kapitalismuskritik bleibt nicht viel übrig.

Und was ist in dieser Beziehung mit dem Projekt Ideologie-Theorie? Wahrscheinlich kann man die Position des PIT so bestimmen, daß sie zwischen der Althusser'schen Position und einer, die man nicht als unmittelbar ökonomistisch sondern eher als traditionell bezeichnen kann, vermittelt. Wenn die erste Position das Ideologische vor allem als etwas, das *von oben* nach unten gerichtet ist, auffaßt, so bedeutet die andere Position, wieder um dieselbe Vereinfachung zu benutzen, eine Betonung des »Heranwachsens«

des Ideologischen aus dem gesellschaftlichen Grund (oder der Basis!). Die letztere Position drückt sich heute meist in der Beschäftigung mit dem Alltäglichen aus statt in der Entwicklung der Begriffe des sogenannten orthodoxen oder Handbuchmarxismus. Im PIT spielen die Staatsapparate oder, wie man mit Engels sagt, die ideologischen Mächte eine entscheidende Rolle, aber der Bereich des Alltäglichen ist immer anwesend.

Als Umriss zu einer Theorie ist das vom PIT bisher Hervorgebrachte meines Erachtens noch mehr eklektisch als synthetisch; die Althussersche Theorie ist in ihrer Geschlossenheit schöner, schöner ist auch eine expressive Theorie, wo Ideologie als »Ausdruck« des Materiellen oder Klassenmäßigen aufgefaßt wird, wie die des Lukács von *Geschichte und Klassenbewußtsein*. Wir müssen indessen scharf zwischen *Theorie* des Ideologischen und *Analyse* desselben trennen. Das PIT ist analytisch oder methodisch schon den älteren marxistisch inspirierten Ideologietheorien überlegen. Die Fruchtbarkeit des PIT-Ansatzes sieht man am besten in den beiden Bänden über »Faschismus und Ideologie« und in einigen neuen Beispielen von Analysen ähnlicher Art, die auf dem Berliner Kongreß präsentiert wurden. Das PIT ist sich noch nicht im klaren darüber, ob die Schule eine ideologische Macht ist oder nicht, wogegen ein Althusserianer niemals bezweifelt, daß und wie und warum die Schule ein ideologischer Staatsapparat ist. Die Analysen der faschistischen Schule, wie auch die empirischen Auseinandersetzungen mit gegenwärtigen Schulformen, die das PIT ausgeführt hat, sind dagegen sehr erfolgreich und werden ein besseres Verständnis der gesellschaftlichen Reproduktion von Ideen, Erkenntnissen und Attitüden mit sich bringen. Selbstverständlich besagt diese Feststellung viel über den jetzigen Stand der Ideologieforschung. Daß Theorie und konkrete wissenschaftliche Arbeit nicht gleichen Schritt miteinander halten, ist ein Zeichen dafür, daß die Theorie noch unentwickelt ist und daß eine Reihe von noch nicht koordinierten Theorieansätzen den besten Anhaltspunkt für Ideologieanalysen bietet.

Glücklicherweise gab es auf dem Kongreß reiche Möglichkeiten, sich mit fruchtbaren empirischen Untersuchungen bekannt zu machen. Wenn ich ein Beispiel dafür wählen muß, so wähle ich am liebsten die Debatte über Schule während der Nazizeit. In dieser Debatte wurden die Positionen besonders klar: Die theoretischen Ansätze kamen sozusagen in Bewegung. Das PIT hat ja mit seinen Studien einen guten Ausgangspunkt für eine solche Diskussion gegeben. Hier wurden diese Studien kritisiert von Seiten des »Alltagstheoretischen« als doch allzuviel mit der Dimension »von oben nach unten« beschäftigt. Der auch in Schweden als kritischer Psychologe bekannte Klaus Holzkamp scheute sich nicht, seine ganz persönlichen Erfahrungen als Schuljunge unter Hitler als Beispiel dafür anzuführen, daß die ideologische Nazifizierung nicht so weit gegangen war, wie die PIT-Studien es seiner Meinung nach voraussetzten. Hierzu erwiderte Wolfgang Fritz Haug, daß das, worüber sich das PIT mit Bestimmtheit geäußert hat, die ideologischen Anordnungen und Arrangements der Nazis betreffen. In der Debatte spielte auch Rachel Sharp aus Sydney eine aktive Rolle. Ich finde es typisch und interessant, daß sie die ganze Frage der ideologischen Entwicklung mehr direkt in ihrem Zusammenhang mit dem Entwicklungsgrad des Kapitalismus — d.h. mit der Basis — sah. Während wir heute auf dem europäischen Kontinent einen Drang weg nicht nur vom Ökonomismus sondern auch von der distinkten Kapitalismustheorie erfahren, ist die Bewegung in den angelsächsischen Ländern (wie auch im angelsächsisch geprägten Schweden) die entgegengesetzte. Offenbar handelt es sich nicht nur um theoretische sondern auch um ideologische und, »ökonomistisch« ausgedrückte, um sozioökonomische Verschiedenheiten.

Der Berliner Kongreß war nicht ein Abschluß, sondern ein günstiger Anfang eines internationalen Austausches von Projekten, Theorieansätzen, Kenntnissen und Bestrebungen über Ideologie und Ideologisches. Zum nächsten Mal wünsche ich mir nur eine festere, engere Verbindung schon im Programm zwischen Theorie und Empirie, so daß

der Zusammenhang dazwischen schärfer hervortritt und das nur Theoretische und das nur Empirische zumindestens unmittelbare Schwierigkeiten erleben, sich durchzusetzen.

Sven-Eric Liedman (Göteborg)

Colloquium »La Gauche, le Pouvoir, le Socialisme« In Gedenken an Nicos Poulantzas

Université de Paris, VIII, 27./28. November 1981

Gastgeberin des internationalen Treffens war die französische Gramsci-Forscherin *Christine Buci-Glucksmann*. Eingeladen waren linke Intellektuelle aus ungefähr 10 Ländern. Es ging in den meisten Beiträgen um die Notwendigkeit neuer sozialistischer Strategien. Die traditionellen Organisationen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Bewegung seien dazu nicht in der Lage. Sie konnten nicht widersprechen, denn sie waren auf dem Colloquium nicht vertreten. Es müsse ein neuer Block der Linken geschaffen werden quer zur jetzigen Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Veranstalter planen die Gründung eines »Institut Poulantzas«, das in dieser Perspektive forschen soll.

Etienne Balibar warnte davor, die Parteien der Arbeiterbewegung und ihre Rolle bei der Transformation der Gesellschaft zu unterschätzen. Dies tue z.B. Poulantzas, wenn er undifferenziert von einer Krise der Parteien und des Parteiensystems spreche. Poulantzas denke hier von oben, vom Staat aus und vergesse den Druck, den die Arbeiterorganisationen auf die Entwicklung des Staates ausübten. Die hegemonialen Fähigkeiten der Sozialistischen Partei in Frankreich z.B. hätten für den Regierungswechsel am 10. Mai 1981 eine zentrale Rolle gespielt: Obwohl das Scheitern der Linksunion 1978 ein Abfallen der sozialen Kämpfe bewirkt, gelingt kurze Zeit später ein linker Wahlsieg, der das »hegemoniale Dispositiv« der französischen Bourgeoisie durchbricht. Die Vorstellung, die Einheit zwischen FKP und SP sei notwendige Voraussetzung für einen Wahlsieg der Linken, erwies sich als falsch. Quasi-juristische Verträge zwischen Parteiführungen waren ungeeignet, eine tragfähige Einheit zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen herzustellen. Der SP ist es dagegen gelungen, so Etienne Balibar, den Forderungen der verschiedenen sozialen Bewegungen im richtigen Augenblick eine glaubwürdige Gesamtformulierung zu geben. Nicht die Union de la Gauche habe die Wahlen gewonnen, sondern im Staatsapparat sitze jetzt die SP als dominante Partei und die FKP als »Ersatzradpartei« (vgl. den Aufsatz in diesem Heft).

Aber ist dieser Wahlsieg überhaupt ein Schritt in Richtung Sozialismus? An der Spitze des Staates sitzt eine von der SP dominierte Regierung, ohne daß es in Wirtschaft und Kulturgesellschaft eine offensive Volksbewegung gäbe. Mehrere Redner zitieren die Passagen aus dem letzten Buch von Poulantzas »L'Etat, le pouvoir, le socialisme«, in denen er auf die Gefahren einer solchen Konstellation hinweist: vor allem die Gefahr einer gegenseitigen Durchdringung von SP und Staatsapparat, die Umwandlung der SP in eine »Staatspartei par excellence«, die das verrichtet, wozu die rechten Parteien nicht mehr fähig waren, nämlich die Widersprüche im bürgerlichen Staatsapparat zu vereinheitlichen und die politische Verbindung zwischen Staat und Kulturgesellschaft auf etatistisch-autoritäre Weise zu bewerkstelligen. *Benjamin Coriat* meinte, der »autoritäre Etatismus« der neuen Regierung zeige sich u.a. daran, daß sie wichtige soziale Reformen (z.B. die Verkürzung der Arbeitszeit) unter Umgehung des Parlaments auf dem Verwaltungsweg durchsetzt. Das präsidentielle System des Gaullismus werde beibehalten, angestrebt sei ein sozialdemokratischer Korporatismus, d.h. ein neuer Block aus reformiertem Staat und eingegliederten Gewerkschaften unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. In einer Veranstaltung zu Gewerkschaftsstrategien diskutierten u.a. *Jean-Louis Moynet*, ehemaliges Vorstandsmitglied der CGT, und *Marie-Noelle Thibault*, Vorstandsmitglied der Pariser CFDT, Möglichkeiten einer offensiven

sozialistischen Gewerkschaftspolitik, die eine solche Integration verhindern könnte. Hauptproblem sei die weitverbreitete Haltung in der Arbeiterklasse, auf Reformen von oben zu warten, anstatt die Änderung der Produktionsverhältnisse selber in die Hand zu nehmen.

Pierre Birnbaum konzentrierte sich in seinem Vortrag »Staat, Parlament und Sozialismus« auf die Transformationen im französischen Staatsapparat nach dem Wahlsieg der Linken. Die traditionelle Spezifik des französischen Staates bestehe in der unmittelbaren Verbindung von *Etat* und *Citoyen*, der frei von Parteibindung sein soll. Französische Staatlichkeit sei also gekennzeichnet durch die Dominanz der staatlichen Administration, durch die Schwäche des französischen Parteiensystems und das Fehlen solider »pressure groups«. Diese Spezifik werde im Laufe der französischen Geschichte immer wieder von zwei Seiten bedroht: durch die herrschende Klasse, die die Macht direkt ausüben wolle (z.B. in der Julimonarchie, aber auch unter Giscard d'Estaing) und durch die demokratischen Volksbewegungen (z.B. in der 3. und 4. Republik). Jede Schwächung des staatlichen Prinzips habe ein Anwachsen der sozialen Kämpfe nach sich gezogen. Die soziale und politische Instabilität habe regelmäßig die Rückkehr des starken Staates erzwungen (z.B. des gaullistischen Staates in der 5. Republik). Diese Rückkehr des starken Staates komme aber jetzt *nicht* zustande. Trotz der Inanspruchnahme des gaullistischen Staatsapparats durch die neue Regierung vollziehe sich nun ein Bruch mit der französischen Staatstradition: Der Wahlsieg der Linken transformiere die »Republik der Beamten« in eine »Republik der Lehrer«. Der Anteil der »technokratischen Intellektuellen« (hohe Beamte, Juristen, Ökonomen, Mediziner etc.) in der Regierung sinke um die Hälfte, der Anteil der Oberschullehrer steige auf ein Drittel. Daraus schließt Birnbaum, die Regierung wolle die französische Spezifik des Staates ersetzen durch *partei*politische Zentralisierung und eine kontrollierte Dezentralisierung des Staates.

Welche Möglichkeiten gibt es für die antikapitalistischen sozialen Bewegungen, einer »passiven Revolution von oben«, die auf die Modernisierung und Effektivierung des bürgerlichen Staates hinausläuft, entgegenzuarbeiten? Schlüsselfrage für eine erfolgreiche linke Strategie sei gerade die Verbindung der sozialen Kämpfe in der Kulturgesellschaft (im Sinne von Gramsci »società civile«) mit der Transformation des Staates. Linksetatistische Ansätze, die vom Staat aus denken und ihn von oben als Instrument zur sozialistischen Transformation der Gesellschaft ansetzen wollen, seien hier ebenso hilflos wie Konzeptionen, die sich auf die Selbstorganisation in einem vermeintlich staatsfreien Raum beschränken. Balibar zufolge ist sowohl die »zentralistische« als auch die »libertäre« Tradition der französischen Linken unfähig, das strategische Hauptproblem zu begreifen, nämlich eine Massenpolitik, die die Volksinitiativen in Betrieb, Kultur und den Ideologischen Staatsapparaten koordinieren kann.

Buci-Glucksmann unterscheidet folgende Sackgassen im Verhältnis zwischen Staat und Kulturgesellschaft: stehen sich beide als feindliche Blöcke gegenüber, lähmen sich die Bewegungen der Linken gegenseitig und die Bourgeoisie kann durch Sozialdemokratisierung oder Rechtsputsch von dieser festgefahrenen Situation profitieren. Eine andere Gefahr bestehe in der Zersplitterung der Bewegung in ungefährliche »Mikro-Mächte« der alternativen Szene: demokratische Formen funktionieren außerhalb des Staates auf einem Experimentierfeld, ohne auf die Machtbeziehungen im Staatsapparat einzuwirken und drittens: Formen direkter Demokratie institutionalisieren sich, verlieren ihren alternativen Charakter und werden zu subtilen Transmissionsriemen regionaler und lokaler Staatsmacht. In Italien werde z.B. die Politisierung der Gesellschaft ausgehend von der *società civile* durch die Einbindung der linken Parteien in den Staat beeinträchtigt: je enger das Verhältnis zwischen PCI und Staat, desto geringer die hegemonialen Fähigkeiten der Kommunisten in der Kulturgesellschaft. Ähnlich ergehe es auch den Parteien der Sozialistischen Internationale in den nordeuropäischen Ländern: Hegemonieverluste in der

Arbeiterbasis, Verschmelzung mit dem Staatsapparat, Entstehung eines »technokratischen Interklassismus« und Isolierung von den neuen sozialen Bewegungen der Jugend, der Frauen und der Ökologie.

Am Beispiel der amerikanischen Wirtschaftspolitik versucht *Samuel Bowles* nachzuweisen, daß ein links gewendetes keynesianisches Modell basierend auf der Gleichung Wirtschaftswachstum — Vollbeschäftigung — Steigerung des Massenkonsums in den hochentwickelten Industrieländern undurchführbar sei. Er kritisierte die traditionelle Konzeption, der zufolge der ökonomische Prozeß objektiv zu einer revolutionären Situation führe, die aber durch politische und ideologische Prozesse gebremst würde. Im Gegenteil würde die Arbeiterklasse gerade durch die ökonomische Entwicklung zunehmend gespalten und ihre Einheit müsse politisch und ideologisch hergestellt werden. Dazu brauche man einen neuen Interessenbegriff, der sich an einem alternativen Modell ökonomischer Rationalität orientiert und kulturelle und ideologische Prozesse miteinschließt. Die »ökonomistische« Solidarität des Keynesianismus sei ungeeignet als Grundlage einer sozialistischen Strategie. Eine neue nicht-ökonomistische Solidarität gelte es zu schaffen auf »post-keynesianischem Terrain« (Buci-Glucksmann).

Einleuchtend erschien mir, daß die Linke die bisherigen ökonomischen Wachstumshebel nicht einfach übernehmen und weiter bedienen darf, allein schon, weil dies zur Vertiefung der ökologischen Krise führen würde. Aber wie nun konkret ein »post-keynesianisches Terrain« aussehen könnte, auf dem sich z.B. Gewerkschaftsbewegung und Ökologiebewegung treffen könnten, blieb im Dunkeln. Ähnlich unbestimmt waren die Ausführungen über die neue linke Hegemonie, die die Hegemonie der bürgerlichen Klasse brechen soll. Es soll eine »pluralistische Hegemonie« sein und in ihr sollen repräsentative Demokratie und Basisdemokratie verbunden sein (Buci-Glucksmann). *Ernesto Laclau* und *Chantal Mouffe* stellten ihre Konzeption der »Artikulation« verschiedener sozialer Bewegungen vor: ihre Verknüpfung zu einer Einheit unter Beibehaltung ihrer Verschiedenheit, ohne daß eine der Bewegungen den Führungsanspruch reklamieren könnte. Über die Bauweise dieses neuen Zusammenhalts erfuhr ich wenig: wie kann die Einheit der pluralistischen Hegemonie in der Verschiedenheit hergestellt und stabilisiert werden? Welche Anordnungen brauchen wir, damit sich die Verschiedenen in der Perspektive des sozialistischen Projekts verändern können? Jan Rehmann (Berlin/West)

Besondere Politikzüge von Frauen

und Probleme der Verbindung von Frauen und Arbeiterbewegung

Veranstaltet vom Arbeitskreis Frauenfragen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., 24 Januar 1982

»Die Existenz der neuen autonomen Frauenbewegung verstehe ich als Kritik an der Politik der sozialistischen und kommunistischen Organisationen« sagte Frigga Haug auf der Tagung des IMSF, auf der sie mit Ute Holzkamp-Osterkamp, Lottemi Doormann und Karin Jakubowski vom Marxistischen Studentenbund um ihre Thesen zur Frauenpolitik stritt (Grundlage waren: »Frauen: Opfer oder Täter«, aus: *Das Argument 123*, nachgedruckt und erweitert um Diskussionsbeiträge in *Argument-Studienheft 46*; und »Männerggeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus«, aus: *Das Argument 129*). Ute Osterkamp sprach gewissermaßen als Expertin in eigener Sache, weil Frigga Haug in ihrem Konzept als Vertreterin der Kritischen Psychologie argumentiert. (Zur in Osterkamps Beitrag erwähnten Position des Projekts Ideologie-Theorie und der Auseinandersetzung darum vgl. die Antwort von R. Nemitz auf Utes »PIT-Kritik« in *Forum Kritische Psychologie 9*, *Argument-Sonderband 72*) Obwohl zeitweise sehr persönlich argumentiert wurde, so daß die Diskussionsleitung zur Mäßigung aufrief, galt die verurteilende Anklage nicht nur der Person Frigga Haug, sondern den feministischen Sozialistinnen insgesamt, als

die wir in der Folge argumentieren und damit den Konflikt entpersonalisieren. Die erste Runde der siebenstündigen Diskussion ging an die Referentinnen: L. Doormann empfahl die nochmalige Lektüre von Zetkin und Bebel, dort sei bereits alles Wissenswerte gesagt. Ute H.-Osterkamp (wir hatten bei Abfassung dieses Berichts damit gerechnet, daß ihr Beitrag den *Argument*-Lesern im gleichen Heft zugänglich sei — leider zog sie die Abdruckerlaubnis zurück) argumentierte in ihrer außerordentlich scharfen Zurückweisung des Opfer/Täter-Theorems im wesentlichen gegen den Grundgedanken, daß die gesellschaftliche Kompetenz auch für die einzelnen und von ihnen zu erkämpfen sei. Soweit damit die Erlangung von Qualifikationen und Einflußmöglichkeiten gemeint sei, analysierte sie diese Auffassung selber als ein Produkt kapitalistischer Verhältnisse, als Resultat des ständigen Bewährungsdruckes, dem die einzelnen ausgesetzt seien. Insbesondere für Frauen sah sie darin nichts anderes, als dem Ideal der in Konkurrenz geschulten Männer nachzueifern. Die Kritik am »Opfer-Täter-Konzept« überwog auch in den ersten Diskussionsbeiträgen aus dem Plenum. Ein Teilnehmer vermißte den Begriff »Gesellschaft« überhaupt und wertete das Vorgestellte als Psychologismus. Eine Teilnehmerin zeigte sich reuig, sie hatte versucht, mit »Opfer-Täter« ihr Leben umzugestalten, z.B. indem sie das von ihr heiß gewünschte Abendkleid als »falschen Wunsch« zu erkennen glaubte, und da sie ihn sich nicht erfüllte, auch den BaFög-Kampf nicht weiter vorantrieb, war doch für sie die Notwendigkeit durch die Askese entfallen. Sie behauptete zusammengefaßt: das »Opfer-Täter-Konzept« habe sie entpolitisiert.

Bevor wir in die zweite Runde steigen, vergegenwärtigen wir uns nach solcher Lesart noch einmal, worum es ging: In dem Aufsatz »Opfer-Täter« ist der erste Grundgedanke, daß die vorfindlichen unterdrückerischen Strukturen der Subjekte bedürfen, die sie in der Aneignung tragen; »Zustimmung zu den Verhältnissen« nannten wir es. So können wir das kämpferische Nicht-Einverständnis fassen. Es war dies auch eine Kritik an der überwiegenden Opfer-Haltung in der Frauenbewegung; wir denken uns selbsttätig in den Strukturen: Indem wir sie uns aneignen, können wir sie auch verändern. Im zweiten Schritt wird nach den Verhältnissen gefragt, in denen die Frauen sich bewegen und in denen sie behindert sind. Überwiegend sind sie in privaten Räumen (Familie) zu finden, reduziert auf die Pflege der Nachkommenschaft und wenig ausgestattet mit gesellschaftlichen Kompetenzen. Was hindert sie, sich kompetent zu machen, in welchen Netzen sind sie gefangen, auch wenn sie nicht glücklich sind? Wie sehen die Kämpfe um Selbstbestimmung und gesellschaftliche Kompetenz aus, an welchen Orten/Punkten wird gelitten und gefochten? So zu fragen bedeutet u.E., die Unterdrückungsformen in den gelebten Praxen anzugehen. Ute Osterkamp individualisierte den als kollektiv gedachten Prozeß, so daß die Einzelnen als Emporkömmlinge/Aufsteigende erscheinen. »Unter Entwicklung versteht Frigga Haug offensichtlich die Hineinverlagerung der gesellschaftlichen Kompetenz in das Individuum, die Aneignung möglichst umfassender Qualifikationen, den Aufstieg in immer höhere Positionen, um möglichst viele Bereiche kontrollieren zu können, autonom, unabhängig von anderen zu werden.« Fordert sie damit umgekehrt, daß die Frauen bleiben sollen, wie sie sind? So, wenn sie uns vorwarf, daß in der Geschichte »Weiße Jacke« (vgl. *Argument*-Sonderband 45, S.37f.) »Bekleidungs-vorschriften« an eine »rundliche kleine Mit-Sechzigerin« ergingen, während wir in ihr vorführen wollten, in welch entwürdigenden Abhängigkeitsverhältnissen Frauen durchschnittlich stecken und wie dort zugleich die Wünsche klein sind, selber eine zweite Fessel darstellen. Wie sind solche Wünsche entstanden? Wie hängen sie mit der Selbstbestimmung und ihrer Behinderung zusammen? Was bedeuten sie für die eigene Entwicklung? Sich selbst als geworden zu betrachten, zu untersuchen, wie die eigene Persönlichkeit in die gesellschaftlichen Strukturen verwoben ist, muß eigene Tat sein. U. Osterkamp stellte nicht eigentlich ein Politisierungskonzept vor; sie dachte polar in »die einen« und »die anderen«, die, die schon politisch seien und die, denen dies noch fehle.

Desgleichen als es um die Verhältnisse ging: Entweder seien sie schon sozialistisch oder nicht. Daß in den kapitalistischen Verhältnissen schon — wie von uns behauptet — mehr als das bisher gelebte Glück erkämpft werden muß, kritisierte sie als »Zynismus«. Sie faßte die Verhältnisse ausschließlich unter dem Aspekt des Mangels, der den (individuellen) Verzicht nach sich ziehe. Nicht Spaß sei möglich, sondern Verzicht. Wo wir behaupteten, daß die Frauen nicht alle Entwicklungsmöglichkeiten nutzen, etwa indem sie der Zuweisung in den privaten Raum zustimmen und nicht sich gesellschaftliches Wissen aneignen (z.B. durch Berufstätigkeit), sprach U. H.-Osterkamp von der Unmöglichkeit, sich in diesen entfremdeten Verhältnissen weiterzuentwickeln. Diese kapitalismusspezifischen Verzichtsleistungen führten nach ihren Ausführungen zur »Wut über die Verhältnisse« und gradlinig zur politisierten Frau. In der Pause hatten in vielen kleinen Gruppen heftige Diskussionen stattgefunden, erregte Debatten, die im Mißverhältnis standen zur im Plenum kühl und scharf und nur von wenigen geführten Auseinandersetzung. Denn das wurde es jetzt: Eine Auseinandersetzung mit der Sache, geführt von Zweiflern/innen aus der politischen Praxis. Endlich ging es um die Frage der Selbsttätigkeit, also um Politisierung und Politik-Formen von Frauen. Dabei wurde uns die Position sowohl von Ute H.-Osterkamp als auch Klaus Holzkamp nicht klar. Sie bezeichneten jede Art der Politisierung als Manipulation — hier von links — und sprachen damit aus, daß sie unsere Praxis für falsch hielten. Es gab auch energische Befürworter des im »Opfer-Täter-Konzept« entwickelten Gedankens, daß Haltungen und Wünsche, Wertschätzungen und alltägliches Leben verändert werden müßten. Ein Teilnehmer verwies dabei auf die doch sehr niedrige Mitgliederzahl der DKP, die beweise, daß die Verhältnisse allein zur Politisierung nicht ausreichen. Eine Betriebsrätin berichtete, wie schwer Frauen der Kampf um die Arbeitsbedingungen fällt; durch die »Manipulation der Unternehmer« betrachteten sie sich selbst als Zweitverdienerinnen und fürchteten, den Männern die Arbeitsplätze wegzunehmen. Wenn diese Strategie der Unternehmer fruchtet, so deshalb, weil sie zum einen wirkliche Wünsche der Frauen anspricht, nämlich in der Familie zu bleiben und sich nicht den oft harten Arbeitsbedingungen auszusetzen, zum anderen, weil hier schlechtes Gewissen mobilisiert werden kann: Einen Beruf ergreifen heißt, die Familie vernachlässigen. Für Kenner der Kritischen Psychologie überraschend, sprach U. H.-Osterkamp hier übrigens offen aus, daß sie den Kampf um Berufstätigkeit der Frauen für doppelt falsch halte. Er mißachte die Fremdbestimmtheit in der Lohnabhängigkeit und nehme vor allem den Männern die Arbeitsplätze weg, Sorge lediglich für eine Umverteilung von Arbeitslosigkeit. Eigentümlich war, daß immer wieder *besondere* Behinderungen von Frauen angesprochen wurden, deren Kämpfe aber schnell unter die *allgemeinen* kapitalistischen Unterdrückungsstrukturen geordnet wurden. Die männlich-abschätzige Einstellung zur »typisch weiblichen Tätigkeit«, die Ignoranz der Männer, wenn es um Rationalisierung von Frauenarbeitsplätzen geht, wurde abgebildet als persönlicher Konflikt, der wie nebenher ausgetragen werden könne. »Daß wir als Emanzen verschrien werden, damit werden wir auch noch fertig«, faßte es die Gewerkschafterin zusammen. In diesen Bereich fällt die Diskussion um die Frage, ob das Persönliche politisch sei, von Frigga Haug in »Männergeschichte, Frauenbefreiung und Sozialismus« als politischer Anspruch der Frauenbewegung in seiner Berechtigung vorgeführt. Herrschaft müsse auch im persönlichen Leben aufgespürt werden und das, was als Privatsphäre, als persönlich gelte, sei mit Macht- und Herrschaftslegitimation so verbunden, daß es Nährboden für die Beibehaltung der übrigen Machtstrukturen darstelle.

Was bleibt als Resumée? Die Wirksamkeit der vielfältigen Organisations- und Politikformen von Frauen ist bisher noch nicht aufgearbeitet, auch nicht, ob sie als Konkurrenz gefaßt werden müssen zu den bestehenden Organisationen oder als Unterstützung einer gemeinsamen Sache. Sicher ist nur, daß, wenn die Frauen die Strukturen aktiv mitbauen, sich überall einschreiben, sich nicht nur die Mitgliederzahlen in Organisationen

und Gruppen verändern (vgl. *Das Argument* 132, Frauen und Theorie), sondern auch sie selbst. Ebenso notwendig ist es, über die Politisierung von Frauen nachzudenken. Die Brisanz dieser Frage zeigt sich in den zunehmenden Diskussionen über »Opfer-Täter« (vgl. dazu auch Rote Blätter 2/3 u. 4 1982); geplant sind weitere Veranstaltungen u.a. in Hamburg, in Bremen und in Bielefeld. Kornelia Hauser (Hamburg)

Zweite Hamburger Frauenwoche

Hochschule für Wirtschaft und Politik, 1.-6. März 1982

Unter dem Motto: »Frauen lernen gemeinsam« fand diese Frauenwoche statt. Der Titel gibt die Idee des Treffens an, nämlich nicht Forum für einen bestimmten Teil der Frauenbewegung zu sein (wie die Berliner Sommeruni, die weitgehend sozialistische Frauenorganisationen ausschloß), sondern Frauen aus getrennten Lebensbereichen (Hausfrauen, Berufstätige, Studentinnen, alte Frauen) zu einem Erfahrungsaustausch zusammenzubringen. Darüber hinaus bietet die Regionalität dieser Veranstaltung den Vorteil, daß sich aus den einzelnen Seminaren heraus Frauen zu Arbeitsgruppen zusammenschließen können, die über die Woche hinaus kontinuierlich weiterarbeiten.

Die Organisationsgruppe (endlich mal ein breiter Zusammenschluß von autonomen, DKP-Frauen und Frauen aus linken Organisationen) hatte durchgesetzt, daß die meisten der ca. 240 Veranstaltungen als Bildungsurlaub anerkannt wurden. Das umfangreiche Programm spiegelte die Bereiche wider, in denen die Frauen sich bewegen und durch die sie überwiegend bestimmt sind: Der Problembereich Sexualität und darin Vorschläge, wie sie anders, weniger unterdrückt gelebt werden könnte; Mutterschaft: welcher Verzicht und welche Entwicklungsmöglichkeiten liegen darin? Weibliche Homosexualität als alternative Lebensmöglichkeit oder als Vermehrung des Leidens durch »Andersartigkeit«? Veranstaltungen zu Problemen der Berufstätigkeit, der Gewerkschaftsarbeit, zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung. Weiter gab es Workshops zum Theaterspielen, zum Maskenbau, Musikimprovisationen und Selbstverteidigung. Veranstaltungen konnte jede anbieten, es gab keine Auflagen oder Kriterien. Diese Anordnung trägt die Möglichkeit einer produktiven Auseinandersetzung zwischen Referentin und Teilnehmerin in sich, da es z.B. nicht die starke Hierarchie von Hoch- und Minderqualifizierten gibt, sondern die Vortragenden quasi aus der Mitte der Zuhörenden kommen. Gleichzeitig machte sich in den Veranstaltungen eine starke Theoriefeindlichkeit breit, z.B. indem sich das Gesprochene ausschließlich auf das unmittelbar Erlebte beziehen sollte, als Indiz für allgemeine Verständlichkeit. Das »Herz«, der Knotenpunkt der Frauenwoche war das Foyer der Hochschule. Hier herrschte eine Mischung aus geschäftigem Jahrmarktstreiben und Frauenfest: Essen- und Getränkestände, von Naturspeisen über Naturkosmetik zu Naturwolle, Selbstgenähtes und -gestricktes wurde angeboten, Schmuck neben Büchertischen (wobei Ohrringe einen höheren Umsatz erzielten als z.B. der *Argument*-Büchertisch) und Initiativen, die Unterschriften-Aktionen machten für Abrüstung und auf großen Transparenten zum Kampf gegen Krieg und Militarismus aufriefen. Dazwischen und in den angrenzenden Räumen fanden sich Foto-, Bilder- und Materialausstellungen, denen gemeinsam war, daß in ihnen die Frauen einverständnislich auf Körper und Natur zurückverwiesen wurden. Dies sollte sein ein Weg zur »originären Weiblichkeit«. Die lockere Atmosphäre übertrug sich (leider) als Behinderung in die Veranstaltungen: Es wurde nicht glühend alles Wissen zusammengetragen und ein Problem bearbeitet; man »schaute mal 'rein« in die Seminare, orientierte sein Gehen oder Bleiben an dem, was geboten wurde, nahm das Vorgetragene wie im Vorbeigehen mit. So blieb die großartige Lernchance, die mit diesem Rahmen geschaffen wurde (und die fast 7000 Frauen ansprach) zu wenig ausgenutzt. Wie könnten die Teilnehmerinnen stär-

ker miteinbezogen werden, damit sie sich nicht zu Konsumentinnen machen, die ihre ganzen Erwartungen an die Vortragenden richten? Vielleicht erfordert das eine noch zu lernende Vermittlung von Erfahrung der Referentinnen z.B. durch die Vorbereitungsgruppe, um u.a. folgende Fragen zu klären: Wie zergliedert man ein Problem so, daß alle daran lernen können? Welche genaue Fragestellung sollte die Diskussion haben? Und wie können kleinere Produktionseinheiten in die Veranstaltungen gelegt werden? Insgesamt wurde nicht gemeinsam um etwas gerungen, es wurde an vielen verschiedenen Punkten angesetzt, sich ausgetauscht, ohne Ergebnisse oder neue Fragen vorzulegen. Das Vereinzelte schloß sich dann kurzfristig gegen die Vorwürfe der CDU in der Hamburger Bürgerschaft zusammen: Die Frauenwoche würde dominiert von »unnatürlichen« Frauen (= weibliche Homosexuelle) und sei ideologisch linkslastig. Die Bedrohung dieser Anfrage (der Bildungsurlaub und die ohnehin geringe Bezuschussung von DM 37000,— sind gefährdet) wurde mit einer Demonstration beantwortet und mit einer Protestaktion der homosexuellen Frauen, wobei die Angriffe auf die Sozialistinnen nicht weiter berücksichtigt wurden.

In diesem zweiten Jahr war von vielen Frauen Enttäuschung zu hören, die Veranstaltungen hätten nichts Neues gebracht. Sicherlich wäre es nützlich, wenn Vorbereitungsgruppe und Referentinnen inhaltlich stärker zusammenarbeiten würden, indem sie versuchten, den erkämpften Rahmen zu konkretisieren. Margret Lüdemann (Hamburg)

Arbeitsplätze und Umweltschutz

Arbeitstagung des ÖKO-Institutes Freiburg in Essen, vom 5.3.-6.3.1982

Auf der diesjährigen Arbeitstagung des ÖKO-Institutes befaßten sich etwa 100 Teilnehmer mit dem Problembereich Arbeitsplätze/Vollbeschäftigung und Umweltschutz. Erklärte Absicht der Veranstalter: mit den Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen.

Der Tagungsort Essen war mit Absicht gewählt: hohe Arbeitslosenquoten im größten Industriegebiet Westeuropas gehen einher mit erheblichen Umweltbelastungen.

Im Einführungsreferat stellte Arnim *Bechmann* den allgemeinen Rahmen des vorgesehenen Arbeitsprogramms dar.

In einem knappen Überblick über nationale und globale Entwicklungstendenzen im Wirtschafts- und Umweltbereich (Nord-Süd-Konflikt/Ost-West-Konflikt, Erschöpfung der natürlichen Ressourcen der Welt, Gefährdung von Öko-Systemen) versuchte er, die wichtigsten Aufgabenstellungen für die Gewerkschafts-, Ökologie- und Friedensbewegung zu formulieren. »Die Probleme sind alle vom Menschen gemacht, also müssen sie im Prinzip auch von Menschen gelöst werden können« — dies wurde zum bestimmenden Satz aller weiteren Diskussionen der Tagung.

In Arbeitsgruppen wurde an einzelnen Themen weitergearbeitet. Das thematische Spektrum reichte von Problemen der Umweltbelastung am Arbeitsplatz, der Wirtschaftsdemokratie und des Umweltschutzes bis zu den Alternativen (Anders arbeiten — besser leben/Alternative Energieformen/Ökologischer Landbau/Mittlere — oder Angepaßte Technologie). In einer weiteren Arbeitsgruppe wurde der Frage nachgegangen, welchen ökonomischen und ökologischen Nutzen die Umschaltung von der (immer weiter wachsenden) Aufrüstungswirtschaft auf Friedensproduktion bringen würde.

Alle Diskussionen drehten sich um die Frage, ob und wie es möglich sei, Vollbeschäftigung bei *gleichzeitigem* konsequentem Umweltschutz zu erreichen.

Die genannte Themenbreite spricht Ökologie- und Gewerkschaftsbewegung gleichermaßen an, genauso wie die Frage um Auf- oder Abrüstung alle angeht. Allein deshalb ist diese Tagung als Erfolg zu werten — alle beteiligten Gruppen waren, mehr oder weniger stark, für zwei Tage unter einem Dach.

Es hat sich gewiß niemand Illusionen darüber gemacht, wie weit sich Einigkeit in der

Analyse der Ursachen der Arbeitsplatz- und Umweltmisere herstellen läßt. Wenn sich innerhalb der fortschrittlichen Umweltbewegung die Einsicht allmählich durchsetzt, daß nur die »Gemeinsamkeit in der Vielfalt« zu weiterführenden Einsichten und Handlungen führen kann, dann darf nicht darüber hinweggegangen werden, daß sich die einzelnen Gruppen auf dem bezeichneten Weg noch selbst am hinderlichsten sind.

Diesen Eindruck möchte ich an dem Diskussionsverlauf in der Arbeitsgruppe »Anders leben — anders arbeiten« erläutern. Der Referent *Hoefnagels* vertrat die These, daß sich in unserem Wirtschaftssystem die Ziele Vollbeschäftigung und Umweltschutz gleichzeitig nicht durchsetzen lassen. Daraus folgte, daß das Wirtschaftssystem und das Bewußtsein der Menschen über Wachstum und Arbeit verändert werden müsse. Der zweite Referent *Feldmann* versuchte darzustellen, wie sich Umweltschutz und Vollbeschäftigung verwirklichen ließen — bei Verzicht auf exponentielles Wachstum.

Die Voraussetzungen — Veränderung des Bewußtseins und Verzicht auf Wachstum — wurden nicht weiter konkretisiert, so daß sich in der Diskussion dann folgerichtig der »technische Fortschritt« und die »Großindustrie« mit ihren unmenschlichen, unüberschaubaren und umweltzerstörerischen Wirkungen sowie »unser Wohlstand und Überfluß« auf der Anklagebank wiederfanden. Die Folgerungen sind bekannt: kleine und mittlere Technologie, Selbstversorgungskollektive, ökologischer Landbau und Bildung genossenschaftlicher Zellen in Großbetrieben (wie tatsächlich gefordert wurde!). So sinnvoll diese Forderungen und Vorstellungen teilweise sind — ohne eine klare und deutliche gesellschaftliche Ursachenanalyse verbleiben sie leicht im Schwärmerischen. Und hier lag denn auch der meiner Meinung nach wichtigste Widerspruch in der Diskussion der Arbeitsgruppe.

Über eines wurde nämlich nicht in der Deutlichkeit geredet, die nötig gewesen wäre: daß es außer dem »wir«, die wir dank der »Technik so im Überfluß leben«, noch gesellschaftliche Kräfte und Mechanismen gibt, die — ob wir wollen oder nicht — dem Zwang zum Wachstum, zur Ausbeutung von Mensch und Umwelt unterliegen. Daß es nämlich die spezifisch kapitalistischen Bedingungen der Technikanwendung sind, die zu den beklagten Erscheinungen führen, daß es die Gesetze des Kapitals sind, die sich hinter dem Rücken der Akteure (also ohne daß sie es unbedingt subjektiv bemerken) durchsetzen (Marx). Daß die Träume und Utopien über besseres und menschlicheres Leben in der Gesellschaft eben nur dann konkrete Formen annehmen, wenn auch über diese Seite der gesellschaftlichen Kritik gesprochen wird.

Ich hatte durchaus den Eindruck, daß genau an diesem Punkt noch nicht die Bereitschaft besteht, die »Gemeinsamkeit in der Vielfalt« auch tatsächlich in der notwendigen Toleranz zu praktizieren. Aber das ist auch viel verlangt, wenn ich mir die jüngere »linke Geschichte« mit ihren zahllosen Spaltungen und Ausgrenzungen vor Augen halte.

Günther *Bachmann* schreibt im *Argument* 131 über die BdWi-Tagung Umwelt- und Gesellschaftspolitik (November 1981), daß trotz dringenden Bedarfs »eine Aufbruchstimmung zur Integration des gemeinsamen Sachverstandes unter eine qualifizierte Fragestellung nicht ausgemacht« werden konnte. Dies trifft auch noch für die Tagung des ÖKO-Instituts zu. Aber wir können keine Illusionen darüber haben, daß der Einsicht in die Notwendigkeit dieser Integration die konkrete Praxis ohne Konflikte und Reibungsverluste folgt. Insofern ein Erfolg dieser Tagung: der Prozeß des »Miteinander redens« wird von allen Beteiligten fortgeführt.

Eine Erkenntnis in der Folge dieser Tagung hat sich auch ein Stück weit Bahn geschaffen. Die Problematik Arbeitsplätze und Umweltschutz ist zu komplex, als daß sie von einer Institution, sei es ein Hochschulinstitut, sei es das ÖKO-Institut, sei es der DGB, allein gelöst werden könnte. Die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Kooperation und Arbeitsteilung ist, glaube ich, hinreichend deutlich geworden.

Und darin könnte meiner Meinung nach der größte Fortschritt dieser Tagung liegen,

daß sich die unterschiedlichen bestehenden Arbeitskreise (z.B. Alternative Wirtschaftspolitik, Arbeitsorientierte Regionalwissenschaft, ÖKO-Institut, Gruppe Ökologie usw.) und Institute mit ihren jeweils spezifischen Kenntnissen und Spezialisierungen zur Kenntnis nehmen und *über die Arbeitsteilung zur Integration* des jeweils besten wissenschaftlichen Fachwissens kommen.

Jochen Hanisch (Berlin/West)

Sociaaldemocratie, Theorie en Strategie

2.-6. November 1981, Universiteit van Amsterdam,
veranstaltet von der Fakultät Sozialwissenschaften

Auch in »links Nederland« bleibt die Sozialdemokratie, die gleich nach dem II. Weltkrieg als (Volks)Partei der Arbeit neu gegründet wurde, trotz der relativen parlamentarischen und außerparlamentarischen Stärke von »klein links« (CPN, PPR, PSP) einer der wichtigsten, wenn auch in sich widersprüchlichen Faktoren jeglicher gesellschaftlichen Veränderung. Die den Kongreß vorbereitende Gruppe, jüngere Politologen und andere Sozialwissenschaftler der UvA, wollte sich über die wechselnden Reaktionen der PvdA auf nationale (Entsäulung) und internationale (Entspannung) gesellschaftliche Veränderungen verständigen und die weitere Perspektive der programmatischen (durch das Grundsatzprogramm von 1977) Erneuerung der PvdA, die als Linksverschiebung interpretiert wird, klar werden. Verbunden durch einen zentralen Vorlesungszyklus, in dem bekannte nationale Historiker der niederländischen Arbeiterbewegung (Frits de Jong, früher Direktor des IISG, Amsterdam) und linke Kritiker der Sozialdemokratie (Siep Stuurman, Göran Therborn) zusammen mit Parteiintellektuellen (Gerard Heyne den Bak) zu Wort kamen, fanden eine Reihe von Arbeitsgruppen statt, die sich mit je einem »Politikfeld« näher befaßten (so mit Wohnungsbau und Stadterneuerung, Wirtschaftspolitik, Arbeitsverhältnissen, Frauenfragen, Ost-West Verhältnissen, Nord-Süd Verhältnissen, Schule und Erziehung, Kulturpolitik und Umwelt- und Energiepolitik). Hier war die PvdA in der Regel durch bekannte parlamentarische Spezialisten und/oder Mitglieder des Parteivorstandes vertreten. Obwohl von vornherein nicht als Treffen von Experten konzipiert, fand der Kongreß eine bemerkenswerte Resonanz: Einige Hundert Zuhörer waren bei jeder der zentralen Vorlesungen zugegen, darunter auch zahlreiche Journalisten, Parteimitglieder und linke Aktivisten ohne wissenschaftliche Weihen; in der im Unterschied zur Bundesrepublik vielfältigen niederländischen Wochenpresse wurde ausführlich berichtet.

Im Eröffnungsvortrag des Kongresses zum Thema »Tussen kapitalisme en socialisme: de Sociaaldemocratie« versuchte *Frits de Jong Edzn.*, Hochschullehrer an der UvA und international bekannter Historiker des niederländischen Marxismus, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung als Produkt eines »Hineinwachsens« der Arbeiterbewegung in den Kapitalismus zu erklären, das die Arbeiterbewegung wie den Kapitalismus selbst langsam aber sicher strukturell verändert. Die Sozialdemokratie habe sich in den Niederlanden — wie auch in anderen westeuropäischen Ländern — nach ihrem ersten historischen Sieg im Kampf um das allgemeine Wahlrecht sehr bald in einer Situation der »machtlosen Macht« wiedergefunden, in der sie zugleich zu stark war, um sich noch erfolgreich auf bloß verbalradikale Kritik alles Bestehenden zu beschränken, und zu schwach, um soziale Strukturveränderungen nach ihren eigenen Vorstellungen herbeizuführen. Die niederländische Sozialdemokratie habe sich in dieser Situation eingerichtet, indem sie zur »Säulenpartei« statt »Klassenpartei« wurde, d.h. faktisch sich auf die intensivere Organisation der bereits freigewerkschaftlich und sozialistisch organisierten Arbeiter beschränkte und den Kampf um die konfessionell gebundenen Teile der Arbeiterbevölkerung aufgab. Der Nachkriegsversuch der niederländischen Sozialdemokratie, mittels der neugegründeten *Partij van de Arbeid* das Ghetto der sozialistischen »Säule«

elektoral und gesellschaftlich zu sprengen (der sog. »Durchbruch«) sei mißlungen und habe die PvdA zur Wahlpartei der nichtkonfessionellen Arbeitnehmer gemacht, die sich den Aufstieg zur Regierungspartei (in den römisch-roten fünfziger Jahren) durch die Aufgabe ihrer sozialistischen Identität erkaufte. Als parlamentarische Konkurrenzpartei, die sich mit dem Aufbau und der Detailverbesserung des niederländischen Wohlfahrtsstaates identifizierte, sei die PvdA als Mitverantwortliche in die heutige »strukturelle Krise« des Kapitalismus verstrickt worden. Den Kern des Dilemmas der heutigen Sozialdemokratie versuchte *Siep Stuurman* (Amsterdam) in seinem analytischen Beitrag über die »Probleme der Sozialdemokratie« daran festzumachen, daß sie qua reformistische Konkurrenzpartei weder auf die »Krise der Parteien« noch auf die »Krise des Keynesianismus« eine Antwort wüßte und daher weder in der Lage sei, die »neuen sozialen Bewegungen« zu integrieren, noch ihren im wesentlichen noch stets proletarischen Wähleranhang zusammen zu halten. Die Sozialdemokratie sei die Gefangene des keynesianischen Kompromisses, da sie zwar eine eigene sozialpolitische Konzeption, den Wohlfahrtsstaat, aber keine eigene ökonomische Politik habe; zugleich versperre ihr ihre rationalistische, auf parlamentarische Tausch- und Kompromißtaktik fixierte Politikauffassung den Weg zu einer echten Machtpolitik.

Ähnlich versuchte Göran Therborn (Lund) in seinem Beitrag die sozialdemokratische Arbeiterbewegung als Schöpferin und schließlich Gefangene einer besonderen Politikform zu analysieren. Diese sei formell durch Legalismus und repräsentativen Elitismus, das Spektrum der darin möglichen Politiken durch eine Typologie der Reformismen zu kennzeichnen, zwischen denen die sozialdemokratischen Parteien schwankten. Erfolge habe sozialdemokratische Politik vor allem als Promotor kapitalistischer Entwicklungen stets dort gehabt, wo diese durch Kriege oder Krisen unterbrochen waren. Minder global kritisierte *Gerd Junne* (Amsterdam) die links-keynesianische und neuerdings durch den »Weltbeschäftigungsplan« der PvdA (Tinbergen, Den Uyl, Pronk, Kok) in Richtung auf eine internationale Strukturplanung erweiterte sozialdemokratische Konzeption von Entwicklungspolitik. Ein »Marshall-Plan für die Dritte Welt« sei zwar an sich ökonomisch möglich, die sozialdemokratischen Vorschläge krankten aber an einem technokratischen Bewältigungsoptimismus, der die Folge einer technokratischen Politikauffassung mit dem zugehörigen interessenharmonischen Gesellschaftsbild sei. Die Vordenker sozialdemokratischer Entwicklungspolitik nähmen weder die Konflikte zwischen den Industriestaaten noch die internen Klassenstrukturen der »armen Länder« zureichend wahr. *Anne Coote/Joyce Outshoorn* (London/Amsterdam) thematisierten Probleme der neuen Frauenbewegung mit der Sozialdemokratie und umgekehrt. Zwar sei die Sozialdemokratie für die Frauenbewegung die noch bei weitem offenste politische Kraft, da sie an der liberalen Idee des gleichen Rechts für alle festhalte und zugleich aus ihrer sozialistischen Vergangenheit den einfachen Gedanken im kollektiven Gedächtnis bewahrt habe, daß bloße Rechtsgleichheit ohne zusätzliche materielle Voraussetzungen noch keine hinreichende Gewähr für soziale Gleichheit biete. Aber Frauen seien auch in sozialdemokratischen Parteien noch stets weit unterrepräsentiert, so daß die Sozialdemokratie weder als Instrument noch als Substitut taue. Es konnte nicht ausbleiben, daß Parteivorstandsmitglied *Gerard Heyne den Bak* in seinem Beitrag zum »Selbstbild der niederländischen Sozialdemokratie« auf die geballte Kritik der Sozialwissenschaftler abwehrend reagierte. Völlig zu Recht monierte er, daß in den meisten Beiträgen stets die Perspektiv- und Konzeptionslosigkeit der Sozialdemokratie teils behauptet, teils beklagt wurde, ohne daß das neue Grundsatzprogramm der PvdA (aus dem Jahre 1977) zur Kenntnis genommen geschweige denn detailliert kritisiert worden sei, worin die PvdA ihre Konzeption und Perspektiven für die 80er Jahre sehr wohl offengelegt habe.

Im löblichen Bemühen, alles auf einmal zu tun, ist weder die gegenwärtige sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Phänomen Sozialdemokratie hinreichend thema-

tisiert und personell repräsentiert worden, noch konnte man der Eigenart und besonderen Situation der niederländischen Sozialdemokratie gerecht werden, so daß sich die offiziellen Parteivertreter relativ leicht für nicht betroffen erklären konnten. Schade vor allem, daß die internen Auseinandersetzungen in den sozialdemokratischen Parteien kaum thematisiert und Sprecher oppositioneller Strömungen innerhalb der PvdA wie *Bart Tromp* nur am Rande, d.h. im Rahmen einer Arbeitsgruppe, zu Wort kamen.

(Michael Krätke/Amsterdam)

Kongreßankündigungen

Deutscher Soziologentag

Der 21. Deutsche Soziologentag findet vom 13. bis 16. Oktober 1982 in den Räumen der Universität Bamberg statt. Der Soziologentag wird unter dem Thema »Krise der Arbeitsgesellschaft?« stehen; dieses Gesamtthema des Kongresses wird während der ersten eineinhalb Tage in drei Themenbereichen bearbeitet werden. Die folgenden eineinhalb Tage stehen für die Arbeit der Sektionen und von Ad-hoc-Gruppen zur Verfügung. Die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie werden die Einladung und das Programm des Kongresses im Laufe des Mai 1982 erhalten. Die Teilnahme am Kongreß ist jedoch nicht auf die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie beschränkt. Anfragen, die das Programm und die äußeren Modalitäten des Bamberger Soziologentages betreffen, sind an das Organisationsbüro des 21. Deutschen Soziologentages zu richten (Universität Bamberg, Postfach 1549). — Wegen der begrenzten Unterkunstmöglichkeiten in Bamberg wird eine Anmeldefrist bis zum 31.7.1982 gesetzt werden müssen; nach diesem Zeitpunkt kann keine Unterbringung in Bamberg mehr seitens der Veranstalter garantiert werden.

8. Tübinger Festival für den Frieden, 2.-6. Juni 1982

Kabarett-, Tanz- und Theatergruppen; Vorträge, Diskussionen, Workshops, Ausstellungen, Filme zum Thema »Frieden«; 40 Musikgruppen und Liedermacher, Pantomimen und Musiktheater.

Veranstalter: Club Voltaire, Haaggasse 26 b, 7400 Tübingen, 07071/211524.



NEUERSCHEINUNG

ARGUMENT-STUDIENHEFT SH 56

FRAUENPOLITIK

Opfer/Täter-Diskussion 2

Zum Streit um die Frage, wie Frauen sich politisieren, dokumentieren wir Kritik und (zum Teil nicht abgedruckte) Repliken.

7,00 DM, 92 Seiten, SH 56

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Besprechungen

Philosophie

Ritter, Joachim, und Karlfried Gründer (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5 (L-Mn). Verlag Schwabe & Co., Basel-Stuttgart 1980 (739 S., Ln., 184,- DM)

Die Schwerpunkte des Bandes: »Leben« (23 Stichworte), »Logik« — »Logos« (27 St.), »Materie« (13 St.), »Mensch« (10 St.), »Methode« (14 St.). Die Gliederung semantischer Felder bleibt eine der formellen Stärken dieses Wörterbuchs. Das längste einzelne Stichwort: »Metaphysik« (über 90 Spalten). Zwischen 40 und 60 Spalten: »Macht«, »Malum«, »Materie«, »Mensch«. Um die 30 Spalten: »Logik«, »Marxismus«, »Methode«. Es scheint, daß die Hauptstichworte ihre, ziemlich umständliche, Standardlänge für dieses Wörterbuch gefunden haben.

Im Vergleich zu früheren Bänden — vgl. *Argument* 106 (1977), 888f. — sind die »Randgebiete« besser abgedeckt worden. Psychoanalyse (»Lebenstrieb«, »Libido«, »Lustprinzip«, »Masochismus«, »Minderwertigkeitskomplex«) und Marxismus werden eingehend und mit einem hohen inhaltlichen Standard behandelt. Beim Stichwort »Marxismus« fällt auf, daß die Sowjetphilosophie fehlt, was aber bei »dialektischem«, bzw. »historischem Materialismus« unter großzügiger Einbeziehung sowjetischer Literatur nachgeholt wird. Die Einteilung scheint mir auch bei anderen Stichworten dieses Bereiches (»sozialistische Lebensweise«, »Leninismus«, »Maoismus«, »Mehrwert«) gelungen. Zu bemängeln bleibt hier, daß unter »Mehrwert« praktisch nur die politische Ökonomie und Marx aufgeführt werden; Sraffa, geschweige denn Negri, werden nicht berücksichtigt; die Konstituierung des Mehrwerts kann rein wirtschaftswissenschaftlich nicht erfaßt werden (vgl. etwa die Arbeiten des Anthropologen Lawrence Krader) und auch rein wirtschaftswissenschaftlich hätte man die jetzige Diskussion — A. Bose, Morishima, usw. — berücksichtigen können. Vor allem zu »Liberalismus« hat man Theorie und Praxis der politischen Verfassung, die sehr rege waren und bleiben, zugunsten des rein ideologischen vernachlässigt. Die empfindlichste Lücke in diesem Band betrifft vielleicht die außereuropäischen Philosophien; lediglich hinduistische und jüdische Grundbegriffe werden berücksichtigt, während die islamische Philosophie ganz fehlt.

José Maria Ripalda (Madrid)

Totok, Wilhelm: Handbuch der Geschichte der Philosophie. Bd. III. Renaissance. Verlag Klostermann, Frankfurt/M. Lfg. 1: 1977; Lfg. 2: 1980 (658 S., br., 220,- DM)

Die bibliographische Fortsetzung des klassischen »Grundriß der Geschichte der Philosophie« von Friedrich Ueberweg (¹²1927) hat mit der Lieferung von 1980 ihren dritten Band vervollständigt. Die Renaissance- und Reformationszeit wird enzyklopädisch — was wäre sonst damals *nur* Philosophie? -- auf einer großen Vielfalt von Teilgebieten bibliographisch erforscht, u.a.: die Anfänge der neuzeitlichen Naturwissenschaften, die italienischen Rechtsschulen, das Trienter Konzil, Savonarola, die deutsche Theosophie, Gracián, so wie die spanische Mystik, die Nationalrenaissancen einschließlich Lateinamerika, usw. Das Ganze ist aber übersichtlich geordnet. Die knappen Einführungen zu jedem Abschnitt sind sehr sorgfältig, wenngleich konventionell; in dieser Hinsicht nähert sich, wenngleich nur bruchstückhaft, das »Questioni di storiografia filosofica« von Vittorio Mathieu (Brescia 1974) mehr der Aufgabe einer Fortsetzung des Ueberweg an. Die große Korrektheit, mit der ein hoher Standard durchgehalten wird, fällt am meisten bei diesem titanischen Werk auf. Eine letzte Anstrengung müßte gewiß noch bei der Rechtschreibung ausländischer Titel unternommen werden.

José Maria Ripalda (Madrid)

Schwemmer, Oswald (Hrsg.): Vernunft, Handlung und Erfahrung. Über die Grundlagen und Ziele der Wissenschaften. Verlag C.H. Beck, München 1981 (153 S., br., 29,80 DM)

Die in diesem Band versammelten Arbeiten, entstanden aus Anlaß der Gründung des Interdisziplinären Institutes für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte an der Universität Erlangen und zu Ehren des 65. Geburtstages von Paul Lorenzen, sollen einen Überblick verschaffen über die thematische Breite der »konstruktiven Wissenschaftstheorie« und ein Resümee dessen geben, was in 10 Jahren der Diskussion und Kritik dieser Theorie an festem Bestand und Perspektiven vorhanden ist.

Dreh- und Angelpunkt konstruktiver Wissenschaftstheorie ist die Auffassung, daß Wissenschaft nicht bloß als ein besonderer Typ von Satzsystemen zu betrachten ist, »sondern auch in der Entwicklung dieser Ergebnisse, als ein Handeln, das sich bestimmten Problemen zu stellen, ihre Lösung vorzubereiten versucht, das auf bestimmte Ziele ausgerichtet ist« (Schwemmer, 8). Da sich mit dieser Auffassung partielle Berührungspunkte zu der marxistischen Wissenschaftstheorie (»Wissenschaft als allgemeine Arbeit«) ergeben, möchte ich nicht so sehr die speziellen Themen gewidmeten Arbeiten vorstellen (etwa die Arbeit von K. Mainzer zur Logik des Beweisens oder die Arbeiten von P. Lorenzen und R. Inhetveen zu Problemen der Geometrie und des Verhältnisses von Geometrie und Physik), sondern vielmehr die Aufsätze näher charakterisieren, die übergreifenden Problemstellungen gewidmet sind.

Besonderes Interesse verdient dann der Aufsatz von P. Janich: »Natur und Handlung«. Ließ sich bisher schwer dem Verdacht begegnen, daß es sich bei dem handlungstheoretischen Ansatz um einen latenten Subjektivismus handle (etwa in der Weise, daß Meßgeräteeigenschaften die Struktur der Welt konstituieren), so wird deutlich, daß der Verdacht herrührt aus einer Überpointierung dieses Ansatzes gegenüber dem naiven Realismus der analytischen Wissenschaftstheorie. Eine Aussage wie etwa die folgende — »Der Experimentator kann aus keinem wie auch immer gearteten Experiment etwas lernen, wenn er der Experimentiervorrichtung wie einem Naturgegenstand gegenübertritt... Mit anderen Worten, in Experimenten können keine Erfahrungen unabhängig von den Zwecken gewonnen werden, die die Handlungen des Experimentators beim Zusammenstellen des Experimentiergeräts leiten« (73) — kann auch voll und ganz von marxistisch orientierten Wissenschaftstheoretikern unterschrieben werden. Daß man über Naturgesetze nicht stolpert wie über einen Stein, sondern, daß mit Hilfe zweckmäßig eingesetzter Mittel diese erst erkannt werden müssen, wird von Janich klar herausgearbeitet. »'Naturgesetze' ließen sich demnach verstehen als Verlaufsgesetze, die als Wissen über vom Menschen nicht beeinflusste Ereignisse abhängen von einem technischen Vermögen. Dieses ist genauer das Vermögen, über Verlaufsgesetze 'regelmäßig', das heißt immer wieder gleich, angestrebte Zustände oder Ereignisse herbeizuführen. Es ist für das Verständnis von Erfahrungswissenschaft entscheidend zu sehen, daß hier Regelmäßigkeit an Handlungen auftritt, nämlich in Abhängigkeit von Zwecken wiederholt dasselbe zu tun — oder anders ausgedrückt: Ein so genanntes Naturgesetz zeigt sich nur in der Regelmäßigkeit zweckorientierten Handelns.« (80) Menschen sind eben keine mittellosen Wesen, stehen der Welt nicht unmittelbar gegenüber, wie von der analytischen Wissenschaftstheorie vorgespiegelt, sondern eignen sich die Welt vermittelst ihres Tuns und der Mittel dieses Tuns an.

Allerdings bestehen in der konkreten Bestimmung dieses Tuns zwischen der marxistischen und der konstruktiven Wissenschaftstheorie m.E. noch gewichtige Unterschiede. Letztere recurriert immer wieder auf die Verständigkeit des alltäglichen Handelns, welches dann keiner weiteren (zumindest für die Bestimmung des wissenschaftlichen Handelns keiner relevanten) Erklärung mehr bedarf. Zwar wird beansprucht, auch das alltägliche Handeln auf seine Vernünftigkeit zu hinterfragen (die Aufsätze von Kambartel, Schwemmer und Mittelstraß), aber um den Preis, daß Vernunft als autonome Instanz

erscheint, deren Verwirklichung von der Vernünftigkeit des je Einzelnen abhängt. »Die Übernahme und Anwendung der Einsicht (in das, was vernünftig ist, M.W.) bleibt dabei stets eine Leistung der Subjektivität, das heißt jedes Einzelnen. Wo sie verweigert werden oder (aus Gründen, die in dominanten subjektiven Orientierungen oder 'objektiven' Verhältnissen liegen) nicht gelingen, kennt auch die Philosophie keine Wege, die in das vernünftige Leben führen.« (Mittelstraß, 132) Mir scheint, daß gerade hier die marxistische Philosophie mehr und näheres zu sagen hat. Aber in Zeiten, in denen Irrationalismus und Unvernunft in der Wissenschaftstheorie ebenso wie in der Politik zu dominieren scheinen, ist jeder, der nach Vernünftigkeit seines Handelns fragt, ein willkommener und wichtiger Diskussionspartner.

Michael Weingarten (Villmar)

Holl, Jann: Historische und systematische Untersuchungen zum Bedingungsverhältnis von Freiheit und Verantwortlichkeit. Verlagsgruppe Athenäum/Hain/Scriptor/Hanstein, Königstein/Ts. 1980 (497 S., br., 150,— DM)

Dem Verfasser geht es ausdrücklich um historische *und* systematische Untersuchungen zum Bedingungsverhältnis von Freiheit und Verantwortlichkeit. Dementsprechend liegt die Bedeutung dieser (bereits 1975 abgeschlossen und in Bezug auf neuere Darstellungen — etwa Jonas' »Prinzip Verantwortung« — leider nicht aktualisierten, im übrigen aber äußerst gelehrsam und soliden) Monographie in zweierlei:

Methodisch gesehen vertritt Holl die These, daß Philosophiegeschichte nur dann eine philosophische Dimension habe, wenn sie für eine systematische Begründung wesentlich sei. Näherhin versucht er, zwischen dem reinen philosophiegeschichtlichen Historismus einerseits und einer ausschließlich systematisch verfahrenen und am Modell der »Normalwissenschaften« orientierten Philosophie andererseits derart zu vermitteln, daß er »praktische Sätze aus ihrem historischen Begründungszusammenhang« erklärt und sie gleichwohl mit ihrem Überschuß an transempirischen Allgemeinheitsansprüchen in den gegenwärtigen ethischen Diskurs einbringt. Das ist plausibel, insofern historische Begründetheit als solche fruchtbar gemacht und kontinuierlich auf systematische Legitimationsfragen bezogen wird. Ob aber der Konflikt zwischen Historie und System, Genesis und Geltung so wirklich einer Lösung nähergebracht ist, scheint fraglich: Der Ort, von dem aus das »Systematische« als das »Mehr-als-Historische« erkennbar wäre (falls das überhaupt wünschenswert ist) — wo ist er?

Inhaltlich gesehen, diskutiert der Verfasser fortlaufend das Bedingungsverhältnis von Freiheit und Verantwortlichkeit als, wie es traditionell scheint, Voraussetzung jeder ethischen Theorie. Das jedoch ist für Holl keineswegs selbstverständlich. Er zeigt, unter welchen historischen Bedingungen (theologischen zumal) und mit welchem »Interesse« Verantwortlichkeit in Freiheit begründet wurde. Und er sucht im Anschluß an die Rekonstruktion des griechischen Verantwortungsmodells den Blick für eine Begründung dieses Verhältnisses freizumachen, die nicht auf idealistische, theologische und metaphysische Freiheitsideologeme rekurren muß und doch Verantwortung gestattet, vorab als soziale: Prolegomena auch für eine marxistische Verantwortungstheorie.

Ludger Lütkehaus (Freiburg)

Blumenberg, Hans: Die Lesbarkeit der Welt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981 (415 S., Ln., 44,— DM)

»Metaphern sind rhetorische Elemente, die im Milieu angespannter Problemlagen Virulenz annehmen können.« (405) Mit diesen Worten formuliert Blumenberg die Prämisse am Ende einer Untersuchung, die den Verästelungen und Varianten der Metapher der »Lesbarkeit der Welt als Buch« nachgeht, beginnend beim christlichen Buch der Bücher, endend bei der Biochemie, die den sogenannten genetischen Code zu lesen sich unterfängt. 'Metaphorologie' nennt Blumenberg jenen Zweig der Wissenschaft, den zu ex-

ponieren er bestrebt ist: »Metaphorologie ist ein Verfahren der Sichtung von notwendigen Wagnissen und unverantwortlichen Suggestionen« (405). Das Wort »Wagnisse« deutet auf jene intellektuelle Spannung hin, welche die meisten der bisherigen Veröffentlichungen Blumenbergs freisetzen; doch wird der Leser, der hier Ähnliches erwartet, enttäuscht. Gewiß breitet der Autor erneut seinen universalen Wissensschatz als Ergebnis einer stupenden Belesenheit aus. Was ihm aber diesmal — anders als etwa in der bezüglich der Methode der Darstellung vergleichbaren »Legitimität der Neuzeit« — nicht gelingen will, das ist es, seine Arbeit mit einem roten Faden, der mehr wäre als die bloße Identifizierung der Metapher hier und dort, bzw. die Diagnose ihrer Defizienz, zu durchwirken. Das wird daran sichtbar, daß er sich durchgehend in Einzelstudien verliert. So tiefsinnig diese Studien über Augustinus, Galilei, Bacon, Leibniz, Kant, Lichtenberg, Goethe, Novalis, Humboldt, Freud — um nur einige Namen zu nennen, auf die sich jeweils einzelne der 22 Kapitel beziehen — sein mögen, und wie immer instruktiv im Einzelfall, so sehr vermißt man doch einen irgend argumentativ entwickelten Zusammenhang, der sie verbände. Die verschiedenen Realisationen, in denen sich die Metapher von der Welt als Buch aufzut, die Variationen vom Buch der Natur, als von Gott geschrieben, bis zum Buch der Geschichte, mit der Menschheit als Autor, bleiben nach ihrer Sichtung zu kontingent, als daß sie jenen Zusammenhang zu stiften vermöchten. Gar den Nachweis eines in der Geschichte der Metapher sich reflektierenden Prozesses der Selbstbehauptung des Subjekts, um dessen Rekonstruktion sich die bislang relevantesten Arbeiten Blumenbergs bemühten, bleibt er im neuen Buch schuldig. Nicht aber ist ihm dies anzulasten, als vielmehr der Metapherngeschichte selbst: Sie vollbringt ganz einfach eine solche Reflexion nicht. Vielleicht liegt das Unbefriedigende von Blumenbergs Buch als Ganzem an eben dieser Inkonsistenz und nicht durch historische Begründung aufhebbarer Kontingenz des Gegenstandes, der Geschichte der Metapher der Lesbarkeit? Freilich muß man sich dann fragen, ob ein Buch unter ihrem Titel in der Tat einem intellektuellen Erfordernis entspricht? Oder ob es Blumenberg *nur* darum zu tun war, eine ausgearbeitete Vorlesungsreihe zu veröffentlichen (vgl. 14), in der er seinen Zuhörern noch nicht verwertete Restbestände und Lese Früchte früherer Forschung angeboten hatte?

Michael Schneider (St. Augustin)

Greffrath, Krista R.: Metaphorischer Materialismus. Untersuchungen zum Geschichtsbegriff Walter Benjamins. Wilhelm Fink Verlag, München 1981 (174 S., br., 28,— DM)

Der Titel dieser Studie meint das Verfahren Benjamins, das mehr noch als sein Geschichtsbegriff im Zentrum ihres Interesses steht. Die Formel spricht, wie die Autorin formuliert, »eine Intention Benjamins« (9) aus. Der Umgang mit diesem Verfahren erweist sich einmal mehr als außerordentlich schwierig, denn weder ist diese Metaphorik bloß dichterisch, also die sinnliche Reproduktion eines Unsichtbar-Realen, noch bloßes Bindeglied zwischen bildlicher Vorstellung und begrifflicher Sprache, sondern vielmehr »absolut« (Blumenberg; zit. 127). Das heißt, die Metaphern Benjamins sind nicht auf ein als »eigentlich« Gedachtes rückführbar, sondern sie geben Bilder eines Unerkannten, Ungesagten, noch nicht Gewußten, dessen »Geheimnis«, wie eines der leitenden Motive lautet, sich mit Hilfe der Metapher offenbare. Die Konstellation, in der die Gegenstände dem Erkennenden gegenüber treten, hat Aragon in ein Bild gefaßt, das auch Benjamins Intention beschreibt: ein *Labyrinth* (von Beziehungen, Verweisen, Verstreubungen usf., das die Sache verbergend umhüllt), *in dem kein Minotaurus sitzt* (entgegen der Vorstellung des Mythos ist jenes Labyrinth leer [vgl. 142]). Sieht sich durch diese Selbstdarstellung der Texte Benjamins ihre Kommentierung ganz allgemein vor die Schwierigkeit gestellt, mit den Metaphern umzugehen, ohne ihren Bestand anzugreifen, so wird ihre Aufgabe im besonderen noch dadurch erschwert, daß die 'Geschichtsphilosophischen Thesen' von 1940, die eine Aufarbeitung des Benjaminschen Geschichtsbegriffs vor al-

lem zugrunde legen muß, nur fragmentarisch vorliegen. Sie waren nicht zur Veröffentlichung bestimmt, ihr fragmentarischer Charakter versteht sich also nicht, wie von anderen Arbeiten behauptet werden kann, als programmatisch. Damit stellen die 'Thesen' den Kommentator vor das Problem, eine Einheit stiften zu sollen, wo keine beabsichtigt war. Erst die von Benjamin geplante Einarbeitung dieser Reflexionen ins 'Passagenwerk' sollte endgültige Aufschlüsse über ihre Stichhaltigkeit liefern; dieses Projekt konnte jedoch nicht verwirklicht werden.

Das erste Kapitel (das mit einem bereits vor einigen Jahren veröffentlichten Aufsatz der Autorin weitgehend identisch ist) zieht aus diesen Hindernissen die Konsequenz und stellt die 'Thesen' in den Zusammenhang der traditionellen Geschichtstheorie. Benjamins Entwurf wendet sich gegen die historicistische Methode der Einfühlung einerseits und die evolutionistische Historik der II. Internationale andererseits — deren propagandistische Qualitäten zur Zeit der Sozialistengesetze unbestritten bleiben, die jedoch im antifaschistischen Kampf in katastrophaler Weise versagen mußte. Benjamin plädiert für eine Bereicherung des historischen Materialismus um die Erfahrungen der »Theologie«, und das heißt umgekehrt, »die Erfahrung des Eingedenkens in 'atheologischen' Begriffen zu schreiben« (22). Der Ausdruck »Theologie« benennt hier eine Hilfskonstruktion, mit deren Hilfe es gelingen soll, historische *Erfahrung* zu aktualisieren. Die Untersuchung ihrer (zeitlichen) Struktur und der darin sich manifestierenden Veränderungen der Wahrnehmungsweisen ergibt, daß die Erfahrungstheorie und damit verbunden »die Forderung nach einer Erfahrung mit der Vergangenheit, die doch anscheinend unwiederbringlich verloren ist, im Zentrum der prononciertesten theoretischen Äußerungen Benjamins steht« (49f.). Diese Beobachtung — die wohl als erster Peter Szondi in seinem frühen Benjamin-Aufsatz so deutlich hervorgehoben hat, ein Aufsatz, dem diese Studie viel verdankt — wird durch die folgenden Kapitel bestätigt: ob es sich um die Figur des Erzählers (35ff., 79ff.), die auratische Erfahrung (91ff.), das Motiv des Erinnerns (44, 68ff., 77), die Allegorese (114ff.) oder das mimetische Vermögen (120ff.) handelt — stets bezieht sich Benjamins Fragestellung auf das Verhältnis archaischer, teilweise in der Theologie (wie in der Figur des Eingedenkens) bewahrter Erkenntnis- und Aneignungsformen zur *Gegenwart*, in der ihre Praxen durch kapitalistische Verkehrsformen destruiert, d.h. unweigerlich verloren sind, nicht aber ihr Gehalt. Benjamins Interesse richtet sich auf die neuen, durch die Erweiterung technischer Möglichkeiten gewonnenen Produktions- und Rezeptionsformen, die — unter »Verzicht auf eine ur-sprungsmythische Konstruktion« (120) — an das Gewesene anknüpfen sollen.

Die Studie Greffraths bemüht sich weniger um Rekonstruktion als um schlaglichtartige Erhellung einzelner, repräsentativer Zusammenhänge. Damit scheint die Möglichkeit gewonnen, die metaphorisch verdichteten *Aperçus* der 'Thesen' zu erläutern und zugleich dem assoziativen Verfahren Benjamins gerecht zu werden. Eine Alternative scheint sich damit anzudeuten zu einigen Grundfiguren der Benjaminrezeption, die das Werk entweder durch simplifizierende Popularisierung, aber mehr noch durch elitäre Rezitation bedrohen. Dennoch ist der Eindruck, den die Studie hinterläßt, zwiespältig. Denn im Gegensatz zur Benjaminschen Theorie, die ihren Zusammenhang weniger allein im Prozeß der Reflexion als vielmehr in der Bewahrung der Vielschichtigkeit ihres Gegenstandes zu finden hofft, entstehen auf der metatheoretischen Ebene des Kommentars Brüche, die nur mühsam durch Formeln wie »dazu gehört«, »dem entspricht«, »parallel dazu« usf. überdeckt werden. So beharrt beispielsweise der Kommentar an zentraler Stelle auf einem bei Benjamin versuchsweise vermittelten Konflikt zwischen Politik (historischem Materialismus) und Ästhetik (auratische Erfahrung). Hier hätte die Möglichkeit bestanden, Benjamins Programm der »rettenden Kritik« beim Wort zu nehmen und das, was an auratischer Erfahrung einst einfühlungsästhetisch depravierte, auf seinen Bezug zur »Jetztzeit« hin zu analysieren. Aus Benjamins Skepsis gegenüber der Ba-

sis-Überbau-Metapher (die er für präzisierungsbedürftig hielt) wird statt dessen eine »heimliche« (107) Opposition zum Marxismus abgeleitet, die weder Benjamins eigenen Verlautbarungen (vgl. 129) noch dem Tenor der 'Thesen' und des 'Fuchs-Aufsatzes' entspricht. — Den Versuch, eine Aktualisierung (d.i. die Herstellung einer Konfiguration aus Vergangenheit und Gegenwart, deren konstruktives Prinzip seine Kriterien aus der Analyse gegenwärtiger Politik bezieht) an Benjamin selbst vorzunehmen, diesen Versuch also, die aktuelle Gegenwart »in der Vergangenheit als gemeint zu erkennen«, ist die Arbeit von Greffrath schuldig geblieben.

Ralf Konersmann (Münster)

Weigand, Karlheinz (Hrsg): Bloch-Almanach. 1. Folge 1981. Vertrieb über das Ernst-Bloch-Archiv der Stadtbibliothek Ludwigshafen/Rhein (153 S., br., 15,— DM)

Dies ist der erste Band einer (hoffentlich) längeren Reihe, die »vor allem noch nicht oder nur wenig beachtete Materialien und Themen bringen und auch denjenigen Leser erreichen will, den Bloch für sich persönlich interessiert« (8). Dieses Programm erfüllt der vorliegende Band in beiderlei Hinsicht: Für den Leser, »den Bloch für sich persönlich interessiert« (besser: der sich für Bloch persönlich interessiert), ist wohl das einleitende Interview (wie ein Gespräch mit Gabriel Marcel eine Erstveröffentlichung) gedacht, in dem sich Bloch vor allem an seine Kindheit und Jugend in Ludwigshafen erinnert. Ähnliche biographische Intentionen verfolgen die beiden folgenden Texte, »Über die Entwicklung des politischen Denkens Ernst Blochs im Schweizer Exil des ersten Weltkriegs« von Martin Korol und ein Auszug aus Karola Blochs Memoiren. Diese Häufung an biographischem Material, — über ein Drittel des Buches —, mag zwar ganz unterhaltend sein, trägt aber kaum zum Verständnis Bloch'scher Philosophie bei und verstößt zudem gegen Blochs dezidierte Erklärung, er wolle keine Biographie.

Daneben kommen die »noch nicht oder nur wenig beachteten Materialien und Themen« allerdings keineswegs zu kurz. Neben der Schilderung der materiellen Not Blochs im schweizer Exil erläutert der schon erwähnte Aufsatz Korols anhand von drei unbekanntenen Texten aus den Jahren 1917-1919 die Entwicklung von Blochs kämpferischem Pazifismus, die der Kategorie »Ungleichzeitigkeit« und, besonders interessant und gegen das Bloch-Bild des hundertprozentigen Leninfreunds und des zeitweisen Stalinisten, seine frühe Kritik an Lenin als »rotem Zaren« (38), an der Sozialdiktatur des Bolschewismus und seine Warnung vor einem Staatssozialismus. Genauso setzen die beiden Texte über Blochs »Spuren« den Akzent auf das bislang weniger Beachtete. Edward Verhoffstadt zeigt neben dem bekannten expressionistischen frühen Bloch einen anderen, der in den Spuren »oft — wenn nicht überwiegend — anders schreibt: eher nachdenklich als ekstatisch« (61). Beat Dietschy sucht in den Spuren die Anfänge von Blochs Naturphilosophie, die Suche nach der noch nicht gefundenen Identität der Dingwelt. Blochs spekulativer Materialismus mit postuliertem hypothetischem Subjekt der Natur richte sich »vornehmlich gegen die technokratische und szientistische Verkürzung des Materiebegriffs gerade auch im marxistischen Denken« (109). Über »Sprache und Komposition bei Ernst Bloch« schreibt Peter Zudeick. Blochs bildhafte Sprache, seine unstilisierten Brüche und Sprünge, die oft Fehldeutungen provozieren, erklärt er aus dem Gegenstand Bloch'scher Philosophie. Dies erfordere sowohl »eine Sprache, die das 'allmähliche Verfertigen von Gedanken' plastisch werden läßt« (75), wie sie den Anspruch zu erfüllen hat, »die Vernünftigkeit der gängigen Begrifflichkeiten zu überbieten und gleichsam die zu erkennenden Verhältnisse, Menschen, Dinge selbst zum Sprechen zu bringen« (80). Der Auszug aus einem Gespräch zwischen Bloch und Marcel aus dem Jahre 1967 sei vor allem all denen nahegelegt, die zuviel von Bloch für die Theologie erwarten. Mit seiner Unterscheidung von Hoffnung und Zuversicht und von christlich geduldiger und marxistisch promethischer Hoffnung zeigt er erfreulich deutlich, was ihn von den Theologen

trennt. Der anschließende Bericht von Hans A. Fischer Barnicol ist mehr anekdotenhaft. Abgeschlossen wird der Band durch den ersten Teil der Bibliographie des Bloch-Archivs, die die vorhandenen Tonbänder und Übersetzungen umfaßt.

Markus Keppeler (Tübingen)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Wimmer, Rainer: Referenzsemantik. Untersuchungen zur Festlegung von Bezeichnungsfunktionen sprachlicher Ausdrücke am Beispiel des Deutschen. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1980 (194 S., br., 44,— DM)

Der in der Sprachphilosophie dieses Jahrhunderts besonders kontroverse Begriff der Referenz verdankt sich im wesentlichen Problemen wie den folgenden: der von Kuhn und Feyerabend geprägten Diskussion um den sogenannten »Bedeutungswandel« oder »Wechsel der Begriffssysteme«: Meinen wir noch dasselbe mit X wie Aristoteles? Wie sind Übersetzungen von früheren oder heutigen »inkommensurablen« Begriffssystemen ineinander möglich? Worüber sprechen wir »in Wirklichkeit«? Oder: Legt die Bedeutung eines Ausdrucks, d.h. irgendwelche Meinungen oder Intentionen in den Köpfen der Sprachbenutzer die Referenz fest? Wenn ich Gegenstände, im Alltag und in den Wissenschaften, nur mittels Definitionen, Wesensbestimmungen oder Wortbedeutungen herausgreife, wie begegne ich dann der Tatsache, daß sich mit steigender Anzahl falscher oder »überholter« Meinungen (Definitionen usw.) mein »Kontakt zur Welt« verringert? Wenn sich Wissenschaft nach der traditionellen Auffassung von »weichen Diskursen« (d.h. nach R. Rortys Redeweise, solchen, die mit Rechtfertigung zu tun haben wie Dichtung, Religion oder Politik) dadurch unterscheidet, daß bei ihr »objektive« Referenz auf Dinge »da draußen« stattfinde, wie begegne ich dann Quines vernichtendem Angriff auf die »zwei Dogmen des Empirismus«, der ja u.a. gerade den Begriff der Definition zweifelhaft gemacht hatte? — Für eine Beantwortung solcher und anderer Fragen mit dem Ziel, den *Skeptizismus* aufzuhalten, sind in der Sprachphilosophie der letzten Jahrzehnte eine Fülle von Referenztheorien entwickelt worden, als Reaktion auf die bittere Erkenntnis, daß wir uns über Gegenstände nicht mehr problemlos und mit Gewißheit mittels ihrer sinnlich oder verstandesmäßig (nach den Regeln der Vernunft oder der Sprache, also definitionsmäßig) »gegebenen« Eigenschaften und Qualitäten verständigen können.

Die wenigen Fragen sollen deutlich machen, daß die von der Linguistik aufgenommenen Antworten auf Fragen der Bedeutung und der Referenz eigentlich Nebenprodukte der (sprach)philosophischen Diskussion sind, der sich auch der theoretische Ansatz der vorliegenden Heidelberger Habilitationsschrift verdankt. Der Autor übernimmt Grundgedanken von Saul Kripke, die Wittgensteins antiskeptizistische Satz »Sich in der Muttersprache über die Bezeichnung gewisser Dinge nicht irren können ist einfach der gewöhnliche Fall« erläutern sollen (2). Wimmer versucht, die von Kripke entwickelten Begriffe der »festen Designatoren« (FD) und der »Referenzfixierungsakte« für eine kommunikativ orientierte Sprachwissenschaft fruchtbar zu machen. Kripkes Interesse an der Einführung dieser Begriffe verdankte sich ja den Argumenten v.a. Quines gegen den Essentialismus, d.h. der Einsicht, daß nicht länger mehr das Kriterium einer adäquaten, »objektiven« Beschreibung mittels Definition oder Angabe von wesentlichen Eigenschaften von Gegenständen ausreicht, zu bestimmen, worüber wir »in Wirklichkeit« reden. Das ist die bekannte Debatte um den »Bedeutungswandel«: beziehe ich mich mit dem Ausdruck »chemisches Element mit dem Atomgewicht 197,2« auf denselben Gegenstand wie Aristoteles mit dem Ausdruck »chrysos« oder die heutige Umgangssprache mit »Gold«? Und vorausgesetzt, viele der in der Wissenschaft der Vergangenheit ver-

wendeten Begriffe referierten nicht, wie kann ich dann wissen, ob überhaupt einer der heute von mir verwendeten Termini referiert?

Durch das Konzept der FD verfügen wir nun über Ausdrücke, mit deren Hilfe wir uns in allen modalen Kontexten, d.h. unter allen möglichen denkbaren Bedingungen, auf etwas beziehen können, was dort andere Eigenschaften haben kann als in unserer als real vorgestellten Welt (119). Durch sie wird garantiert, daß die referentielle Basis dieser Welt nicht durchbrochen wird, obwohl doch vielleicht jeder Sprachteilhaber über die Beschaffenheit seiner Gegenstandswelt ganz verschiedener Meinung ist, also darüber, welche deskriptiven Ausdrücke einem bestimmten Individuum zuzuordnen sind. Grundlage für die Rekonstruktion von Bedeutungen ist so nicht mehr die Beschreibung, sondern die je historische Referenzfixierungssituation (130). Wimmer gibt viele Beispiele dafür, wie in der alltäglichen Kommunikation gerade solche Ausdrücke (als FD) zum Referieren verwendet werden, die nicht beschreibend mit Wahrheit auf die Gegenstände zutreffen, denen also keine Eigenschaften der Gegenstände zu entnehmen sind. Das heißt, für den Erfolg der Referenz spielt es keine Rolle, ob über den bezeichneten Gegenstand etwas mit Wahrheit prädiert wird, sondern ob wir über dieselbe Kommunikationsgeschichte verfügen, damit über den gemeinsamen Gebrauch des Ausdrucks (95).

Im Mittelpunkt steht also die umgangssprachliche Praxis des Referierens als sprachliches Handeln, der »sehr enge Zusammenhang zwischen dem sprachlichen und dem anderen sozialen Handeln« (31). Dies ist auch das vorrangige Motiv für seine Wendung gegen strukturalistische Bezeichnungstheorien: als ob »es von bestimmten Ausdrücken als Langue-Zeichen abhängt, ob ein Referenzakt erfolgreich sei« (12).

In der Tat scheint die Linguistik, solange ihre Basis noch das von jeder sozialen Dimension gereinigte Sprachzeichen ist, jenem scholastischen Sprachdenken verhaftet zu bleiben, wonach das Zeichen an sich Bedeutung habe. Wimmers Ansatz exemplifiziert dagegen die Wittgensteinsche Auffassung, daß wir, indem wir sprechen, nicht Wörter mit Bedeutungen (»als starre Entitäten ..., mit denen die Sprecher ... wie mit Bausteinen umgehen«; 32) verknüpfen, sondern über die Dinge reden. Gleichzeitig wird klar, daß auch Bestimmtheit nicht eine Eigenschaft der Gegenstände selbst bzw. mit der Verwendung bestimmter Ausdrücke allein schon gegeben ist, sondern eine »Funktion des Kommunizierens über diesen Gegenstand« (14). Behauptungen und Handlungen korrespondieren demnach nicht mit etwas, das unabhängig ist von dem, was Sprachteilhaber sagen und tun. An praktischen Beispielen macht Wimmer die philosophisch interessante Beobachtung, daß »gerade im Bereich der Bezüge zwischen Sprache und Wirklichkeit (wir) relativ große Freiheiten haben, die Referenzregeln selbst festzulegen« (110). Wenn aber die erkenntnistheoretische Position, daß Gegenstände und Tatsachen sprachunabhängig zugänglich seien, aufgegeben wird, so tritt an die Stelle der abbildmäßigen *Konfrontation* von Subjekt und Objekt, Geist/Sprache und Natur/Welt die *Kommunikation*, das Gespräch zwischen Personen. »Das Wirkliche« steht nun in Verbindung mit unserer *Rechtfertigungspraxis*: »Die Bestimmung von Gegenständen hängt nie von extrakommunikativen, quasi-objektiven Verfahren zur Gegenstandsbeschreibung oder -definition ab, vielmehr finden alle derartigen Verfahren ihren Schlußpunkt in Kommunikationen, in denen die Sprachteilhaber selbstverständlich davon ausgehen, daß sie selbst und ihre Partner wissen, wer oder was damit gemeint ist.« (174) Die Suche nach allgemeinen Kriterien für Gewißheit (seien es Sinnesdaten oder analytische Wahrheiten apriori) macht einem Rechtfertigungsbegriff Platz im Sinne der konversationellen Maxime: »Verwende FD so, daß du die damit verbundene Einführung von Gegenständen in die Kommunikation jederzeit rechtfertigen kannst.« (136) Liegen die Rechtfertigungskriterien aber im Gespräch (in der gemeinsamen Rekonstruktion von Referenzfixierungsketten), wird »Referenz« zu einem Begriff des Common-Sense, zu einem »Sprechen-über«, das sich auf Realitäten wie Fiktionen bezieht und sich absetzt vom »objektiven«, den Naturwis-

senschaftlichen nachgebildeten Kunsta Ausdruck der »Referenz«. Das scheint mir ein so großer Schritt in Richtung des Pragmatismus zu sein, wie ihn Kripke wohl nicht mitmachen würde. Dafür spricht auch, daß Wimmer, der an Kripkes philosophischen und ontologischen *Motiven* nicht interessiert ist, im ganzen Buch auf dessen aristotelische Begrifflichkeit vom Wesen und den notwendigen und essentiellen Eigenschaften verzichten kann. Die Wendung gegen den »harten Referenzbegriff« (im Sinne »einer Verifizierung von Existenzen von Gegenständen nach ganz bestimmten Methoden«; 174) macht zugleich die Unterscheidung von »weichen« und »harten Diskursen« fragwürdig, ebenso die von Fiktionalität und Nicht-Fiktionalität. Wimmer besteht auf der Relativierung der Auffassung, »daß ein mögliches Anderssein von Gegenständen andere mögliche Welten konstituiert bzw. unwahrscheinlich erscheinende Prädikationen über Gegenstände zur Fiktionalität von Texten führen« (171). Sein kommunikativer Rechtfertigungsbegriff erlaubt ihm eine »einheitliche Betrachtungsweise der Möglichkeiten der Gegenstandskonstitution in fiktionalen und nicht-fiktionalen Texten« (174). Das aber ist ein Plädoyer für fortwährende, immer neue mögliche Beschreibungen der Wirklichkeit, statt ihrer atomistischen Reduktion auf das für eine zeitlos neutrale Begriffssystem. In dieser Hinsicht ist das Buch nicht nur ein Zeugnis für den Einfluß der (sprach)philosophischen Diskussion auf die Linguistik, sondern gibt umgekehrt in ihren Ergebnissen auch der Philosophie den Hinweis, daß es — zumindest was die Referenz angeht — keine Argumente für eine kategoriale Trennung der Erforschung des Wirklichen von dem übrigen Teil der Kultur, also der Wissenschaft von Politik, Religion, Dichtung usw. geben kann.

Harold Wozel (Mannheim)

Tesnière, Lucien: Grundzüge der strukturalen Syntax. Herausgegeben und übersetzt von Ulrich Engel. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1980 (400 S., Ln., 59,80 DM)

Tesnières »Eléments de syntaxe structurale«, 1959 zum ersten Mal erschienen, ist ein Werk, das im deutschsprachigen Raum sehr anregend gewirkt hat, als eine geschlossene allgemeine Syntaxtheorie aber nicht besonders hoch im Kurs steht. So berufen sich die meisten dependenztheoretischen Ansätze auf Tesnière, begnügen sich aber mit der Übernahme einiger — sicherlich zentraler — Begriffe wie Dependenz oder Valenz und erwähnen den bei Tesnière ebenso wichtigen Begriff der Translation kaum. Der Grund für ein solches selektives Verhalten dürfte darin zu suchen sein, daß der Begriff der Translation die Bestimmung der vier Arten der »vollen Wörter« (Substantiv, Verb, Adjektiv, Adverb) voraussetzt — eine Bestimmung, die Tesnière nicht ohne Rückgriff auf metaphysische Kategorien (Substanz, Geschehen) zu leisten vermag und die so einen »inhaltbezogenen« Beigeschmack haben. Dabei bleibt unbeachtet, daß Tesnière die syntaktischen Abhängigkeitsbeziehungen als eine Funktion kategorialer Wortarten faßt, sie also nicht einfach beschreibt, sondern auch zu begründen versucht. Tesnière kennt im Grunde drei verschiedene Abhängigkeitsrelationen, und die Theorie der Translation verdankt sich dem Versuch, alle syntaktischen Beziehungen in Begriffen dieser drei Abhängigkeitsrelationen zu erklären. Es ist klar, daß Linguisten, die nichts begründen und erklären wollen, dieser Teil der Theorie Tesnières wenig sagt. — Die nun erschienene deutsche Übersetzung könnte ein Anstoß sein, sich mehr als bisher mit der ganzen Konzeption Tesnières zu befassen und die in ihr enthaltenen Erklärungspotenzen aufzunehmen. Die Übersetzung ist sorgfältig und zuverlässig (Ausnahme ist ein sinnentstellender Fehler auf S. 60, Z. 8, wo statt eines »nur« ein »nicht« steht); die Kürzungen, Zusammenfassungen und Streichungen sind gerechtfertigt. Hilfreich ist das angehängte »Lexikon der strukturalen Syntax«, in dem die verwendete Terminologie deutsch und französisch aufgeführt und auf erläuternde Textstellen hingewiesen wird. Das Literaturverzeichnis bringt sämtliche im Text genannten Werke, dazu Literatur über Tesnière und wichtige dependenztheoretische Arbeiten.

Jürgen Ziegler (Duisburg)

Ehlich, Konrad (Hrsg.): Erzählen im Alltag. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1980 (436 S., br., 17,— DM)

Auch da, wo sich's teils aus Desinteresse, teils aufgrund gezielter Desinformation lange noch nicht herumgesprochen hatte, müßte die »Botschaft« inzwischen angekommen sein: die Linguisten beschäftigen sich mitnichten weiterhin mit esoterischen Aspekten der sprachlichen Struktur; von den Bäumen sind sie längst heruntergeklettert; und an die Stelle der Beschau der eigenen Intuition ist längst das mühsame Abhören und schriftliche Fixieren des auf Tonband oder Video festgehaltenen, »authentischen« Textes getreten. Dazu hat es allerdings auch kräftiger Anstöße von außen bedurft. Vor zehn Jahren konnte man noch getrost vermuten, daß ein Buch, das in der Bundesrepublik erscheint und mit gesprochener Sprache zu tun hat, im weitesten Sinne der Dialektforschung zuzuordnen sei. Noch als die Freiburger Arbeitsstelle des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim Anfang der siebziger Jahre begann, Texte gesprochener deutscher Standardsprache zu veröffentlichen, lasen sich die Vorworte zu den Freiburger Bänden wie Entschuldigungen, daß man sich überhaupt mit einer so alltäglichen Sache wie gesprochener Sprache beschäftige! Die notwendigen Anstöße kamen wie so oft für die Linguistik von einer Nachbarwissenschaft, hier der Soziologie. Ohne sich viel um Grammatik zu scheeren, fingen die kalifornischen Nachfolger Alfred Schütz' ebenfalls Anfang der 70er Jahre an, sprachliches Handeln (oder verbale Interaktion, wie es denn bald auch auf deutsch hieß) durch minutiöses Nachvollziehen des fixierten Textes zu interpretieren. Es ging ihnen darum, herauszubekommen, wie Leute gelernt haben, bestimmte Alltagssituationen abzuarbeiten; von den Methoden, die die Leute (gr.: *tó éthnos*) dabei anwenden, kam der Name *ethnomethodology*. Solche Analysen haben sich in der Linguistik auch in diesen Breiten inzwischen ihren Platz erobert. Die Frage kann dabei allerdings naheliegen, ob nicht solche Analysen in ethnographisches Sammeln von »Material« abtuschen können, dem der Linguist, wie wir in Anlehnung an den auch von Ehlich im Vorwort zustimmend zitierten Michael Rutschky sagen können, als »aufmerksamer, aber fundamental verständnisloser Leser« gegenübersteht.

Der von Konrad Ehlich herausgegebene Band braucht sich vor dieser Frage nicht zu verstecken. Das liegt wohl nicht daran, daß der Alltag hier emphatisch daherkommt (»Das Insistieren auf dem Alltag wird zu einer Evokation der Wirklichkeit gegen zunehmend isolierte und fragmentarische wissenschaftliche und literarische Tätigkeiten. Es klagt den Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Leben emphatisch ein, der in jeder Partikularisierung implizit aufgegeben wird«, Einleitung, 15). Eher liegt es daran, daß Herausgeber und Beiträger wissen, daß sich sprachliches Handeln auch im Alltag in keineswegs trivialen Institutionen abspielt. Sprachliches Handeln meint hier: Erzählen, eine Tätigkeit, mit der sich bisher eher die Literaturwissenschaftler beschäftigt haben. Aber Erzählen ist nicht der Literaturinstitution vorbehalten, es kommt überall vor: in der Ehe, beim Sozialamt, im Krankenhaus, in der psychoanalytischen Einzel- und Gruppentherapie, vor Gericht und in der Schule. Die Autoren sind am stärksten dort, wo es ihnen gelingt, das Institutionsspezifische des Erzählens herauszuarbeiten: wo darf wer was wie erzählen, und in welcher Form steuern Zuhörer und Erzähler die Erzählung der »Geschichte« (in Quasthoffs Terminologie [114] »das subjektive Erleben eines realen 'Geschehens'«)? Rehbein zeigt zum Beispiel anhand der Analyse von Rechtsberatungsgesprächen mit Immigranten in East London die Notwendigkeit für den geschulten Juristen, der nicht die Geschichte sieht, sondern den »Fall«, in dem er seinem Klienten bestehen will, das Erzählte neu abzufragen: »Im Wissen des Juristen sind eine Reihe von Situationen des Alltags als rechtsnotorisch kodifiziert. D.h. der Alltag ist nach Standardsituationen im juristischen Ablaufmuster eingeteilt. ... Das partikuläre Erlebniswissen des Ratsuchenden, das sich in seiner Erzählung ausdrückt, muß als Fall eines juristischen Ablaufmusters rekatégorisiert werden. Hinter der Nachfrage des Beraters steht al-

so die Passage durch das juristische Wissen und eine noch nicht ausreichende Information.« (88)

Die elf Analysen des Bandes gehen mehr oder weniger ausgesprochen von diesem Gesichtspunkt der institutionsspezifischen Erzählanalyse aus. Da sie auf Vorträge einer Sektion bei einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft zurückgehen, dürften sie obendrein repräsentativ für die entsprechende Forschung in der Bundesrepublik (eine Beiträgerin stammt aus Österreich) sein.

Hartmut Haberland (Roskilde/Dänemark und Düsseldorf)

Blackburn, Julia: The white men. The first response of aboriginal peoples to the white man. Orbis Publishing, London 1979 (192 S., br., 6,75 £)

Die Pueblo-Indianer New Mexikos (USA) — von Spanisch sprechenden mexikanischen Jesuiten »christianisiert«, von den US-Amerikanern kolonisiert — erzählen sich etwa folgende Geschichte: Weil Eva sich ihrer 24 Kinder schämte, ließ sie nur 12 Kinder von Gott taufen, während sie die restlichen versteckte. Aus den getauften Kindern entwickelten sich alle Nicht-Indianer, die Weißen, aus den anderen die Indianer. Als Jesus geboren wurde, kamen drei Könige, um ihn zu verehren: ein Amerikaner, ein Mexikaner und ein Indianer. Der Amerikaner brachte Geld, der Mexikaner Wickeltücher, der arme Indianer aber, der kein Geschenk hatte, tanzte vor ihm. Jesus erfüllte jedem von ihnen einen Wunsch: der Amerikaner wollte smart sein und Macht haben, der Mexikaner wollte an die Heiligen glauben und beten, und als Jesus den Indianer fragte, was er sich wünsche, da antwortete dieser, daß er sehr arm sei und annehmen würde, was immer Jesus ihm gäbe. So erhielt er Saatgut für Mais, Weizen und Früchte. »Und dies ist der Grund dafür, daß die Indianer die ganze Zeit über arbeiten müssen, um zu überleben« (117).

Die Geschichte ist repräsentativ für die gesamte Anthologie. In nahezu jeder der 47 Erzählungen vermischen sich die Mitteilungen der Kolonisierten über ihre Herkunft, ihr Leben, ihre Perspektive mit Motiven, Mythen und Topoi des Kolonisators. Häufig sind es Bibel-Motive, die hier als Interpretationsmuster für koloniale Unterdrückung erscheinen. Zugleich fällt die resignative Grundhaltung auf: die kolonisierten Erzähler verharren im Gefühl der Minderwertigkeit, ja sie akzeptieren sie bereits. Ihre Erzählungen werden zum Ausdruck von Hilflosigkeit ohne Veränderungsperspektive.

Das Interesse der Herausgeberin gilt der *oral literature*. Aus vielen Quellen trägt sie das bereits früher verstreut veröffentlichte Material zusammen. Zu jedem Text werden Erläuterungen zu Herkunft, Thematik und Begriffen gegeben. Berücksichtigt werden Erzählungen von Völkern Afrikas, Nord-Amerikas und Austral-Asiens (Pazifik), die in irgendeiner Weise das Verhältnis dieser Völker zu den Eindringlingen berühren, zum »weißen Mann«. Hinter diesem Begriff verbergen sich Missionare, kolonialistische Ausbeuter, Anthropologen, Soldaten und vereinzelte Goldsucher gleichermaßen. Der Begriff der *Erzählung* wird weniger im Sinne eines Bestandteils literarischer Gattungslehre verstanden, eher als Produkt einer kulturspezifischen Sprechfähigkeit ohne Schreibtradition. Der Band ist illustriert mit zahlreichen z.T. farbigen Darstellungen des »weißen Mannes« (und der weißen Frau) in Bildern, Holzschnitten und Zeichnungen.

Die Erzählungen verdeutlichen, daß es sich um Produkte aufgezwungener Fremdkultur handelt, um Produkte eingeleiteter Assimilation und damit des Identitätsverlustes der Erzähler. Der Herausgeberin hingegen geht es mehr darum, »eine Sammlung von Visionen und Offenbarungen, von neuen Mythologien und praktischen Verständigungen« (21) zu liefern. Solche Entpolitisierung kultureller Produkte birgt jedoch immer die Gefahr, neue Varianten wissenschaftlich verbrämter Diskriminierung zu entwickeln, wie etwa der linguistische Diskriminierungsversuch, Sprachen der Völker der Dritten Welt als Primitivsprachen zu klassifizieren, wenn sie u.a. über ein für die Kontexte des Kolonisators nur ungenügendes System für Objektbezeichnungen verfügen. So wird z.B.

auch bei J. Blackburn die Bezeichnung »großer Vogel« für Flugzeuge als Ausgangspunkt einer Mythenbildung eingestuft (vgl. 26ff.).

Sehr viel schärfer stellt sich dieses Problem jedoch im Vorwort des US-Anthropologen Edmund Carpenter: »Stammesvölker« hätten keine »Tradition für 'fremde Neuigkeiten'«, keine »konzeptionellen Werkzeuge für den Umgang mit dem Unbekannten«. Dies stehe im Gegensatz zur »langen Tradition der Beschäftigung mit dem Fremden« seitens des »westlichen Menschen« (7f.). Dieses überhebliche Urteil eines Wissenschaftlers, das Unfähigkeit des Kolonisierten zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung, zur eigenständigen Umweltaneignung impliziert, läßt im Nachhinein die Erzählungen als Produkte einer primitiven Kultur erscheinen, angereichert durch die kulturellen Werte des Kolonisators. Der Intention der Herausgeberin scheint diese Deutung allerdings nicht gerecht zu werden.

Harro Schweizer (Berlin/West)

Dunjwa-Blajberg, Jennifer: Sprache und Politik in Südafrika. Stellung und Funktion der Sprachen unter dem Apartheidsystem. Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn 1980 (289 S., br., 18,— DM)

Spätestens seitdem die Schüler von Soweto 1976 gegen die südafrikanischen Rassisten ihr Leben riskierten, weiß man auch hierzulande, daß Apartheidpolitik auch über sprachliche Unterdrückung wirkt: für die schwarzen Schüler sollte damals Afrikaans (die Sprache der Buren und damit der »Nationalen Partei«) als obligatorische Unterrichtssprache eingeführt werden; der Versuch löste langandauernde Volksaufstände aus. Der Haß der schwarzen Bevölkerung gegen das Afrikaans ist nun keineswegs eine Abwehr gegen lediglich sprachliche Unterdrückung, auch wenn Afrikaans zusammen mit Englisch zur offiziellen Amtssprache Südafrikas gemacht wurde. Vielmehr — so argumentiert die Autorin — identifiziert die schwarze Bevölkerungsmehrheit die afrikaanse Sprache mit der alltäglich erlebten Gewalt des Polizeistaates, da diejenigen, die die Apartheid in die Tat umsetzen, eben afrikaanssprachig sind. »Es ist eine konservative Sprache, welche eine calvinistische Philosophie birgt, entfremdend für die Schwarzen ist und weiterhin die fatalistischen Ideen, welche die Buren als 'Herschervolk' und die Schwarzen als von Geburt aus zur Unterwerfung bestimmte Völker sieht, übermittelt.« (275)

Aber neben dem Afrikaans als Sprachträger der Apartheid erfüllen die in Südafrika gesprochenen afrikanischen Sprachen *gleichermaßen* ausgeprägte Herrschaftsfunktionen für die Rassentrennungspolitik. Diese zentrale These von Dunjwa-Blajberg überrascht natürlich zunächst, wenn man an die Bestrebungen und engagierten Kämpfe national und antikolonial eingestellter Sprachwissenschaftler, Bildungspolitiker sowie Schriftsteller des afrikanischen Kontinents denkt, in Schulen und im Alltag die afrikanischen Muttersprachen zu fördern, um damit zugleich die europäischen Kolonialsprachen zurückzudrängen. Aber die politische Situation im südlichen Afrika unterscheidet sich eben grundsätzlich von jener anderer afrikanischer Staaten, und folglich bedarf das »Sprachproblem« auch hier einer anderen Einschätzung und Lösung. Eine ganz zentrale Rolle spielen die afrikanischen Sprachen im Rahmen der Durchführung der Apartheid, denn die rassistische Politik der »getrennten Entwicklung« meint nicht nur strikte Trennung der Menschen nach ihrer Hautfarbe, sie meint auch weitgehende Aufspaltung der Schwarzen untereinander. Letzteres verwirklicht sich im Konzept der »Homelands«, wie die rassischen Auffangbecken und Reservate genannt werden sollen, in denen die schwarze Bevölkerungsmehrheit ghettoisiert wird. Die Trennung der Afrikaner in Sprachgruppen ist dabei das Kriterium ihrer Aussonderung für das entsprechende »Heimatland«. (Nach einem Gesetz von 1970 sind alle Afrikaner zwangsweise Bürger ihrer entsprechend zugeteilten Reservate, ganz unabhängig davon, ob sie überhaupt in diesen Gebieten wohnen.) Obwohl sich schon in vorkolonialen Zeiten eine allmähliche Sprach-

integration abzeichnete, was sich durch den engeren Kontakt der Menschen im Zuge der Urbanisierung noch verstärkte, zielt jetzt die Sprachpolitik der Regierung auf eine »mögliche Vermehrung der Sprachen, um langfristig vermehrte Widersprüche zwischen der afrikanischen Bevölkerung zu säen« (49). Pro »Homeland« wünscht man sich also eine (jeweils verschiedene) »Stammes«-Sprache, und zusätzlich für alle vorrangig die afrikaanse Sprache für den Kontakt mit den Weißen. Dieser politisch verordnete Prozeß der »Afrikanisierung« wurde »zum Instrument für die Balkanisierung der südafrikanischen Bevölkerung«, was die Sprachen selbst in einen Zustand der Unterentwicklung führte, »da ihre Entwicklung nicht von den eigenen Sprechern, sondern von der Regierung bestimmt wurde« (70f.).

Der Autorin geht es aber nicht nur um eine Beschreibung des status quo. Dunjwa-Blajberg versteht ihr Buch als Hilfe für eine »bewußte, unter Achtung der Menschenrechte erstellte Sprachplanung ..., die einen kleinen Teil der Entwicklungsplanung in einem von Apartheid und eurozentristischen Einflüssen freien Südafrika darstellen könnte« (3). In diesem Zusammenhang sieht sie für die *englische* Sprache eine progressive Zukunft als »allgemeine Sprache aller Südafrikaner«, nicht ohne deutliche Differenzierung: als »Sprache der imperialistischen Mächte und daher der angelsächsischen kulturellen Vorherrschaft« (115), entwickelte sich Englisch allmählich zu einer nicht-gruppengebundenen Sprache. Englisch wurde zu einem »Anti-Apartheid-Medium« (274), zur »Sprache der Emanzipation in Südafrika« (115). Dies läßt ihre Zukunft in Südafrika als gesichert erscheinen.

Als betroffene Südafrikanerin, die ihr Land aus politischen Gründen verlassen hat, setzt sie sich jedoch trotz der negativen Bestandsaufnahme *für die afrikanischen Sprachen* ein, für ihre Entwicklung unter radikal zu verändernden politischen Bedingungen, im Hinblick auf eine freie Entfaltungsmöglichkeit ihrer Sprecher. In ihrer Einschätzung der *gegenwärtigen* Lage stimmt sie mit den beiden Befreiungsorganisationen 'African National Congress' und 'Pan-Africanist-Congress' darin überein, daß die Erziehungssetze und die Einrichtung von »Homelands« die Funktion der afrikanischen Sprachen als Werkzeuge der Herrschaft der Apartheid enthüllen (55).

Dies sind nur einige zentrale Ergebnisse des Buches. Was es so spannend für den Leser macht, das sind die Beschreibungen der unterschiedlichen Einstellungen aller Bevölkerungsteile zu der Sprache des jeweils Anderen, des Beziehungsgeflechts von Sprachbewußtsein, institutionalisierter Apartheidpolitik und kultureller, ethnischer wie sozio-ökonomischer Stellung der betroffenen Menschen. Sosehr man die Informationsstelle Südliches Afrika für die Herausgabe des Bandes beglückwünschen kann, so sehr wäre dem Buch eine weitere Auflage in einem Verlag mit größerer politisch wie wissenschaftlich orientierter Vertriebsmöglichkeit zu wünschen. Harro Schweizer (Berlin/West)

Lukács, Georg: Entwicklungsgeschichte des modernen Dramas (Georg Lukács Werke Bd. 15). Hrsg. v. Frank Benseler. Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1981 (600 S., Ln., 122,— DM)

Mit diesem Band wird Lukács' Erstlingswerk, die 1906/07 begonnene, 1908/09 maßgeblich umgearbeitete »Entwicklungsgeschichte des modernen Dramas«, erstmals in deutscher Übersetzung vorgelegt.

Nachdem der Herausgeber der großen Werkausgabe eine Publikation schon für 1974 vorgesehen hatte, darf acht Jahre später die Edition von Lukács' Lebenswerk — sieht man von den kleineren vormarxistischen Schriften, den politischen Aufsätzen aus den 20er Jahren und der späten Ontologie-Arbeit ab, die jedoch zumeist in Taschenbuchausgaben leicht zugänglich sind — im wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden (vgl. dazu insgesamt das Nachwort F. Benselers 571-576). Von der Dramengeschichte ausgehend empfiehlt sich eine neuerliche Lektüre anderer Lukács'scher Texte, da hier

ohne terminologische Versteifung Leitmotive anklingen, die das gesamte Frühwerk begleiten. — Vor allem der geschichtsphilosophische Hintergrund der Argumentation muß betont werden; er bildet das vermittelnde Glied, das hilft, eine gewisse Kontinuität im Wandel zu sehen und die Ergebnisse der Dramengeschichte mit denen der Theorie des Romans (= ThR) als den beiden Eckpfeilern der Entwicklung des jungen Lukács in Beziehung zu setzen. Während Lukács in der ThR einen großzügigen Überblick über die Entwicklung des bürgerlichen Romans offeriert, der mit seinen beiden typologischen Grundformen des »abstrakten Idealismus« und der »Desillusionsromantik« bis in die Gegenwart die künstlerisch »repräsentative Form des Zeitalters« (ThR 82) abgibt, spricht er in der »Entwicklungsgeschichte ...«, die annähernd denselben historischen Zeitraum wie die ThR behandelt, davon, daß von bürgerlicher Dramatik im eigentlichen Sinne zu reden ein Unding ist. Denn alle Grundvoraussetzungen fehlen dieser Dramatik. Weder ist sie eingebunden in einen noch stabilen Lebenshintergrund vorbürgerlich geschlossener Gesellschaften mit der dort garantierten metarational-gültigen Ein-Ethik, noch hat sie sich jenen für die ältere Entwicklung ausschlaggebenden festlichen Charakter bewahrt. In den prosaischen Zeiten der bürgerlichen Gesellschaft gibt es keine Dramatik mehr; stattdessen klaffen antagonistische Klasseninteressen und prallen diverse Ideologien und Weltanschauungen aufeinander. — Schon über die Anfänge der skizzierten literarischen Entwicklung im 18. Jh. (bei Lessing, dann auch bei Schiller) fällt Lukács das resümierende Urteil, daß diese Tragödien des Individualismus und Idealismus aufgrund der »ewigen Unstimmigkeit von Idee und Tatsache« (149) scheitern müssen. Was bleibt und Gültigkeit auch für spätere Zeiten gewinnt, ist die Tragik des bürgerlichen Autors selbst, dessen Verhältnis zum Leben nun am reinsten »das ganze Verhältnis des Menschen und des Schicksals« symbolisiert (vgl. 147). Diesem wahren Tragiker — paradigmatische Figuren sind für Lukács Hebbel und Hofmannsthal — steht die Masse der bloßen Unterhaltungsschriftsteller im Geist des französischen Tendenzdramas gegenüber (vgl. 196). Die notwendige Lehre aus den Fehlentwicklungen ist, daß es weder »ein rein ästhetisches Drama« noch ein »ausschließlich aus den Bedürfnissen des Publikums« abgeleitetes geben kann (vgl. 202). Lediglich Hebbel stellt für Lukács eine mögliche Konsequenz dar; denn »bei ihm ist die Tragödie das a priori von allem« (205), seine Erlebnisse werden gleichsam *sub specie formae* erfahren, und seine »Seele« kann nur in Form der Tragödie »das Leben und die Welt apperzipieren« (ebd.). Noch in einer anderen Beziehung ist Hebbels dramatisches Werk bedeutsam. Seine Bühnenhelden zerstören die Hoffnungen und Forderungen des klassischen deutschen Dramas; sie erweisen sich in ihren Taten als Marionetten des Weltgeistes, der listig ihre Vernunft unter sein Diktat nimmt (vgl. 221). Wo sich die Vergeblichkeit aller persönlichen Bemühungen zu tragischer Bewußtheit in der Psyche des bürgerlichen »Helden« steigert, da erhalten Grenzerfahrungen wie Tod und Vernichtung eine tiefere Bedeutung als exklusive Augenblicke der Existenzerhellung. Bei Ibsen haben die Protagonisten schon kein Ziel mehr vor Augen, gibt es keine Inhalte mehr: »der Tod ist die einzige Möglichkeit zu einem reinen Ausklang« (261). — Wenn auch die heroische Epoche bürgerlicher Dramatik insgesamt auf der Suche nach einem verlorenen einheitlichen Lebenssinn ebenso nach großen Symbolen für die tiefsten Probleme des heutigen Lebens gesucht hat, so ist ihr dabei doch das spezifisch Heutige aus dem Blick gekommen (vgl. 279). Erst den Nachfolgern im späten 19. Jh. war vorbehalten, das Neue der gegenwärtigen Situation dramatisch zu exponieren. Sie radikalisieren die Hebbelsche Einsicht und zerstören den Glauben an zwischenmenschliche Zusammenhänge wie die Brüder Goncourt (vgl. 285), rauben alle Illusionen und ziehen gegen die Lebenslüge zu Felde wie das Bauerndrama Anzengrubers (vgl. 315) und enden im Haß auf die ganze moderne Kultur, besonders auf die Kunst wie Tolstoi (vgl. 322). Nur ein komplizierter »Mechanismus der Zufälle« (283) vermag die vermassten Menschen in Beziehung zueinander zu bringen, was Lukács der mehrfach

zustimmend zitierten Simmelschen »Philosophie des Geldes« (vgl. 63 u. 96) schuldet, die sich in ihren letzten Kapiteln auch mit Marx' Fetischismusbegriff aus dem »Kapital« auseinandersetzt. Schließlich kulminiert die stets aus dem Leben abgeleitete dramatische Entwicklung, nachdem die Menschen der bürgerlichen Gesellschaft nun endgültig den Stempel der Verdichtung tragen und sich ihre Beziehungen über objektive, aber abstrakte und äußerliche Marktgesetze abspielen, in den bei Lukács' Niederschrift aktuellen Tendenzen des Naturalismus und Impressionismus. Beide sind nur scheinbar entgegengerichtet. Während die Dramen des deutschen Naturalismus »Dramen der Ziellosigkeit der bürgerlichen Ideale« sind (vgl. 351), wird der Impressionismus vom Pathos des »passiv Leidenden« bestimmt (398). — Mit dem Blick auf eigene Zeiterfahrungen, auf den deutschen Imperialismus der Vorkriegszeit wie auf die Rückständigkeit der KuK-Donaumonarchie heißt es in einer zusammenfassenden Gesamtschau, was ohnehin schon lange feststand, daß das, was den verschiedenen Heldentypen einst eine Berechtigung gab, auf der Welt ausstirbt, und die verbliebene Gefühlsform sich immer heftiger an der ihr stets fremden Außenwelt stoßen muß (vgl. 351). Werner Jung (Aachen)

Warneken, Bernd Jürgen: Literarische Produktion. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Kunstliteratur. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (157 S., br., 7,— DM)

Literatur als eine spezifische Weise gesellschaftlicher Arbeit zu begreifen, gehört zum Kernbestand einer materialistischen Kunsttheorie; dennoch sieht sich diese Auffassung noch immer dem Einwand ausgesetzt, das spezifisch ästhetische Moment im künstlerischen Aneignungsprozeß zu verfehlen. Warnekens Buch sucht diesen Argumenten durch eine systematische Bestimmung der literarischen Produktion im weiteren Kontext des (Autor, Werk und Leser umfassenden) Literaturprozesses den Boden zu entziehen. Damit wird nach den Vorüberlegungen des Verf. zu diesem Thema (siehe *Das Argument* H. 72, 207-232) eine zentrale Kategorie marxistischer Ästhetik erstmalig systematisch und differenziert entwickelt.

Die theoretischen Eckpfeiler, zwischen denen sich diese Darstellung bewegt, werden durch die Namen Hegel und Marx, Brecht und Lukács sowie (mit Einschränkungen) Bloch markiert. Für Warneken gestattet der Begriff »literarische Produktion«, die Besonderheit des künstlerischen Schaffens festzuhalten, ohne von seiner Fundierung in den materiellen Produktionsverhältnissen zu abstrahieren; die Kategorie umfaßt also sowohl die allgemeine soziale Bestimmtheit der Kunst (ihren Charakter als gesellschaftliche *Produktion*) wie auch ihre konkrete ästhetische Formbestimmtheit (ihren spezifischen Charakter als Arbeit an einem *literarischen* Produkt). Der Produktionsvorgang, der in der Herstellung eines literarischen Gebrauchswertes endet, könne rational begriffen werden, sei aber nicht als bloße Evolution formaler Techniken, sondern als Dialektik von Materialentwicklung und Welterkenntnis zu fassen. — Wichtig sind die Ergebnisse, die daraus in der Auseinandersetzung mit der neueren Rezeptionsästhetik abzuleiten sind: Wenn auch die Rezeption eines Werkes selbst einen neuen Akt der Produktion darstellt, der mehr ist als die Reproduktion der ursprünglichen Tätigkeit des Autors (der Nachvollzug seiner Intentionen), dann ist das Kunstwerk in seiner Struktur nicht länger statisch — als »überhistorische Identität« — sondern als geschichtlich wandelbar zu begreifen. Es bleibt freilich zu klären, wie diese historische Dynamik, die Warneken zutreffend als objektive »Konstellation zwischen Werk, Wirklichkeit und Leserwirklichkeit« (47) entscheidend und damit von jedem subjektivistischen Relativismus wie von jedem objektivistischen Historismus abhebt, mit der Voraussetzung eines — doch wohl festgelegten — »Bedeutungsrahmens« (44, 50) verknüpft werden kann.

Literaturproduktion meint aber nicht nur Produktherstellung, sondern auch Subjektveränderung (Konstitution des Gattungssubjekts) und ideelle Bearbeitung der gegebenen Realität; diesen Zusammenhängen geht der zweite und dritte Teil der Untersuchung

nach. Auch hier wendet sich Warneken gegen eine verkürzte Kunstauffassung, die »nur ihr Produziertsein durch Gesellschaft und nicht ihre eigene *gesellschaftliche Produktivität* akzentuiert« (60). Die Erweiterung menschlicher Fähigkeiten durch Literatur kann aber kaum unter Rekurs auf den deutschen Idealismus in einem »freien Spiel der 'menschlichen Wesenskräfte'« (64) gesehen werden; es verwundert, daß der Verf. an dieser Stelle auf die Auseinandersetzung mit neueren Wahrnehmungstheorien — etwa der des russischen Formalismus — verzichtet und auch nicht die Brechtsche Verfremdungstheorie fruchtbar macht. In der Behandlung des Realismus-Problems wendet sich Warneken gegen eine mechanische Widerspiegelungslehre und versucht, jenseits ihrer Kontroverse die Ansätze von Brecht und Lukács zusammenzudenken. Dies scheint insofern problematisch, als vor diesem Hintergrund Kategorien wie Totalität oder individuelle Besonderheit, die bei Brecht und Lukács etwas durchaus Verschiedenes bedeuten, nicht scharf genug bestimmt werden können.

Die Stärke von Warnekens Untersuchung liegt in der klaren Analyse des Produktionsbegriffs und in ihrem hohen Problembewußtsein; sie bezeichnet damit einen Standard materialistischer Theoriediskussion, der eine vernünftige Grundlage für weitere Auseinandersetzungen bietet und diesen Auseinandersetzungen zugleich wichtige Anstöße geben kann.

Heinz Kaulen (Bonn)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Kemp, Wolfgang: »... einen wahrhaft bildenden Zeichenunterricht überall einzuführen«. *Zeichnen und Zeichenunterricht der Laien 1500-1870*. Verlag Syndikat, Frankfurt/M. 1979 (358 S., Ln., 38,- DM)

Die Vorgeschichte eines Schulfaches wird untersucht: des Zeichen- (später Kunst-)Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen. Das Thema, die Geschichte von Theorie, Methodik und Praxis des Zeichnens von Laien, ist zentral genug. Es ermöglicht Einblicke in die Genese menschlicher Fähigkeiten, die sich in der Auseinandersetzung mit technischen Entwicklungen und sozialen Anforderungen entfaltet haben. Die Spezifik des Zeichnens besteht dabei darin, eine feinste Abstimmung von Kopf- und Handarbeit zu verlangen.

Das Zeichnen (für Laien) konnte sich erst verselbständigen, als die Einheit von Lernen, Berufsausübung und Lebenspraxis in den handwerklichen Betrieben zerbrach. Die zunehmend ausgegrenzte Ausbildung wurde zugleich abstrakter und analytischer. Das Zeichnen entwickelte sich zu einer Art Probehandeln.

Kemp unterscheidet zwei große Etappen in der Geschichte dieser Laienkunst. Im ersten Teil untersucht er die künstlerische Erziehung vom 16.-18. Jahrhundert. Schwerpunkte bilden die Ausprägung erster Konzepte an italienischen Fürstenhöfen des 16. Jahrhunderts und die Erörterungen zur fürstlichen Zeichenkunst im »Weisskunig« (wobei die Besuche Maximilians in den Werkstätten der Handwerker von Kemp wohl fehlinterpretiert werden, wenn er ihnen eine Tendenz zur Überwindung der Spaltung von Kopf- und Handarbeit zuspricht [41]). Hier wird vielmehr der Anspruch des Kaisers auf persönliche Kompetenz demonstriert, aus dem das Bestreben abgeleitet wird — gemäß dem beginnenden Absolutismus — in das bisher autonome Handwerk hineinzuregieren). Weitere Schwerpunkte sind die Praxis der englischen Virtuosi des 17. Jahrhunderts und schließlich der Dilettantismus des 18. Jahrhunderts, dessen Theorie Goethe maßgeblich artikuliert hat. Nach Kemps Darstellung wird also die künstlerisch praktische Bildung durch die Erziehung der Prinzen, des Adels und schließlich der bürgerlichen Dilettanten des 18. Jahrhunderts getragen und bei dieser »Translatio« merklich in ihren Funktionen abgewandelt.

Die zweite Etappe beginnt für Kemp mit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, als die Forderung, »einen wahrhaft bildenden Zeichenunterricht überall einzuführen«, staatliche Unterstützung fand. Der Weg der Institutionalisierung des Zeichnens führt von den Zeichenschulen des 18. Jahrhunderts zur Aufnahme des Faches in die Curricula der allgemeinbildenden Schulen um 1800. Exemplarisch verfolgt Kemp einige Stationen dieses Prozesses in England, Frankreich, Preußen und Württemberg. In den Diskussionen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert wird die Praxis des Zeichnens zwischen zwei Polen pädagogischer Bemühungen angesiedelt, der allgemeinen Menschenbildung und der berufsspezifischen Ausbildung. Kemp weist Pestalozzis Position (und in seiner Nachfolge auch die von Schiller und dem Zeichenpädagogen Schmid) als den Versuch aus, Grundverfahrensweisen der beruflichen Praxis zu Mitteln der allgemeinen Menschenbildung zu verwandeln (153). Bei Monge dagegen steht der Gesichtspunkt im Vordergrund, berufliche Qualifikationen herauszubilden, die mit der Industrialisierung derjenigen Zweige der Produktion erforderlich werden, die eine designerische Basis haben (so die Textil- und Porzellanindustrie). Entsprechend plädiert dieser Theoretiker für das technische Zeichnen. — Die Erwartung an den Zeichenunterricht, soziale Verhaltensweisen zu fördern, die in der industriellen Produktion vorausgesetzt werden müssen, wird im Laufe des 19. Jahrhunderts immer deutlicher artikuliert. Die bis heute währende Kritik, die sich mit dieser Periode des schulischen Zeichenunterrichts leicht tut, rückt Kemp mit guten Argumenten zurecht (305ff.). Immerhin brachte selbst der dürre Zeichenunterricht, wie er im 19. Jahrhundert geübt wurde, noch einen Fortschritt und sei es nur durch die Tatsache, daß überhaupt ein neuer Unterrichtsgegenstand hinzukam.

Kemp versteht es, den Kern der Theorien, Methoden, ihrer Implikationen und Konsequenzen souverän darzustellen. Seine Kapitel über die Zeichenlehrer und die Wirkungen ihrer Kunstübung auf ihre Schüler, die sich aus einer Fülle biografischer und autobiografischer Literatur seit dem 18. Jahrhundert speisen, bieten der Lektüre einen besonderen Genuß und Anregung. Weniger deutlich arbeitet Kemp die innere Logik der Fachgeschichte heraus, die Zusammenhänge zwischen Methoden, pädagogischen Zielsetzungen, sozialen Gegebenheiten und neuen Chancen und Verpflichtungen. Das liegt z.T. daran, daß Kemp die Methodik des Zeichnens in beiden Teilen seiner Arbeit gesondert von der Praxis und allgemeinen pädagogischen Theorie des Faches behandelt. Überschneidungen, die dabei unvermeidlich sind, nutzt Kemp nicht zu Quer- und Rückverweisen, um auf diese Weise das Netz seiner Argumentation enger zu knüpfen. Die Kapitel bleiben vielmehr relativ unverbunden. Die historischen Konturen verschwimmen damit. — Kems Geschichtsverständnis, das an den Kapitelüberschriften, aber auch etlichen expliziten Äußerungen ablesbar wird, bleibt unreflektiert und untangiert durch seine eigenen Untersuchungen. Nur wo herrschende Klassen oder kulturell führende Schichten die Fachgeschichte tragen, sieht er die wesentlichen, prägenden Momente. So entgehen der Analyse primäre Impulse, die durch soziale Konflikte und Antagonismen freigesetzt werden. Kemp versäumt es z.B., den Beitrag der späthumanistischen bürgerlichen Intelligenz zu diskutieren, von der die deutschen evangelischen Schulordnungen maßgeblich bestimmt worden sind — darunter ein so wichtiger pädagogischer Theoretiker wie Comenius, der sich auch zum Zeichenunterricht geäußert hat (vgl. R. Vormbaum [Hrsg.]: *Evangelische Schulordnungen*. 3 Bde. Gütersloh 1860, 1863, 1864; Bd. 2, S. 793). Es ist zumindest fraglich, ob die Adelserziehung adäquat aus einer höfischen Beschäftigungspolitik zu erklären ist; ob sie nicht vielmehr aus der Auseinandersetzung mit bürgerlichen, konkurrierenden Modellen der Erziehung hervorging. — Entsprechend setzt Kemp im 19. Jahrhundert einseitig den Akzent auf den staatlich verordneten Schulunterricht im Zeichnen und die ihn fördernde pädagogische Theorie. Es fehlen Hinweise darauf, wie die Arbeiterbewegung sich das Zeichnen für ihre Ziele dienstbar zu machen suchte (vgl. G. Adler: *Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbei-*

terbewegung in Deutschland. Breslau 1885, S. 128). Der historische Rahmen, in dem Kemp die von ihm höchst facettenreich dargestellte Geschichte dieses Fachs sieht, bleibt leider konventionell übernommen.

Jutta Held (Osnabrück)

Bourdieu, Pierre, u.a.: Eine illegitime Kunst. Die sozialen Gebrauchsweisen der Photographie, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1981 (334 S., br., 38,— DM)

Diese erste empirisch-soziologische Untersuchung zur Photographie liegt seit 1965 in französischer Sprache vor und basiert auf Erhebungen, die in den frühen 60er Jahren der Pariser Kulturosoziologie Pierre Bourdieu mit Mitarbeitern und Studenten organisiert. Von 1961 bis 1964 führen sie im ländlichen Milieu, in den Renault-Werken, in Amateurphotoklubs, in Klein- und Großstädten, unter Presse-, Werbe- und Kunstphotographen sowie an Fachschulen für Photographie und unter Photohändlern eine Reihe von Befragungen zur photographischen Praxis und zu den Einstellungen zur Photographie durch. Das Interesse des Forschungsprojekts gilt den sozialen Gebrauchsweisen, dem Gebrauchswert und den symbolischen Bedeutungen der Tätigkeit und des Mediums. Die gewünschten Auskünfte betreffen die Anlässe, zu denen das Photographieren bei den verschiedenen Klassen und Schichten eine Rolle spielt — Familienfeste, Urlaub, Wochenenden, Freundestreffen —, die aufgenommenen Themen, die Ausrüstung, die Gelegenheiten, bei denen Photos gezeigt werden, die Meinungen zum ästhetisch-künstlerischen Rang sowie die Gründe, warum so und nicht anders, bzw. gar nicht photographiert wird.

Die quantitativen Ergebnisse sind heute, nach fast 20 Jahren, sicher in dem einen oder anderen Punkt nicht mehr aktuell. Vielleicht hat sich auch das eine oder andere in den sozialen Beziehungen geändert, die nach Ansicht der Autoren die Bedeutung, aber auch die Verbreitung der Photographie konstituieren, was auch zu einer neuen Interpretation etwaiger heutiger Umfragen führen müßte. Es ist daher weniger das Interesse an statistischen Angaben, was die verspätete deutsche Ausgabe rechtfertigen kann, sondern eher der methodische Ansatz des Projektes, der seine Relevanz nicht verloren hat. Von Bourdieu weiterhin umfassend und virtuos gehandhabt, wie seine 1979 erschienene, bisher nicht übersetzte monumentale Arbeit *La Distinction*, die er im Untertitel eine soziale Kritik der Geschmacksbildung nennt, bezeugt, kann diese Art der kulturosoziologischen Analyse den hiesigen Diskussionen um Kulturtheorie und -geschichte mannigfache Anregungen bieten. Zwar wird dieser Ansatz auch in den Arbeiten Bourdieus entfaltet, die bereits seit einiger Zeit in Übersetzungen vorliegen, so etwa »Zur Soziologie der symbolischen Formen« (1970), in den mit Passeron zusammen verfaßten »Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt« (1973) oder im »Entwurf einer Theorie der Praxis« (1979). Das hier besprochene Buch hat indessen den Vorteil, daß es in einem Einleitungskapitel die Methode in einem relativ gut lesbaren Abriß vorstellt.

Bourdieu setzt sich darin mit Spielarten der objektivistisch oder subjektivistisch reduzierten Soziologie auseinander. »Die Soziologie hat die Überwindung der fiktiven Opposition, wie Subjektivisten und Objektivisten sie willkürlich entstehen lassen, zu ihrer Voraussetzung.« (12) Sie »zielt auf die Wiedergewinnung eines objektivierten Sinns, das Produkt der Objektivierung der Subjektivität, das sich weder dem praktisch Tätigen noch dem Beobachter jemals unmittelbar erschließt« (13). Sie kann sich nicht damit zufriedengeben, objektive Beziehungen zu rekonstruieren, »da die Erfahrung der Bedeutung dieser Beziehungen zum vollständigen Sinn dieser Erfahrung dazugehört« (13). Bourdieu geht es um den Zusammenhang, in dem äußere Bedingungen zu psychischen Dispositionen verinnerlicht werden, die umgekehrt wieder in die Motivationsstruktur der sozialen Tätigkeit von Individuen und Klassen eingehen. Was die Sozialstatistik feststellen kann, etwa die Verteilung von Bildungschancen unter den einzelnen Schichten, bleibt für ihn solange abstrakt und unwirklich, wie nicht bekannt wird, »wie diese objektive

Wahrheit (die niemals unmittelbar greifbar ist) sich in der Praxis der Subjekte umsetzt« (14). Die Antwort auf diese Fragestellung sieht er in der Rekonstruktion von *Klassenhabitus* und *Klassenethos*. »Es ist der Klassenhabitus, verstanden als System organischer oder psychischer Dispositionen, unbewußter Schemata des Denkens, der Wahrnehmung und des Handelns, der dazu führt, daß die handelnden Subjekte in der *wohlbegründeten Illusion* der Schöpfung unvorhersehbarer Neuartigkeit und in freier Improvisation Gedanken, Wahrnehmungen und Handlungen hervorbringen können, die objektiven Regelmäßigkeiten entsprechen, weil der Klassenhabitus selbst im Rahmen und aufgrund von Bedingungen entstanden ist, die durch diese Regelmäßigkeiten objektiv bestimmt sind.« (16) Der Habitus umschließt als Prinzip einer strukturierten Praxis »die Verinnerlichung der äußeren Konstellation, den Grund aller Objektivierung der Subjektivität« (16).

Die der Einleitung folgenden Kapitel widmen sich der Aufgabe, die Ergebnisse von Befragungen, darüber hinaus aber auch der Inhaltsanalyse mehrerer Photozeitschriften sowie der Untersuchung einer Stichprobe von Amateurphotographien im Rahmen dieses Ansatzes zu bündeln. So untersucht Bourdieu die Unterschiede und das Gemeinsame in der Photographie der bäuerlichen und der städtischen Bevölkerung, die Funktion der Tätigkeit und der Bilder als Ausdruck und Mittel der familiären Integration, der Bestärkung sozialer Normen und Rollen. Vor allem zeigt er die strenge soziale Determiniertheit in der Gelegenheitsphotographie der Amateure, der die Möglichkeiten einer eigenständigen Ästhetik zum Opfer fallen. Diese Subsumtion unter gesellschaftliche Regeln, die selbst noch in der individuellen Abweichung als Gesetz sich durchsetzen, prägt das Bild der Photographie auch in den weiteren, von den Mitautoren getragenen Abschnitten, wo es um die soziale Zusammensetzung und Praxis der Pressephotographie und der Werbeaufnahmen, aber auch der scheinbar nur den eigenen autonomen Normen verpflichteten künstlerischen Photographie geht. Eine luzide Analyse des Berufsbildes des Photographen und ein Versuch, die psychischen Voraussetzungen der Produktion und Rezeption von Photographien zu bestimmen, runden das Bild der sozialen Gebrauchsweisen der Photographie als einer »illegitimen Kunst« ab, die nirgends bisher den Schritt zur Entwicklung einer angemessenen Ästhetik zu tun vermochte.

Übrigens: Bei den Berufsphotographen setzt die Studie deren Männlichkeit quasi fraglos voraus. Den faktischen Ausschluß von Frauen aus der Zunft bemerkt sie nur am Rande.

Rüdiger Hillgärtner (Oldenburg)

Willetts, John: Explosion der Mitte. Kunst + Politik 1917-1933. Aus dem Englischen von Benjamin Schwarz. Verlag Rogner & Bernhard, München 1981 (282 S., 212 Abb., Ln., 48,— DM)

Willetts spektographische Darstellung und Untersuchung der künstlerischen Moderne um die zwischen 1917 und 1933 besonders konzentrierte Anreicherungs- und Inspirationsachse Paris-Berlin-Moskau erschien zuerst 1978 unter dem weniger bombastischen Titel »The New Sobriety«. Sie will zeigen, »wie die moderne Entwicklung in den Künsten unter dem Einfluß demokratischer Gesellschaftsbegriffe und eines neuen Internationalismus in der Lage war, sich zu einer Kultur mit einer Klarheit und offenbaren Logik zu entfalten, wie sie seither kaum je wieder zu finden war« (13). Im Zentrum der wechselseitigen künstlerischen und (kultur-)politischen Rezeptions- und Anregungsprozesse zwischen Italien, Frankreich, Holland, Ungarn, der UdSSR und allen Sparten der bildenden und darstellenden Künste, der Musik sowie der Literatur stehen dabei die Weimarer Republik und »die gräßlichen Zwänge, die, weitgehend einzig in Deutschland, den jüngeren Künstlern und Autoren unmißverständlich das Gefühl gaben, ja keine Zeit zu verlieren, und schließlich ihrer Kultur ganz plötzlich ein Ende setzten« (16).

Willetts historischer Ausgangspunkt ist die Zeit des ersten Weltkrieges als »Bildungs-

erlebnis« (24), denn für die teilnehmenden oder auch sich entziehenden Künstler und Literaten »gab es unbestreitbar lohnende Lektionen, die von der Militärmoral zu lernen waren, und in einigen Fällen veränderten sie im schöpferischen Künstler das Gefühl für Proportionen, indem sie ihm ein neues Verständnis für Zusammenarbeit, Mißtrauen gegenüber rhetorischen Erklärungen, ein Interesse an vorher unbekanntem Techniken und einen größeren Respekt gegenüber einfachen Leuten weckten« (24). Und in den ersten »kollektive(n) Bewegungen« (24) danach sowie im Anschluß an die russische Revolution und die gescheiterte deutsche und ungarische »zeichneten sich nach und nach die ersten Konturen einer ausgeprägten neuen Kultur auf der zeretzten europäischen Landkarte ab« (24). Über neue Bewegungen und Gruppierungen (Dada, Konstruktivismus, Proletkult, Purismus, Les Six u.a.), neue Medien, Ausdrucksformen und künstlerische Einzelbeispiele (Film: Charlie Chaplin, Jazz, Saties »Parade«, Strawinskys »L'Histoire du soldat«, George Grosz' Satiren u.a.) sieht Willett bis etwa 1921 »eine technisch ausgerichtete Ästhetik« sich konstituieren, »die sich durch schöne, originelle Kunstwerke sichtbar legitimierte« (66). Aus der »entscheidenden Periode zwischen 1921 und 1923« (67), vor dem ausgebreiteten Hintergrund also wirtschaftlicher und politischer Stabilisierung in der UdSSR (Lenin/NEP) und Deutschland (Stresemann/Dawes-Plan) und mit der Entstehung eines intensiven künstlerischen und kulturellen Rezeptionsnetzes vor allem zwischen diesen beiden Ländern entwickelt sich dann jene zunächst »noch namenlose zweifache Tendenz«, die zur einen Hälfte »abstrakt-konstruktivistisch«, zur anderen »mit 'realen', praktischen Dingen beschäftigt (war)« (94) und die vom Autor im folgenden unter dem summarischen Titel »Die neue Nüchternheit« (95-176) bis in die zahlreichen Parallelen, wechselwirksamen Bezüge, Analogien und personellen Verbindungen hinein ausführlich vorgestellt und ausgelotet wird. So fügt Willett im internationalen Kontext einer etwa fünfjährigen relativ ungehinderten Kunstentwicklung das facettenreiche Mosaikbild der künstlerischen Moderne (Architektur bzw. »Baukunst«, Wohn-design, Film und Photographie, Malerei, Bühnenkunst, Musik, Literatur) einschließlich ihrer zentralen Themen (Sozialkritik, Sport, Technik, Großstadt, Amerikanismus) und Organisationsformen (Linke Kunst-Front, Dessauer Bauhaus, Congrès Internationaux d'Architecture Moderne, Internationale Organisation Revolutionärer Schriftsteller u.v.a.) zusammen und exemplifiziert eine Reihe von inneren ästhetischen Kohärenzen und Abgrenzungen (etwa gegenüber dem Expressionismus) dieser kunstgeschichtlichen Phase. — Schon ab 1928 beginnt nach Willett indes das Ende dieses »'Windkanals' der zwanziger Jahre« (223), vor allem vor dem Hintergrund der Polarisierungen innerhalb der Linksgruppierungen (Komintern-Kongreß 1928) sowie des weltwirtschaftlichen Desasters mit wachsender politischer und kultureller Reaktion in seinem Gefolge —, zumal in der Republik von Weimar. Die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern sind also als Bedingungsfaktoren dieses verschränkten Gesamtspektrums der Avantgarde durchaus mitberücksichtigt; diese Rekurse beschränken sich mitunter allerdings (vgl. z.B. 44ff.) auf die bloße Paraphrasierung des chronologisch-synoptischen Tabellariums im Buchanhang (230-263), und insbesondere die Wirkung und der schlagende Charakter des Nationalsozialismus und sein politischer Aufstieg sind allzu beiläufig der Niedergangsphase der »neuen Nüchternheit« in der Kunst unterlegt. Dennoch ist Willetts Buch, dessen interessantes Bildmaterial überwiegend aus seiner eigenen Sammlung stammt, als entschiedenes Plädoyer für die sozialengagierte künstlerische Moderne und als anschauliche Einführung in die zeitgenössische Kunst und Kunstdiskussion der zwanziger Jahre ein anerkannter wertvoller Beitrag.

Die deutsche Übersetzung ist vielfach nicht gerade kongenial —, etwa wenn von den »anscheinend intaktesten Augenblicken Mitte der zwanziger Jahre« (16), vom »körperlichen Mut« Marinettis (25), von Strömungen, die »sich im Sande verliehen« (34), die Rede ist, oder wenn gar der »Rat geistiger Arbeiter« (Kurt Hiller, Arthur Hollitscher, Rudolf

Leonhard u.a.) in der Übersetzung als »Rat intellektueller Arbeiter« (44) seiner historischen Authentizität und bezeichnenden Programmatik der Geistigkeit verlustig geht. Auch der Editionsarbeit insgesamt kann keine besondere Sorgsamkeit bescheinigt werden: Vertauschte und fehlerhafte Bilduntertitel (52, 80), vielfach falsche Seitenverweise im Index und schließlich auch biobibliographische Fehlinformationen — etwa Philippe Soupault betreffend (279) oder die Herausgeberschaft der Zeitschrift »Die neue Bücherchau« (265), um nur zwei Beispiele zu nennen — bilden den denkbar schlechten Rahmen für ein außerordentlich materialreiches Buch, das — unter Verzicht auf genaue Quellen- und Zitatnachweise — um so dringlicher auf kritisches Vertrauen in die Verlässlichkeit seiner paneuropäischen Detailangaben und Kenntnisvermittlung angewiesen ist.

Wilfried Meyer (Osnabrück)

Friemert, Chup: Produktionsästhetik im Faschismus. Das Amt »Schönheit der Arbeit« von 1933 bis 1945. Mit einem Vorwort von W.F. Haug. Damnitz Verlag, München 1980 (315 S., br., 19,80 DM)

Zu Recht und in übereinstimmender Weise ist in neueren ideologietheoretischen Arbeiten das Ideologische als eine *materielle* Anordnung und *tatsächliche* Bewegungsform gesellschaftlicher Praxis gefaßt. Nicht in gleicher Weise wird in den bisher vorliegenden Analysen deutlich, *daß* und *wie* alle ideologische Tätigkeit ihr organisierendes Zentrum im Klassenkampf hat: entwickelt und ständig überprüft mit dem Ziel, ideologische Positionen im Sinne der eigenen Klasseninteressen zu besetzen und zu verändern. Besonders wo die betreffenden Praxisfelder von der Ebene der materiellen Produktion weiter entfernt sind, gerät diese konstitutive Bindung der Organisation des Ideologischen an die jeweils *spezifischen* Entwicklungsbedingungen der Produktionsverhältnisse zuweilen aus dem Blick oder wird lediglich formelhaft konstatiert.

Die vorliegende Arbeit macht faschistische Produktionsästhetik als Funktion der Kapitalverwertung unter den Bedingungen der Krisenüberwindung und Kriegsvorbereitung zwischen 1933 und 1939 sichtbar. Gesamtgesellschaftliche und betriebliche »Sozialpolitik« hatten schon in der Weimarer Zeit, u.a. durch produktionsästhetische Maßnahmen versucht, die Integration der Arbeiterklasse im Sinne einer reibungsloseren Konsensbildung zwischen Kapital und Arbeit zu fördern. Ihre Vorbilder fand solche organisierende Tätigkeit des Kapitals u.a. bei US-Konzernen und im italienischen Faschismus; eher unterschätzt erscheint bei Friemert die Tatsache, daß es auch in Deutschland eine bereits voll entwickelte Produktions- und Industrieideologie gab, die sich seit dem Übergang zum Imperialismus herausgebildet hatte und besonders das Bewußtsein des sog. 'neuen Mittelstandes' prägte. — Mit der Machtübergabe an die Faschisten schafft sich das Kapital die Möglichkeit, die Re-Integration der Arbeiterklasse nach der tiefen Wirtschaftskrise *ohne materielle Zugeständnisse* zu erreichen. Dies bedeutet, daß an die Stelle von »Sozialpolitik« eine Kombination von offenem Terror und ideologischer Kompensation tritt. Eines der Instrumente zur Durchsetzung dieser doppelten Strategie ist das »Amt Schönheit der Arbeit« (ASdA) in der »Deutschen Arbeitsfront«, das den staatlichen Terror im monopolkapitalistischen Interesse als 'normale' Verwaltungstätigkeit organisiert und ergänzt. Seine Aktivitäten zielen sowohl auf die Auffassungen der Subjekte von der Arbeit als auch auf die objektiven Bedingungen der Arbeit selbst; beide Seiten stützen einander. Es geht einerseits um die Durchsetzung einer einheitlichen Neuinterpretation der betrieblichen Verhältnisse als »Interessen- und Schicksalsgemeinschaft« (32), d.h. um die modifizierende Bündelung von Erlebnis- und Denkweisen nach Maßgabe der faschistischen »Volksgemeinschaft«. Andererseits handelt es sich um die Verbesserung der Produktions- und Reproduktionseinrichtungen mit dem Ziel der Kriegsvorbereitung: eine Wiederherstellung und Erweiterung von Kapazitäten, welche die Faschisten auf das Konto eigener ideologischer Mobilisierung buchen, obwohl es sich im

wesentlichen um eine ökonomisch ohnehin gebotene, staatlich subventionierte Rationalisierung und Intensivierung der Produktion handelte. Die Empfehlungen des Amtes hatten nur Erfolg, wo sie die Rentabilität steigerten und ließen sich jedenfalls in keinem einzigen Fall durchsetzen *gegen* die Verwertungsinteressen des Monopolkapitals. Im Gegenteil: faschistische Produktionsästhetik ging von Anfang an bei den großen Konzernen in die Lehre und übernahm deren Methoden betrieblicher »Sozialpolitik« unter faschistischen Namen in die eigene Regie. Dies ging freilich nicht ohne Widersprüche, Umwege und Zurücknahmen ab; auch nicht ohne z.T. massiven Druck auf einzelne Unternehmer, die »noch nicht begriffen hatten« und zu ihrem »Glück« gezwungen werden mußten. Widersprüche zwischen faschistischen Systeminteressen und Verwertungsinteressen wurden in aller Regel — meist auf höchster Ebene — zugunsten der jeweils stärksten ökonomischen Interessen aufgelöst. — Ideologietheoretisch bedeutsam ist die Art, in der die Faschisten die Modernisierung der Produktion mit einer konsequenten Uminterpretation der Realität zu verbinden suchten. Die verschiedenen wirtschaftsfördernden Maßnahmen wurden zunächst in fach- und branchenspezifischen »Kampagnen« zusammengefaßt; so *erscheinen* sie — ebenso wie die durchweg eklektizistischen Versuche, einen 'völkischen Stil' zu schaffen — als bündiger Ausdruck einer *einheitlichen* »nationalsozialistischen Gesinnung«. Konsequent werden in diesem Rahmen z.B. die *notwendigen* Reproduktionsaktivitäten der Arbeiterklasse auf den einen, faschistischen Weg ihrer Realisierung gebracht; man schafft *betriebliche* Kantinen, Sportplätze, Schwimmbäder — und gelegentlich schippen Gauleiter und »Betriebsführer« sogar mit. Anknüpfend an bestimmte Elemente des Alltagsbewußtseins, z.B. das Verhältnis zur konkret-nützlichen Seite der Arbeit, inszenieren die Faschisten die unbezahlte Mehrarbeit der Lohnabhängigen als Erlebnis der »Betriebsgemeinschaft«; wer sich entzog, wurde latent oder offen mit Gewalt bedroht. Voraussetzung dieser scheinhaften »Vergesellschaftung« der Arbeit bildet die vollständige Entmachtung der Arbeiterklasse als Subjekt, d.h. *auch*: eine Art machtgestützter Tabuierung der Interessensprache. Die Tätigkeiten der Unternehmer werden zum Staatszweck hochgerechnet; Arbeiterforderungen wird der *Sinn* abgesprochen, nachdem ihnen durch die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen die Durchsetzungsmöglichkeit genommen ist. Die Arbeiter und Angestellten sollen lernen, ihre Interessen in der Sprache der »Volksgemeinschaft«, d.h. der vertikalen Subordination und horizontalen Entsolidarisierung zu artikulieren. Der Erfolg im ganzen war nicht sehr überzeugend; und wie es um die »relative Autonomie« der eingangegesetzten Bewußtseins- und Praxisformen bestellt ist, zeigt die Tatsache, daß das ASdA seine Tätigkeit mit Kriegsausbruch nahezu gänzlich einstellt: »Die faschistische Herrschaft braucht die Arbeitenden nicht mehr zu umwerben, Krieg und Kriegsrecht erfüllen die Ansprüche der Herrschenden vollständig.« (9)

Friemert klärt an einem dankbaren Gegenstand methodisch vorbildlich über faschistische Herrschaft auf, indem er *detailliert* und *konkret* die Beziehungen zwischen der wirklichen ökonomischen Bewegung, ideologischen Reflexen und staatlich inszenierter Interpretation einsichtig macht. (Die im Buch vermißte Zusammenfassung und theoretische Verallgemeinerung liefert er in seinem Beitrag »Die Organisation des Ideologischen als betriebliche Praxis« im *Argument-Sonderband* 62, 227-254).

Jürgen Schutte (Berlin/West)

Zielinski, Siegfried: Veit Harlan. Analysen und Materialien zur Auseinandersetzung mit einem Film-Regisseur des deutschen Faschismus. Rita G. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1981 (231 S., br., 36,— DM)

Es ist erstaunlich, daß es immer noch keine deutsche Filmgeschichte, geschweige denn eine Geschichte des Kinos in Deutschland gibt. Zwar überschwemmt derzeit eine wachsende Flut biografischer Schauspieler- und Regisseurdarstellungen den Buchmarkt, doch

zum historischen Verständnis des Kinos tragen diese oft nur eilig zusammengeschriebenen Bücher kaum etwas bei. Umso wichtiger ist es deshalb, auf Arbeiten hinzuweisen, die filmhistorisch einzelne Teilbereiche der Kinogeschichte untersuchen, noch dazu, wenn sie in einem sonst nicht auf Film spezialisierten Verlag erscheinen.

Zielinskis Buch über Veit Harlan ist keine landläufige Biografie, wie der Titel vielleicht vermuten läßt: ihm geht es um den »Fall« Harlan und die »Verantwortlichkeit des künstlerischen Subjekts«, um das »Suchen und Aufzeigen von gesellschaftlicher Moral« (7). Es ist im eigentlichen Sinne auch keine Arbeit über das Kino im Faschismus, sondern eine über das Selbstverständnis der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren und ihr Verhältnis zum Filmfaschismus. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt nach einer Darstellung der »Film-Karriere« Harlans vor 1945 auf der Rekonstruktion der um Harlan geführten Prozesse zwischen 1949 und 1958: es geht also um »Vergangenheitsbewältigung«, um die damalige Bewertung eines Spitzenregisseurs des NS-Kinos, der bei Filmen wie »Jud Süß« und »Kolberg« Regie führte.

Der Ansatz der Arbeit ist der einer medien-, vor allem der theaterhistorischen Skandalforschung: am öffentlichen Eklat werden die herrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen und Normen plötzlich explizit und damit für die Analyse direkt zugänglich; zugleich werden, — gerade weil es zum Eklat kommt — auch die Widersprüche, werden gegensätzliche Auffassungen sichtbar. Der zentrale Punkt der Harlan-Prozesse, der auch im Mittelpunkt der Untersuchung steht, ist die Frage nach der Verantwortlichkeit des Künstlers im Faschismus; Harlan dient hier als besonders exponiertes Exempel für grundsätzlichere Bestimmungsversuche. Zielinski zeigt auf, wie die Argumentationen damals auf der Prämisse aufbauten, daß die Filmproduktion letztlich strikt hierarchisch organisiert zu verstehen sei und an deren Spitze der Regisseur/Autor/Schauspieler-Star stehe. Mit diesem Modell wird nun im Fall Harlan auf paradoxe Weise operiert. Einerseits wird am Hierarchie-Modell festgehalten (weil es zugleich für das herrschende Künstlerbild dieser Jahre selbstverständlich ist), andererseits wird die daraus folgende Konsequenz nicht gezogen: die zwangsläufig sich daraus ergebende Verantwortung wird auf Goebbels umgeleitet (Harlan habe in einem »Notstand« gehandelt, als er die Filme drehte). Über diese, nur aus dem ideologischen Klima jener Jahre zu erklärende Konstruktion empörten sich Teile der publizistischen Öffentlichkeit, argumentierten jedoch weitgehend nur moralisch, ohne auf den eigentlichen Kern vorzustoßen. Zielinski zeichnet nun aufgrund umfangreicher Recherchen (sein Anhang verzeichnet allein über 400 Titel zur Reaktion von Presse und Rundfunk) die wesentlichen Argumentationslinien deutlich nach, wenn auch gelegentlich mit etwas zu saloppen Formulierungen. Ergänzt wird diese für die Sozialpsychologie der fünfziger Jahre so wichtige Analyse vom Künstler-Selbstverständnis durch eine Reihe vollständig wiedergegebener Presstexte.

Zielinskis grundsätzliche Kritik richtet sich jedoch vor allem gegen das zugrundegelegte Hierarchiemodell in der Filmproduktion (das ja zugleich auch ein ökonomisches, nämlich eins über die Urheberschaft ist). Gegen dieses Modell wird der industrielle Charakter der Filmproduktion gesetzt und die Kollektivität des Herstellungsprozesses, wobei dann, bezogen auf den hier vorliegenden Fall, auch alle an der Produktion Beteiligten Verantwortung für das Produkt zu tragen hätten. Hier wäre es für den Gesamtzusammenhang wichtig gewesen, wenn Zielinski nicht nur auf allgemeine Produktionsbedingungen des Films und auf die Kontinuität von kapitalistischer und faschistischer Filmherstellung verwiesen, sondern dies auch konkret an einer Harlan-Produktion, in einer detaillierten Beschreibung seiner Regiearbeit nachgewiesen hätte. Doch hier zeigen sich die Versäumnisse früherer und die Grenzen gegenwärtiger Filmgeschichtsforschung: mangels heute noch vorhandener Unterlagen werden solche Produktionsanalysen kaum noch möglich sein.

Die Vorzüge des Buches liegen deshalb insgesamt vor allem im Aufwerfen von offenen Fragen und Problemstellungen, dies anschaulich an einem spektakulären Fall. Zur Weiterarbeit wird aufgefordert. Der Untertitel des Buches nimmt diesen Aspekt auf: Filmgeschichtsschreibung ist nicht als biografistische oder nostalgieverklärte Kompilation von Anekdoten und Filmbildern zu betreiben, sondern als analytisch geschärfte Auseinandersetzung, deren Ziel ein kritisches filmhistorisches Bewußtsein ist.

Knut Hickethier (Berlin/West)

Spieker, Helmut: Totalitäre Architektur. Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1981 (192 S., br., Abb., 49,50 DM)

Ausgehend von dem Ansatz, daß Architektur eine Sprache sei, die etwas über gesellschaftliche Zustände aussagt, versucht Spieker, das enge Verhältnis von Architektur und gesellschaftlicher Macht aufzuzeigen.

Spiekers Arbeit basiert auf zwei Ausgangspunkten. Die Affinität von Bauformen der »Modernen« und solchen, wie sie bspw. in der Architektur von Albert Speer oder Peter Behrens zu finden sind, bzw. das Faktum der »Restverwertung architektonischer Vergangenheit« (3), das immer wieder neue Aufbereiten alter Bauformen ist sozusagen Initialzündung der Arbeit. Dazu wird der Begriff des Totalitären ins Zentrum gerückt, der die gesellschaftstheoretische Fundierung bilden soll. Der Autor geht eingangs daran, diesen Begriff zu definieren, scheitert jedoch, da er nicht ein- und abzugrenzen versteht, sondern nach dem Zitieren einiger Definitionen zum Wortfeld »totalitär« aus allgemeinen Lexika in eine Art Brainstorming verfällt, das kataloghaft Prädikate des Totalitären hervorwirbelt, die in ihrer Gesamtheit nur den Schluß zulassen, die Geschichte von der griechischen Antike bis in die Gegenwart sei die des Totalitarismus. In praxi sieht er die Geschichte dann doch etwas differenzierter, allerdings nicht minder streitbar. Er teilt die Geschichte der Architektur im wesentlichen in zwei Entwicklungsketten: »Rom — Renaissance — Klassizismus — Neoklassizismus des 20. Jahrhunderts« lautet die eine, »griechischer Städte- und Kultbau — mittelalterliche Baukunst — spätbarocke Raumkunst — De Stijl-Programmatik« die andere. Auf der gesellschaftstheoretischen Ebene ordnet er der ersten Kette das Prädikat »totalitär«, der zweiten das Prädikat »demokratisch« zu. Der Begriff »demokratisch« bleibt ohne Definitionsversuch.

Mit einer umfangreichen Sammlung von Zitaten verschiedenster Herkunft sowie Abbildungen, die vom Autor kommentiert und »transportiert« werden, versucht Spieker die Entwicklungsketten und ihre gesellschaftstheoretischen Zuordnungen zu belegen. Belegt wird indes »nur«, daß das Verhältnis von Architektur und gesellschaftlicher Macht ein äußerst enges sein muß. Die weitergehenden Aussagen des Autors sind unhaltbar. Ein Beispiel: Spieker weist darauf hin, daß das Bürgerhaus im Mittelalter in einem gewissen Rahmen eine individuelle Ausprägung erlangen konnte (es werden keine Hauptgesimse, Fenstergrößen und Grundrißtypen vorgeschrieben). Doch kann das nicht bedeuten, die »mittelalterliche Baukunst« sei eine »demokratische«. Wer dem Autor folgt, müßte letztlich auch den Feudalismus mit dem Prädikat »demokratisch« versehen, eine Konsequenz, der sicherlich nicht nur Politologen widersprechen. Gleichwohl dokumentiert die individuelle Ausprägung des Bürgerhauses im Mittelalter, daß sich das Bürgertum von bestimmten Normen der Feudalherren emanzipiert.

Die Schwächen des Buches werden besonders deutlich, wenn Nationalsozialismus und Sozialismus ins Blickfeld gerückt sind. Der Autor belegt mit Zitaten, daß die Nazis der Architektur besondere Aufmerksamkeit schenkten, sie Architektur gezielt für ihre Interessen einsetzen, sie der Unterdrückung diene. Der Integrationscharakter dieser Architektur bleibt jedoch unerkannt, die Unterdrückung wird nicht näher bestimmt, der ideologische Gehalt nicht transparent. Hier und bei der sozialistischen Architektur wird sinnfälligerweise, daß ein solches Lesen von Architektur, wie von Spieker betrieben, ein ahistori-

sches Einordnen von Architektursegmenten und Katalogisieren von Äußerungen über Architektur bleibt.

Der dieser statisch verstandenen Architektur gegenübergestellte Faktor ist ebenso statisch: der Mensch an sich. Laut Spieker spüren wir »instinktiv, daß hier etwas über die zustehende Macht hinaus demonstriert wird oder werden soll, mit dem wir nicht einverstanden — im wörtlichen Sinne — sind, und mit dem wir uns nicht abfinden können, weil ein Machtanspruch angezeigt wird, der über das duldbare Maß hinausgeht, der folglich zu Recht als Machtanmaßung zu bezeichnen ist« (145). Die bejahende kollektive Rezeption von Architektur im Nationalsozialismus drückt das Gegenteil aus. — Bleibt zu hoffen, daß das Lesen der Sprache Architektur einmal in gebotener Breite unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Komponenten praktiziert wird. So könnte der gesellschaftliche Charakter der Architektur mehr aus ihr selbst, als aus Programmen, kunsthistorischen Beschreibungen etc. abgeleitet werden. Reinhard Budde (Berlin/West)

Soziologie

Fromm, Erich: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1980 (315 S., br., 36,— DM)

Warum ein solches Buch jetzt, über fünfzig Jahre, nachdem die Untersuchung, die darin enthalten ist, abgeschlossen wurde? Erich Fromm hat sie als Vorarbeit für die »Studien über Autorität und Familie« in den Jahren 1929/30 angefertigt. Er war damals Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt. In New York, wohin die Frankfurter Sozialwissenschaftler vor den Nazis geflohen waren, hat sich Fromm mit seinen Kollegen, vor allem mit Theodor W. Adorno, 1939 überworfen. Die Studie ist damals in der Schublade verschwunden und jetzt erst wieder aufgetaucht. Versehen mit einer kenntnisreichen Einführung in ihre Geschichte und in die Methodik, die ihr zugrundeliegt, kam sie 1980 auf den Buchmarkt. Diese Sozialenquête verdient aus zwei Gründen auch heute noch Beachtung. Zum ersten ist sie wissenschaftsgeschichtlich interessant, weil zur Zeit der Weimarer Republik zwar etliche Untersuchungen über die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten entstanden sind, und zwar als Argumentationshilfen für die tarifpolitischen Auseinandersetzungen (21), aber keine mit einem vergleichbaren empirischen Ansatz. Um herauszufinden, wie die Arbeiter und Angestellten lebten, dachten und auch wählten, hat Fromm einen Fragebogen mit insgesamt 271 Positionen entworfen, der, verteilt in über 3000 Exemplaren, das entsprechende Datenmaterial erbringen sollte. Der Rücklauf war nicht schlecht. 1100 ausgefüllte Bögen sind bis 1931 in Frankfurt eingegangen. Viele davon aber hat Fromm in den Wirren der Emigration verloren. Übrig blieben 584. Und da erhebt sich unweigerlich die Frage, ob die Untersuchungsergebnisse dann noch repräsentativ sein können. Es ging Fromm aber auch gar nicht unbedingt darum, hieb- und stichfeste Beweise für diese oder jene Theorie herauszudestillieren. Es genügte ihm, mit Hilfe der Probanden, die zumindest in ihrer politischen Orientierung für ihre Herkunftsgruppen typisch waren (90), zu zeigen, wie die Persönlichkeitsstruktur, der soziale Status und die politische Einstellung von Arbeitern und Angestellten korrelieren. Und das ist gelungen. — Zum zweiten ist diese Untersuchung aber auch als zeitgeschichtliches Dokument von Interesse, gibt sie doch Aufschluß über die Denk- und Lebensweise jener Deutschen, die für den Nationalsozialismus besonders anfällig waren: der Angestellten. Diese Affinität der Angestellten zum Faschismus hatte ihren Grund. Sie fühlten sich von zwei Seiten bedroht: von der Arbeiterbewegung und vom großen Kapital. Hitler versprach ihnen anfangs Hilfe gegen beide Seiten. Aber die Hoffnungen der kleinen Angestellten, dermaleinst selbst ins Unterneh-

merlager aufzusteigen, und sei es nur als Kleingewerbetreibende, erwiesen sich schon bald als trügerisch. Als Otto Strasser, der Repräsentant des »linken« Flügels der NSDAP, 1930 die Partei verließ, war es mit dem Antimonopolismus der National»sozialisten« bereits vorbei. Und spätestens nach 1934, nach dem Massaker von Bad Wiessee, dem die Führungsspitze der SA zum Opfer fiel, hatte der Nationalsozialismus mit Sozialismus nichts mehr zu tun. Die Angestellten bekamen Hitlers Pakt mit der Großindustrie samt seinen Folgen genauso hart zu spüren wie die Arbeiter, obwohl sie als Wähler zumindest die treuesten Vasallen der Nazis waren. Und nicht nur das. Einer der wichtigsten Befunde der Studie lautet: »In der KPD war der Anteil der Angestellten mit 14% am geringsten, und er wuchs bis auf 36% bei der NSDAP« (88). Womit, zumal wenn die politische Orientierung der Arbeiter (Anteil in der KPD: 53%, in der NSDAP: 17%) in die Betrachtung einbezogen wird, schon einiges über den Zusammenhang von sozialem Status und politischer Einstellung gesagt ist. Die Arbeiter neigten zwar sehr viel weniger zum Faschismus, als manche Zeitgenossen heute glauben machen wollen. Aber sie waren auch, so könnte man aus der Studie folgern, zu schwach, um ihm energisch zu widerstehen. Ihre Persönlichkeit entsprach nicht in jedem und allem der politischen Überzeugung, die sie als Anhänger oder Mitglieder der Linksparteien vertraten (250). Ein Beispiel: obwohl Sozialisten eigentlich für die Berufstätigkeit der Frauen als Beitrag zur Emanzipation votieren mußten, haben viele Probanden dem Fragebogen die gegenteilige Meinung anvertraut (182ff.). Und viele Sozialisten haben dem Gebot der Solidarität zum Trotz gestanden, daß sie niemals Geld verleihen würden (209). Bei der Frage mit der höchsten Antwortquote ging es übrigens um Mode: 84% der Befragten lehnten Puder, Parfüm und Lippenstift, im Grunde jegliche Kosmetik, als unmoralisch und unästhetisch ab. Der Bubikopf dagegen, der damals in Mode kam, gefiel den meisten Probanden, genauso wie übrigens die kurzen Röcke: sozusagen als progressive modische Attribute der Emanzipation der Frauen (176). Während die Angestellten und Arbeiter in solchen Modefragen fast einer Meinung waren, differierten ihre politischen Ansichten, über die Einstellung zur NSDAP hinaus, beträchtlich. Zum Beispiel vertrauten die Angestellten eher in die Unparteilichkeit der Justiz als ihre Kollegen im blauen Anton (102ff.). Oder: sie vertraten in wirtschaftlichen Fragen ungleich häufiger als die Arbeiter den »Unternehmerstandpunkt« (114). Was wohl alles in allem daran lag, daß die Angestellten, was die Persönlichkeitsstruktur betrifft, in größerer Zahl dem autoritären als dem radikalen Typus zuzuordnen waren (253). Umfrageergebnisse, ob in Text- oder in Tabellenform, sind in der Regel keine spannende Lektüre. Anders das Buch von Erich Fromm. Denn es deckt Schicht für Schicht psychische, soziale und politische Dispositionen auf, die erklären helfen, wie der Faschismus zu seiner Massenbasis kommen konnte.

Frank Niess (Heidelberg)

Schmieder, Arnold: Bewußtsein im Widerspruch. Theorieversuche über den Zusammenhang von industrieller Arbeit und Bewußtsein. Minerva Publikation Saur, München 1980 (175 S., br., 32,— DM)

Die essay-artige Studie versucht, die Diskussion über die Bruchstellen bzw. Anknüpfungspunkte zwischen Alltagserfahrungen und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse in verschiedenen einschlägigen Untersuchungen nachzuvollziehen. In der Einleitung wird die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse — von Arbeitskraft als Ware, Produktionsprozeß als Arbeits- und Verwertungsprozeß und Kooperation als vom Kapital gesetzt und den gesellschaftlichen Zusammenhang der Produzenten beinhaltend — als objektive Konstitutionsbestimmung für die Grundstruktur des Bewußtseins der Arbeiter abgeleitet (9ff.). Drei Kapitel schließen sich an, in denen eine große Anzahl unterschiedlicher Konzepte einer Analyse unterzogen wird: einmal theoretische Konzepte, die von gesellschaftlichen Widersprüchen ausgehen (18ff., u.a. Leontjew,

Sève, Rexilius, Bischoff u.a., Hahn, Tjaden-Steinhauer, Hack u.a., Dröge); zweitens in engerem Sinn betriebswirtschaftlich-industriesoziologische Ansätze (47ff., v.a. Taylor, Mayo) und drittens Studien zum »empirische(n) Arbeiterbewußtsein« (91ff.), die Untersuchungen umfassen, die die Verbürgerlichung der Arbeiterklasse (Schelsky, Galbraith), die Durchsetzung instrumenteller Orientierungen des Arbeiterbewußtseins (Goldthorpe/Lockwood, Fürstenberg) bzw. den Zusammenhang von Technologie und Bewußtseinsentwicklung thematisieren (Touraine, Mallet, Bright, Kern/Schumann). — Zentrales Kriterium des Autors ist die Frage, ob und wie »reale, alltägliche und lebenspraktische Widerspruchserfahrungen, wie sie zumal im Bereich der materiellen Produktion (...) zu gewinnen sind, (...) konstitutiv (oder) als Momente möglicher Aufweichung des falschen Bewußtseins« (9) in ihnen verarbeitet sind. Damit richtet sich die Studie gegen Alltagsbewußtseins-Konzepte, die dieses ausschließlich als Blockierung weitergehender Erkenntnis, v.a. von Klassenbewußtsein, verstehen.

Das durch die Fragestellung eingeschränkte Untersuchungsinteresse, in unexplizierter Lukács-Nachfolge und zudem abstrahierend vom historischen Prozeß nur die objektiven *Möglichkeiten* der Entwicklung von Klassenbewußtsein und deren Behandlung in verschiedenen Theorien aufspüren zu wollen, begrenzt allerdings auch die Ergebnisse der Studie. In den Kapiteln III und IV zeigt der Autor zwar anhand der inneren Widersprüche der behandelten Konzepte im wesentlichen auf, daß dort meist unfreiwillige Belege für die Existenz von Klassenbewußtsein bzw. eigenständigem Arbeiterbewußtsein durchschlagen und sie insofern mit »Konflikten befaßt sind, die sich aus der je konkret historischen Durchsetzungsform der Kapitalinteressen und den (damit) vermittelten Reaktionen der Arbeiterklasse ergeben« (47), bzw. daß sie als Darstellungen »'prospektiven Klassenbewußtseins'« zu lesen seien, in denen »die als Wirklichkeit und Wirkung der widersprüchlichen Strukturierung der objektiven Konstitutionsbestimmung des Bewußtseins« erscheinenden »aktuell widersprüchliche(n) Inhalte des Arbeiterbewußtseins« (93) enthalten seien. Dagegen bleibt die Vorstellung der verschiedenen theoretischen Ansätze linker Autoren zur Theorie des Klassenbewußtseins und seiner Genese aus Alltagserfahrungen eher unentschieden darin, was der Autor eigentlich vorführen will, da alle diese Ansätze — wenn auch in teils höchst unterschiedlicher Form — von den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ausgehen. Wo sie aber auch nur logisch über die vom Autor angelegte Frage hinausweisen, werden sie deshalb von ihm kritisiert, ohne daß das zugrundeliegende zentrale Problem thematisiert würde, daß z.B. Hahn und Tjaden-Steinhauer sich begründet nicht damit begnügen, zu konstatieren, die vom Kapital initiierten Bildungsprozesse des Proletariats *könnten* der Mystifikation gegensteuern, sondern auch die *Bedingungen* für die Durchbrechung der Mystifikation — und nicht nur deren Möglichkeit — anzugeben beanspruchen. Die schlüssige Kritik der Studie z.B. am mechanisch-*'kapitallogischen'* Konzept des Projekts Klassenanalyse wäre hier auch an sie selbst zurückzugeben.

In diesem Teil fällt die Arbeit auch teilweise beträchtlich hinter den einschlägigen Diskussionstand zurück. So ist anzuzweifeln, ob die Konzeption dichotomen Bewußtseins als *'prospektives Klassenbewußtsein'* anzusehen ist; und zentrale Fragen wie die der *'Übersetzungs'*- bzw. Widerspiegelungsproblematik, d.h. die eigentliche Dialektik der Form materiell-gesellschaftlicher Widersprüche und ihrer Aneignungsform durch das Bewußtsein, die den Kern wichtiger Kontroversen ausmachen, bleiben unerwähnt oder gehen in unangemessener Polemik unter (die Partei der Arbeiterklasse »verwalte« den richtigen »Standpunkt«, 30, 44). Schließlich bleibt unklar, wieso eine Studie, die ausdrücklich von den positiven Perspektiven vom Alltags- hin zum Klassenbewußtsein ausgeht, weder die Lefebvreschen Versuche einer Kritik des Alltagslebens diskutiert, noch neuere Diskussionen zum Übergang von individueller zu kollektiv-solidarischer Orientierung wie bei Diligenski und Heiseler erwähnt.

Claudia Stellmach (Bonn)

Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen: Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder-Kreis 1 und 2. Schwalm-Eder-Studie 4 und 5: Arbeits- und Lebensverhältnisse in einem unterentwickelten Gebiet. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1980 (XI + 605 und 497 S., br., 98,- DM)

Dies ist das Kernstück einer mehrjährigen, auf einen nordhessischen Landkreis gerichteten Untersuchung. Gestützt auf weitere 10 Bände, die an der Gesamthochschule Kassel herausgegeben worden sind und kreisübergreifende Themen behandeln (Arbeitslosigkeit, Verkehr, Bildungsverhältnisse), gewerkschaftliche, aus der Untersuchung resultierende Forderungen sowie eine Kurzfassung der Gesamtstudie enthalten, wird hier schrittweise rekonstruiert und veranschaulicht, wie sich der Zusammenhang von Leben und Arbeit in einer Randregion der großen Entwicklungsräume konkret entwickelt.

In einer systematischen Verflechtung von Industrie- und Gemeindeforschung werden anhand von elf Gemeinden und zwölf in ihnen gelegenen Industriebetrieben — darunter ein Kraftwerk mit Braunkohlebergbau — zunächst die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse im Hinblick auf die Wiederherstellung der Arbeitskraft der Arbeitnehmer dargestellt. Naturräumliche und demografische Voraussetzungen werden in die sozial-ökonomischen und politisch-kulturellen Strukturanalysen integriert, was eine Überwindung faktenkompilatorischer Methodik bezeugt. Die besonderen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Betriebe werden unter dem Aspekt der Bedingungen der Verausgabung von Arbeitskraft dargestellt. Es folgt die Sicht der Befragten aus den Betrieben auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Wobei schon in die vorhergehenden Darstellungen die Erfahrungen der Arbeitnehmer eingegangen sind (neben statistischen, geographischen, historischen u.a. Quellen). Ebenso wurden die Ergebnisse der Hauptbefragung von den Befragten selber mitbewertet. Schließlich war es Zweck der Studie, »diejenigen Punkte heraus(zu)arbeiten, welche die Arbeitnehmer besonders belasten und daher Veränderungen erfordern, die in gemeinsamer Praxis angegangen werden müssen« (Textband, 4).

In die 1978 durchgeführte Hauptuntersuchung waren 21 Beschäftigte des VW-Werkes Baunatal einbezogen, das mit 4-5000 etwa jeden vierten industriellen Arbeitnehmer aus dem Kreisgebiet beschäftigte. Es werden die Ergebnisse einer Nebenbefragung von Baubeschäftigten referiert. Auskünfte über erwerbstätige Familienangehörige der 123 Hauptbefragten wurden eingeholt. Im letzten Teil des Textbandes werden die individuellen und sozialen Charakteristika der Hauptbefragten mitgeteilt, wird ihre soziale und wirtschaftliche Lage zusammenfassend dargestellt, z.B. anhand der Befragungsergebnisse zum Geldbudget und Zeitbudget. Geld- und Zeitbudget bilden die einzigen vorab im Fragebogen enthaltenen Klammern zwischen Arbeits- und Lebensverhältnissen (17). Deren »innere Einheit« war weder als theoretisches Konstrukt der Forscher, noch als bloße Vorstellung der Befragten von Interesse; es ging vielmehr um Sachauskünfte der Arbeitnehmer über die betrieblichen Arbeits- wie über die örtlichen Lebensbedingungen (16). Nur dadurch ließen sich jene Belastungen »in den Arbeits- und Lebensverhältnissen selbst« (531) ermitteln, die im Unterschied zu Rollenansforderungen wie Selbsteinschätzungen der Lage vor allem gefragt waren.

Die Befunde der Untersuchung werden in einer Belastungsanalyse auch quantitativ ausgewertet, indem je fünf Belastungsschwerpunkte der Arbeits- und der Lebensverhältnisse isoliert, Belastungsgrade gebildet, Einzel- und Querauszahlungen vorgenommen werden. Dies erlaubt die Unterscheidung verschiedener Formen gehäufter Belastungen und verschiedener Grade der Gesamtbelastung. Daß hier signifikante Zusammenhänge getroffen wurden, erweist sich vor allem an der Korrelation des Gesamtbelastungsgrades mit Erkrankungsgraden (Materialband, 363). Die Belastungsanalyse erlaubt durch die Anlage der Untersuchung eine Rückkoppelung zu den realen Problemen »vor Ort«, d.h. in den einzelnen Betrieben und Orten, um die wirklichen Mängel namhaft zu ma-

chen, die den Belastungs-Syndromen zugrundeliegen. Die Gesamtstudie ist ein Wegweiser zu demokratischer und verändernder Forschungspraxis.

Rolf Czeskleba-Dupont (Aalborg)

Ostner, Ilona, und Barbara Pieper (Hrsg.): Arbeitsbereich Familie. Umriss einer Theorie der Privatheit. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1980 (249 S., br., 32,— DM)

Aus der Reihe 'Forschungsberichte aus dem Sonderforschungsbereich 101 (Sozialwissenschaftliche Berufs- und Arbeitskräfteforschung)' liegt ein Versuch vor, Familie und Arbeit aufeinander zu beziehen und damit zu zeigen, »daß 'Arbeit' und 'Leben' ganz und gar nicht so weit voneinander existieren, wie gemeinhin angenommen wird« (1). Gemeinsamer theoretischer Bezugspunkt beider Bereiche soll ein »sehr weit gefaßter Begriff von Arbeit sein« (1). Kann man so die Arbeit in der Familie auf die Erwerbsarbeit beziehen (Produktion von Arbeitsvermögen), so ist damit die durch den einheitlichen Namen implizierte Gemeinsamkeit auch schon am Ende. In fünf Dimensionen werden Dichotomien formuliert, die die Unterschiede zwischen familialer und erwerbsmäßiger Arbeit idealtypisch herausstellen sollen. Beispiele dafür sind unterschiedliche Zeitbegriffe (zyklisch/linear) oder das unterschiedliche Verhältnis zur Natur (Naturgebundenheit/Naturbeherrschung). Die Autorinnen (ein Autor), gehen davon aus, daß die Trennung von Erwerbsarbeit und Privatheit mit den Geschlechtsrollen korrespondiert. Bei diesem auf struktureller Komplementarität basierenden Verhältnis untersuchen sie die Bedeutung, »die private — vor allem weibliche — Versorgungsarbeit in der Familie« (6) für berufliche Arbeit hat. Es soll gezeigt werden, »wie in Familie gearbeitet — 'gesorgt' — wird und wie Familie auf subjektive Wünsche und objektiv gesellschaftliche Erwartungen z.B. nach (Wieder-)Herstellung von Arbeitsvermögen bezogen ist« (8). Der Beruf und die 'objektiv gesellschaftlichen Erwartungen' werden lediglich punktuell, nicht systematisch auf familiäre Arbeit bezogen; sie geben nur Rahmendaten ab, die sehr allgemein gehalten sind.

In dem zentralen Aufsatz von Ostner und Pieper »Problemstruktur Familie — oder: Über die Schwierigkeiten in und mit Familie zu leben« (96-170) wird die Problemstruktur Familie aus dem »dialektischen Verhältnis von selbstbestimmtem familialem Eigenleben und der Verstrickung in vielfältige Abhängigkeiten« (10) bestimmt. Die Außenanforderungen einerseits und die völlig unhistorisch und formal gefaßte 'Eigenlogik' der Familie andererseits bilden als Pole ein Spannungsfeld, in dem die Familienmitglieder agieren (arbeiten). Daß dieses Modell für einzelne Untersuchungsschritte fruchtbar angewendet werden kann, zeigen die Autorinnen am Beispiel der Professionalisierung der Mutterrolle oder auch beim 'Gang zum Familienberater', mit dessen Hilfe das Verhältnis zwischen Eigenlogik und gesellschaftlicher Anforderung neu ausbalanciert werden soll. Für eine »Theorie der Privatheit« erscheint eine Definition, die dieses Spannungsverhältnis als konstitutiv für Familie ansieht (102) doch sehr schlicht. Die Eigenlogik nicht historisch spezifisch zu untersuchen, die gesellschaftlichen Abhängigkeiten nur als nicht näher erläuterte Rahmenbedingung einzuführen, führt zu einem unhistorischen und abstrakten Familienbegriff, der historisch nur auf einer bestimmten Stufe der Familienentwicklung formuliert werden kann: am Beispiel der bürgerlichen Familie.

So bemüht sich Bollinger in dem Aufsatz »Hof, Haushalt, Familie« (13-72) einen Überblick über die Abfolge historischer Sozialform-Typen zu geben, wobei die vorliegenden historischen Forschungsergebnisse in ein funktionalistisches Modell eingebracht (bisweilen eingezwängt) werden. Von Familie spricht er erst, wenn bestimmte Eigenschaften vorhanden sind: Trennung von Arbeit und Familie, hauswirtschaftliche Entleerung, Intimisierung des Binnenbereichs, etc.; kurz: bei Vorliegen der Kriterien der bürgerlichen Familie. Da er an möglichst schlüssigen Familienmodellen interessiert ist, kann es auch nicht verwundern, wenn bei Bollinger die proletarische Familie des 19. Jahrhun-

derts erst zur Familie wird, als sie in der Lage ist, von dem Verdienst des Mannes zu leben und die Frau einen abgeschlossenen privaten Bereich aufbauen kann. »Die wichtigste Voraussetzung für die Herausbildung der proletarischen Familie liegt in der Durchsetzung des Familienlohnes.« (30)

Den gleichen Familienbegriff findet man auch bei K. Jurczyk, die am Ende eines über weite Strecken interessanten Beitrages (»Familienpolitik — Strategien zur Erhaltung familialer Eigenstruktur« [171-207]) zu dem Schluß kommt, daß »sich möglicherweise Familie, gemessen an gesellschaftlichen Anforderungen und subjektiven Interessen schlicht überlebt« (207) hat. Was hier recht radikal klingt, ist die Konsequenz aus einem sehr engen Familienbegriff, der den Wandel der Familie kaum ausreichend erfassen kann. Jurczyk verweist auf das grundlegende strukturelle Dilemma von Familienpolitik: Eine Politik, die es sich zum Ziel setzt, die Eigenstruktur der Familie zu erhalten, liefert mit den dazu eingesetzten Mitteln auch einige Momente ihrer Auflösung mit. Das Erziehungsgeld, eingesetzt, um die Mutter an Familie und Kind zu binden, bedeutet gleichzeitig den Einbruch der durch Geld vermittelten Tauschgesellschaft in das (gemäß der Ideologie) ausschließlich von Liebe konstituierte Familienverhältnis.

Verwiesen sei noch auf die Beiträge von Klein, die die ideologischen Versuche, die bürgerlichen Frauen des 19. Jahrhunderts in Ehe und Familie einzuschließen, mit der zunehmenden Entleerung der Hauswirtschaft in Verbindung setzt, und auf den Beitrag von Pieper: Sie versucht mit Hilfe des Familienzyklusmodells an einem sehr konkreten Bereich familialer Arbeit die strukturellen Konflikte beim »Kinderspiel im Wohnbereich« entlang einer Art Normalbiographie zu entwickeln.

Der Band kann dann mit Gewinn gelesen werden, wenn konkrete Phänomene beschrieben und analysiert werden. Die oft mit großem rhetorischen Aufwand gebastelten theoretischen Aussagen reichen dagegen kaum für die angestrebten 'Umrisse einer Theorie der Privatheit'.

Manfred Herzer (Mainz)

Deppe, Rainer, und Dietrich Hoß: Sozialistische Rationalisierung. Leistungspolitik und Arbeitsgestaltung in der DDR. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1980 (349 S., br., 39,— DM)

Ziel der Arbeit aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung ist es, den Zusammenhang von sozioökonomischer Entwicklung, technologischem Wandel und Programmatik der »Sozialistischen Rationalisierung« in der DDR darzustellen. Auf »eine grundsätzliche Einschätzung des sozialen Charakters des gesellschaftlichen Systems der DDR« wird verzichtet (Einleitung). Die starken Seiten des Bandes liegen in einer exakten und umfassenden Wiedergabe der gegenwärtigen Hauptströmungen in der DDR-Arbeitswissenschaft bzw. in einer sehr ausgewogenen theoretischen Auseinandersetzung mit diesen Tendenzen. Dabei bleibt es Deppe/Hoß nicht verborgen, daß im Gegensatz zu industri soziologischen Untersuchungen der BRD »die arbeitswissenschaftliche Forschung in der DDR explizit mit dem praktischen Untersuchungsziel verknüpft sei, aus der empirisch-theoretischen Analyse arbeitsorganisatorische Gestaltungskonzeptionen abzuleiten« (263).

Nach herrschendem Verständnis in der DDR umfaßt der Begriff der »Sozialistischen Rationalisierung« alle unmittelbaren Maßnahmen zur Umgestaltung des Produktionsprozesses, und zwar sowohl die technologischen wie die arbeitsorganisatorischen Veränderungen, die aber immer gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine reale Verbesserung der Arbeitsbedingungen bewirken sollen. Zum Hauptinstrument dieser Rationalisierungen wurde auf dem 8. SED-Parteitag 1971 die »Wissenschaftliche Arbeitsorganisation« (WAO) erklärt. Die beiden Verfasser sehen in der WAO im wesentlichen nur einen besonders raffinierten Hebel zur Leistungssteigerung der Werktätigen, da es der »herrschenden bürokratischen Schicht angesichts des gesellschaftlichen Kräftever-

hältnisses in der DDR unmöglich sei, ihre ökonomischen Ziele rigoros durchzusetzen« (73). Dieses Kräfteverhältnis habe seinen Ausdruck gefunden »in vielfältigen Formen der Arbeitsverweigerung (Bummelei, Krankfeiern etc.), die in einem Gesellschaftssystem ohne freie Gewerkschaften, aber mit einer rechtlichen Beschäftigungsgarantie von den Arbeitern noch in weit größerem Ausmaß als in den westlichen Ländern zur Verteidigung ihrer Arbeits- und Reproduktionsbedingungen ergriffen würden« (73). Das wirft die Frage an die Autoren auf, warum wohl die »herrschende bürokratische Schicht« in der DDR nicht kurzerhand die »rechtliche Beschäftigungsgarantie« aufhebt, um so am wirksamsten ihre »ökonomischen Ziele rigoros durchsetzen« zu können?

Trotz Einführung der WAO konnten — so zitieren Deppe/Hoß wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse aus der DDR — bei weitem nicht alle gesteckten Ziele verwirklicht werden. Zwar wurden in den vergangenen 10 Jahren rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze um- oder neugestaltet, vornehmlich gefährliche, gesundheitsgefährdende und schwere körperliche Arbeit erfordernde Arbeitsplätze konnten erheblich reduziert werden, aber WAO-Maßnahmen bewirkten nur in den seltensten Fällen, daß die Betriebe dadurch Arbeitskräfte freisetzen. Der größte ökonomische Nutzen sei durch die WAO-Praxis bei den Komplexen »Steigerung der Produktion«, »Verbesserung der Arbeitsbedingungen« und »Qualitätssteigerung der Erzeugnisse« eingetreten. Als Indiz für die umfassende Verbreitung der WAO wird von den Verfassern die im letzten Jahrzehnt sprunghaft angestiegene Zahl der »Neuerer« (von 660 000 auf 1,7 Millionen) gewertet, wobei sie jedoch zur Spekulation Zuflucht nehmen, daß eine »Beteiligung an Neuerungen wahrscheinlich nur notgedrungen und materiell motiviert« sei (52). Der aus bundesdeutscher Sicht gewiß beachtliche Umstand, daß DDR-Arbeitnehmer im Falle der Rationalisierung des eigenen Arbeitsplatzes einen verbindlichen Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung mindestens unter den gleichen sozialen und finanziellen Bedingungen haben, fällt hier unter den Tisch.

Die interessantesten Passagen des Buches finden sich in den Kapiteln 6 und 7, in denen am Beispiel der Dreher an numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen und von Anlagenfahrern in der Chemieindustrie der DDR die Anstrengungen der Arbeitsgestaltung sichtbar werden, die scheinbar ausschließlich technologisch bedingte Reduktion geistiger Arbeit nicht als notwendiges Opfer an den technischen Fortschritt zu verbuchen, sondern die Tätigkeit dieser Produktionsarbeiter durch ein Bündel von technischen und arbeitsorganisatorischen Maßnahmen mit »geistig schöpferischen Elementen anzureichern« (143, 225). Vermissen wird ein Abschlußkapitel mit einer Zusammenfassung der Positionen der Autoren.

Norbert Steinborn (Berlin/West)

Psychologie

Dieser Rezensionsteil besteht aus 2 Themenschwerpunkten: Zum einen »Frauen und Psychoanalyse«, wo vorgeführt werden soll, wie wichtig und anhaltend die Freud-Rezeption in der Frauenbewegung ist. Neuere Forschungsansätze gehen dahin, sich über die Wirkungsweise von Theorien klarzuwerden, herauszuarbeiten, daß Teile des als Faktenwissen gedachten Alltagslebens tatsächlich psychoanalytische Konstruktionen sind. In »Arbeit und Identität« geht es darum, die Kritische Psychologie — die u.E. zu dieser Frage die entwickeltesten Vorschläge hat — frauenspezifisch zu nutzen, was immer auch heißt, sie zu verändern.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal zur Diskussion um die Frauen-Rezensionsteile aufrufen: Sollten sie jeweils aus einem gemeinsamen Diskussionszusammenhang kommen? Was sollte wie vorgeführt werden? Brauchen wir neue Rezensionskriterien? Für diese Fragen braucht es eine breite Diskussion. Schreibt uns!

Zinser, Hartmut: Der Mythos des Mutterrechts. Verhandlung von drei aktuellen Theorien des Geschlechterkampfes. Ullstein Verlag, Berlin/West 1981 (96 S., br., 6,80 DM)

Die Abhandlung will nicht alle Probleme klären, mit denen wir im Umkreis des Matriarchats noch immer beschäftigt sind. Hartmut Zinser befaßt sich mit der Funktion von Matriarchatstheorien in der Gegenwart. Am Beispiel ihrer drei markantesten Vertreter beschreibt er den psychologischen, besser: politischen Hintergrund der Theorien von Bachofen, Engels und Freud. Ihre Unrichtigkeit setzt er mehr oder weniger voraus (dazu zuletzt: Maurice Godelier, *The Origins of Male Domination*, in: *New Left Review* 127, 1981, 3-17). Hier wäre wohl noch einiges zu ergänzen, etwa zur Frage der Matrifokalität, wie ich sie nenne, also der Kombination von Matrilinearität und Matrilokalität. Aber das würde dem nicht gerecht werden, was er sich vorgenommen hat. Mindestens ebenso wichtig wie die Frage nach der Geschichte ist ja die nach denen, die sie schreiben. Und hier gibt das gut geschriebene kleine Buch eine eindringliche Analyse von drei Texten, nämlich von Bachofens Mutterrecht, Engels' Ursprung der Familie und Freuds Ausführungen zum Matriarchat in verschiedenen seiner Werke.

Ziners Interpretation von Bachofen ist eine der besten, die ich kenne. Er kann aus dem Text beweisen, daß Bachofen sich mit seinem Buch bewußt gegen die im 19. Jahrhundert entstandene Emanzipationsbewegung wendete, zum Beispiel gegen Girardin, der 1854 gefordert hatte, die Abstammungsregeln für Kinder in Frankreich zu ändern und ein neues Mutterrecht einzuführen (»les Français sont égaux devant la mère«). Eindrucksvoll zeigt er den frauenfeindlichen Charakter der Bachofenschen Geschichtskonstruktion, nicht nur an seiner Annahme, die Entwicklung vom Matriarchat zum Patriarchat sei eine notwendige Abwendung der Menschheit vom weiblich Stofflichen zum männlich Geistigen gewesen. Schon den Leitfiguren der drei Entwicklungsstufen innerhalb des Matriarchats liegen männliche Vorstellungen zugrunde, Vorstellungen von Frauen, die nicht Subjekt ihres Handelns sind: die Hetäre als sexuelles Wunschbild, die Amazone als sexuelles Angstbild und die Mutter als sexuell neutralisierte Frau. Und nicht nur frauenfeindlich ist das Ganze, sondern auch freiheitsfeindlich. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind für Bachofen Ursprungserscheinungen, die ihm Rückschritt und Verfall bedeuten, wenn sie, wie das Mutterrecht, in der neueren Entwicklung wieder auftauchen.

Anders ist es mit Engels. Ihm kann man Frauenfeindlichkeit nicht vorwerfen. Im Gegenteil. Aber auch er geht von typisch männlichen Vorstellungen aus. Ist für Bachofen der Geist männlich, so ist es für Engels die Arbeit. Subjekt der Geschichte kann also für ihn nur der Mann sein. Das zeigt Zinser überzeugend. Dabei läßt sich nachweisen, daß die Frau schon in Jägersellschaften nicht nur den Haushalt führt, wie Engels meint, und »kocht, webt und näht«, sondern den größeren Teil der Nahrung produziert. Zinser hat Recht, wenn er sagt, daß die Matriarchatstheorie bei Engels nicht ausreichend begründet ist und daß sein Versuch, die Unterdrückung der Frau auf die Entstehung von Privateigentum zurückzuführen, ihm den Blick für eine richtige Analyse der Beziehungen zwischen Männern und Frauen verstellt. Der Kampf der Geschlechter sei für ihn eben nicht so wichtig gewesen wie der Klassenkampf. Die Ansprüche der Frau würden in die Vor- oder in die Nachgeschichte verwiesen. Und damit stünde seine Mutterrechtstheorie genau an der Stelle, an der an sich die Bewältigung des Konflikts zwischen Männern und Frauen hätte stehen müssen.

Bei Freud sind Matriarchatsvorstellungen noch schlechter begründet als bei Engels: Die Söhne ermorden den Vater und danach geht die Macht auf die Frauen über. Das hat er selbst einmal als »wissenschaftlichen Mythos« bezeichnet. Auch bei ihm ist die Frau als Subjekt aus der Geschichte gestrichen. Die Macht fällt ihr nur zu, weil die Gesellschaft vaterlos geworden ist. Zinser sieht den Grund dafür in seiner Trieblehre. Der Trieb ist männlich, wie für Bachofen der Geist und für Engels die Arbeit. Grundlage al-

ler drei Theorien sind immer männliche Vorstellungen von Frauen, nicht die Frau als Subjekt. Den Frauen, meint Zinser, können sie wenig zu ihrer Selbstwerdung helfen, höchstens indem sie aus ihnen einiges über ihre eigene Deformierung erfahren und über die männliche Vorstellungswelt.

Ich glaube, das ist im wesentlichen richtig, übrigens nicht nur für die Gegenwart, sondern schon für die Vergangenheit. Auch bei den Griechen haben Matriarchatsmythen eine ähnliche Rolle gespielt, die Herrschaft der Männer legitimiert. Selbst für südamerikanische Indianer läßt sich das nachweisen (Joan Bamberger, *The Myth of Matriarchy: Why Men Rule in Primitive Societies*, in: M.Z. Rosaldo, L. Lamphere, Hrsg.: *Woman, Culture and Society*, 1974, 263-280). Trotzdem, ich selbst sehe ihre Funktion in der Gegenwart nicht ganz so negativ wie Hartmut Zinser. Sie haben für die Frauen auch eine ermutigende Funktion gehabt. Bachofen hat ihnen auch eine Vision von Macht gegeben (Paula Webster, *Matriarchy: A Vision of Power*, in: R. Reiter, Hrsg.: *Towards an Anthropology of Women*, 1975, 141-156). Und seine Wirkung war immerhin, daß ein anderer Mythos erschüttert worden ist, nämlich der von der natürlichen Überlegenheit der Männer.
Uwe Wesel (Berlin/West)

Schlesier, Renate: Konstruktionen der Weiblichkeit bei Sigmund Freud. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1981 (257 S., br., 38,— DM)

»Freuds Theorien über die Weiblichkeit sind an den Haaren herbeigezogen«, so ungefähr könnte die nunmehr zehnjährige Auseinandersetzung der Frauenbewegung mit dem Vater der Psychoanalyse zusammengefaßt werden. Die augenblickliche Diskussion geht über das Konstatieren, daß Frauen aus diesem theoretischen Zugriff herausfallen, hinaus und beschäftigt sich mit der Frage eines Begründungszusammenhangs für das Fehlen der Frauen in der Psychoanalyse; erste Ansätze einer Theoretisierung des Weiblichen werden vorgelegt (siehe Irigaray- und Cixous-Rezensionen in diesem Heft). Was also könnte — vom Frauenstandpunkt aus — spannend sein an einer erneuten Freudrezeption, wie sie Schlesier versucht? Die Weiblichkeitstheorien als erklärungsarm zu verwerfen, muß nicht bedeuten, Freud ganz preiszugeben, sondern kann den Aufruf in sich tragen, die für nützlich erkannten Theoreme »feministisch« durchzuarbeiten und zu ändern; ein solches Vorgehen entspräche einem undogmatischen und schöpferischen Umgang mit Theorie. Anders Renate Schlesier — sie will in ihrer Dissertation den Frauenstandpunkt *in* den Weiblichkeitskonstruktionen bei Freud selber finden, will Freud retten und ihn nicht zu einer eingreifenden Waffe für die Frauen-Wirklichkeit verändern. Auf vielen Seiten wird Freud noch einmal vorgestellt, um ihn dann in einen »frühen« und einen »späten« zu scheiden — der frühe Freud mit seinen Analysen zur Hysterie scheint Schlesier »geeigneter« für die Frauen; Hysterie steht für sie als eine Art Modell für die Zukunft. Die Frau kann sich darin zwar nicht verbal artikulieren, aber sie »veranstaltet eine Verkörperung« und weist (dunkle? welche?) Wege in die Zukunft — das habe Freud, dem phallischen Monismus unterliegend, nicht sehen können. — Was es heißt, die Freudschen Konstruktionen insgesamt zu akzeptieren und darin nur kleinere Umgewichtungen vorzunehmen, zeigen Schlesiers Re-Interpretationen des von Freud benutzten Mythenmaterials; sie läßt unangetastet, daß Freud die gesellschaftlichen Widersprüche ins Innere der Personen transportiert und baut an eben diesen inneren Widersprüchen herum, kritisierend, daß Freud in »Berichten, Mythen von Müttern oder Muttergottheiten« als »Verführerin(nen)« der Söhne oder gar »Anstifter(innen)« zum Vätermord nichts anderes als eine »lügenhafte Umdichtung« erblicken will (35). — Mit ihrer Behauptung, daß Freud die »Erweiterung des Begriffs der Sexualität über die durch Genitalität und Fortpflanzungsfunktion gesetzten Grenzen hinaus« (78) geleistet habe, entzieht sich Schlesier selbst einen wichtigen Boden für fruchtbare Kritik; gerade indem die kindliche Sexualität unter der späteren Fortpflanzungsfunktion betrachtet

wird, kann bei Freud von »Penisneid«, »Kastrationsangst« und »Wunsch nach dem Kinde« gesprochen werden, können »Aktivität« und »Passivität« nach den Zeugungs- und Gebärfunktionen »verteilt« werden. Unter der Prämisse von Schlesier ist es nur logisch, daß sie in der Vorführung des Falles »Wolfsmann« lediglich bemängelt, daß die Mutter in der Konstellation den falschen Platz zugewiesen bekam. Nicht nur Väter, auch Mütter können Angst machen, auch Frauen sind aggressiv — so der Tenor ihrer Kritik. Es entsteht der Eindruck, daß dem Freud hier nur trotziger entrisser werden soll, was er einzig den Männern zuschrieb: auch Frauen haben Lust, sind aktiv und aggressiv — ist das nur gesichert, kann alles andere bleiben. — Der Modus ihrer Kritik läßt sich als »Relativierungsversuch« umschreiben: Der Phallus als Maßstab (bei Freud) aller Dinge, der Penisneid, das Kastrationsmodell — all das hat seine Berechtigung, muß aber in der Gewichtung verkleinert und um neue (welche?) Weiblichkeitsmodelle ergänzt werden. Die Freudschen Konstruktionen von Weiblichkeit »verhindern, daß in der Sexualität beider Geschlechter prägenitale Fixierung und phallische Begrenzung überwunden werden, ein weder verstümmeltes noch verstümmelndes Geschlechterverhältnis gelingt« (117).

Schlesier wünscht sich die Geschlechterbeziehungen perspektivisch harmonisch und implizit schlägt sie vor (auch hier Freud in seiner Prämisse, der Mensch sei ein sexuelles Wesen, folgend), die bestehenden Konflikte und Widersprüche mit der Psychoanalyse durch eine neue Sexualität bzw. eine veränderte Weiblichkeitskonstruktion zu lösen. Wie immer man den Vorschlag werten mag, Schlesier selbst arbeitet dazu nichts weiter aus.

Kornelia Hauser (Hamburg)

Irigaray, Luce: Speculum — Spiegel des anderen Geschlechts. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1980 (472 S., br., 16,— DM)

Bekannt ist in der Frauenbewegung, daß, wenn sich die Wissenschaft zu Frauen äußert, sie doch nicht vorkommen. Wie dieser Ausschluß gebaut ist, zeigt Irigaray anhand des philosophischen (Plato) und psychoanalytischen (Freud) Diskurses. Indem sie dessen Bauweise studiert, sucht sie die »blinden Flecken«, die Leerstellen, in die die Frauen sich einschreiben müßten. Immer fände man sie in gleicher Weise bestimmt: als ein Naturwesen (Materie), als dem (männlichen) Geist unterworfen und als Negation. Die Frau habe kein Selbst, sie sei immer Objekt im männlichen Diskurs. Irigaray geht vom Ausschluß auf allen Ebenen aus: ökonomisch sei sie Ware, sozial fungiere sie als Tauschobjekt und Zeichen, philosophisch sei sie durch den Diskurs des 'Logozentrismus' bestimmt und auf der psychologischen Ebene würde sie durch den 'Phallozentrismus' begriffen. Wie führt sie dieses nun an Freuds Theorie vor?

Grundsätzlich kritisiert sie, daß er mit den Verfahren des Vergleichs, der Analogie, der Symmetrie arbeite: Die Entwicklung des kleinen Mädchens wird immer gemessen an der des Jungen, die Frau ist die Verkümmern, die Kehrseite, der 'Spiegel' in der männlichen Ökonomie, ohne daß ihr eine eigene, spezifische zukäme. Weiter kritisiert sie, daß Freud die menschliche Entwicklung bereits in frühkindlichem Stadium durch ihre Fortpflanzungsfunktion bestimme. Sie fragt aber nicht nur nach den Lücken in der Theorie, sondern stellt deren Funktion in und für die Theorie heraus. Irigaray bedient sich der Methode der »symptomalen Leseweise«. Sie begreift den Text als ein Konstrukt, als ein in bestimmter Weise verknüpftes Aussagenbündel. Die Textauseinandernahme nimmt Bezug auf den Autor, dessen Zeit, und die Bedeutung, die der Text für den Autor hat/haben kann. Indem sie den Text demontiert, die Freudschen Originaltextstellen kommentiert, sie in modifizierenden Fragen wiederholt und so die Textstruktur/-ordnung durcheinanderbringt, fragt sie, was in welcher Weise verknüpft wird, was unausgesprochen gesagt wird und welche Bedeutungen der Autor damit stiftet.

Anhand von zwei Beispielen soll Irigarays Freudrezeption verdeutlicht werden: Im er-

sten geht es um das Problem der feindseligen Haltung des kleinen Mädchens gegenüber seiner Mutter, dazu Freud: »*Ich meine*, wir haben dieses spezifische Moment gefunden, und zwar an erwarteter Stelle, wenn auch in überraschender Form. An erwarteter Stelle, ..., denn es liegt im Kastrationskomplex. ... Eine Überraschung war es aber, aus den Analysen zu erfahren, daß das Mädchen die Mutter für seinen Penismangel verantwortlich macht und ihr diese Benachteiligung nicht verzeiht« (56, Hervorh. Irigaray). Der Einsatz in diesem Spiel scheint Irigaray von Anfang an der Blick (das sichtbare und das unsichtbare Geschlecht) zu sein, er schafft den Maßstab, bildet die Grundlage der Freudschen Interpretation, die sich nur an dem Sichtbaren ausrichtet. Irigaray stellt mit Erstaunen fest, daß, obwohl die Frau niemals kastriert wurde, eben diese Kastration und der Penisneid ihre gesamte Entwicklung bestimmen sollen und auch zur Grundlage ihres Wunsches nach einem Kind würden. An anderer Stelle durchkreuzt sie die Texte zur weiblichen Homosexualität. Am Ende ergibt sich, daß, obwohl von zwei Frauen die Rede war, Freud zur männlichen Homosexualität spricht, denn das Begehren ist in seiner Konstruktion immer männlich.

Trotz umfassender Kritik an Freud will Irigaray (selbst Psychoanalytikerin) das psychoanalytische Instrumentarium retten, es aber aus seiner männlichen Bestimmtheit nehmen. Sie meint, das Handwerkszeug der Psychoanalyse sei noch gar nicht ausgeschöpft, mit ihm ließe sich »die Geschlechterdifferenz positiv nutzen«. Das methodische Vorgehen von Irigaray eröffnet Möglichkeiten, auch im Bereich der Sprache und der Texte, geschlechtsspezifische Unterdrückungselemente und Konstruktionen in ihrer Wirkung auf die handelnden Menschen zu erkennen.

Ihre Perspektive bleibt undeutlich: Sie verweist auf einen »natürlichen«, nicht historisch gewordenen »Ursprungsort«, zu dem die Frauen zurück müssen, um ihr »Selbst« zu finden; so kettet sie die Befreiung an das Geschlecht. Indem sie nur die Unterdrückung der Frauen durch die Männer bearbeitet, erfährt sie nur einen Teil des Herrschaftsgefüges, gesellschaftliche Bewegungsgesetze kommen nicht vor, die Gesellschaftsformen werden als »Spielart« des Phallogozentrismus ausgegeben. Die bisherige Rezeption von Irigaray zeigt, daß auch eine Gefahr darin besteht, ihr umstandslos zu folgen: Ihre Textdekonstruktionen bedeuten auch den Verlust positiven Wissens, bedeuten in diesem Fall grundsätzliche Wissenschaftskritik, die noch nicht in neue Ansätze überführt ist.

Margret Lüdemann (Hamburg)

Cixous, Hélène: Der unendliche Zirkel des Begehrens, Merve-Verlag, Berlin/West 1977 (62 S., br., 4,- DM)

Cixous knüpft insofern an Irigaray an, als sie ebenfalls hervorhebt, daß die Frauen die gesamte Kultur durchforsten müßten, um das »Weibliche« in sie einzuschreiben. Für wesentlich hält sie die Sprache, mit der sie sich in zwei Interviews und einem Aufsatz beschäftigt. »Man muß die Kultur beim Wort nehmen, wie sie uns in ihr Wort nimmt, in ihre Sprache. Ihr versteht, warum ich meine, daß eine politische Reflektion nicht ohne eine Reflektion der Sprache stattfinden kann, nicht ohne eine Beschäftigung mit der Sprache. Von Anfang an wird man in die Sprache hineingeboren und die Sprache spricht (zu) uns, die Sprache diktiert uns ihr Gesetz ...« (22) Im ersten Interview unter dem Titel »wenn ich nicht schreibe, ist es, als wäre ich tot« (7), beschreibt sie ihr Verhältnis zum entstehenden Text als Liebesverhältnis. Die Schreibweise bringt die Geschlechterdifferenz zur Geltung, die unterschiedliche Triebökonomie. Um das typisch Weibliche näher zu bestimmen, behauptet sie, Frauen hätten kein Bedürfnis nach sozialer Anerkennung, seien dem Kalkül gegenüber indifferent, gleichzeitig näher ihrem Unbewußten (ohne dieses zu belegen). Schreiben steht für sie in Beziehung zum weiblichen Lustempfinden: verströmend, gleichzeitig unaufhörlich und ohne Ursprungsort (im Unterschied zu männlichem Schreiben, welches einen Anfang, ein Ziel, einen gradlinigen

Weg dorthin und ein Ende habe). Besonders bedeutsam für ihre Arbeit sei der schonungslose Umgang mit ihrem Unbewußten, unerbittlich alle Träume aufzuschreiben und deren Wirkungen in ihre Texte einfließen zu lassen, so daß eine permanente Wechselwirkung zwischen Text und Traum stattfände. Sie versucht aus männlichem Denken und Sprechen auszusteigen, weil die Art, Fragen zu stellen (nach dem »woher« und »wohin«) und Antworten zu konstruieren, jeweils zur Zerstörung eines anderen möglichen Sinns führe. Lacan z.B. stellte die Frage: was will die Frau? und antwortete: »Über den Genuß vermag die Frau nichts zu sagen.« (24) Da sie vom Symbolischen ausgeschlossen sei, könne sie nichts sagen; was sie aber nicht zu bezeichnen vermöge, gäbe es auch nicht (nichts sagen = kein Genuß). Diese Art von Konstruktion sei typisch für das männliche System. Für die Frauen dagegen sei nicht *der* Ursprung wesentlich, sondern die Suche nach vielen, vielfältigen Anfängen, die sie fänden im Unbewußten, im aus der Kultur Verdrängten. Cixous geht davon aus, daß die Frauen viel Anderes zu sagen haben und formuliert ihre Perspektive folgendermaßen: »Statt vom Mann gemacht zu sein, wird sie die Frau zu machen haben. Hier müßte nun also eine persönliche Arbeit der Frau an der Frau ins Spiel kommen, die nicht nur der Frau zugute kommen würde, sondern der Gesamtheit des Menschlichen schlechthin.« (34/35) Unkonkret bleibt ihre Charakterisierung weiblicher Texte. Diese müßten nicht unbedingt von Frauen geschrieben sein (z.B. James Joyce), aber sie enthielten Gefühl, sie seien voller Bewegung, verwirrend, nicht antizipierbar, sie seien nicht dem männlichen Zwang unterworfen, zu beurteilen, zu diagnostizieren, zurückzuführen, zu benennen. Im abschließenden Interview hebt Cixous die Bedeutung des Schreibens noch einmal hervor: »Ich bin geschichtlich und politisch gegen das Schweigen der Frauen. Ich denke, das bedeutet, sich einzuschließen, sich in einem schlecht durchdachten Widerspruch zu verfangen und die Zukunft zu verlieren ...« (49) Daß sie dem Schreiben diese Gewichtung gibt und nicht die Möglichkeit des Verbalisierens überhaupt meint, liegt daran, daß sie nur im geschriebenen Wort die Konfrontation mit sich selbst vermutet, da nur dort die Möglichkeit enthalten sei, zu sich selbst zu finden.

Sonja Schelper (Hamburg)

Tatschmurat, Carmen: Arbeit und Identität. Zum Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen und weiblicher Identitätsfindung. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1980 (279 S., br., 38,— DM)

Der Boom der weiblichen Identitätssuche (mit Gefühlen und Hoffnungen überfrachtet) begann mit den consciousness-raising-groups zu Beginn der 2. Frauenbewegung. Es ging hierbei darum, individuelle, private (Leidens-)Erfahrungen öffentlich zu machen (einer Frauenöffentlichkeit, die gleichzeitig intim genug war) mit dem Ziel, die Frauenunterdrückung privat wie öffentlich aufzuheben. Dabei geriet aber die Basis der Frauenunterdrückung z.T. aus dem Blick, die auf Arbeitsteilung beruht.

Das erkenntnisleitende Interesse dieses Buches ist der materielle Gehalt von Identität, nicht soziologische Konstrukte wie personale und soziale Identität. Dieser soll durch die kategoriale Verknüpfung mit menschlicher Arbeit auf den Begriff gebracht werden. Als theoretischer Bezugsrahmen dient dazu vor allem die Kritische Psychologie, aber auch das »Aneignungskonzept« der Kulturhistorischen Schule. Damit wird versucht, menschliche Identität als Vermittlung von phylogenetisch entstandener menschlicher Sozialstruktur und spezifischer Bedürfnisstruktur nicht als kausalen, sondern als historischen Prozeß zu begreifen. Unter der These, daß »Identitätsfindung in dem Maße als gelungen gelten kann, wie bewußte Teilhabe an gesellschaftlich sinnvoller Tätigkeit erreicht ist« (10), leitet sich für die Frauen ab, daß sie aufgrund der globalen (Frau-Mann) und funktionalen (Hand-Kopf) Arbeitsteilung eine weniger entwickelte Identität ausbilden, da weibliche Identität mit Form und Inhalt weiblicher Tätigkeit in Verbindung gebracht werden müsse.

Dazu dienen im 1. Kapitel die Beschreibung alltäglicher Identitätskrisen, die ihren Niederschlag in den soziologischen Rollentheorien finden. Der wissenschaftshistorische Abriss der Entwicklung der Identitätsthematik schlägt einen Bogen von der altgriechischen Philosophie bis zu den soziologischen Rollentheorien und führt zu einer vorläufigen Bestimmung von Identität »als das Bewußtsein der eigenen Konsistenz und Kontinuität innerhalb einer ... Gesellschaft« (32).

Der Widerspruch zwischen personaler und sozialer Identität — Vergesellschaftung bedeutet notwendig Versagung — und die darin enthaltene Subjekt-Objekt-Trennung wird im 2. Kapitel anhand eines funktional-historischen Ansatzes (Kritische Psychologie/Kulturhistorische Schule), »der den Menschen als Subjekt der Tätigkeit, als Einheit von 'äußerer' und 'innerer' Natur theoretisch erfaßt« (86), neu bestimmt. Dabei wird immer mitreflektiert, inwieweit individuelle Bedürfnisse und gesellschaftliche Befriedigungsmöglichkeiten sich für Frauen und Männer unterschiedlich darstellen.

Dieser Aspekt wird im 3. Kapitel als »Analyse der arbeitsteiligen gesellschaftlichen Struktur und ihrer Bedeutung für die Entwicklung von geschlechtsspezifischen Individualitätsformen (Sève) und deren Übernahme durch die Frau« (87) expliziert, sowohl für kapitalistische Verhältnisse wie ihre historische Gewordenheit. Daraus ergeben sich die Individualitätsformen »Industriearbeiterin: Produktionsarbeiterin« und »Reproduktionsarbeiterin«. Die Gemeinsamkeit der beiden Aktivitätsmatrizen von Frauen ist folgende: Reproduktions- und Gebrauchswertbezogenheit, Handarbeitsorientierung aufgrund der globalen und funktionalen Arbeitsteilung. Daß »Frauen bezüglich beider Arbeitsteilungsformen weit eher als Männer zu der benachteiligten Gruppe gehören, (wurde) in Verfolgung der historischen und logischen Entwicklung beider Arbeitsteilungsweisen« dargestellt (135).

Im 4. Kapitel geht es um die individualgeschichtliche Entwicklung, wobei die Vermittlung objektiver und subjektiver Momente anhand einer kritisch reinterpretierten Psychoanalyse vorgenommen wird (mit der Kritik an der Reinterpretation durch H.-Osterkamp, daß dem Unbewußten zu geringe Bedeutung beigemessen wird). Weibliche Identität und Selbstverwirklichung wird bezogen auf die Narzißmusdiskussion in der Psychoanalyse. Der Konflikt Hausarbeit-Beruf — ein weibliches Problem — enthält auf der Seite der Hausarbeit über ihre Bezogenheit auf sinnlich-vitale Bedürfnisse ein kritisches Potential, auf der Seite der beruflichen Arbeit, je nach Maßgabe des Arbeitsplatzes, gesellschaftliche Beteiligung.

Der Ansatz der Kritischen Psychologie wird in dieser Arbeit unter dem Aspekt der »emanzipatorischen Relevanz« (Holzkamp) verwendet, die die Aufklärungsfunktion der Wissenschaft, die zur Selbstaufklärung des Menschen über seine gesellschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten führt, betont, und damit Voraussetzungen schafft für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen. Der Frauenforschung wird die Aufgabe zugeordnet, ein feministisches Identitätskonzept zu erarbeiten, das weiterreichende Momente, wie z.B. die spezifisch weibliche Körperlichkeit auch integrieren sollte. Wichtig an diesem Buch scheint mir, daß hier *Arbeit* als wesentliches Konstituens für Identität herausgestellt wird. Zu bedenken ist aber, ob eine Vorrangstellung von Arbeit nicht zu sehr Ausfluß protestantischer Ethik ist und unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen nicht immer noch der Marx'sche Satz »erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich« (MEGA I,3, 85f.) gilt. Vielleicht gilt es, die nahegelegte Gleichsetzung von sinnvoller Tätigkeit mit produktiver Arbeit zu überdenken, da sich ansonsten hinter dem Arbeits- bzw. Berufsargument eine weitere Defizithypothese weiblicher Lebensbedingungen verbergen könnte.

Johanna I. Beyer (München)

Geschichte

de Bertier de Sauvigny, Guillaume-André: Geschichte der Franzosen. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1980 (424 S., Ln., 32,— DM)

»Die Geschichte Frankreichs war stets zentrumsbezogen und viel stärker an Einzelpersonlichkeiten orientiert als die deutsche.« Diese Einführung aus dem Schutzzumschlag des Buches von de Bertier de Sauvigny beschreibt die Struktur und das Dilemma des vorliegenden Werkes durchaus zutreffend. Der Autor, Jahrgang 1912, ursprünglich Geschichtslehrer und später Professor am Institut Catholique in Paris, ist bisher durch französische Veröffentlichungen über Metternich (Metternich et son temps [1959] und Metternich et la France après le Congrès de Vienne [3 Bde., 1968-71]) und durch eine »Nouvelle Histoire de Paris« (1977) in Erscheinung getreten.

Die »Geschichte der Franzosen« erschien bereits 1977 in Frankreich, das letzte Jahrfünft ist also unberücksichtigt. Der Versuch des Autors, eine »'einfache' Geschichte Frankreichs« zu schreiben, »die man als erste Einführung in die Hände junger Menschen legen oder jenen Ausländern empfehlen kann, die sich für unsere Kultur interessieren« (21), bringt eine blütenreine historistisch-personalistische Geschichtsschreibung unseres Nachbarlandes hervor, beginnend »mit einem kurzen Überblick über jene alten Elemente ..., die in die körperliche und seelische Gestalt des französischen Volkes eingegangen sind« (25). Nach wenigen Bemerkungen über frühe Kulturen der vorgeschichtlichen Zeit, beschreibt der Autor auf den folgenden ca. 390 Textseiten die Geschichte der Franzosen (und nicht etwa die Geschichte Frankreichs!) als die Folge von Karolingern auf Merowinger, als die Abfolge von Ludwigen, Napoleonen und Präsidenten. Die objektive historische Funktion beispielsweise der französischen Revolutionen muß dabei ebenso unter den Tisch fallen wie — als anderes Beispiel — die Triebkräfte der Geschichte Frankreichs in der Phase des Überganges vom Feudalismus zum Kapitalismus, wie die Analyse des Landes im Angesicht der drohenden faschistischen Gefahr und vieles mehr.

Drei Beispiele sollen hier aufgeführt werden, um die Liste der Halbheiten und Falschheiten, die sich unter den obigen Prämissen nahezu zwangsläufig ergeben müssen, inhaltlich zu füllen: »Der Zweite Weltkrieg« (369ff.): »In dem von Hitler entfesselten Krieg erlitt Frankreich eine militärische Niederlage ohne Beispiel, in deren Gefolge das Land vier Jahre lang einer militärischen Besetzung durch die Deutschen (!, d.Verf.) unterworfen wurde. Das System der Dritten Republik, welches man für das Unglück verantwortlich machte, wurde durch ein autoritäres Regierungssystem des Marschalls Pétain mit Sitz in Vichy ersetzt.« So folgt eine Regierung auf eine andere, ein Regierungschef einem anderen. ...

Ein zweites Beispiel: »Die Vierte Republik« (384ff.): »Die Vierte Republik hatte das Pech, daß sie nicht unmittelbar auf die Dritte folgte. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte man ohne Zweifel Sorge getragen, die Exekutivgewalt so stark und stabil auszugestalten, wie dies in den letzten Jahren der Dritten Republik als notwendig erschienen war. Aber dazwischen lag das autoritäre und monarchische System von Vichy.«

Als letztes, aktuelles Beispiel: Valéry Giscard d'Estaing bekundete, so Bertier de Sauvigny (409f.), »in den verschiedensten Formen seinen Wunsch, den Staat zu modernisieren, das politische Leben zu entkrampfen und die Gesellschaft von ihren Fesseln zu befreien. Aber seine gute Absicht stieß auf fast unüberwindbar erscheinende Widerstände: die systematische Feindseligkeit einer Opposition, die jeden Dialog verweigert, die ökonomische Krise, die kostspielige soziale Reformen verhindert und die Unzufriedenheit unter den von Arbeitslosigkeit und von der Inflation betroffenen arbeitenden Massen erhöht. Hinzu kamen der Skeptizismus und die Trägheit, welche die natürlichen Stützen der Macht zu unterminieren drohen.« Politische Feindseligkeit, die anscheinend natur-

gegebene ökonomische Krise, die Unzufriedenheit der arbeitenden Massen, Skeptizismus und Trägheit schließlich haben den adligen Präsidenten so kläglich scheitern lassen ...

Auch von seiner Form und Handhabbarkeit kann das vorliegende Buch nicht als wissenschaftlich bezeichnet werden: der wissenschaftliche Apparat beschränkt sich auf ein — allerdings 12seitiges — Personenregister, die 25 nicht immer befriedigenden graphischen Darstellungen und Karten habe keine Quellenangaben; keine Fußnoten, Querverweise oder gar Literaturangaben werten das Buch auf, Dinge, die gerade zum Einstieg in die Geschichte unseres Nachbarlandes vonnöten wären. Die Apologie des Übersetzers Kurt Sontheimer fällt dementsprechend defensiv aus: »Ihm (de Bertier de Sauvigny, d. Verf.) ging es bei diesem Werk nicht um historiographische Originalität, die sich oft genug als eine vorübergehende Modeerscheinung entpuppt, noch um literarische Brillanz, wengleich sie in unserem Nachbarland eine große Tradition hat, sondern in erster Linie um die gediegene Vermittlung von historischem Wissen, das am bewährten Leitfaden der Chronologie erzählend ausgebreitet wird.« (20) Johannes M. Becker (Marburg)

Willard, Claude: Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Eine Einführung, hrsg. von Heinz-Gerhard Haupt und Peter Schöttler. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1980 (272 S., br., 24,— DM)

Der vorliegende Band eröffnet — so die Herausgeber — »eine Reihe von Studienbüchern zur Entwicklung von Arbeiterbewegung und Gesellschaft in einigen Ländern, deren Geschichte für das Verständnis der gegenwärtigen Weltkonstellation von Bedeutung ist«; damit soll »der immer noch verbreiteten nationalhistorischen Verengung des Geschichtsbildes entgegengewirkt werden« (9). Die — von Peter Schöttler sorgfältig besorgte — Übersetzung der 1967 zuerst erschienenen, zuletzt 1978 in überarbeiteter Fassung neu aufgelegten Überblicksdarstellung »Socialisme et Communisme français« bot sich deswegen an, weil es sich dabei »um die einzige neuere Gesamtdarstellung handelt« (10).

In einem ersten Teil skizziert Willard die theoretischen Entwürfe des »vormarxistischen Sozialismus« in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (14-35), die vielfältige Beteiligung der Arbeiter an den Klassenkämpfen während der Zweiten Republik (43-48) und des Zweiten Kaiserreichs (48-52) sowie den — zukunftsweisenden — Stellenwert der »erste(n) Revolution des industriellen Zeitalters, die aber die Folgen einer verspäteten ökonomischen und sozialen Entwicklung« tragen mußte: der Pariser Kommune von 1871 (52f.). Unter Berücksichtigung der sozialökonomischen Rahmenbedingungen und der regional äußerst unterschiedlichen Ausprägung vermittelt Willard hier ein anschauliches Bild von der Vielfältigkeit der Bewegung; seine Beurteilung orientiert sich am Maßstab voll entfalteter marxistischer Theorie bzw. revolutionärer Parteienbildung (34f., 44f., 52f.).

Der zweite Teil ist der Entwicklung »von den rivalisierenden Sekten zur Einheitspartei« (63-123) gewidmet. Als Ursachen für die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vorfindbare »äußerste politische und ideologische Zersplitterung« (64) des französischen Sozialismus benennt Willard: 1. die durch die relative ökonomische Rückständigkeit verursachte extreme Heterogenität der Arbeiterklasse (64); 2. das andauernde Gewicht jakobinischer, kommunardischer und frühsozialistischer Traditionen und Überreste; 3. die starke, Klassenbewußtsein verschleiernde und die Lösung vom »bürgerlichen Republikanismus« erschwerende Bindung der Arbeiter an die — unter ihrer Beteiligung erkämpfte und verteidigte — Dritte Republik (66). Der Zusammenschluß der rivalisierenden — von Willard jeweils treffend im Hinblick auf ihre soziale Zusammensetzung und regionale Verankerung charakterisierten (60-90) — Parteien, Gruppierungen und Sekten zur »Section Française de l'Internationale Ouvrière« (SFIO) konnte erst 1905 erreicht werden (89f.). Die Einheit der Partei blieb jedoch durch die Existenz »zentrifugaler

Kräfte« in Form konkurrierender Fraktionen beständig bedroht (106) und durch den Dualismus zwischen Partei und — anarchistisch beeinflusstem — revolutionärem Syndikalismus belastet (108f.). Hinter den nunmehr gleichwohl erzielten Erfolgen, die sich in einem Anstieg der Mitgliederzahlen und Wählerstimmen niederschlugen (106f.), verbarg sich jedoch u.a. die Zunahme des »spezifischen Gewichts nichtproletarischer Elemente«, so daß sich die Partei »mehr und mehr in eine reformistische Richtung« orientierte (108). Den Abschluß dieses Teils bildet die gut zusammengefaßte und differenzierende Darstellung der Auseinandersetzungen über die von der Partei im August 1914 akzeptierte Burgfriedenspolitik der »Union sacrée« sowie über die Bewertung der russischen Oktoberrevolution, die zur Herausbildung unterschiedlicher Strömungen innerhalb der Partei (115f.) und schließlich im Dezember 1920 auf dem Parteitag von Tours zur Spaltung führten, wobei sich die große Mehrheit (3252 von 4763 Mandanten) für den Anschluß der SFIO an die Kommunistische Internationale entschied (122f.).

Im dritten Teil beschreibt Willard die durch scharfe Auseinandersetzungen, aber auch Phasen der Zusammenarbeit zwischen kommunistischer (KPF) und sozialistischer (SFIO) Partei gekennzeichnete weitere Entwicklung bis zum Scheitern der Linkseinheit 1978. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Doktrin und Politik beider Parteien werden wiederum differenziert dargestellt (158ff., 218ff.); für den Niedergang der kommunistischen Partei in den 1920er Jahren und den gleichzeitigen Wiederaufschwung der sozialistischen Partei macht Willard dann allerdings — wenngleich nicht ausschließlich — vor allem personalistische Momente verantwortlich (143f., 158). Von besonderem Interesse ist die Darstellung jener Phasen (1934-1938, 1945-1947, 1972-1977), in denen es zu einer Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien kam und die Arbeiterbewegung insgesamt beträchtliche Erfolge erzielen konnte; bei der Frage nach den Gründen für die jeweilige Aufkündigung der Zusammenarbeit vermeidet Willard einseitige Schuldzuweisungen (173ff., 216ff., 230ff.).

Sachliche Mängel der Darstellung werden von den Herausgebern bereits in der Einleitung genannt: die vollständige Ausparung 1. der Gewerkschaftsbewegung; 2. der Wirkung und Bedeutung von Wirtschaftskonjunkturen, Migrationsprozessen und des Reproduktionsbereichs (die inzwischen erzielten Forschungsergebnisse wurden in die Neuauflage nicht eingearbeitet); sowie 3. des internationalen Zusammenhangs (11). Während dem zuzustimmen ist, gilt gleiches nicht uneingeschränkt für die politisch-methodische Kritik der Herausgeber an dem »Mitglied der kommunistischen Partei« (10) Willard: Der — durch die attestierte Differenzierung zwar eingeschränkte — Vorwurf des »offenen oder versteckten Dogmatismus« (12) erscheint überzogen; die Klassifizierungen »liberal« und »eurokommunistisch« (10ff.) bleiben vage — Willard selbst bewertet übrigens den Begriff »Eurokommunismus« als »zweideutig, ungenau und deshalb nicht sehr wissenschaftlich« (232) —.

Für die Benutzung des Buches in praktischer Absicht als »Arbeitsinstrument« oder »Grundlage für Lehrveranstaltungen« (9) stellen die gedrängte Darstellung sowie die weitgehende Voraussetzung von Kenntnissen über die allgemeine Geschichte Frankreichs im 19. und 20. Jahrhundert Schwierigkeiten dar. Hier leisten die Herausgeber jedoch wertvolle Hilfestellung: Der Originaltext wurde um 1. ausführliche, kommentierte Bibliographien — sowohl kapitelweise als auch am Schluß (Überblicksdarstellungen) —, 2. sorgfältig ausgewählte, wichtige Quellentexte in deutscher Übersetzung, 3. eine Zeittafel und 4. ein Register erweitert. Als erster Einstieg sowie als Arbeitsgrundlage für die weitergehende Beschäftigung mit der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung kann der vorliegende Band daher gute Dienste leisten. Peter W. Reuter (Duisburg)

Krumeich, Gerd: Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913-1914. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1980 (297 S., Ln., 68,— DM)

Unter Verweis auf strukturanalytische, aber »allein auf Deutschland« bezogene (west-)deutsche Forschungen der 60er Jahre (1) will Krumeich am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht nicht nur die innenpolitische Entwicklung Frankreichs in den letzten Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges (8f.), sondern insbesondere auch die »beständige Interaktion von Innen- und Außenpolitik« (13) untersuchen. Zugleich sollen in der amerikanischen und französischen Geschichtsschreibung vorgefundene konkurrierende Erklärungsansätze (A.J. Mayer, E. Weber, J. Chastenet, M. Reberioux), die der Verfasser systemtheoretisch als »Polarisierungs-«, »Konsens-« oder »Dekadenztheorien« erfaßt (1ff.), am empirischen Befund überprüft werden. Letzterer stützt sich auf die Auswertung umfangreichen Quellenmaterials unterschiedlicher Provenienz — bemerkenswert u.a.: die Sitzungsberichte des »Obersten Kriegsrates« und das Tagebuch Poincarés — (13).

Zeitlicher Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Agadir-Krise von 1911, der Krum- eine entscheidende Bedeutung für die weitere Entwicklung zumißt. Als »Folgen von Agadir« werden benannt: 1. die Reorganisation des Oberkommandos, die Ernennung Joffres zum Generalstabschef und die Ablösung der bisher gültigen Defensiv- durch eine bedingungslose Offensivstrategie, deren Aufmarschplanungen sich auf Lothringen konzentrierten, da die politische Führung aus Rücksicht auf den Entente-Partner England militärischen Forderungen nach einer Verletzung der belgischen Neutralität ihre Zustimmung verweigerte (17ff.); 2. intensive Bemühungen der Regierung um die Festigung der als »nicht hinreichend stabil« eingeschätzten Allianz mit Rußland, da dieser im Rahmen der Offensivstrategie eine zentrale Bedeutung zukam (22f.); 3. ein gesteigertes Interesse an Außenpolitik in der französischen Öffentlichkeit, das zu einem »nationalist revival« (Weber) führte; 4. Poincarés Politik der »nationalen Einigkeit«, deren Leitmotiv die »Verbindung von außenpolitischer Festigkeit, militärischer Stärke und innenpolitischer — 'moralischer' — Einigkeit« (29) war (28ff.).

Im folgenden weist Krumeich nach, daß die Entstehung des Gesetzes über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit (Loi de Trois Ans) zwar eine Reaktion auf die deutsche Wehrvorlage war, jedoch allein deswegen erfolgte, weil »die deutschen Rüstungen den französischen Offensivplan zunichte machten« (44). Gerade die tatsächlichen, langfristigen strategischen und allianzpolitischen Erwägungen konnten aber nicht offen zur Legitimierung des Gesetzes angeführt werden, da sie mit traditionellen verteidigungspolitischen Vorstellungen der Linksrepublikaner — d.h. dem defensiv ausgerichteten Konzept der »nation armée« — kollidierten. Das Gesetz wurde von der Regierung daher »sekundär« durch die »Beschwörung der sonst in kurzer Zeit möglichen 'Invasion' des französischen Territoriums durch die gesamte deutsche Streitmacht« (»attaque brusquée«) legitimiert (46).

Die »Diskrepanz zwischen militär-strategischer Absicht und öffentlicher Legitimierung« (46) war nach Ansicht des Verfassers der krisenträchtige Kern der komplexen Auseinandersetzung über die Loi de Trois Ans, die bis zum Juli 1914 — also auch nach der parlamentarischen Verabschiedung — andauerte. Hier kommt die detailgenaue Darstellung zu folgenden Ergebnissen:

Die Bemühungen der Regierung, die Furcht vor einer »attaque brusquée« — u.a. mit Hilfe verstärkter »nationalistischer Agitation« (108) — zu schüren (87ff., 102ff.), konnten die linksrepublikanische Kritik an der Loi de Trois Ans ebensowenig zum verstummen bringen, wie der Rückgriff auf eine »repressive Innenpolitik« (95ff., 109ff.). Andererseits gelang es der sozialistischen Partei, die im Verlauf ihrer Agitation gegen das Gesetz zunehmend auf eine pazifistisch-internationalistische Argumentation verzichtete

(60ff.), nicht, »die Mehrzahl der linken Republikaner zu überzeugen, daß die Vorlage innenpolitisch reaktionären Motiven entsprungen sei« (138); insbesondere die Haltung der (liberalen) Radikalsozialisten blieb uneinheitlich (79ff.). Die Verabschiedung des Gesetzes konnte daher nicht verhindert werden (130ff.). Das erlaubte es Regierung und Generalstab zwar, die militärpolitischen Offensivplanungen sowie die Militärabsprachen mit Rußland weiter voranzutreiben (139ff.), der Bestand des Wehrgesetzes blieb jedoch auch nach der Verabschiedung stets gefährdet. Der »Linksrutsch« bei den Wahlen von 1914, der eine Veränderung der Loi de Trois Ans »in den Bereich des unmittelbar Möglichen« (244) geraten ließ, löste daher eine »innenpolitische Krise« aus (243ff.), da damit zugleich die militär- und allianzpolitische Gesamtkonzeption »nicht-radikaler Eliten« (15) gefährdet wurde. Diese innenpolitische Konstellation bestimmte das Verhalten der französischen Regierung in der Julikrise (256ff.): »Das Bewußtsein, daß die innenpolitischen Restriktionen das außenpolitische Kalkül bald grundsätzlich infragestellen würden, war das hauptsächliche Motiv für die unbedingte Bereitschaft, Rußland zu unterstützen und die deutsche Herausforderung im Sinne eines 'lieber jetzt als später' anzunehmen« (15). Letztlich war Frankreichs Kriegseintritt jedoch »eine Konsequenz der Sorge vor einem deutschen 'Überfall'« (270). Die »Union Sacrée« konnte sich »dermaßen spontan vollziehen«, weil die Auseinandersetzungen um die Loi de Trois Ans nicht »zu einer klaren Polarisierung der Gesellschaft« geführt hatten, sondern »der verteidigungspolitische Grundkonsens aller Parteien« erhalten geblieben war (281).

Die faktenreiche, quellenmäßig fundierte Darstellung liefert beachtenswerte neue Ergebnisse, die hier im einzelnen nicht alle gewürdigt werden können. Demgegenüber bleibt als Desiderat festzuhalten: Obwohl der Verfasser einleitend selbst vom »Wettrüsten der rivalisierenden Imperialismen« (1) spricht, greift er hinsichtlich seines Untersuchungsgegenstandes die damit implizierte — und kontrovers diskutierte — Frage nach der Struktur des französischen Vorkriegsimperialismus nicht auf. Damit aber wird auf mögliche, weitergehende Erklärungsansätze für die 1911/1912 eingeleitete Politik »außenpolitischer Festigkeit«, militärischer Stärke und Bündnissicherung verzichtet.

Peter W. Reuter (Duisburg)

Becker, Jean-Jacques: Les Français dans la Grande Guerre. Editions Robert Laffont, Paris 1980 (317 S., br., 79,— FF)

Beckers Untersuchung über den Zustand der öffentlichen Meinung und die Haltung der Bevölkerung Frankreichs im Ersten Weltkrieg will die Frage beantworten, »wie und warum die Franzosen der 'Belle Epoque'« — also jene Franzosen, denen man nachsagt, »oberflächlich, geistreich und ohne Ideale« gewesen zu sein — »einundfünfzig Monate Trauer und Ruinen akzeptiert haben« (10). Im Hinblick auf die weitere französische Geschichte ist das zugleich die Frage, warum die »nationale Gemeinschaft« auf die »Herausforderung« 1914 so anders als 1940 — nämlich mit Einigkeit, Entschlossenheit und Festigkeit statt mit Uneinigkeit und Resignation — reagiert hat (13). Die Untersuchung wird am Beispiel ausgewählter Regionen und Bevölkerungsgruppen durchgeführt; die Auswahl ist zwar einerseits dem vorgefundenen Quellenmaterial (Polizei- und Präfektenberichte, Akten der Zensurbehörde, Berichte von Volksschullehrern und Geistlichen über die Stimmung der Bevölkerung, Briefwechsel, etc.) geschuldet, soll andererseits aber repräsentativ für das Ganze sein.

Chronologisch setzt die Untersuchung im Herbst 1914 ein. Diesen Zeitraum hält der Verfasser deswegen für bedeutsam, weil sich jetzt allgemein — anders als bei Kriegsausbruch angenommen wurde — die Erkenntnis durchsetzte, daß es sich nicht um einen kurzfristigen, nur wenige Wochen andauernden, sondern um einen längerfristigen Krieg handeln würde. Becker weist nach, daß auch dieser Tatbestand von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wurde, d.h. daß sich hinsichtlich der Einstellung zum Krieg

nichts änderte. Dafür macht der Verfasser verschiedene Faktoren verantwortlich. Er betont zunächst, daß es gelang, die materiellen Lebensbedingungen zumindest einigermaßen erträglich zu gestalten (18ff.). Des weiteren unterstreicht er, daß die Presse- und Informationspolitik (Zensur, Beeinflussung unterschiedlicher Art) der Regierung zweifellos dazu beigetragen habe, die öffentliche »Moral« im gewünschten Sinne zu beeinflussen (31ff.). Nennenswerter Widerstand gegen die unerwartete Andauer des Krieges wurde auch von seiten der Organisationen der Arbeiterklasse nicht laut: Sozialistische Partei und Gewerkschaft »funktionierten« seit Kriegsausbruch — wenngleich eingeschränkt — zwar weiter, konzentrierten sich im wesentlichen aber auf die Beschäftigung mit sozialen Problemen (63ff., 68ff.). Beide Organisationen befanden sich nach Ansicht Beckers im Herbst 1914 noch im Zustand der »Lethargie« (73); bei den ersten Anzeichen einer Antikriegsströmung habe es sich vorerst nur um »Moleküle« einer Opposition gehandelt, deren Kristallisationspunkt noch nicht erreicht worden sei (75ff., 79). Becker stellt fest: Im Herbst 1914 habe eine Gewöhnung an den Krieg stattgefunden; die Bevölkerung habe sich »im Krieg eingerichtet« (91ff.).

Der im Herbst 1914 erreichte Zustand dauerte in den folgenden beiden Jahren im wesentlichen unverändert an. Unter der Überschrift »Banalisierung des Krieges« (101ff.) kann Becker das am Beispiel ausgewählter Regionen nachweisen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Stimmung der Landbevölkerung, der städtischen Bevölkerung und der Industriearbeiter weder von einem übertriebenen Patriotismus noch von Defätismus geprägt war (140). Diese Feststellung gilt auch für bestimmte meinungsbildende Gruppen wie Volksschullehrer (142ff.) und Schriftsteller (151ff.): auch hier wurde eine dezidierte Opposition nur von kleinen Minderheiten artikuliert. Die Notwendigkeit der Landesverteidigung wurde allgemein fast ausnahmslos akzeptiert. Das alltägliche Anwachsen einer Opposition gegen den Krieg datiert Becker erst auf Anfang 1917 (184ff.). Dabei attestiert er den Frühjahrsstreiks zwar einen überwiegend ökonomischen Charakter (192ff.), andererseits konstatiert er eine »Krise der Moral« sowohl innerhalb der Armee (Meutereien, Gehorsamsverweigerungen) als auch innerhalb breiter Kreise der Bevölkerung (204ff.). Der Verfasser unterstreicht jedoch, daß sich diese Opposition gegen den Krieg noch keinesfalls zu einer revolutionären Bewegung ausgeweitet habe, sondern daß im Sommer 1917 im Gegenteil wieder eine Stabilisierung eingetreten sei (221ff.). Beckers Einschätzung für den Verlauf des Jahres 1917: Die Fortdauer des Krieges wurde zwar zunehmend beklagt, allgemein aber sah man keine Möglichkeit, ihn zu beenden (232).

Wie Becker schließlich nachweist, gewann auch innerhalb der Arbeiterklasse die Opposition gegen den Krieg erst 1918 ein größeres Ausmaß und begann sich in Antikriegskundgebungen und Streiks mit politischem Charakter zu artikulieren. Innerhalb dieser Opposition gegen den Krieg kristallisierte sich jetzt auch ein »revolutionärer Kern« heraus. Die revolutionäre Bewegung, die einerseits von der Gewerkschaftsführung gebremst wurde und auf die andererseits die Regierung mit (vorsichtiger) Repression reagierte, blieb jedoch in der Minderheit und ohne Aussicht auf eine breite Wirksamkeit (235ff.). Nach Ansicht des Verfassers stellte in diesem Zusammenhang das »Nationalgefühl« eine unüberwindbare Grenze dar (278ff.); die Mehrheit der französischen Bevölkerung stellte die Notwendigkeit der Landesverteidigung auch weiterhin nicht in Frage (282ff.).

Insgesamt lautet Beckers Schlußfolgerung: Die Franzosen »haben den Krieg akzeptiert, weil sie eine Nation bildeten, und aus dem gleichen Grund haben sie den Krieg ertragen«; das Nationalbewußtsein war insgesamt »zu stark, als daß es hätte anders sein können« (305).

Beckers äußerst detaillierte, breit dokumentierte Studie vermittelt einen interessanten und anschaulichen Eindruck von der »Stimmung« bzw. den Dispositionen der französischen Bevölkerung im Verlauf des Krieges. Sie konkretisiert u.a. auch reale Handlungs- und Entscheidungsspielräume für Personen, soziale Gruppen und Klassen. Insgesamt

liefert Becker damit zweifellos neue und wichtige Erkenntnisse. Die theoretisch fundierte Analyse des erschlossenen Materials bzw. der erarbeiteten Tatsachenfeststellungen tritt allerdings hinter der engen Quellenorientiertheit der Darstellung zurück und bleibt unbefriedigend. Der weitgehende Verzicht auf Anmerkungen kommt zwar der Lesbarkeit zugute, erschwert aber — unbeschadet der Quellen- und Literaturverweise im Anhang — die Nachprüfbarkeit sowie vor allem die notwendig bleibende Weiterarbeit.

Peter W. Reuter (Duisburg)

Leggewie, Claus: Siedlung, Staat und Wanderung — Das französische Kolonialsystem in Algerien. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1979 (270 S., br., 35,— DM)

Hinter dem Titel verbirgt sich die Intention, an einem Beispiel die Integration einer nicht-bürgerlichen Gesellschaft in das bürgerliche Weltsystem darzustellen und damit einen Beitrag zu leisten zu einer »allgemeinen kritischen Theorie bürgerlicher Vergesellschaftung im Weltmaßstab«. Dieser Versuch, die imperialistische Durchdringung der »Dritten Welt« einerseits und die Binnentransformation der jeweiligen Gesellschaften andererseits als Pole *einer* Theorie zu behandeln, wird im ersten Teil des Buches skizziert. Der 2. Teil erhält das systematisierte historische Material. In seiner theoretischen Skizze fragt Leggewie für das Beispiel Algerien nach den Spezifika der vorkolonialen Produktionsweise, deren Angriffspunkten für die kapitalistische Durchdringung und nach den Besonderheiten der kolonialen Penetration, d.h. des Siedlungskolonialismus. Aufgrund der um 1830 noch geringen Kapitalakkumulation und aufgrund der dem algerischen Gemeinwesen eigenen Barrieren erfolgt die Durchdringung und Unterwerfung Algeriens nicht mittels Waren- und Kapitalexporten, sondern durch direkte militärische Besetzung und Landnahme zur Ansiedlung französischer Siedler, also durch außerökonomischen Zwang.

Die Einordnung des Siedlungskolonialismus als »widersprüchliche Durchsetzung und partielle Negation des Imperialismus«, sowie die Bemerkungen zur Überformung und Umformung vorkolonialer Strukturen sind über das Beispiel Algeriens hinaus relevant. Des Autors besonderes Interesse gilt dem Phänomen der Arbeitsemigration bzw. der Zwangsmobilität, das er als das Spezifikum kapitalistischer Akkumulation schlechthin ansieht. Bei der Darstellung des Proletarisierungsprozesses in Algerien kommt er zu dem Ergebnis, daß dieser dank des siedlungskolonialen »Landhungers« in Gang gesetzt wurde und sich später trotz des Versuches der französischen Siedler eine den agrarkapitalistischen Interessen entgegenstehende Verallgemeinerung der »freien« Lohnarbeit durch Gesetzgebung zu verhindern, durchsetzt. Während Leggewie in der Zwangsmobilität das Gemeinsame der kapitalistischen Akkumulation sieht, ordnet er den Rassismus — m.E. nicht ganz zutreffend — als Besonderheit des Siedlungskolonialismus ein.

Die historische Darstellung hat den Verdienst, das Gestrüpp der scheinbar widersprüchlichen Praxis und Theorie der Kolonialisierung zu entflechten. Vor allem macht sie deutlich, inwieweit Interessen der Siedlerbourgeoisie im Verlauf der Kolonisation mit den Interessen des metropolitanen Kapitals in Konflikt geraten und sich in einander widersprechenden Kolonisationsmodellen niederschlagen. Weniger deutlich werden Interessenkonflikte zwischen der Kolonialmacht und der einheimischen Bevölkerung. Deren Rolle gerät zu passiv und ihr Einfluß auf die Kolonialstrategien erscheint marginal. (Als Ausnahme nennt Leggewie den »integrierten Primärwiderstand« unter der Führung Abd el-Kaders, 1830-47). Am Ende seines Buches erwähnt der Autor diesen Aspekt selber als einen, der zur Ergänzung seiner Untersuchung notwendig ist. Er sollte nur davor gewarnt sein, die Geschichte des Widerstandes deshalb miteinzubeziehen, weil damit die »Leiden und die Hoffnungen der wirklichen Menschen berücksichtigt« werden, während er die »Objektivität der gegebenen Verhältnisse« lediglich auf der Seite der kapitalistischen Durchdringung sucht. Eine kritische Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung

würde damit lediglich dazu dienen, den »faktischen Ethnozentrismus der Modernität« zu untermauern und sie wäre nicht imstande, die soziale Basis anticolonialer Bewegungen zu erfassen.
Ludmila Hanisch (Berlin/West)

Soziale Bewegungen und Politik

Université de Vincennes (sous la responsabilité de Pierre Dommergues): Le nouvel ordre intérieur. Ed. Alain Moreau, Paris 1980 (387 S., br., 60,— FF)

Eins der letzten Werke der äußerst eifrigen — erinnert sei nur an das »Wörterbuch der Industrie- und Finanzgruppen« von Allard u.a. —, nun nicht mehr existenten Universität von Paris Vincennes sammelt die Beiträge eines internationalen Kolloquiums vom 22.-24. März 1979 über die »*Neue Innenordnung*«. Der Chefredakteur der Monatsschrift »Le Monde diplomatique«, *Claude Julien*, faßt unter diesem Begriff die Tatsache, daß die Konservativen die Lektion aus der Niederlage des Faschismus gezogen haben und nun nicht mehr »Autorität und Ordnung um jeden Preis« (15) fordern, sondern ebenso wirksame Kontrollmittel wie damals einrichten, die zudem den Vorteil besitzen, weniger Abscheu hervorzurufen.

Im I. Teil (»Neuordnungspolitiken«) werden Einzelaspekte dieser Neuordnung in Frankreich diskutiert wie die »Amerikanisierung des kulturellen Lebens«. Dabei handelt es sich nicht darum, die originelle und lebendige amerikanische Kultur anzugreifen, sondern die in der Chicagoer Schule und Madison Avenue erarbeiteten kapitalistischen Rationalitätsschemata. Diese »Akulturation« ist nicht einzig und allein Folge der Aktivität der multinationalen Konzerne in Drittländern sondern auch der »Selbstkolonisierung gewisser lokaler 'Eliten'«, die jegliche Hoffnung auf eine unabhängige nationale Entwicklung aufgegeben haben und nichts weiter als ein »Protektoratsstatut« erhoffen (82).

Ausgangspunkt von *Noam Chomskys* »Der neue Verrat der Kleriker« ist die Feststellung im Bericht der Trilateralen Kommission »Die Krise der Demokratie«, daß die USA 25 Jahre lang das mächtigste Land des Weltsystems war. Er geht der Frage nach, wie die amerikanischen »Eliten« dieses Weltssystem konzipiert haben und welche Mittel sie zu seiner Verteidigung einsetzen. Untersucht werden der Kreuzzug zur Verteidigung der Menschenrechte und internationale Propagandakampagnen (über Kambodscha, die Boatpeople) sowie das organisierte »Schweigen über die Massaker in Timor« (115), für die der Westen mitverantwortlich ist: »Die amerikanische Geschäftswelt hat seit langem die Bedeutung dessen erfaßt, was manchmal 'Erarbeitung des Konsensus', d.h. Kontrolle der öffentlichen Meinung über eine enge Überwachung der Gesamtheit der Informationen und Analysen, genannt wird. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs und immer breiter seit Ende des Zweiten stellt die Erarbeitung des Konsensus eine Spitzenindustrie dar. Nur selten wird die ganze Bandbreite und Vielfalt der zu diesem Zweck erarbeiteten Programme erfaßt. Die davongetragenen Erfolge sind wesentlich, insbesondere in den Vereinigten Staaten, wo der Konformismus und die Unterwerfung der Intelligentsia ungewohnte Ausmaße angenommen hat und das Klassenbewußtsein gleichfalls besonders niedrig ist.« (121) Nach dem Scheitern des Vietnamkriegs wurde die Presse angegriffen wegen mangelndem Enthusiasmus nach dem »Modell der inneren Pazifizierung der Trilateralen« (122). Über zukünftige Entwicklungen könne er nur spekulieren: »Das hängt weitgehend von der Tiefe der ökonomischen und der allgemeinen Krise ab sowie den Auswirkungen der Kampagne, die darauf hinzielt, unter den Massen Apathie, Verzweiflung, Zynismus und Passivität zu wecken. Was uns die Zukunft reserviert, hängt ab von der Kampfkraft, die die an den Tag legen, um gegen diese Entwicklungen Widerstand zu leisten, die eine radikal andere Sicht der Gesellschaft gewählt haben.« (ebd.) *Nicos Poulantzas* untersucht die »ideologische Neustrukturierung« und zieht den Begriff »autori-

täre Staatlichkeit« vor zur Bezeichnung der derzeit ablaufenden Änderungen der Staatsformen in den kapitalistischen Hauptländern. Dieses Phänomen werde begleitet von einer »ideologischen Neustrukturierung und Neuformulierung von Ideologie durch die Rechte«. Deren Originalität liege in der widersprüchlichen Anordnung diverser Elemente, nämlich Irrationalismus, Neoliberalismus und Autoritarismus (140). Er betont die Verschiebung der ideologischen Hauptrolle von Apparaten wie Schule, Universität, Verlagswesen hin zu den Medien, in Übereinstimmung mit den Analysen von Régis Debray und A. Mattelart (141).

Der Vincennes-Dozent *Maurice Goldring*, der bekanntgeworden ist durch seine Analyse des Krisenberichts der Trilateralen Kommission »Demokratie — Nullwachstum«, untersucht den »intellektuellen Terrorismus der Rechten« (144), die nach folgendem Argumentationsmuster operieren: Individuen oder Gruppen kritisieren das kapitalistische System — wenn diese an der Macht sind, herrscht der Gulag, indem Systemkritiker zum Schweigen gebracht werden. Eine im Lande Voltaires wohl schwer durchsetzbare Denkweise.

Der II. Teil »Neue Sozialkontrolle« (153) hat die Fragestellung, welche Rolle ein nationaler Konsensus in der Strategie der Einrichtung der Neuen Innenordnung spielt, wobei der Platz zu bestimmen ist, den die Nation heutzutage im Prozeß der ökonomischen und politischen Multinationalisierung einnehmen könne (185). Chomsky wies bereits darauf hin: »Jede Form ökonomischen Nationalismus wird zurückgewiesen, weil sie die Freiheit des Investierens und Ausbeutens einschränkt.« (105) Neben bekannten Vorgängen wie der Verlegung einer ITT-Produktionseinheit von Gennevilliers nach Tunesien, wo die Monatslöhne um 460 F pendeln und der Tatsache, daß ausgefeilte Spitzenindustrien mit militärischen Implikationen nicht mehr »unsicheren Ländern« wie Frankreich oder Italien anvertraut werden (186), schlage der Kapitalismus mit der Einrichtung eines europäischen Währungssystems erstmalig die Zerstörung der alten Nationalstrukturen vor, von denen die Teilung der Welt einst ausging. In ausdrücklicher Abgrenzung von der PCI wird in einer »europäischen Supernation« kein adäquater Rahmen für eine Antwort der Arbeiter gesehen, vielmehr heißt die Losung gegen die neue Innenordnung »nationale Unabhängigkeit« (188). Verteidigungswert seien die historisch gewachsenen kulturellen und sprachlichen Bevölkerungsgruppen des französischen Hexagons, sieben an der Zahl: Corse, Euzkadi-Nord, Catalogne-Nord, Occitanie, Alsace-Lorraine, Pays Flamand, Bretagne. Die Redaktion der bretonischen Revue »Emsav« stützt diese Einschätzung: »Die bretonische Forderung entwickelt sich, nicht weil die bretonische Nationalität — die der französische Staat seit vier Jahrhunderten zermalmt hat — bedroht wäre, sondern eben die französische Nationalität.« (zit. 189)

Der III. Teil untersucht vier Modelle: neben den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italien wird der »Fall der BRD« (245-272) beleuchtet sowie vorher spezieller der als Perspektive von Konservativen aller Schattierungen, Raymond Barre einbegriffen, hochgelobte »deutsche Weg der Krisenüberwindung« (29-36). — Der IV. Teil ist den »Gegenstrategien« gewidmet und druckt unter dem Titel »Die Zentralfrage ist die der Strategie« Auszüge aus einem Interview mit *Henri Lefèbvre* (Nouvelle Critique 125 vom Juni 79) und einen Auszug aus *Herbert Marcuses* »Protosozialismus und fortgeschrittener Kapitalismus« ab (Temps Modernes 394 vom Mai 79). Dem Kolloquium erscheinen »drei strategische Orientierungen« möglich (334f.): 1) eine reformistische Strategie des Krisenmanagements, deren Achse in Mangelverwaltung, Energie- und Rohstoffeinsparung, Versuchen zur Mitbestimmung und Experimenten zur sozialen Innovation läge; 2) eine Strategie der Staatskontrolle, die eine Machtergreifung impliziere, die auf den beiden Säulen Industrialisierung und Planifikation stehe. Die Nationalisierung der Schlüsselsektoren sichere eine neue Industriepolitik, die mit dem internationalen Monopolkapital breche und den Binnenmarkt wiedererobere; 3) eine Strategie des Auswegs aus

dem Kapitalismus durch Selbstverwaltung, die die Kontrolle des Staats ablehne oder ihm zumindest mit Mißtrauen begegne. Planung selbst wird als autoritär und hierarchisch betrachtet, der Ertragsbegriff infrage gestellt sowie der Warenaustausch als Endzweck, die Arbeitszeit verkürzt, auf eine Entinstitutionalisierung von Erziehungs- und Gesundheitswesen, Kultur, Stadtplanung hin orientiert. In diesem letzten Teil wird eine differenzierte Einschätzung des 23. Parteitags der FKP sowie der Verantwortung der Sozialistischen Partei beim Bruch der Linksunion entwickelt (319f.). *Jean Pierre Delilez* bringt die Frage der Änderung auf folgenden Nenner: »Werde ich meine Angelegenheiten in die Hand nehmen oder die Sorge, Politik zu machen, anderen an meiner Stelle überlassen?« (360f.) Die Leute selbst müßten Kampfziele erarbeiten, sonst habe eine globale Politik, die den Sinn der Politik von Großkapital und Giscardismus umkehrt, keinen Erfolg.

Wolfgang Kowalsky (Berlin/West)

Crozier, Michel: On ne change pas la société par décret. B. Grasset, Paris 1979 (299 S., br., 50,— FF)

Der Umschlagtext von »Man ändert die Gesellschaft nicht per Dekret« stellt den Autor als Direktor des »Zentrums für Organisationssoziologie« innerhalb des französischen Wissenschaftszentrums CNRS vor. Seine wichtigsten Werke »Das bürokratische Phänomen« (1964) und »Die blockierte Gesellschaft« hätten ihm internationalen Ruf eingebracht. Unerwähnt bleibt seine Beteiligung an der »Trilateralen Kommission«, einem 1973 auf Initiative von David Rockefeller gegründeten internationalen Forum, auf dem sich allerhöchste Persönlichkeiten aus dem Triangel USA — Westeuropa — Japan treffen, so Brzezinski, Carter, Barre, die Chefs von Fiat, Coca Cola, Hitachi, Bank of America usw. Innerhalb des Berichts »The Crisis of Democracy — Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission« von 1975 hat Crozier den Teilbericht über die »Regierbarkeit« Westeuropas vorgelegt. In diesem Zusammenhang wurde er als »regelmäßiger Berater der französischen Regierung« genannt.

Quintessenz der Berichte war, daß nur ein Nullwachstum, eine Mäßigung in Sachen demokratischer Freiheiten die Zukunft des Westens sichern könne. Zum effektiven Funktionieren der westlichen Demokratien sei eine »Marginalisierung« gewisser Sozialgruppen notwendig, nur durch deren »Apathie und Nichtengagement« sei die »Regierbarkeit« westlicher Gesellschaften zu leisten. Da diese skandalösen Schlußfolgerungen die Aufmerksamkeit von Journalisten erregten, konnte eine öffentliche Diskussion in Frankreich nicht verhindert werden, obwohl die Trilaterale eine Übersetzung der Texte ins Französische untersagte. Zudem verschwand in der 2. Auflage die Teilnehmerliste. Ein Dozent der Universität Paris-Vincennes bezeichnete das Schriftstück daraufhin als »Samizdat der westlichen Welt«.

Ausgangspunkt des vorliegenden Werks ist wieder die »Krise der westlichen Gesellschaften«, die nicht »per Anordnung«, »per Verfügung« aus der Welt geschafft werden könne: »Wir werden niemals die Gesellschaft nach Maßgabe unserer Wünsche verändern. Selbst wenn wir die Mehrheit unserer Mitbürger davon überzeugten, uns zu folgen, hätten wir überhaupt keine Chance, einen Gesellschaftsentwurf durchzuführen. Weil die Gesellschaft, die menschlichen Beziehungen, die Systeme zu komplex sind.« (9) Unter Komplexität wird ein Turm-von-Babel-Effekt verstanden, d.h.: »Die Legende des Turms von Babel drückt exakt die Verwirrung der Menschen vor der Komplexität aus, die sie geschaffen haben und die sie übersteigt: man versteht sich nicht mehr, die Sprachverwirrung taucht auf.« (31) Durch die Wiederherstellung traditioneller Werte sei diesem Effekt nicht beizukommen, vielmehr müßten andere Regierungssysteme ausprobiert werden, was wichtiger sei als der Entwurf von Utopien (34). Für diese anderen Regierungssysteme sei »weniger formelle Autorität« erforderlich: »Wir sind in einen paradoxen Kreislauf eingetreten: Während es bisher wichtig erschien, Verantwortlichkeit zu

fordern, um handeln zu können, sind die Mechanismen des jetzigen sozialen Spiels derart, daß es besser ist, die Ausdehnung seines legitimen Autoritätsfelds zu verweigern, um nicht verwundbar zu werden.« (33) Das sei insbesondere für den modernen Staat gültig, der — im Gegensatz zur bisherigen Staatsmacht — umso ohnmächtiger werde, je mehr Entscheidungsmöglichkeiten er sich anmaße.

Der Gegenpol der Argumentation ist die »Selbstverwaltung« (autogestion): »Und es ist nicht die Vorstellung der Selbstverwaltung, die als Antwort dienen könnte: die Durchführung der Selbstverwaltung könnte — wie ich mich im folgenden zu beweisen bemühe — die Dinge nur noch verschlimmern.« (27)

Folglich schlägt Crozier — nach Analyse des »französischen Übels« (eine Anspielung auf Alain Peyrefittes gleichnamige Schrift von 1977) — eine andere Strategie der Veränderung vor, denn: »Man verändert, um zu leben; Organisationen, die sich nicht verändern, gehen unter. Systeme, die man nicht regeneriert, werden dermaßen komplex, daß man sie nicht mehr beherrschen kann.« (56)

Die Ursache der französischen Schwierigkeiten läge nicht in mangelnden materiellen Quellen oder etwa ungenügender Produktivkraftentwicklung — weshalb die Nationalisierungen des »Gemeinsamen Regierungsprogramms« fehlschlagen müßten (226) —, sondern in einem »intellektuellen Rückstand« (58, 287), einer »Blockierung der Überbauten« (67). Blockierte Gesellschaft bedeutet, daß Innovationen ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten und daher oft nicht dauerhafter Natur sind. Mächtige Regierungssysteme wiesen ständig Innovationen zurück, die mit dem starren Funktionieren der Integrationsstrukturen unvereinbar sind (66). Zur Blockierung trügen drei Systeme bei: Erziehung, öffentliche Verwaltung und Elitenrekrutierung (69). Diese Blockierungen seien vor allem fehlender Offenheit und fehlender Mobilität geschuldet. Denn die Gesellschaft stellt für Crozier ein »in Bewegung befindliches Ganzes« dar, in dem eine enorme Masse Energie am Werk ist. Und das Problem der Veränderung ist das der Verausgabung dieser Kräfte »oder besser: das ihrer Ablenkung im negativen oder konservativen Sinn« (74). Die vorhandenen Energien könnten in Forderungen gegen die etablierte Ordnung, die zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung beitragen, umgedreht werden: »Die neuen Hoffnungen der Frauen und Jugendlichen stellen nicht nur ein Problem politischer und sozialer Forderungen dar, sondern auch eine neue Quelle, die zwar das soziale Spiel verkompliziert, aber vielleicht als Mittel zur Erneuerung genutzt werden kann, um die Blockierungen zu überwinden.« (ebd.) Strategisches Hauptproblem sei somit, »diese Forderungen in Quellen für die Veränderung umzuwandeln« (ebd.).

Der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der Veränderung und der Gefahr, die sie darstellt, könne überwunden werden durch Ortung der sensiblen Punkte des Systems (75). Und dazu scheinen die Betriebe zu gehören: »Die Franzosen mögen die Betriebe nicht, sie haben Angst davor. Sie meinen mehr oder minder bewußt, daß das Maschinen zur Ausbeutung der Arbeiter, Verbraucher, Bürger sind« (229). Eine Gegenmacht einzurichten bedeute jedoch Lähmung: »Das tiefe Problem der französischen Gesellschaft ist nicht die Beschäftigung, nicht der soziale Friede, sondern das Aufgeben des Rentnergeists. Wenn wir überleben wollen, müssen wir auf die Zukunft setzen und d.h. den Unternehmensgeist.« (250) Die französische Gesellschaft könne »nur ökonomisch überleben und sozial lebendig bleiben, wenn sie fähig ist zur Innovation« (257). Crozier versucht, die aus der Kriegserfahrung hervorgegangenen Strategieüberlegungen (60) in eine Investitionsstrategie umzuformen: im Gegensatz zur Kriegsstrategie suche die Veränderungsstrategie nicht die Vernichtung des Gegners, sondern seine Umwandlung in einen Partner (63). Dazu seien drei Investitionen nötig: von Kenntnissen, Menschen und Erfahrungen. Der Zeitfaktor spiele eine große Rolle: »Um die Aufmerksamkeit und Gefühle der eventuellen Akteure zu mobilisieren, ist die sofortige Veränderung unerlässlich.« (62)

Den Zusammenhang von Zweck/Ziel und Mitteln beschreibt Crozier folgendermaßen: »Weder der Revolutionär noch der Technokrat wollen diese grundlegende Tatsache akzeptieren: im Bereich menschlicher Entwicklung ist — ob man nun will oder nicht — die Situation von Zwang und Mangel derart, daß die Mittel den Zweck bestimmen.« (60) Jedoch sei die von ihm vorgeschlagene Strategie keineswegs eine nur ergänzende, wie »einige linke Leser« (201) vermuten könnten: Vielmehr erscheinen ihm die von der Linken vorgebrachten Erfordernisse — wie »Abschaffung der Ungleichheiten, Betriebsreform, Nationalisierung der Monopole, Selbstverwaltung« (ebd.) — nicht wirklich dringend. Um zu überzeugen, nimmt er sich diese Themen einzeln vor, insbesondere letzteres: »Ist es möglich, diese immense Hoffnung zu übergehen in dem Moment, wo alle denken, daß die französischen Betriebe schlecht organisiert sind? Jawohl.« (215) Diese Forderung sei nämlich einzig und allein dazu geeignet, die 'ewige sozialistische Utopie' zu verjüngen. »Aber — werden Sie sagen — der kapitalistische Betrieb beutet die Produzenten aus und verdirbt die Gesellschaft durch den Konsum. — Sicherlich, aber wer ist in der Lage, es weniger schlecht zu machen?« (246) In diesen Zusammenhang verweist er auf die ökonomischen Irrtümer in der Sowjetunion und China und nimmt den Einwand vorweg, ob da keine Verwechslung vorliege: »Ich glaube ganz einfach, daß die Selbstverwaltung selbst in einem gemäßigten sozialistischen Kontext nur zur Staatlichkeit führen kann.« (217) Das »Gemeinsame Programm« von 1972 hätte nur die bürokratischen Auswüchse noch verstärken können. Jeder demokratische Anspruch tritt hier hinter Sachzwängen zurück: »Genauso wie wir vom Mythos der Gruppe in der Entscheidungspraxis Abschied nehmen müssen, müssen wir uns auch vom Mythos der kollektiven Demokratie in der Betriebsorganisation befreien. Die Gruppe ist von Natur aus konservativ.« (249) Einen weiteren Zentralpunkt der Kritik an Herrschaftsstrukturen begegnet Crozier so: Es ist nicht Herrschaft »an sich, die schlecht ist« (41). Die »Antwort auf die Herausforderung der Freiheit« (35) lautet: »Was das freiere Individuum erlebt, ist zunächst die Angst vor Entscheidung, Verpflichtung, Verantwortung« (218f.). Im übrigen seien mehr noch als hierarchische Strukturen gekreuzte wirksam: Vorgesetzte wie Untergebene seien durch andere Zwänge als hierarchische gehalten, nämlich »den Druck des Nachbarn, des Konkurrenten, des Partners« (67).

Organisierend ist ein Anti-Selbstverwaltungs-Diskurs, der sich folgendermaßen zusammenfassen läßt: »Wer kann behaupten, daß der Rückschritt nicht unmittelbar einträte in einem System ohne die Fähigkeit zu 'leadership' und Innovation? Jede Politik, die die Regierungsfähigkeit eines menschlichen Ensembles substantiell herabsetzt, macht gleichzeitig Innovation schwieriger.« (225f.) Wolfgang Kowalsky (Berlin/West)

Eidgenössische Kommission für Jugendfragen: Thesen zu den Jugendunruhen 1980, Bern 1980 (40 S., br., gratis)

Eidgenössische Kommission für Jugendfragen: Stichworte zum Dialog mit der Jugend, Bern 1981 (75 S., br., 2,— SFr.)

(Vertrieb: Bundesamt für Kulturpflege, Postfach, CH-3000 Bern 6)

Am 30. Mai 1980 brach mit dem »Opernhauskrawall« in Zürich das aus, was wohl niemand von der ruhigen Schweiz erwartet hätte. Mit diesem Datum formierte sich in der Schweiz eine Bewegung jugendlicher und altersmäßig gesetzter Unzufriedener, die nicht in die bis anhin gängigen politischen Schemata paßte. Interpretationen, »tiefschürfende« Analysen und Selbstdarstellungen folgten der »Bewegung« auf dem Fuße, sobald sich zeigte, daß es sich um mehr als um ein schnell vergängliches Strohfeuer handelte. Auf dem Büchermarkt nahm die Produktion inflationäre Züge an: Zur Zeit liegen über 20 Bücher zu diesem Thema vor. Im folgenden will ich mich auf die »Thesen« und »Stichworte« der Eidgenössischen Jugendkommission beschränken, nicht zuletzt, da sich in diesen beiden Broschüren eine mit der Staatsmacht verbundene Institution Ge-

danken zum Thema Jugendunruhen macht (eine ausführliche Besprechung sämtlicher bisher erschienenen Bücher und Broschüren zur »Bewegung« findet sich in »Widerspruch — Beiträge zur sozialistischen Politik« Nr. 2, 1981, 139-152).

Kaum lagen die Thesen Ende 1980 vor, mußte eine erstaunte Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, daß die Jugendkommission deutlich von einer rechtsbürgerlichen »Rechtsstaats«-Diskussion und dem dahinterliegenden »Ruhe- und Ordnungsdenken« Abstand nahm und in wohlthuender Sachlichkeit auf einen mindestens reformerischen Kurs zielte. Dies trug den Verfassern sogleich schärfste Kritik von Seiten aller bürgerlichen Kräfte ein. Von »gehobener Makulatur« (der Züricher Erziehungsdirektor und Berufsverbotsprotagonist für die Schweiz, A. Gilgen) war da die Rede, und für eine kurze Zeit ergab sich, daß die Jugendkommission beinahe ins Zentrum der Auseinandersetzung rückte. Der Kritik von rechts folgte das Lob von Seiten sozialdemokratischer Politiker (Verfasser der Thesen ist der SP-Vertreter in der Kommission, D. Nordmann aus Zürich), orchestriert von SPD-Prominenz, allen voran Bundeskanzler Helmut Schmidt. Damit war die Gewähr gegeben, daß, wenn sich die Thesen schon nicht in sozialdemokratische Politik umsetzen ließen, die Broschüre wenigstens reißenden Absatz fand und heute in über 60000 Exemplaren unter die Leute gebracht wurde.

Die Kommission definiert sich nicht deshalb als Jugendkommission, weil darin diejenigen, die man gemeinhin zur Jugend zählt, vertreten wären. Dieser Mangel wird auch nicht durch Konsultation Jugendlicher aufgehoben. Im Gegenteil! Es mutet sonderbar an, wenn in den »Stichworten« kritisiert wird, die Jugendlichen würden »direkt kaum zu Wort kommen« (7), während handkehrum auch der bundesrätliche Beraterstab ausschließlich durch 35-40jährige, teilweise Vollblutpolitiker gebildet wird. Die Kommission selbst, präsiert durch den freisinnigen Genfer Stadtrat O.G. Segond, leistete, gerade wenn man sich ihrer politischen und sozialen Beschränkung bewußt ist, doch Erstaunliches (»freisinnig«, Bezeichnung für Angehörige der FDP Freisinnige Demokratische Partei, die Partei der Hochfinanz, die sich mittels der Neuen Zürcher Zeitung auch publizistisch Gehör verschafft). — Beim vorliegenden Interpretationsversuch durch eine staatliche Kommission handelt es sich nicht um eine radikale Gesellschaftskritik. Die Kommission geht jedoch an die Grenze dessen, was innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. Als Ursachen für die Jugendunruhen werden in den »Thesen« folgende Stichworte aufgeführt: Die Aushöhlung und Einschränkung von »Toleranz und liberalem Pluralismus« (14); die »Entwicklung zur Isolation der Generationen und der Einzelnen« (15); die »Gewalt in unserer Gesellschaft«, auch »legitimierter« (17), der Zerfall der Familie und damit der »fehlende Kreis fester Bezugspersonen« (18), wogegen »Versuche, in Wohn-, Lebens- und eventuell auch Produktionsgemeinschaften intensive soziale Netze aufzubauen« (19), nicht gefördert würden; die prekäre Wirtschaftsentwicklung, die einerseits viele Jugendliche aufs »Abstellgleis« geschoben habe und die andererseits ökologische Folgekosten zeitige, die die »abstrakte Aussicht auf ein apokalyptisches Ende am fernen Horizont« aufkommen lasse (20ff.). Ursachen werden auch im kulturellen Sektor festgemacht, wo die Jugendlichen einerseits »aggressiven Konsumreizen ausgesetzt« (22) würden, andererseits ihre »Subkultur« ins Ghetto abgedrängt werde (23). All diesen Problemen werde oft inadäquat begegnet, sei dies durch Repression, Bagatellisierung, Vereinfachung, Ghettoisierung, parteipolitische Vermarktung und durch Verdrängung von Zukunftsangst (25ff.). Als Ausweg aus der Sackgasse postuliert die Jugendkommission bereits 1980 mehr Freiräume, intensive Diskussion und Aufnahme der »gesellschaftskritischen Anliegen der Jugendlichen« (36ff.). Gerade an diesem Punkte setzte die Kritik massiv ein. Mit Recht wurde bemängelt, daß die Forderungen doch sehr abstrakt seien.

Mit den »Stichworten« setzte die Jugendkommission im vergangenen Herbst dazu an, dieser Kritik die Spitze zu nehmen. Was dabei herauskam, geht jedoch weit hinter die in

den »Thesen« formulierte Kritik zurück. Ausgeführt wird im wesentlichen, wie die Diskussion unter den Generationen, in der Familie, in der Schule und von Seiten der Politiker gefördert werden könnte. Die Kommission definiert sich dabei als »Anwalt der Jugend«, der versucht habe, »für ihre Lebenswelt und ihr Weiterleben Verständnis zu wecken« (5). Ziel des angestrebten Dialoges sei »nicht Ruhe im Sinne von Gleichschaltung, sondern Lebendigkeit«. Lebendigkeit, ein nicht genau ausgeführter Begriff, meint offensichtlich flexible Krisenbewältigung durch mehr Zuckerbrot statt Peitsche. Wenn dem Jugendlichen das Hineinwachsen in die Erwachsenenwelt ermöglicht, er in der Politik ernst genommen werden soll (7f.), die Jugendpolitik in ihrer Hauptaufgabe damit gleichgesetzt wird, »die Integration der Jugend in die Gesellschaft zu fördern« (9), ohne die Gesellschaft in einen geforderten Wandel miteinzubeziehen, dann weist dies auf den theoretischen Hauptmangel der »Stichworte« hin, nämlich der Rückfall in einen Interpretationsrahmen, der von Generationenkonflikten ausgeht. Zwar meine ich, daß der unterschiedliche zeitgeschichtliche Erfahrungshintergrund der Generationen Ungleichzeitigkeiten produziert, die zusätzliche Konfliktfelder heraufbeschwören. Aber auch diese Feststellung läßt eine Reduktion auf Generationenprobleme nicht zu. Sonst kommt man wie die Jugendkommission dazu, daß »Hellhörigkeit« und »Kommunikation« (23f.) im Sinne des »seid lieb miteinander« zur Leitlinie für die Konfliktbewältigung erhoben wird. Das Konfliktbewältigungsmuster reicht dann von »Interessenkonflikte offen austragen (für Politiker)« (11) über »Autorität ja — Fassade nein« (14), »Rücksicht ja — Anbiederung nein« (18) zu »Realismus ja — aber auch Utopie« (19). Dies sind Schlagworte, die, wie sie im Text stehen, an den inhaltlichen Problemen und Forderungen vorbeiführen, um im individuellen gegenseitigen Verhalten als formalisiertem Verhaltenskodex zu landen. »Der Jugendliche projiziert die ganze Schuld an seinem Leben und Protest auf die Starrheit des 'Systems', verkörpert im Politiker. Der Politiker projiziert die ganze Schuld an seinen repressiven Maßnahmen auf destruktive und chaotische Gefahren, verkörpert in randalierenden Jugendlichen.« Quintessenz: Selbstkritik und Offenheit (31). Daher müssen die einen »gewaltlos« sein, die anderen haben »vertrauensbildend« zu wirken (32). Die Jugendlichen haben die »Not der Erwachsenen zu sehen«, »Unterstützung zu akzeptieren«, die »Gefahr der Isolation« zu erkennen, die »Einseitigkeit auszugleichen«, die »Solidarität zu entgrenzen« (über die Ausgestoßenen hinaus, F.C.) und »selbstkritisch zu sein« (34). Demgegenüber haben die Erwachsenen und Etablierten den »Dialog statt (der) Konfrontation« zu suchen, wozu diverse Vorschläge eingebracht werden (in Familie, Gemeinde, Kanton und Bund).

Die Jugendkommission hat sich gegenüber gesellschaftskritischen Ansätzen, die 1980 noch offen ausgesprochen wurden, auf die Position des mit Medikamenten kurierenden Arztes zurückgezogen. Nicht sehen wollen, daß das gebrochene Verhältnis vieler Jugendlicher zur Arbeit mit der krisengeschüttelten kapitalistischen Wirtschaft und der auch von Gewerkschaftsseite vorgebrachten »Dequalifikation« und der daraus folgenden Defensivstrategie zu tun hat, führt ebenso in die Sackgasse wie die fehlende Aufnahme des Diskurses über ökologische Folgekosten durch rein quantitativen wirtschaftlichen Fortschritt. Von der massenhaften Angst großer Bevölkerungsteile vor einem drohenden Krieg ganz zu schweigen. Zudem reduzieren beide Schriften »D'Bewegig« ausschließlich auf eine Jugendbewegung, obwohl viele Demonstrationen und die dort praktizierten Bündnisse weit über die Jugend hinausweisen. Indem man nun Diskussion und Vertrauen als Therapie verschreibt, ohne durch effektive Vorleistungen (da reicht auch die Forderung nach Begnadigung jugendlicher Demonstranten nicht mehr) die Ausgangslage verbessert zu haben, setzt man dort an, wo das »Vertrauen« gerade am stärksten erschüttert wurde. Und indem dies ohne inhaltliche Veränderungsperspektiven geschieht, verweist man die mehrmals geprellten Unzufriedenen einmal mehr auf die Wartebank.

Franz Cahannes (Zürich)

Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete; V.: = Veröffentlichungen

- Albers, Detlev*, Prof., geb. 1943; Hochschullehrer an der Univ. Bremen. V.: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978); *Otto Bauer und der 3. Weg* (Hrsg., 1979); *Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD* (zus. m. anderen, 1980); *Perspektiven der Eurolinken* (Hrsg., 1981). A.: Mitherausgeber der *spw*.
- Balibar, Etienne*, Dr.phil., geb. 1942; Dozent f. Philosophie an der École Normale Supérieure. V.: *Das Kapital lesen* (zus. mit L. Althusser, 1972); *Lingue du materialisme historique* (1974); *Die Diktatur des Proletariats* (1978). A.: Mitglied der FKP.
- Becker, Johannes*, geb. 1952; Dipl.-Pol., Doktorand. A.: Frankreich/Militärprobleme.
- Beyer, Johanna*, geb. 1951; Dipl.-Soz., arbeitslos. A.: Frauenforschung; psychiatr. Soziologie.
- Budde, Reinhard*, geb. 1949; freier Journalist. A.: Parteien in der BRD, Faschismustheorien.
- Cahannes, Franz*, geb. 1951; Historiker, Redakteur bei »Widerspruch« und »debatten«. V.: *PLO-Freiheit für Palästina* (Hrsg., 1981).
- Czesleba-Dupont, Rolf*, geb. 1944; Mitarbeiter am Forschungsprojekt Energie, Organisation, Gesellschaft am Aalborg Universitätscenter. V.: *Sanierung — Für wen?* (Hrsg., 1971). *Alternative Umweltpolitik* (AS 56, Mitautor, 1981). A.: Regionalwissenschaft; Ökologie. Mitglied in BdWi, Sozialistische Volkspartei Dänemark.
- Fried, Erich*, geb. 1921; lebt in London als freier Schriftsteller und Übersetzer. V.: zahlreiche Gedichte, Lyrik und Prosa, zuletzt: *Das Unmaß aller Dinge* (1982).
- Gadet, Françoise*, Dr., geb. 1947; Maître-Assistant de linguistique Université de Paris - X Nanterre. V.: *Les Maîtres de la langue* (1979); *La Langue introuvable* (1981). A.: Linguistique: Syntaxe et discours.
- Geier, Manfred*, Dr.phil. V.: *Sprache als Struktur* (zus. mit M. Kohrt u.a., 1976); *Kulturhistorische Sprachanalysen* (1979); *Textkorrekturen*. (1981). A.: Linguistik; Sprachphilosophie; Literatur.
- Haberland, Hartmut*, geb. 1948; lehrt Linguistik und deutsche Sprache in Roskilde (Dänemark). V.: *Soziologie und Linguistik* (zus. mit F. Hager und R. Paris, 1973). A.: Semantik; Pragmatik; Soziolinguistik. Mitglied in BdWi, Deutsche Gesellschaft f. Sprachwissenschaft.
- Hanisch, Jochen*, geb. 1948. Wiss. Ass. am Institut für Landschafts- und Freiraumplanung der TU Berlin. Mitglied im ÖKO-Institut, der ÖTV und im Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft.
- Hanisch, Ludmilla*, geb. 1947; Dipl.-Soz., Doktorandin. A.: Theorie und Praxis der kolonialen Expansion; Soziale Umstrukturierung in Nordafrika.
- Hauser, Kornelia*, geb. 1954; Soziologie-Studium, Doktorandin. V.: *Frauenformen* (AS 45, Mitarbeit, 1980). A.: Frauenbewegung; Arbeiterbewegung; Sexualität und Herrschaft. Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Hamburg.
- Held, Jutta*, Prof.Dr.phil.; Prof. an der Univ. Osnabrück. Buchpublikationen zu Goya, Aufsätze zu Minimal Art, Fotorealismus, Pop Art. A.: Kunst- und Kunsttheorie des 17.-20.Jh.; Architekturtheorie; Kunst- und Museumsdidaktik. Mitglied in GEW, BdWi, Ulmer Verein/Verband für Kunst- und Kulturwissenschaft.
- Herzer, Manfred*, geb. 1952; M.A. Wiss. Mitarbeiter an der Univ. Mainz. A.: Familiensoziologie.
- Hickethier, Knut*, Dr., geb. 1945; phil. Habilitation. V.: *Das Fernsehspiel der Bundesrepublik* (1980); *Schauspieler und Massenmedien* (1980); *Modelle der Film- und Fernsehanalyse* (Hrsg. zus. mit R. Paech, 1979). A.: Medienästhetik; Mediengeschichte und -theorie; Literatur- und Kulturgeschichte.
- Hilfgärtner, Rüdiger*, Prof.Dr.phil., geb. 1941; Prof. an der Univ. Oldenburg. V.: *Bürgerlicher Individualismus und revolutionäre Moral. Percy Bysshe Shelley* (1974); Aufsätze. A.: Britische und amerikanische Literatur; Literatur- und Kulturtheorie. Mitglied in GEW und BdWi.
- Ingrao, Pietro*, geb. 1915; Mitglied d. Parteileitung der KPI; Leiter d. Centro per la riforma dello stato. Aktiv im Widerstand gegen den Faschismus; seit 1948 Parlamentsabgeordneter der KPI; 1947-1957 Direktor der Parteizeitung *Unità*; 1976-1979 Präsident der ital. Abgeordnetenkammer. V.: *Massenbewegung und politische Macht* (1979); *Die andere Gewerkschaft* (1982).
- Jung, Werner*, geb. 1955; M.A., Doktorand, Wiss. Angestellter. V.: *Wandlungen einer ästhetischen Theorie — Georg Lukács' Werke 1907-1923*. A.: Ästhetische Theorie (bes. im 19. Jh.); Geschichte des Hegelianismus. Mitglied der GEW.
- Kaulen, Heinz*, geb. 1953; Studium der Germanistik und Philosophie, Doktorand. A.: Hermeneutik; Methodendiskussion; marxistische Theorie; Wissenschaftstheorie.
- Keppeler, Markus*, geb. 1956; Studium der ev. Theologie, Doktorand und Sekretär. A.: Bloch; Religionsphilosophie.
- Konersmann, Ralf*, geb. 1955; Doktorand, Wiss.Hilfskraft an der WH Münster. V.: Buchbesprechungen und Wörterbuchartikel. A.: Philosophiegeschichte; Ideologietheorie; Philosophie der Subjektivität.
- Kowalski, Wolfgang*, geb. 1956; Soziologie-Studium. A.: Ideologischer Krieg in Frankreich seit 1968. Mitglied in HBV.
- Krätke, Michael*, geb. 1949; Dipl.-Pol., Wiss. Ass. an der Univ. Bielefeld. V.: *Krise und Kapitalismus bei Marx* (mit V. Bader, J. Berger, 1975); *Viktor Agartz — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik* (mit V. Gansow, 1978). A.: Finanzpolitik; Gewerkschaften; Sozialpolitik. Mitglied in SPD und ÖTV.

- Leutner, Mechthild*, Dr.phil., geb. 1948; Wiss. Ass. an der FU Berlin. V.: *Geschichtsschreibung zwischen Politik und Wissenschaft; China unter neuer Führung* (Hrsg. zus. mit H. Franz u.a., 1978). A.: Neuere Geschichte Chinas.
- Liedman, Sven-Eric*, Prof.Dr.phil., geb. 1939; V.: *Von Platon bis Mao. Geschichte der politischen Ideen* (in schwedisch, 1971); *Spiel der Gegensätze. Friedrich Engels* (2 Bde., 1977). A.: Ideologien; Dialektik; Geschichte der Neuzeit.
- Lüdemann, Margret*, geb. 1956; Soziologie-Studium. V.: *Frauen — Opfer oder Täter* (Mitautorin, 1980). A.: Methoden der Frauenforschung. Mitglied in Sozialistischer Frauenbund Hamburg.
- Lütkehaus, Ludger*, Dr.phil., geb. 1943; Wissenschaftl. Publizist. V.: *Hebbel* (1976); *Schopenhauer* (1980); *Schopenhauer und Marx* (Hrsg. zus. mit H. Ebeling, 1980). A.: Philosophie; Literaturgeschichte.
- Meyer, Wilfried*, geb. 1950; Doktorand. A.: Literarischer Expressionismus, politische Avantgarde und Nationalsozialismus; Militarisierung des Erziehungs- und Bildungswesens in der BRD.
- Niess, Frank, M.A.*, geb. 1942; Studium der Geschichte, Germanistik, Politischen Wissenschaften; Wissenschaftsjournalist. V.: *Cuba Libre* (zus. mit A.-A. Guha u.a., 1977); *Amerikanische Außenpolitik* (1977); *Geschichte der Arbeitslosigkeit* (1979). A.: USA, Kuba, Deutsche Sozialgeschichte. Mitglied in Amnesty International, RFFU im DGB, Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft, Netzwerk.
- Pêcheux, Michel*, geb. 1938; Studium der Philosophie, Psychologie. Arbeitet im Centre National de la Recherche Scientifique. V.: *Analyse automatique du discours* (1969); *Les Vérités de la Palice* (1975); *La langue introuvable* (zus. m. Gadet, 1981). A.: Diskursanalyse, Linguistik, Philosophie, Sozialwissenschaften.
- Rehmann, Jan*, geb. 1953; Studium in Französisch und Geschichte. V.: *Theorien über Ideologie*. AS 40 (Mitautor, 1982); *Faschismus und Ideologie* AS 60/62 (Mitautor, 1980. A.: Ideologietheorie.
- Reuter, Peter W.*, Dr.phil., geb. 1940; Wiss. Ass. im Fach Geschichte an der GHS Duisburg. V.: *Die Balkanpolitik des französischen Imperialismus 1911-1914* (1979). A.: Französische Geschichte, 19. u. 20. Jahrhundert.
- Rieger, Eva*, Dr.phil., geb. 1940; Akad. Rätin für Musikerziehung an der Universität Göttingen. V.: *Schulmusikzerziehung in der DDR (1977); Quellensammlung »Frau und Musik«* (Hrsg., 1980); *Frau, Musik und Männerherrschaft* (1981). A.: Feministische Musikwissenschaft; Musikpädagogik.
- Ripalda, José-Maria*, Dr.phil., (Madrid) 1972; Studium der Philosophie und Soziologie in Münster (1967-68), Bochum (Hegel-Archiv 1970-1972), FU Berlin (1972-1976). Prof. an der Univ. Madrid. V.: *The Divided Nation* (1977); Ausgaben der Jugendschriften von Hegel (1978). Mitglied der Kommunist. Partei Spaniens (PCE).
- Rodejohann, Jo*, geb. 1947; Dipl.-Pol., Redakteur der *Militärpolitik Dokumentation*. V.: *Durch Kooperation zum Frieden?* (Mitverf., 1974). A.: Rüstungs- und Abrüstungspolitik. Mitglied in ÖTV und AFK.
- Schelper, Sonja*, geb. 1955; Studium der Psychologie. V.: *Frauengrundstudium* SH 44 (Mitautorin, 1980); *Frauenformen* (Mitautorin, AS 45, 1980). A.: Persönlichkeitsentwicklung; Erinnerungsarbeit. Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Hamburg.
- Schneider, Michael*, geb. 1954; z.Zt. Privatschullehrer. V.: *Geschichte als Gestalt* (1980). A.: Literatur der Neuzeit; Ästhetik; Methodologie.
- Schutte, Jürgen*, Dr.phil., geb. 1938; Ass.-Prof. an der FU Berlin und Privatdozent. V.: *Frühformen bürgerlicher Agitation in Thomas Murners 'Großem Lutherischen Narren' (1522)* (1971); *Lyrik des deutschen Naturalismus* (1976). A.: Literatur des 16., 19. und 20. Jh. Mitglied in GEW und BdWi.
- Schweizer, Harro*, Dr.phil., geb. 1949; Wiss. Ass. an der FU Berlin. V.: *Marxismus und Kybernetik* (Mithrsg., 1975); *Sprache und Systemtheorie* (1979). A.: Psycholinguistik; Sprachdidaktik; Sprachplanung. Mitglied in GEW, Kita-Bezirkselternausschuß Berlin-Kreuzberg.
- Steinborn, Norbert*, geb. 1947; Dipl.-Pol., Lehrbeauftragter an der FHW Berlin und Dozent an den Univ.Kliniken Steglitz und Charlottenburg (Krankenpflegeausbildung). A.: Gewerkschaften; SPD; Gesundheitswesen; Westeuropäische Arbeiterbewegung; DDR. Mitglied in GEW.
- Stellmach, Claudia*, geb. 1947; Dipl.-Soz. A.: Arbeiterbewegung in der BRD; Lateinamerika-Soziologie. Mitglied in GEW und BdWi.
- Tiedtke, Stephan*, Dr.phil., geb. 1942; wiss. Mitarbeiter a. d. Hess. Stiftung Friedens- u. Konfliktforschung (HSFK). V.: *Die Warschauer Vertragsorganisationen* (1978); *Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht* (1981). A.: Osteuropa, Friedens- und Konfliktforschung. Mitglied in ÖTV.
- Tjaden, Karl Hermann*, Dr.phil., geb. 1935; Prof. f. Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie an der GHS Kassel. V.: *Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus* (Mitautor, 1973); *Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder-Kreis* (Mitautor, 1980); *Forderungen für den Schwalm-Eder-Kreis* (Mitautor, 1980). Mitglied in GEW und BdWi.
- Weingarten, Michael*, geb. 1954; Studium der Germanistik, Philosophie und Soziologie in Marburg. A.: Geschichte der Physik und Biologie; Wissenschaftstheorie.
- Wesel, Uwe*, Prof.Dr.jur., Prof. f. Römisches Recht, bürgerl. Recht und Zivilprozeßrecht an der FU Berlin. V.: *Der Mythos vom Matriarchat* (1980); *Aufklärungen über Recht* (1981).
- Woetzel, Harold, M.A.*, geb. 1953; A.: Ideologietheorie; Sprachphilosophie. Mitglied im MRV Amicitia 1870.
- Ziegler, Jürgen*, Dr.phil., geb. 1941; Wiss. Ass. an der GHS Duisburg. V.: *Kommunikation als paradoxer Mythos* (1977). A.: Linguistischer Zeichenbegriff. Mitglied in GEW.

Summaries

Detlev Albers: Breaking with the Logic of Profit in the Capitalist Metropolises — Central Strategic Problems

1. This break in the centres demands a worldwide revolutionary process. 2. Marxism must be renewed to give new orientations. 3. A condition of effectively combating US rearmament is the refusal of soviet great power politics. 4. Socialist strategies in the metropolises must imply a contribution to the autonomous development of the third world, to build up a new economic order. 5. The left must demonstrate the connections between destroying the environment, waste of resources, emiseration in the third world and profit orientated economic growth. 6. There must be national approaches to a new economic logic.

Pietro Ingrao: Towards a New Logic of Leftist Politics

The leading italian communist gives a contribution to the selfcriticism and innovation of strategic thinking of the socialist and communist labour movements. The crisis of the welfare state demands a shift in the fields and nodal points of social transformation. A new logic of politics that allows to bring together different autonomous subjects of transformation has become necessary. This must be the answer to the penetration of national cultures by multinational capital and to their dominance in the field of the »societal composition« and the »articulation of the knowledges« of whole countries. A recomposition of needs and knowledges, a new approach to the state as the instance of »societal and national aggregation« in confrontation with the great conflictive problems of our time is needed for the left. Finally the concept of »Third Way to Socialism« is defined by the orientation towards a »socialization of power«.

Karl Hermann Tjaden: Environmental Policies As Seen From the Working Class Movement

There is a sharpening contradiction between production of surplus value and the development of the general capacity to master nature. A public policy adapted to human and environmental needs in the interest of working man has to be conceived. Its main issues should be transportation, heating and chemical production. A working-class-oriented research has to show that ecological policy creates jobs. The same can be said about the transformation of arms production into civil production.

Etienne Balibar: The Crisis of the Party-Form in the Labour Movement

In France we now have a socialist administration, but without mobilization of the masses of the workers. The socialist victory represents a real opportunity, but only when it is completed and fulfilled by a socialization of political processes, by the intervention of the masses in politics. But it can also result in the exclusion of socialist democracy by what Poulantzas called the »ruling state party«. What the French case teaches is not — as Poulantzas thought — a general crisis of the party system, but a crisis of the party-form within the labour movement. The technocratization of state politics has had its impact on the labour parties too. This technocratization makes doubtful whether or under which conditions a party could fulfill the tasks of teaching the masses how to govern themselves. The restructuring of the party-form in the labour movement is at stake.

Stephan Tiedtke: Military Politics in the Soviet Union

Instead of building up a militia system, the military reform of 1939 oriented the Soviet army towards models of military organization taken from the capitalist countries; the armament industry received absolute priority within the economic plan. Which factors hinder a revision of the position of the Soviet Union as regards the strategy of nuclear deterrence? Tiedtke analyses three factors: 1. The socio-political divison of labour (the military has the responsibility for questions of safety and of military detente). 2. The conservatism of the Soviet people regarding the existing defense system. 3. The increasing possibility of limited nuclear wars, which leads to contradictory interests between the Soviet Union and its allies.

Mechthild Leutner: China in Transition

The debate about the present character of Chinese society has played an important role in ideological discussions within the PRC since 1979. There are three different conceptions closely connected with respective political views: 1. China is now a socialist society in the transitional stage from capitalism to the higher stage of communism. (Conception of the Cultural Revolution) 2. China is still in a transitional period on the way to socialism. This conception stresses the indispensibility of capitalist elements as a motor of development. 3. China is a non-developed socialist society; the transitional period ended in 1956. This conception stresses planned production and the existent socialist relations of production in promoting the development of productive forces. Since the summer of 1981 this conception has become the predominant conception.

Theory of Language and Discourse Analysis. M. Geier/H. Woetzel Interview F. Gadet/M. Pêcheux

This interview seeks to indicate some methodological problems of the relationship between ideology and language. It shows what kind of traditions (Althusser, Lacan, Foucault on the one side, de Saussure and Harris on the other) were important for the development of this way of looking at texts. Discourse analysis tries to develop new theoretical tools that should be able to describe linguistically what is called the fundamental narcissism of the human subject. Finally, some new questions are posed, concerning »rules and violation of rules«.

blätter des IZV

Demokratie und Recht

100'82

Nachrichten und Berichte zu

Eritrea

Syrien

Türkei

Argentinien

Brasilien

Costa Rica

Ost-Timor

Ans Messer geliefert

Kampuchea

Das Scheitern der Roten Khmer

Nicaragua

Zur Situation der Frauen nach der Befreiung

Haiti-Flüchtlinge

»Langsam sterben wir«

Indianer

Klage der Oglala-Sioux

Medien

Werner »Fitzcarraldo« Herzog und die Indianer

Internationalismusarbeit

Bericht von einem Treffen in Frankfurt

Rüstung

Kriegselektronik - Ausstellung

Glosse

Die CDU-»Aktion Dritte Welt«

Leserbrief

12. Jg. 1982

4 '81

U. Branahl: Öffnung des Rundfunksystems durch Kommerzialisierung?

K.-H. Ladeur: Stadtplanung und Stadtplanungsrecht

U. Reifner: Erfolgs- und Zugangsbarrieren in der Justiz

W. Hecker: Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts

M. Kutscha: Das Abhörurteil in Sachen Günter Wallraff

Canotilho/Ferreira da Silva: Die portugiesische Verfassung und ihre Revision

Der Gesetzentwurf für ein Volksbegehren gegen die Startbahn 18-West in Frankfurt

1 '82

N. Bhagwat: Rechtliche Konflikte bei der UN-Seerechtskonferenz und deren ökonomische Bedeutung für eine »Neue Weltwirtschaftsordnung«

R. Groß: Satellitenrundfunk und Zeitungsverleger

E. Stein: Der Hessische Staatsgerichtshof als »höchste pädagogische Instanz des Landes Hessen«

H. Ridder: Berufsverbote, Monument II: Das Berufungsurteil im Disziplinarverfahren gegen Hans Peter

Arbeitskreis Faschismus und Recht: Antifaschismus, Relativismus und Demokratie
R. Wahsner: Einheitliches Koalitions- und Streikrecht für kapitalistische und sozialistische Länder?

6. Jg. 1982

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 bis 60 Seiten: DM sFr 35,- (OS 260,-) (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM sFr 25,- (OS 190,-). Einzelverkaufspreis: DM sFr 4,- (OS 30,-). Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel.: 0761 74003

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich — Einzelheft 8,00 DM, im Jahresabo 7,00 DM, für Studenten 6,00 DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

2'82

Wie gemeinsam überleben?

Perspektiven der Friedensbewegung

M. Buschmann: Den NATO-Raketenbes-
schluß undurchführbar machen!

W. Gerns: Ideologische Fragen im Frie-
denskampf

A. Engelhardt: Supermächte contra Frie-
den?

R. Bastian: DGB und Friedenskampf

L. Knorr: SPD und heutige Friedensbe-
wegung

J. Heimbrecht: Ökologie- und Friedens-
bewegung

B. Landefeld: Thesen zur »Sozialen Ver-
teidigung«

H. Werner: »Friede auf Erden« - aber
wie?

R. Steigerwald: Neue Friedensbewegung -
Schlagwort und Wirklichkeit?

20. Jg. 1982

Hrsg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer,
W. Oreyzkowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Stei-
gerwald, O. Wagner — Redaktion: F. Krause — Alle
zwei Monate. Einzelpreis 4,— DM, Jahresabo 18,—
DM, Studenten 20% Ermäßigung. - Vlg. Marxistische
Blätter, Hedderheimer Landstraße 67a, 6000 Frank-
furt/Main 50.

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

22

W. Brandes, P. Liepmann, P. Weise: Un-
ternehmungsverhalten und Arbeitsmarkt

K. Gerlach, O. Hübner, H. Ollmann: In-
dividuelle und klassenspezifische Be-
gründungen des Zusammenhangs von
Schulbildung und Einkommen

E. Wegner: Ursache und Vermittlung
von Einkommensungleichheit in kapitali-
stischen Unternehmungen

P. de Gijssel: Verantwortung und Lohn-
struktur

G. Rohwer: Die Lohnverteilung im pro-
duzierenden Gewerbe und einige ihrer
branchenspezifischen Merkmale

J. Kuhl: Arbeitsmarktpolitik in der Bun-
desrepublik Deutschland - Probleme,
Entwicklungstendenzen und Gestal-
tungsmöglichkeiten

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e.V.: Horst
Arndt, Adelheid Biesecker, Gerd Farnulla, Hans Utz
Foederreuther, Elsbeth Glombowski, Jörg Glombow-
ski, Lutz Heiligenstadt, Sonke Hundt, Rainer Künzel,
Jurgen Mendner, Gunther Ortman, Hajo Riese,
Manfred Sommer, Ilse Costas-Steinfeld, Dieter Tim-
mermann, Heide Wiemann. — Erscheint unregelmä-
ßig. - mehrwert, Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

38/39 '82

Interview mit Joaquin Villalobos, Mitglied der Generalkommandantur der FMLN: Freiheit für El Salvador

Interview mit Volker Haupt und Manfred Rabatsch von der »Alternativen Liste« (Westberlin): Alternative, Grüne, Hausbesetzer, Friedensbewegung - bricht das Bonner Parteienkartell auf?

H. Hecht: Laßt uns doch in Frieden (Anmerkungen zur Friedensbewegung)

Dokumentation zur Polemik zwischen der »Prawda« und der KPI aus Anlaß der Ereignisse in Polen

Partei-Diskussion: Was heißt revolutionäre Politik in den 80er Jahren?

T. Heilmann: Blockfreiheit und revolutionäre Bewegung in der Schweiz

D. Vischer: Gedanken zu Fragen, die unsere Politik in der Schweiz betreffen

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 3.—, Doppelheft Fr. 4.— — Abo: Schweiz Fr. 15.—, Ausland Fr. 18.— — Redaktion positionen, Postfach 539, CH-8026 Zürich

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



45 '82

Wohnen — in Frieden?

W. Süß: NATO und Warschauer Pakt zwischen 'Rüstungswahn' und Herrschaftskalkül

R. Hirsch-Borst/S. Krätze: Verwertung des Wohnungsbaukapitals und Staatseingriffe im Wohnungssektor

M. Krummacher: Wohnungspolitik in der BRD

P. Schürmann: Akzentverschiebung und Probleme der neueren marxistischen Rechtsanalyse

T. Blanke: Demokratie und Krise in der neueren kritischen Rechtstheorie

46 '82

...Fertig...Aus...Amen!

H.J. Giegel: Widersprüche zwischen gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Alltagsbewußtsein von Industriearbeitern

B. Mahnkopf: Das kulturtheoretische Defizit industriesoziologischer Forschung

S. Gensior/F.O. Wolf: Betrieb als historischer Prozeß

R. Zoll: Zeiterfahrung und Gesellschaftsform

12. Jg. 1982

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Armański, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

psychosozial

Zeitschrift für Analyse,
Prävention und Therapie
psychosozialer Konflikte
und Krankheiten

1'82

Schwerpunkt: Streß - Probleme und Forschungsergebnisse

E. Bamberg, S. Greif: Streß: Bedrohung der Gesundheit oder subjektiver Begriff

J. Siegrist: Streß und koronare Herzkrankheiten

P. Wimmer: Der »Life-Event«-Ansatz: Lebensverändernde Ereignisse als Streß-Auslöser

B. Orendi: Streßbewältigung - Möglichkeiten und Grenzen

G. Dörr/F. Naschold: Technologieentwicklung und Streß

I. Udriš: Soziale Unterstützung: Hilfe gegen Streß?

Aus Forschung und Praxis:

Arendt/Bosselmann/Kindschuh-v.-Roj/Kleinschnittger/Neraal/Schreiber: Familienorientierte Ansätze in der Heimerziehung - Erfahrungsbericht einer Studienreise nach Stockholm/Schweden

psychosozial aktuell:

W.A. Linden: Wir können euch nicht helfen. Direkte medizinische Wirkungen von Kernwaffen

H.-E. Richter: Psychosoziale Medizin und Prävention von Militarisierungsbereitschaft

Berichte, Rezensionen, Mitteilungen

1. Jg. 1982

Herausgeber, Redaktion: D. Beckmann, H. Friedrich, H. von Hentig, A. Köhl, A. Overbeck, H.-F. Richter, H. Strotzka, A. Uchtenhagen, E. Ulich, J. Willi, G. Zenz. - Erscheinungsweise: Vierteljährlich. - Preis: DM 8,80 (keine Abo-Ermäßigung). - Redaktionsadresse: Annegret Overbeck und Albrecht Köhl, beide Friedrichstr. 33, D-6300 Gießen. - Bestelladresse: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Postfach 1349, D-2057 Reinbek bei Hamburg.

rote blätter

4'82

Ostermarsch-Geschichte. Reageneration. SPD und Frieden

Polizeireport:

Provokateure in Aktion

Heidelberger Manifest:

Mobilisierung der völkischen Reserven

Vereinigte Studentenschaft:

Vorwärts mit dem VDS

Hochschulalltag:

Ja, bin ich denn blöd?

Studentenwahlen:

78000 Stimmen für die Linken

Gekont gekürzt:

VDS, Stinkbomben, RCDS

Erhard Eppler:

Das Kreuz des Südens

Manuskripte:

Peter Maiwald

Linke Szene:

Judos, taz, Grüne, SDAJ

Bitte umblättern:

Noch müder zur Sonne zur Freiheit

Rechte kontra Frauen:

Mit Schmiß und Cashmere

Eine Reise durch Chile:

Die Angst fährt mit

DDR-Serie:

Mittelmaß reicht nicht mehr

Fried-Interview:

Die Heuchelei ist ein Tribut des Lasters

12. Jg. 1982

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. - Redaktion: Jerry Sommer, Dr. Karl Deiritz, Eva Eckhardt, Dorle Riechert, Otmar Weber. - Erscheint monatlich. - Einzelheft 2,- DM. Jahresabo 19,50 DM - Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Brüderweg 16, 4600 Dortmund.

SOZIALISMUS

2'82

Demokratische Sozialisten

SOST: Godesberger Behelfsheim?

A. Klönne: Zweifel

E. Hoplitschek: Absage

R. Schiller-Dickhut: Öffnung

W. Heidt: Grüne und demokratische Sozialisten (Interview)

Wir sind uns nicht einig genug (Gespräch mit Illa Albrecht und Dagmar Birkelbach/AL Berlin)

Grundsatzdebatte Abrüstung

K.D. Voigt: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik

Sozialistische Studiengruppen: Aktive friedliche Koexistenz

Polen

Sozialistische »Kriegswirtschaft«

Frankreich

Linksregierung - Rezept gegen Wirtschaftskrise?

Frauen und Gewerkschaften in Frankreich

Iran

Khomeyni stürzen! Interview mit Bahman Nirumand und M.K. Theherani

Internationalismus

E. Berlinguer: Die Aufgaben der westeuropäischen Arbeiterbewegung

8. Jg. 1982

Redaktion: W. Breum, H. Hentschel, G. Ivo, P. Lohauß, H. Reiff, P. Rieckmann, B. Sander, A. Zieher. - Erscheint zweimonatlich - Einzelheft DM 8,-, Jahresabo DM 42,-, zusätzlich Porto. - VSA Verlag, Stresemannstr. 384a, 2000 Hamburg 50

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

138 '82

»Der Flug der Taube«

H. Patschek: Die Tendenz muß aus der Sache selbst hervorspringen. Renato Guttusos Realismus

R. Guttuso - einige Daten

A. Mertmann: Vom Maler an den Tisch zitiert. Guttuso und die Bilder seiner Kollegen

N. Stratmann: Der Flug der Taube. Picasos politische Bilder

A. Lütgens: Kein einziger Kopf zerbrochen. Über eine Ausstellung zu Picassos 100. Geburtstag

M. Nungesser: In memoriam: Equipo Crónica 1964-1981

L. de Pellegrini: Augusto Murer, Partisan und Bildhauer

Caroll/Cathcart/McCallum/Snyder:

C.O.G. - Creative Operations Group, Glasgow

J. Held: Günther Strupp

R. Hiepe: Otto Scheinhammer - einer der starken »Verschollenen«

F. Kochseder: Vom Kriegerdenkmal zur Aktion. Ein Gespräch mit Otto Dressler

H.A. Wagner: Mich freut, daß neben dem röhrenden Hirsch jetzt ein Holzschnitt von mir hängt

E. Keller: Otto Dix - Bilder vom Menschen

23. Jg. 1982

Redaktion: E. Antoni, H.v. Damnitz, H. Erhart, R. Hiepe, U. Krempel, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherckamp, G. Sprigath, G. Zingerl. - Erscheint alle drei Monate. - Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,- DM (Stud. 27,- DM). - Damnitz Verlag, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40

vorgänge

56'82

Religion und Politik in der Dritten Welt

J.H.H. Thielen: Religion und Gesellschaft. Notizen zum Verhältnis von Ideologie und Utopie in Religion und Religionskritik

B. Tibi: Die Aktualität des Islam - als politische Ideologie, als Wirtschaftslehre und Ordnungssystem

K. Grobe: Religion in China

K. Durán: Afghanischer Widerstand. Wie die Gegner der Sowjets denken und handeln

W. Veit: Das Modell Europa und die Krise der Türkei

M. Massarat: Von weltlicher Herrschaft zum Gottesstaat. Islamische Revolution im Iran in der Sackgasse

R. Brückner: Die Rolle der Kirchen bei der Erhaltung und Beseitigung des Apartheidregimes im südlichen Afrika

H. W.-Krumwiede: Politische Perspektiven kirchlichen Wandels

21. Jg. 1982

Erscheint zweimonatlich bei: Europäische Verlagsanstalt, Savignystr. 61-63, 6000 Frankfurt/Main 1 — Einzelheft 12,— DM; Jahresabo 52,— DM; jeweils zugl. Versandkosten.

Zeitschrift für Soziologie

2'82

Geschichte der Sozialforschung

R. Heberle: In Praise of Field Work: An Autobiographical Note

Theorie

H. Geser: Gesellschaftliche Folgeprobleme und Grenzen des Wachstums formaler Organisationen

Politische Soziologie

H. Rattinger: Abstimmungsmacht, politische Distanzen und Abstimmungscoalitionen zwischen den Fraktionen im Europäischen Parlament

Jugendsoziologie

J. Siklová: Sociology of Youth in Czechoslovakia: A Report from 1968

Arabische Soziologie

A. Irabi: Zum Stand der gegenwärtigen arabischen Soziologie

Forschungsnotiz

F.-J. Land/M. Land: Über den Einsatz von Mikro-Computern zur Dokumentation und Auswertung wissenschaftlicher Literatur im Forschungsprozeß

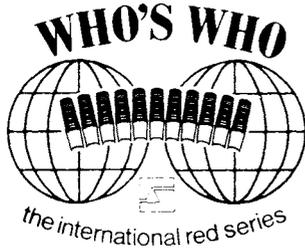
Zur Lage der Soziologen

H. Klingemann: Forschungsorientiertes Projekttraining für arbeitslose Sozialwissenschaftler: Ein Programm zur beruflichen Weiterbildung in der Sozialforschung

11. Jg. 1982

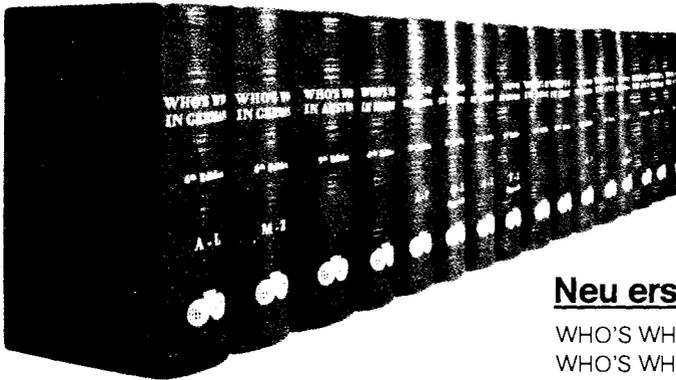
Hrsg.: Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld. - Herausbergremium: Chr. v. Ferber, P. Flora, Th. Harder, R. Klima, W.M. Sprondel. - Redaktion: R. Klima. - Erscheinungsweise: Vierteljährlich. - Einzelheft 25,10 DM, Jahresabo 82,- DM, Studentenabo 48,- DM, Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, Postfach 1304, 7000 Stuttgart 1

WHO'S WHO



- Erfolge
- Erfahrungen
- Ergebnisse

Bücher über Persönlichkeiten,
die die Welt kennt.



Neu erschienen:

WHO'S WHO IN MEDICINE
WHO'S WHO IN SCANDINAVIA

Lieferbare Ausgaben

- WHO'S WHO IN AUSTRIA
- WHO'S WHO IN GERMANY
- WHO'S WHO IN ITALY
- WHO'S WHO IN TECHNOLOGY

In Vorbereitung

- WHO'S WHO IN THE ARTS AND LITERATURE
- WHO'S WHO IN EUROPEAN INSTITUTIONS
AND ORGANIZATIONS
- WHO'S WHO IN FASHION

WHO'S WHO the international red series Verlag GmbH

Postfach 11 09 · D-50121 Wuppertal 90 · München · Tel. 50 90 11-53 · Telex 9 05 26 405 0 000 1

Die (ganz natürliche) Tragetasche gibt's umsonst. Vom Vorwärts.

Viele wissen es schon. Am **Vorwärts** hat sich eine Menge geändert. Wir haben die Erfahrungen unserer Leser berücksichtigt. Zur gründlichen Hintergrund-Berichterstattung kommt mehr Aktuelles. Und noch mehr von dem, was nur im **Vorwärts** zu lesen ist. Denn der **Vorwärts** ist ein Stück Gegenöffentlichkeit. So beim Thema Nord-Süd. Oder der Friedenspolitik. Bei Fragen von Umwelt und Energie. Beim Eintreten für mehr Mitbestimmung und Demokratie. Der **Vorwärts** hat Profil. An ihm reiben sich viele. Es lohnt sich, ihn zu lesen. Probieren Sie mal. Dafür kriegen Sie auch was geschenkt.



Der Mini-Zachwanzel. Für die Wassertasche.



Die Vorwärts-Ausgabe vom 1. August 1982. 8 Seiten Report.

Tragetasche Jute! 40 x 40 cm

Schicken Sie mir drei Wochen lang den **Vorwärts**. Kostenlos. Unverbindlich. Wenn Sie danach (innerhalb von 10 Tagen) nichts von mir hören oder lesen, bekomme ich den **Vorwärts** weiter. Woche für Woche. Für mindestens ein Jahr. Das kostet im Monat 8,50 Mark (für Studenten und Schüler 5,95 Mark). Gleichzeitig bekomme ich das angekreuzte Geschenk:

- Die Jute-Tasche
 - Den Zauberwürfel
 - Das Reprint
- Und das kann ich auf jeden Fall behalten.

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____



An den Vorwärts, Postfach 200010, 4100 Hönig



MODERNE ZEITEN

Sozialistische Monatszeitschrift

Schwerpunkte MOZ 4/82:

SPD vor München: Interview mit Oskar Lafontaine und Günter Jansen. **Massenarbeitslosigkeit und linke Alternativen:** Alternativen zur Sparpolitik – Ziele eines alternativen Arbeitsplatz- und Strukturprogramms – Beschäftigung ohne Lohnarbeit? **Perspektiven der „Demokratischen Sozialisten“:** Neues Projekt oder bloße Konkurrenz zu den „Grünen“? **Ökologie:** Cadmium-Schlamassel. **Magazin – Gegenwehr:** Graue Panther in Aktion – Kämpfe gegen den Sozialabbau. **Friedensbewegung vor dem Reagan-Besuch:** K. H. Hansen: Für eine machtvolle Demonstration am 10. Juni.

Die MOZ erscheint am 15. jeden Monats. Ihr kriegt sie zum Einzelpreis von 5, – DM in allen linken Buchläden.

Aboaktion für ARGUMENT-Leser

Wer jetzt ein Jahresabonnement der MOZ bestellt (12 Ausgaben für 48, – DM), kriegt alle bisher erschienenen Ausgaben (im Wert von 25, – DM) als Werbegeschenk gratis.

Postkarte mit Vermerk „Argument-Anzeige“ ausfüllen und ab geht die Post an:

MODERNE ZEITEN, Am Taubenfelde 30,
3000 Hannover 1, Tel.: (05 11) 32 34 17



Achtung! Der Abopreis von 48, – DM gilt nur noch bis Mai '82. Es kostet dann 60, – DM.

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften



DDR - 1080 Berlin, Johannes-Dieckmann-Straße 10

Aus unserem Verlagsangebot:

HELLA KAESELITZ

Kommunistische Parteien in den Hauptländern des Kapitals

Zu ihrem Kampf für Frieden, Demokratie
und Sozialismus 1944/45–1969/70
*Etwa 250 Seiten, 125 mm x 200 mm,
Leinen, DM 18,80*
*Bestellangaben: 571 063 9/Kaeselitz,
Komm. Parteien*

In dieser Publikation wird erstmals in
deutscher Sprache eine umfassende Dar-
stellung der Geschichte des Kampfes der
Kommunisten in Frankreich, Italien, Groß-
britannien, der BRD, den USA, Japan und
anderen entwickelten kapitalistischen Län-
dern von 1944/45 bis 1969/70 gegeben.
Behandelt werden vor allem übergreifende
Sachverhalte und Gesichtspunkte, die die
Hauptlinie dieses Kampfes deutlich
machen.

HERMANN LEY

Geschichte der Aufklärung und des Atheismus

165 mm x 230 mm, Leinen

Band 3/1

632 Seiten, DM 56,–
*Bestellangaben: 570 278 6/Ley,
Atheismus 3/1*

Beginnend mit „Zwinglis militanter Refor-
mation“ über Calvin, Rabelais, Montaigne,
„die Revolution des Kopernikus“, Ludo-
vico Vives, Vanini, Paracelsus, Giordano
Bruno, Campanella, Galileo Galilei, den
„Antitritarismus“ bis zu Christopher
Marlowe und Grancis Bacon umfaßt dieser
Band die Zeit von etwa 1500 bis zur Mitte
des 17. Jahrhunderts.

Band 3/2

677 Seiten, DM 63,–
*Bestellangaben: 570 847 5/Ley,
Atheismus 3/2*

Der Autor behandelt im Band 3/2 zum
einen die Entwicklung des nonkonformis-
tischen Denkens in Naturdingen, in der
Staatstheorie und Gesellschaftslehre, wobei
Th. Hobbes, R. Descartes, Caterus von Alk-
maar, M. Mersenne, P. Cassendi, B. Spino-
za, P. P. Rubens, W. Petty, G. B. Vico,
J. Locke und G. W. Leibniz im Mittelpunkt
der Betrachtungen stehen, und zum ande-
ren das englische Freidenkertum mit sei-
nen bedeutendsten Vertretern J. Toland,
A. Collins, Th. Chubb und H. S. J. Boling-
broke.

Band 4/1

Etwa 680 Seiten, DM 75,–
Auslieferung: III. Quartal 82
*Bestellangaben: 571 056 7/Ley,
Atheismus 4/1*

Der erste Teil des 4. Bandes setzt die Aus-
führungen zum englischen Freidenkertum
mit Alexander Pope bis zu David Hume
fort und wendet sich dann der französi-
schen Aufklärung und dem Atheismus des
französischen Materialismus zu.

*Die Preise verstehen sich zuzüglich Mehr-
wertsteuer. Die angezeigten Veröffent-
lichungen können über den internationalen
Buchhandel bezogen werden. Bei Bezugs-
schwierigkeiten wenden Sie sich bitte
direkt an unseren Verlag oder an die*

**Firma BUCHEXPOR, Volkseigener
Außenhandelsbetrieb der Deutschen Demo-
kratischen Republik, DDR – 7010 Leipzig,
Leninstraße 16.**

SZD-VERLAG

Michael Daxner, Jan R. Bloch,
Burghart Schmidt (Hrsg. für den
„Arbeitskreis Naturqualität“)

Andere Ansichten der Natur

Kaum ein anderes Thema erlebt in der öffentlichen Aufmerksamkeit der letzten Jahre eine derartige „Konjunktur“ wie das Thema „Natur“. Eine entkrustete materialistische und marxistische Naturtheorie widerstreitet mit einem rückwärtsgewandten Wertkonservatismus und der Vermarktungsmöglichkeit der aus dem Begriff abzuleitenden Profite.

Unter der Problemstellung der Naturqualität werden Ansätze einer prozeßfähigen Naturpolitik entwickelt, die die Abspaltung der ethischen, ästhetischen, sinnlichen Qualitäten von der ökonomisch reduzierten und politisch verwalteten Objekt-Natur aufzuheben versucht.

326 Seiten, brosch., DM 28,70 ISBN 3-88780-402-3

Walter Aschmoneit,
Rainer Werning (Hrsg.)

Kampuchea

Lesebuch zur Geschichte,
Gesellschaft, Politik – Illustrationen,
Karten, Chronologien

Dem kambodschanischen Volk ist dieser Band in Solidarität gewidmet.

Märchen und Erzählungen, Notizen und Berichte bringen die Vorstellungswelt der Kmher nahe. Historisch wird vor allem die Hochkultur von Angkor und das franz. Protektorat, politisch die Zeit seit Ende des 2. Weltkriegs behandelt.

498 Seiten, brosch., DM 36,- ISBN 3-88780-400-7

Kampuchea

Sozialhistorische Bibliographie von
der Vorgeschichte bis 1954

Ergänzungsband zum Lesebuch. Enthält ca. 2 860 Titel zu Kampuchea und zur Region Südostasien allgemein.

184 Seiten, brosch., DM 48,- ISBN 3-88780-401-5

Michael Gikas

Das innerbetriebliche Informationswesen bei lohnpolitischen Maßnahmen des Managements

Das innerbetriebliche Informationswesen ist ein Machtinstrument des Managements, um ideologischen Konsens herzustellen. Ziel ist die positive Einstellung der Belegschaft zu betriebspolitischen Maßnahmen, beste Voraussetzung für deren Durchführung.

In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, wie das Management die Anforderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses formuliert, damit diese von der Belegschaft als Ausgangspunkt ihrer eigenen Interessenbestimmung akzeptiert werden.

123 Seiten, brosch. DM 11,80 ISBN 3-88780-403-1
Wissenschaftliche Reihe Band 3

Direktbestellungen an:

SZD-Verlag, c/o Hans Ratke,
Maikottenweg 111, D-4400 Münster



Die zwölf Frauen

Zwölf Frauen 20 Jahre ab aus der Berliner Gruppe „Offensives Wort“

die sich im „Gespräch“ zusammengesetzt haben.

Praktiken keine aufzulebende Ernährungs

sie sind keine „Leben, um nachher“ zu müssen, auch nicht sein
um weiter werden zu können.

Und so sind treffend in all ihrer Verschiedenheit

Zweimal im Jahr erscheint in unserem Verlag ein Sonderheft, das sich auszeichnet mit nur einem Thema aus innerbetrieblicher Arbeit.

Als neue Sonderheft AbonnentInnen habt ihr die Möglichkeit, die Sonderhefte 3 bis 4 zum ermäßigten Preis von 5,- DM zu bestellen:

- 1. Menstruation
- 2. Frauenarbeit
- 3. Alltag im 2. Weltkrieg
- 4. Macht

Ich abonniere die Courage-Sonderhefte ab:

- ab Nr. 5 Sexualität
- ab Nr. 6 Was ist ein Mann?
- Ab Nr. 7 mich 12 Heften - 26 DM
- Ab Nr. 8 Geschlechtliche Arbeit - 32 DM
- Ab Nr. im Ausland 14 Heften - 32 DM

Ich bin damit einverstanden, daß das Sonderheft Ab Nr. jeweils zum 31.1. oder 30.7. kündbar ist, und das Sonderheft nach Erhalt von 4 Heften, Geschenk-Abus laufen automatisch nach 4 Heften aus.

Ich bin bereit, meine Mitgliedschaft zu verlängern, wenn ich dies nicht ausdrücklich ablehne.

Datum und Unterschrift: _____

COURAGE, Berlin 12, Bismarckstr. 48 1000 Berlin 12

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Wimmer, Rainer</i> : Referenzsemantik (<i>H. Woetzel</i>).....	429
<i>Tesnière, Lucien</i> : Grundzüge der strukturalen Syntax (<i>J. Ziegler</i>).....	431
<i>Ehlich, Konrad</i> (Hrsg.): Erzählen im Alltag (<i>H. Haberland</i>).....	432
<i>Blackburn, Julia</i> : The white men (<i>H. Schweizer</i>).....	433
<i>Dunjwa-Blajberg, Jennifer</i> : Sprache und Politik in Südafrika (<i>H. Schweizer</i>).....	434
<i>Lukács, Georg</i> : Entwicklungsgeschichte des modernen Dramas (<i>W. Jung</i>).....	435
<i>Warneken, Bernd Jürgen</i> : Literarische Produktion (<i>H. Kaulen</i>).....	437

Kunst- und Kulturwissenschaften

<i>Kemp, Wolfgang</i> : Zeichnen und Zeichenunterricht der Laien 1500-1870 (<i>J. Held</i>).....	438
<i>Bourdieu, Pierre, u.a.</i> : Eine illegitime Kunst (<i>R. Hillgärtner</i>).....	440
<i>Willett, John</i> : Kunst + Politik 1917-1933 (<i>W. Meyer</i>).....	441
<i>Friemert, Chup</i> : Produktionsästhetik im Faschismus (<i>J. Schutte</i>).....	443
<i>Zielinski, Siegfried</i> : Veit Harlan (<i>K. Hickethier</i>).....	444
<i>Spieker, Helmut</i> : Totalitäre Architektur (<i>R. Budde</i>).....	446

Soziologie

<i>Fromm, Erich</i> : Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches (<i>F. Niess</i>).....	447
<i>Schmieder, Arnold</i> : Bewußtsein im Widerspruch (<i>C. Stellmach</i>).....	448
<i>Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen</i> : Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder-Kreis (<i>R. Czeskleba-Dupont</i>).....	450
<i>Ostner, Ilona, und Barbara Pieper</i> (Hrsg.): Arbeitsbereich Familie (<i>M. Herzer</i>).....	451
<i>Deppe, Rainer, und Dietrich Hoß</i> : Sozialistische Rationalisierung (<i>N. Steinborn</i>).....	452

Psychologie

<i>Zinser, Hartmut</i> : Der Mythos des Mutterrechts (<i>U. Wesel</i>).....	454
<i>Schlesier, Renate</i> : Konstruktionen der Weiblichkeit bei Sigmund Freud (<i>K. Hauser</i>).....	455
<i>Irigaray, Luce</i> : Speculum — Spiegel des anderen Geschlechts (<i>M. Lüdemann</i>).....	456
<i>Cixous, Hélène</i> : Der unendliche Zirkel des Begehrens (<i>S. Schelper</i>).....	457
<i>Tutschmurat, Carmen</i> : Arbeit und Identität (<i>J.I. Beyer</i>).....	458

Geschichte

<i>de Bertier de Sauvigny, Guillaume-André</i> : Geschichte der Franzosen (<i>J.M. Becker</i>).....	460
<i>Willard, Claude</i> : Geschichte der französischen Arbeiterbewegung (<i>P.W. Reuter</i>).....	461
<i>Krumeich, Gerd</i> : Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg (<i>P.W. Reuter</i>).....	463
<i>Becker, Jean-Jacques</i> : Les Français dans la Grande Guerre (<i>P.W. Reuter</i>).....	464
<i>Leggewie, Claus</i> : Siedlung, Staat und Wanderung — Das französische Kolonialsystem in Algerien (<i>L. Hanisch</i>).....	466

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Ball, D.</i> : Can nuclear war be controlled? (<i>J. Rodejohann</i>).....	400
<i>Senghaas, D.</i> : Abschreckung und Frieden (<i>J. Rodejohann</i>).....	401
<i>Simonis, G.</i> : Außenpolitik und Abschreckung (<i>J. Rodejohann</i>).....	401
<i>Weizsäcker, C.F.v.</i> (Hrsg.): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung (<i>J. Rodejohann</i>).....	401
<i>Stratmann, K.-P.</i> : NATO-Strategie in der Krise? (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Lauk, K.J.</i> : Die nuklearen Optionen der Bundesrepublik Deutschland (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>SIPRI</i> : Rüstungsjahrbuch '81/82 (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Beres, L.R.</i> : Apocalypse (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Calder, N.</i> : Atomares Schlachtfeld Europa (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Griiffiths, F., und J.C. Polanyi</i> (Hrsg.): The dangers of nuclear war (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Grumbach, J.</i> (Hrsg.): Reaktoren und Raketen (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Hoffmann, H.</i> : Atomkrieg — Atomfrieden (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Kirchhoff, H.J.</i> (Hrsg.): Kirche und Kernbewaffnung (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Mandelbaum, M.</i> : The nuclear question (<i>J. Rodejohann</i>).....	403
<i>Aldridge, R.C.</i> : The counterforce syndrome (<i>J. Rodejohann</i>).....	403

<i>Lübkemeier, E.</i> : PD 59 und LRTNF-Modernisierung (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Mies, U.F.J.</i> : Destabilisierungsfaktoren im gegenwärtigen Abschreckungssystem (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Kaplan, F.M.</i> : Dubious specter (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Krell, G., und D.S. Lutz</i> : Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
Die USA und das strategische Gleichgewicht (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Krell, G., und P. Schlöter</i> : Zur Diskussion über die taktischen Nuklearwaffen in Europa (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>SIPRI</i> : Tactical nuclear weapons: European perspectives (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Jablonsky, W.</i> : Taktische Nuklearwaffen der Marinen in der Konfrontation NATO/Warschauer Vertrag (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Bittdorf, W. (Hrsg.)</i> : Nachrüstung (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Guha, A.-A.</i> : Der Tod in der Grauzone (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Hahslach, K.-H., und M. Opel</i> : Grauzone — Der atomare Fehdehandschuh des Kreml (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Mechtersheimer, A. (Hrsg.)</i> : Nachrüsten? (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Müller, E.</i> : »Nach«-Rüstung und Rüstungswettlauf (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
Abschreckung und Entspannung in Europa. Die Vereinigten Staaten und die europäische Sicherheit (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Albrecht, U.</i> : Kündigt den Nachrüstungsbeschuß! (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Bredthauer, K.D., und K. Mannhardt (Hrsg.)</i> : Es geht ums Überleben (<i>J. Rodejohann</i>)..	404
<i>Guha, A.-A.</i> : Die Nachrüstung (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Hahslach, K.-H., und M. Opel</i> : Lexikon Grauzone (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Hübner, K. (Hrsg.)</i> : Ist der nukleare Rüstungswettlauf unvermeidbar? (<i>J. Rodejohann</i>)	404
<i>Kade, G.</i> : Generale für den Frieden (<i>J. Rodejohann</i>).....	404
<i>Krell, G.</i> : Plädoyer für Rüstungskontrolle (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Lutz, D.S.</i> : Weltkrieg wider Willen? (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Lutz, D.S., und D. Gremliza (Hrsg.)</i> : Rüstung zum Tode (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Perdelwitz, W., und H. Bremer</i> : Geisel Europa (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Studiengruppe Militärpolitik</i> : Aufrüsten um abzurüsten? (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Cohen, S.T.</i> : The neutron bomb (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Guha, A.-A.</i> : Die Neutronenbombe oder Die Perversion menschlichen Denkens (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Buxmann, K., u.a.</i> : Friedenssicherung im Nuklearzeitalter (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Bodenheimer, B., u.a.</i> : Probleme der Friedenssicherung im Nuklearzeitalter (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
Neutronenwaffen — neue Phase im Wettüsten (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Glasstone, S., und P.J. Dolan (Hrsg.)</i> : The effects of nuclear weapons (<i>J. Rodejohann</i>)..	405
<i>Hoffmann, M.</i> : Kernwaffen und Kernwaffenschutz (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Bühl, A.</i> : Atomwaffen (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>SIPRI</i> : Nuclear radiation in warfare (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Sonntag, P.</i> : Verhinderung und Linderung atomarer Katastrophen (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
Atomkriegsfolgen (<i>J. Rodejohann</i>).....	405
<i>Lifton, R.J.</i> : The broken connection (<i>J. Rodejohann</i>).....	406
<i>Richter, H.E.</i> : Alle redeten vom Frieden (<i>J. Rodejohann</i>).....	406
<i>SIPRI</i> : Nuclear energy and nuclear weapons proliferation (<i>J. Rodejohann</i>).....	406
<i>SIPRI</i> : Internationalization to prevent the spread of nuclear weapons (<i>J. Rodejohann</i>)..	406
<i>Brodie, B. (Hrsg.)</i> : The absolute weapon (<i>J. Rodejohann</i>).....	407
<i>Clausewitz, C.v.</i> : Vom Kriege (<i>J. Rodejohann</i>).....	407
<i>Wagner, F.</i> : Die Wissenschaft und die gefährdete Welt (<i>J. Rodejohann</i>).....	407
<i>Université de Vincennes</i> : Le nouvel ordre intérieur (<i>W. Kowalsky</i>).....	467
<i>Crozier, Michel</i> : On ne change pas la société par décret (<i>W. Kowalsky</i>).....	469
<i>Eidgenössische Kommission für Jugendfragen</i> : Thesen zu den Jugendenruhen 1980 (<i>F. Cahannes</i>).....	471
<i>Eidgenössische Kommission für Jugendfragen</i> : Stichworte zum Dialog mit der Jugend (<i>F. Cahannes</i>).....	471

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Sonderbände (AS)
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
Berlin 30: georg-büchner-buchhandlung, Augsburger Str. 31; Tel.: 030/242073
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825
Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8313962
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518
Bochum: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22; Tel.: 0234/702336
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
Volksbuchhandlung, Richtweg 4, Tel.: 0421/323334
Bremen 33: Buchladen Bettina Wassmann, Bibliothekstraße; Tel.: 0421/217023
Darmstadt: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lauteschlägerstr. 3; Tel.: 06151/75230
Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
Erlangen: Collectiv-Buchhandlung, Bismarckstr. 9
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
Karl-Liebkecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4, Tel.: 0611/593989
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303
Gießen: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schiffenberger Weg 1; Tel.: 0641/792267
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
arbeiterbuch, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/171713
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633
Kassel: ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/777704
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
Köln 1: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Fleischmenggasse 31; Tel.: 0221/215770
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
Libresso Buchhandlung, Türkenstr. 66; Tel.: 089/2811767
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25; Tel.: 0911/225036
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
Saarbrücken: der buchladen, Beth/Paul, Johannisstr. 3; Tel.: 0681/31171
Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13; Tel.: 0681/36559
Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
Schwerte: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
Stuttgart: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
Tübingen: Basel: Buchhandlung Der Funke, Lindenbergr. 23; Tel.: 061/320277
Schweiz: Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froschgasse 7; Tel.: 01/2512674
Dänemark: Kopenhagen: Kobenhavns Bogcafé, Kulturvet 11; Tel.: 01/111236
Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 1: Buchhandlung Karl Winter, Landesgerichtsstr. 20; Tel.: 0222/421234